

— ZÜRCHER BEITRÄGE —

zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung

Heft Nr. 31

Kurt R. Spillmann (Hrsg.)

Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte III

***Vorlesung für Hörer aller Abteilungen
Sommersemester 1993***

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

© 1994

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK,
ETH Zentrum, 8092 Zürich, Schweiz

e-mail (internet): postmaster@sipo.ethz.ch

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.

Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 3-905641-33-X

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Carsten Goehrke Die inneren Konflikte Russlands.....	2
Christian Kind Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien.....	12
Jörg Stadelbauer Die Konflikte im Süden der ehemaligen Sowjetunion: Der Kaukasus.....	25
Uwe Halbach Konfliktpotentiale in Zentralasien.....	66
Lothar Rühl Innere und äussere Konfliktherde der Türkei.....	79
Gerhard Simon Russland: Imperiale Restauration oder Neubeginn als europäischer Nationalstaat?.....	98
Jürg Martin Gabriel Die Vereinten Nationen und ihre Friedensmissionen: Neueste Entwicklungen in Theorie und Praxis.....	110
Thomas Koszinowski Die politische Entwicklung am Golf.....	122
Urs Schöttli Die Lage auf dem indischen Subkontinent.....	136
Bassam Tibi Die neue globale Nord-Süd-Konfrontation beim Streit um die Universalität der Menschenrechte und die Partikularitäten der Kulturen, dargestellt am Beispiel der Schwierigkeiten des Islam mit dem westlichen Konzept der Menschenrechte.....	143
Kurt R. Spillmann Eine andere Konfliktdimension im Nahen und Mittleren Osten: Wasser!.....	153
Erwin Schurtenberger China zwischen Stete und Wandel.....	174

Vorwort

Die vorliegende dritte Ausgabe der Reihe "Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte" besteht aus den redaktionell nur geringfügig bearbeiteten Vorträgen, die im Laufe des Sommersemesters 1993 an der ETH Zürich für Hörer aller Abteilungen und Studierende der Universität sowie eine breitere Öffentlichkeit gehalten wurden.

Bedauerlicherweise haben auch in diesem Jahr einige Manuskripte etwas länger gebraucht als andere, so dass wir dieses Heft erst jetzt ausliefern können. Verschiedene Konflikte haben sich unterdessen weiterentwickelt und an Brisanz gewonnen. Mit diesen werden wir uns im Sommersemester 1994 beschäftigen.

Ich möchte an dieser Stelle der Schulleitung der ETH für ihre grosszügige materielle Unterstützung dieser Veranstaltung herzlich danken. Der Dank geht ebenfalls an die Vortragenden, die uns in uneigennütziger Weise ihre Manuskripte zur Verfügung gestellt haben.

Zürich, den 20. Januar 1994

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Leiter der Forschungsstelle für
Sicherheitspolitik und
Konfliktanalyse

Carsten Goehrke

Die inneren Konflikte Russlands

Als im Februar 1984 der bereits todkranke Konstantin Tschernenko an die Spitze der KPdSU und der Sowjetunion berufen wurde, ahnte niemand, dass dem ganzen von ihm repräsentierten System nur noch wenige Jahre beschieden sein würden. Stellte doch die Sowjetunion neben den USA die grösste Weltmacht dar, deren Militärmaschinerie der Nato so viel Sorgen machte, dass sich der amerikanische Präsident Ronald Reagan mit seinem "Star Wars"-Programm sogar anschickte, eine neue Runde des Wettrüstens im Weltraum zu eröffnen.

Und doch, selbst in der Sowjetunion begann man zu spüren, dass mit der eigenen Führungsspitze etwas nicht stimmte. Ein kurzer Rückblick auf die zwei Jahrzehnte sowjetischer Geschichte vor Tschernenko soll zeigen, warum.

Nachdem am 14. Oktober 1964 Nikita Chruschtschow vom Politbüro der KPdSU überraschend gestürzt worden war, hatte sich für 20 Jahre ein merkwürdiges Führungssystem etabliert: Nach aussen war der Parteichef der starke Mann, zumal er seit 1977 in Personalunion auch das Amt des Staatsoberhauptes bekleidete; unterstrichen wurde dies noch dadurch, dass der Partei- und Staatsherr mit allen Mitteln der Propaganda und des Personenkults zu einer Leit- und Integrationsfigur aufgebaut wurde, zu einer Art "Staatsikone".

Doch die reale Machtstellung entsprach nicht mehr derjenigen Chruschtschows und schon gar nicht Stalins, sondern die Politik wurde in einem kleinen Führungszirkel von "Oligarchen" konzipiert und kontrolliert, der im wesentlichen mit dem Politbüro der KPdSU identisch war. Nach den schlechten Erfahrungen, die man mit der politischen Unberechenbarkeit Chruschtschows gemacht hatte, der 1962 die Sowjetunion wegen der Aufstellung von Raketen auf Kuba in eine offene Konfrontation mit den USA getrieben hatte, war man nun darum bemüht, politisch wie auch personell grösstmögliche Kontinuität zu wahren. So blieb *Leonid Breschnew*, der mit 58 Jahren zum Nachfolger Chruschtschows als Parteichef avancierte und 1977 zusätzlich noch das Amt des Staatsherrn übernahm, bis zu seinem Tode am 10. November 1982 "in den Sielen". Dabei war es schon während seiner letzten Lebensjahre überdeutlich, dass er den Verpflichtungen, die auf ihm lasteten, gesundheitlich nicht mehr zu genügen vermochte.

Sein Nachfolger *Jurij Andropow* zählte zwar erst 68 Jahre, war aber bereits schwer krank, so dass ihm bis zu seinem Hinschied am 9. Februar 1984 nur noch ein gutes Jahr an der Macht vergönnt war.

Als der bereits erwähnte Konstantin Tschernenko Andropow "beerbte", stand er mit 73 Jahren nicht nur ebenfalls schon weit jenseits der Pensionierungsgrenze, sondern war noch dazu bereits vom Tode gezeichnet.

Etwas allerdings begann sich während seiner 13-monatigen Amtszeit zu ändern: Seine gesundheitlichen Defekte wurden nicht mehr vertuscht oder versteckt, sondern von den staatlich kontrollierten Medien ungerührt zur Schau gestellt. Tschernenko erschien bei öffentlichen Auftritten als eine mit Medikamenten vollgepumpte hilflose Puppe, die ihren Part mehr schlecht als recht

spielte - ein Bild des Jammers. Im Volk kursierten respektlose Witze über den höchsten Repräsentanten von Partei und Staat, etwa folgender: Warum braucht Tschernenko immer drei Mikrophone, wenn er eine Ansprache hält? Leicht zu erklären: eines für den Lautsprecher, eines für den Text, der ihm souffliert wird und eines für die künstliche Beatmung mit Sauerstoff.

Zunehmende Respektlosigkeit wie diese, die offensichtlich gezielte Demontage des Partei- und Staatschefs im sowjetischen Fernsehen - sie lassen darauf schliessen, dass sich sowohl in der Bevölkerung als auch in gewissen Teilen der Partielite zunehmend der Eindruck breit machte: 20 Jahre Gerontokratie sind genug!

Tatsächlich erschien Michail Gorbatschow, der einen Tag nach Tschernenkos Tod, am 11. März 1985, zum neuen Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde, mit seinen 54 Jahren im Vergleich zu seinen Vorgängern geradezu als Jüngling. Und in der Tat hatte er als Exponent des "aufgeklärten" Parteiflügels im Sinn, eine neue Etappe in der Entwicklung der Sowjetunion einzuläuten. Dabei ging es ihm nicht nur darum, das über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg während der Gerontokratie verkalkte Führungszentrum von Partei und Staat zu revitalisieren, sondern auch und vor allem darum, die wachsende Diskrepanz zwischen Soll und Haben, zwischen Theorie und Praxis, zwischen Schein und Sein vor allem in der Wirtschaft und beim Lebensstandard der Bevölkerung abzubauen.

Die unerfreulichen Fakten, mit denen Gorbatschow sich konfrontiert sah, waren folgende:

Das Wachstum des Nationaleinkommens, das während der Aufbauphase der Stalin-Ära praktisch nie unter ein Plus von 10% pro Jahr gesunken war, liess seit den sechziger Jahren immer stärker nach. Im Durchschnitt der Jahre 1976-1980 lag es noch bei 4,2% und im Durchschnitt der Jahre 1981-1984 bei ganzen 2,9%. Russische Wirtschaftsstatistiker von heute gehen sogar davon aus, dass selbst diese Zahlen noch beschönigt waren und Gorbatschow eine Sowjetwirtschaft vorgefunden habe, die faktisch mit Nullwachstum dahinsiechte.

Von den Wirtschaftsmechanismen her erscheint das Absinken der Wachstumsraten des sowjetischen Nationaleinkommens seit Anfang der sechziger Jahre lediglich als ein Signal dafür, dass die Sowjetwirtschaft von der Phase quantitativen in diejenige qualitativen Wachstums einzutreten begann. Dies war auch der Grund dafür, warum alle Versuche der Sowjetführung, durch systemimmanente Reformen der Planwirtschaft die Wachstumsraten wieder anzukurbeln, letztlich zum Scheitern verurteilt blieben.

Nun ist ja ein jährliches Wachstum von 2-3% für wirtschaftlich saturierte Industriestaaten mit hohem Lebensstandard schon eine Leistung, mit der man zufrieden sein könnte. Nicht so bei der Sowjetführung, die mit derart mickrigen Raten des Wirtschaftswachstums nicht hoffen konnte, den Westen im Pro-Kopf-Einkommen auf absehbare Zeit einzuholen und damit eine Prognose wahrzumachen, die Nikita Chruschtschow der darbedenden Bevölkerung der Sowjetunion zu Anfang der sechziger Jahre prahlerisch für den Beginn der achtziger Jahre gestellt hatte.

Das zweite unerfreuliche Faktum, mit welchem Gorbatschow sich konfrontiert sah, war dies, dass die Militärausgaben der Sowjetunion $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ des Bruttosozialprodukts auffrassen. Dies bedeutete aber: Rüstung, Unterhalt der Armee und Weltraumtechnologie liessen dem Staat weder für die Verbesserung der generellen Versorgungssituation noch für den Ausbau der Infrastruktur einen nennenswerten finanziellen Spielraum.

Damit stand Gorbatschow vor einem ähnlichen Dilemma wie nahezu 100 Jahre vor ihm der letzte Zar Nikolaus II.: Die Wirtschaft war nicht in der Lage, mit ihrer Ertragskraft zwei Mammutaufgaben zugleich zu finanzieren: nämlich den generellen Lebensstandard der Bevölkerung in einem Masse zu erhöhen, das innere politische Stabilität wahren würde, und zugleich den Status einer Weltmacht zu sichern. Unter den letzten Zaren lag die Ursache darin, dass die Wirtschaft für diese Aufgabe noch zu schwach war, unter Gorbatschows Vorgängern darin, dass ihr dazu die erforderliche Effizienz fehlte.

Das Kardinalproblem, mit dem Gorbatschow sich auseinanderzusetzen hatte, entpuppte sich also letztlich als eine ausgewachsene *Modernisierungskrise*. Diese Modernisierungskrise hatte sich dadurch noch verschärft, dass die Sowjetführung während der Periode der Gerontokratie die unmissverständlichen Krisensymptome einfach ignoriert hatte. Der Handlungsbedarf, der sich dadurch angestaut hatte, drängte zu einer Entladung. Dazu brauchte es nur eine Schwachstelle im bestehenden verkrusteten autoritären System oder eine Aufweichung desselben. Waren es 70 Jahre zuvor die militärischen Niederlagen des Russischen Reiches im Ersten Weltkrieg gewesen, die das Prestige des letzten Zaren endgültig untergruben und das der Modernisierungsaufgabe nicht gewachsene zaristische System hinwegfegten, so wurde Gorbatschow mit seinem Programm der "Perestroika" wider Willen selber zum Totengräber des Sowjetsystems. Ich meine aus drei Gründen:

- Zum einen hat auch Gorbatschow ganz offensichtlich selber nicht begriffen, dass die Sowjetunion wie überhaupt das ganze Sowjetsystem sich in einer fundamentalen Modernisierungskrise befanden, die an die Existenz des Ganzen rührte und mit noch so radikalen systemimmanenten Reformen - und darauf lief Gorbatschows Konzept der Perestroika hinaus - nicht mehr zu bewältigen war.
- Zum zweiten: Dass Gorbatschow das wahre Ausmass der Misere verkannte, lässt sich nur dadurch erklären, dass auch er - trotz seines herausragenden menschlichen wie politischen Formats - aus dem Parteiapparat stammte und nicht fähig war, aus dem Labyrinth der Selbsttäuschungen und Beschönigungen der Realität auszubrechen, welche die Vertreter der Sowjetnomenklatura zu hoher Kunstfertigkeit entwickelt hatten. Daher verfiel er dem verhängnisvollen Irrglauben, den von ihm eingeleiteten systemimmanenten Reformprozess mit den traditionellen Mitteln der staatlichen Allmacht und des staatlichen Zentralismus letztlich doch kontrollieren zu können.
- Zum dritten: Genau diese so ermöglichte Aufweichung des Sowjetsystems genügte als kritische Masse jedoch, um eine Lawine ins Rollen zu bringen, die eigenen Gesetzmässigkeiten folgte und am Ende nicht nur das Sowjet-

system zerstörte, sondern nach der Liquidierung des Sowjetimperiums auch die Sowjetunion selber.

Aus der Wucht, den dieser Selbstlauf der Ereignisse entwickelte, lassen sich zwei Schlussfolgerungen ableiten:

1. Das Sowjetsystem war reif für den "Kehrichthaufen der Weltgeschichte" (um eine Formulierung Leo Trotzki's von 1917 zu gebrauchen), weil es nicht mehr in der Lage war, seine Versprechungen eines höheren Lebensstandards der Bevölkerung einzulösen und gleichzeitig die Weltmachtposition der Sowjetunion abzusichern.
2. Die Unfähigkeit der Sowjetführung, den Modernisierungsdruck, der auf ihr lastete, überhaupt angemessen einzuschätzen und mit systemimmanenten Mitteln zu bewältigen, zog zwangsläufig den Zerfall der Sowjetunion nach sich, da dieser Vielvölkerstaat - wie sich nun unwiderleglich zeigte - lediglich durch Repression zusammengehalten worden war.

Ich habe so weit ausgeholt, weil ich der Meinung bin, dass die *inneren Konflikte*, die Russland als den grössten Staat aus der Konkursmasse der Sowjetunion heute heimsuchen, sich letzten Endes auf diese *beiden Kausalitäten* zurückführen lassen: auf das unbewältigte *Modernisierungsproblem* und auf das unbewältigte *Nationalitätenproblem*. Damit stehen wir vor einer Neuauflage jener Kardinalprobleme, die zum Zusammenbruch schon des Zarismus geführt haben und die offenbar - allen Teilerfolgen zum Trotz - auch das Sowjetsystem letztlich zu lösen nicht imstande gewesen ist.

Welche Strategien zeichnen sich derzeit ab, um diese beiden Kardinalprobleme zu bewältigen und welche politischen Hauptrichtungen oder -gruppierungen lassen sich mit diesen Strategien in Verbindung bringen? Die Fronten der gegenwärtigen inneren Konflikte Russlands verlaufen nämlich weitgehend entlang dieser Zielvorstellungen und der politischen Kräfte, welche sie tragen. Dabei sei aber einschränkend hinzugefügt, dass die Zielvorstellungen zur Bewältigung der abgrundtiefen Krise, in welche Russland hineingeraten ist, teilweise vage formuliert sind und sich überdies mit solchen konkurrierender politischer Gruppierungen überlappen können. Auch muss ich in meinen Ausführungen eher holzschnittartig verfahren.

Noch etwas Grundsätzliches ist mir wichtig: Der unerwartet rasche Zusammenbruch des Sowjetsystems, das für gut 70 Jahre das Leben und Denken, ja grösstenteils auch die Weltanschauung und das Wertesystem der ihm unmittelbar ausgesetzten Menschen geprägt hat, musste in den Köpfen ein Vakuum hinterlassen, das geradezu danach schreit, sich durch neue Werte oder die Rückbesinnung auf alte Werte wieder aufzufüllen und damit den Individuen in einer jäh zerborstenen, aber sicher geglaubten Welt neue Orientierungsmöglichkeiten zu vermitteln.

Im folgenden möchte ich daher die vier politischen Hauptrichtungen skizzieren, die ich im heutigen Russland mit seinem Gewirr an Parteien und Gruppierungen ausmachen zu können meine und die ganz grob auch für die wichtigsten Zielkonflikte bei der Auseinandersetzung mit dem Modernisierungs- und dem

Nationalitätenproblem und für die damit verbundenen spezifischen politischen Wertvorstellungen stehen können.

1) Die erste Hauptrichtung ist diejenige um den derzeitigen russischen Staatspräsidenten Boris Jelzin. Sie ist in die Fustapfen derjenigen Kräfte getreten, die in der russischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts als "Westler" bezeichnet wurden. Ihre Anhänger wollen die Modernisierungskrise Russlands bewältigen durch Transformation in eine Demokratie westlichen Typs und durch Umbau der Staatswirtschaft in eine Marktwirtschaft. Zugleich sind Jelzin und seine Berater davon überzeugt, dass diese Transformation rasch zu geschehen habe, um den Kräften der Reaktion keine Zeit zu lassen, sich neu zu formieren, und dass nur ein starkes Präsidialregime die dafür erforderliche Dynamik entfalten könne. Dass dahinter politische Leitbilder stehen, die sich sehr stark nach den Vereinigten Staaten ausrichten, liegt auf der Hand. Allerdings wäre es verfehlt, alle "Westler" als "Amerika-orientiert" zu bezeichnen; dazu sind das amerikanische und das russische Lebensgefühl viel zu verschieden, und es fehlt auch nicht an warnenden Stimmen, die in einem Präsidialregime amerikanischen Typs nur den Einstieg in eine neue Diktatur orten.

Die durch den Kreis um Jelzin repräsentierte "amerikanische" Variante der "Westler" ist zwar momentan in Moskau an der Macht, und Boris Jelzin ist als vom Volk gewählter Präsident demokratisch legitimiert, aber dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine eigentliche Reformstrategie gescheitert ist und dass sich im Lande bislang im Sinne seiner politischen Vorstellungen wenig bewegt hat.

Das Referendum vom 25. April 1993 hat zwar gezeigt, dass Jelzin derzeit noch über eine relativ breite Vertrauensbasis verfügt und dass die Mehrheit der Bevölkerung immer noch bereit ist, den Gürtel enger zu schnallen, aber wenn es dem Präsidenten nicht gelingen sollte, bis Ende nächsten Jahres die Talfahrt der russischen Volkswirtschaft zu stoppen, dürften seine Tage im Kreml gezählt sein. Warum?

Sein Versuch, den gordischen Knoten der ineffizienten Staatswirtschaft mit einem einzigen kühnen Schwertstreich zu durchtrennen, indem er dem Rat amerikanischer Monetaristen folgend zum Jahresanfang 1992 die Preise weitgehend freigab - in der Hoffnung, durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage werde sich ein neues marktwirtschaftliches Preisgefüge bald von alleine einspielen, ist misslungen. Diese Rechnung konnte nicht aufgehen, weil die Entflechtung der staatlichen Industrie-Dinosaurier, welche die meisten industriellen Fertigungsbereiche in ihren Händen monopolisieren, noch kaum begonnen hat und daher gar keine echte Konkurrenzsituation gegeben ist. Folglich jagte die Freigabe der Preise diese nur in die Höhe, ohne einen echten Markt zu schaffen. Und weil die Regierung, um das Volk nicht noch mehr gegen sich aufzubringen, die Löhne mittels der Notenpresse erhöhte, steuerte sie Russland statt in die Marktwirtschaft nur noch mehr in eine Mangelwirtschaft mit Hyperinflation. Natürlich gibt es Nutzniesser jener Nischen, in denen so etwas wie Marktwirtschaft existiert - vielleicht 3-4% der Bevölkerung sind es, und vor allem die Mafia. Aber die Ungenietherheit, mit der

diese neureichen "businessmen" ihren Reichtum zur Schau stellen, bestätigt für die Mehrheit der Bevölkerung nur alte Vorurteile über den Kapitalismus und unterhöhlt den Wirtschaftskurs Jelzins eher, als dass sie ihn fördert.

Was die Demokratisierung des politischen Systems betrifft, so hat sich Jelzin durch sein mutiges Auftreten gegen die Putschisten am 19. August 1991 und seinen zermürbenden Kampf gegen das mehrheitlich reformunwillige Parlament profiliert. Aber er hat es versäumt, das Parlament zu seinen eigenen Glanzzeiten, d.h. nach dem Augustputsch von 1991 erneuern zu lassen, um auf diesem Wege seinem Reformzug Dampf aufzusetzen; er hat es versäumt, eine radikalreformerisch gesinnte grosse Volkspartei aufzubauen, auf die er seine Politik abstützen könnte. Und schliesslich und vor allem ist er wie Gorbatschow letztlich ein grossrussischer Zentralist, der daran glaubt, dass nur die Regierung in Moskau das riesige Russland von seinen Übeln kurieren könne. Damit arbeitet er aber nur der staatlichen Zentralbürokratie in die Hände, die schon während der Zarenzeit soviel Unheil angerichtet hat, statt das gesamte Land konsequent zu föderalisieren, ja zu dezentralisieren und auf diese Weise die Bevölkerung in die Gestaltung ihrer Zukunft dort verantwortlich einzubinden, wo sie am ehesten kompetent ist - in den überschaubaren Bereichen von Gemeinde und Region.

Ich will damit sagen, dass Jelzin allem Verbalradikalismus zum Trotz mit den verhängnisvollen Traditionen der Zaren- wie der Sowjetzeit keineswegs so konsequent gebrochen hat, wie es oberflächlich scheint. Wie die Konflikte beispielsweise mit den Tschetschenen und den Tataren innerhalb der Russischen Föderation zeigen, ist Jelzin ein eher zögerlicher Föderalist. Daher hat er auch kein wirksames Rezept für die Lösung der Minderheitenprobleme Russlands, und er läuft mehr und mehr Gefahr, dass einzelne Regionen wie etwa der Ferne Osten sich verselbständigen, ohne dass er derartige - im Prinzip durchaus begrüssenswerte - Bestrebungen auf der staatlichen Ebene seinem Transformationskonzept dienstbar machen könnte.

- 2) Als zweite Hauptrichtung innerhalb der politischen Strömungen Russlands möchte ich die *gemässigten Reformer* hervorheben. Sie werden m. E. von unseren Medien viel zu wenig beachtet und häufig zu pauschal mit allen Gegnern Jelzins in ein und denselben Topf geworfen.

Den Kern dieser Strömung bildet die "Bürgerunion" Arkadij Wolskijs. Wolskij repräsentiert dabei den "aufgeklärten" Flügel unter den Betriebsdirektoren der grossen Staatskonzerne. Wolskij und seine Gesinnungsfreunde kennen die Mängel der früheren sowjetischer Staatswirtschaft zu gut, um nicht zu wissen, dass die Wirtschaft effizienter werden muss. Doch vertreten sie den Standpunkt, dass eine Umstellung auf Marktwirtschaft nur schrittweise erfolgen dürfe, damit das ganze System nicht kollabiere. Auch eine gewisse Skepsis gegenüber einer generellen Privatisierung der russischen Industrie scheint unter ihnen weit verbreitet.

In gewisser Weise eine politische Allianz mit der "Bürgerunion" Arkadij Wolskijs bildet die "Volkspartei Freies Russland" um Alexander Ruzkoj. Ruzkoj - ehemaliger Fliegeroffizier, als Bomberpilot im Afghanistankrieg zweimal abgeschossen und beim zweiten Mal in die Gefangenschaft der Mud-

schaheddin geraten und dadurch mit der Aura des Kriegshelden ausgestattet - wurde im Juni 1991 als überzeugter Reformkommunist vom Volk zum Vizepräsidenten der Russischen Föderation gewählt. Beim Putschversuch vom August 1991 stellte er sich kompromisslos auf die Seite Jelzins. Den Crash-Kurs, den Jelzin Anfang 1992 zur Durchsetzung der Marktwirtschaft einleitete, trug er jedoch ebensowenig mit wie den Dauerkonflikt des Präsidenten mit dem mehrheitlich reformfeindlichen Parlament.

Mit der "Bürgerunion" teilt Ruzkojs Partei die Überzeugung, dass ökonomische Reformen grundlegenden Charakters nur schrittweise durchgeführt werden sollten und die historisch gewachsenen Besonderheiten Russlands zu berücksichtigen hätten, in denen der Kapitalismus amerikanischen Typs nie eine zentrale Rolle gespielt habe. Darüber hinaus betonen Ruzkoj und seine Partei die nationalen Traditionen Russlands und verlangen eine Innen- und Aussenpolitik, welche die nationale Würde wahrt. Ruzkoj hat sich bis vor kurzem als besonnener Politiker gezeigt, der um Konsens bemüht war und immer wieder vor den unberechenbaren Folgen einer gesellschaftlichen Polarisierung gewarnt hat. Allerdings hat er sich jüngst immer stärker in die Kampagnen gegen Jelzin einspannen lassen und hat dadurch an Popularität verloren.

Im Gegensatz zu den radikalreformerischen "Westlern" repräsentiert der Ruzkoj-Flügel der gemässigten Reformer ideologisch eher die Russophilen. Damit deutet sich auch an, dass selbst diese politische Richtung wohl über kurz oder lang in Konflikte mit den nichtrussischen Nationalitäten geraten wird.

- 3) Die dritte Hauptrichtung präsentiert sich mir als ein breites und schwer abgrenzbares Sammelsurium *rechtsextremer* Strömungen, Gruppierungen und Parteien. Alle diese Bewegungen verbindet ein nationalrussischer Chauvinismus, der die Wiederherstellung eines russisch dominierten Grossreichs in den Grenzen der alten Sowjetunion anvisiert. Den Kern dieser Strömungen bildet die Bewegung Pamjat ("Erinnerung") mit antisemitischen und faschistoiden Zügen. Ideologisch laden sich die Rechtsradikalen an den imperialen Glanzzeiten des frühen Zarenreiches auf. Eindeutige ökonomische Konzepte haben sie meines Wissens bislang nicht vorzuweisen.
- 4) Als vierte Hauptrichtung lassen sich die "*Leute von gestern*" ausscheiden: Dies sind vor allem Angehörige der kommunistischen Nomenklatura - insbesondere solche, die durch die Liquidierung des aufgeblähten Parteiapparates nicht nur ihre Privilegien, sondern grösstenteils auch ihre Stelle verloren haben. Dazu gehört ferner der überwiegende Teil des Offizierskorps und des KGB sowie wohl auch der Industriekader. Nachdem der August-Putsch 1991 fehlgeschlagen war, sind die "Gestrigen" zunächst wieder in die Defensive gegangen, haben dann versucht, über das Parlament Jelzins Reformpolitik zu sabotieren und beginnen sich nun - da Jelzins Popularität immer mehr ins Rutschen gerät - neu zu formieren. Wirtschaftspolitische Alternativen zum gescheiterten Modell der ineffizienten Planwirtschaft haben die Kommunisten nicht anzubieten. Sie suchen lediglich auf der anschwellenden Woge der Nostalgie in Teilen der Bevölkerung wieder nach oben zu kommen mit der

Devise: "Wir haben es früher immer noch besser gemacht als Gorbatschow und Jelzin!"

Zudem blasen die Kommunisten ebenfalls mächtig in das imperiale Horn und fordern ihrerseits, die alte Sowjetunion vollumfänglich wiederherzustellen. In dieser reaktionären Programmatik der Links- wie der Rechtsextremisten, die durch imperiales Gehabe davon ablenken wollen, dass sie für die unabdingbar notwendigen ökonomischen Reformen kein Konzept haben, liegt die derzeit wohl grösste innere Gefahr für die unmittelbare Zukunft. Hier zeichnet sich die Möglichkeit eines taktischen Zweckbündnisses ab, das die Reformkräfte in Russland zumindest vorübergehend aushebeln könnte, wenn sich die existentielle Situation der breiten Masse nicht sehr bald ansatzweise verbessert.

Insgesamt ist das Spiel der politischen Kräfte - das sei noch einmal betont - ausserordentlich verwirrend und unüberschaubar. Namen von Parteien können Camouflage sein und sagen über das damit verbundene Programm oft überhaupt nichts aus. Homines novi, welche die Gunst der Stunde zu nutzen suchen, tauchen aus dem Nichts auf, wechseln ihre politischen Positionen, um an der Macht zu bleiben oder lassen sich keiner der vier skizzierten Hauptrichtungen eindeutig zuordnen, da sie nur für sich selbst stehen - so etwa Parlamentspräsident Chasbulatow.

Die politische Szene in den beiden Metropolen Moskau und Petersburg ist zwar sehr lebhaft, in der Hauptstadt toben Machtkämpfe, und Präsidialdekrete werden erlassen, doch die *Regionen* der riesigen Russischen Föderation haben sich von den Ereignissen in und den Direktiven aus Moskau weitgehend abgekoppelt. In ihnen herrscht die alte Nomenklatura - wer auch sonst? - und versucht auf die eine oder andere Art an der Macht zu bleiben, z.T. marktwirtschaftlich gewendet und keineswegs grundsätzlich reformfeindlich, z.T. bemüht, ihre Klientel mit den überkommenen Verteilungsmechanismen bei der Stange zu halten und es zum völligen wirtschaftlichen Kollaps möglichst gar nicht erst kommen zu lassen.

Wo also verlaufen die wichtigsten Konfliktlinien in Russland heute? Im Vordergrund steht überall - ob in den Metropolen oder auf dem Lande - *der Kampf ums Überleben*. Für die breite Masse der Bevölkerung geht es dabei nicht um Bekenntnisse zur Markt- oder zur Planwirtschaft, sondern primär um die Frage: Welcher Politiker oder welche politischen Kräfte dürften am ehesten in der Lage sein, meine existentielle Situation zu stabilisieren oder gar zu verbessern? Die Marktwirtschaft ist als Konzept dadurch zunehmend diskreditiert, dass Jelzins Versuch einer ökonomischen Radikalkur das Chaos nur vergrössert hat. Ausserdem waren Reiche in Russland noch nie populär und die ökonomische Mentalität schon seit der Leibeigenschaftsperiode auf Subsistenzsicherung, nicht aber auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Diese Mentalität zu ändern, braucht Jahrzehnte, wenn nicht gar Generationen. Darum bin ich der Meinung, dass die ökonomischen Vorstellungen der *gemässigten Reformer*, die auf eine *allmähliche* Einführung der Marktwirtschaft und auf ein Nebeneinander von privaten, genossenschaftlichen und staatlichen Besitzformen abzielen, den spezifischen Gegebenheiten Russlands am ehesten entsprechen. Und ich wage daher auch die Prognose, dass Jelzin nach dem Vertrauensbeweis durch das Referendum vom

25. April 1993 seine Wirtschaftspolitik eher den Positionen der gemäßigten Reformer annähern wird.

Eine *zweite Konfliktlinie* verläuft zwischen dem Mehrheitsvolk der Russen und den *nicht-russischen Nationalitäten*, deren bedeutendere in 21 autonomen Republiken leben - von Karelien im Nordwesten bis nach Jakutien im Nordosten Sibiriens. Während der Sowjetzeit war die Autonomie dieser Völker weitestgehend auf den kulturellen Sektor beschränkt gewesen, und trotzdem unterlagen sie wachsendem Russifizierungsdruck. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und das wachsende Chaos innerhalb Russlands haben es den Eliten dieser autonomen Republiken erlaubt, die volle Macht zu übernehmen. Tschetschenien im Nordkaukasus und Tatarstan an der mittleren Wolga etwa haben bereits ihre staatliche Souveränität erklärt.

Damit ist gleich ein doppelter Nationalitätenkonflikt vorprogrammiert: Zwischen der Russischen Föderation als Ganzes - wer immer sie auch leitet - auf der einen Seite und den autonomen Republiken auf der anderen Seite, ferner aber auch zwischen dem namengebenden Volk der jeweiligen autonomen Republik einerseits sowie den auf ihrem Territorium lebenden Russen (die oft sogar die Mehrheit bilden) andererseits.

Allerdings dürften die Bäume eines ethnischen Separatismus schwerlich allzuweit in den Himmel wachsen - sind doch die autonomen Republiken von russischsprachigem Gebiet umsäumt oder als eigene Staatsgebilde kaum überlebensfähig. Um langfristig hier Nationalitätenkonflikte einzudämmen, wird die Führung der Russischen Föderation daher kaum umhinkommen, den autonomen Republiken sehr viel mehr politische Rechte einzuräumen, als dies früher der Fall gewesen ist, und sich im übrigen darin zu üben, im Umgang mit den Minderheiten sehr viel mehr Fingerspitzengefühl zu entwickeln.

Die *dritte innere Konfliktlinie* Russlands verläuft zwischen den *demokratischen* und den *nichtdemokratischen* Kräften. Diese Konfliktlinie ist jedoch am schwächsten ausgeprägt - und zwar, wie mir scheint, vor allem aus vier Gründen:

- 1) Russland kennt faktisch keine Tradition einer parlamentarischen Demokratie. Die Duma der Jahre 1906-1917 war eher ein Scheinparlament und diente vor allem als Rednertribüne - wie das Parlament von heute. Entsprechend diskreditiert haben sich auch schon die derzeitigen Keime eines Parlamentarismus;
- 2) Das russische Volk ist an starke, charismatische Führungspersönlichkeiten gewöhnt. Nur darum konnte Boris Jelzin so rasch so hoch steigen. In einem zentralistischen System braucht es auch solche Leitfiguren, um überhaupt etwas zu bewegen. Doch im politischen Agieren Jelzins demokratische Maximen, autoritäre Allüren und populistischen Opportunismus sauber voneinander zu trennen, dürfte schwer fallen.
- 3) Eine Demokratie lebt von Parteien und Bürgerinitiativen. In Russland gibt es beides erst ansatzweise, aber diese Ansätze lassen immerhin hoffen.
- 4) Bislang ist es nur eine relativ kleine Minderheit, für die der Auf- und Ausbau eines demokratischen Systems wichtig ist. Es sind dies vor allem

Intellektuelle und ein nicht unerhebliches Bevölkerungssegment vor allem in den Metropolen Moskau und St. Petersburg. Die meisten Menschen im Lande sind jedoch damit ausgelastet, Überlebensstrategien zu entwickeln. Ihr Appetit auf politische Mitbestimmung wird erst dann wachsen, wenn die Existenzkrise überwunden ist. Auch darum müssen die Stabilisierung der Wirtschaft und die Verbesserung des Lebensstandards absolute Priorität haben.

Wie auch immer die Dinge in Russland sich während der kommenden Jahre entwickeln werden - an diesen drei Aufgaben wird keine Staatsführung sich auf Dauer vorbeimogeln können, wenn sie die Situation auf einem neuen Niveau wirklich stabilisieren will:

- an der Bewältigung der Modernisierungskrise im Bereich vor allem von Wirtschaft und Gesellschaft;
- an einer in jeder Hinsicht gleichberechtigten Beteiligung der nichtrussischen Nationalitäten am Staatswesen; und schliesslich
- an der zu erwartenden allmählichen politischen Emanzipierung immer weiterer Kreise der Bevölkerung.

Dies bedeutet aber: Auf lange Sicht arbeitet die Zeit für die Reformkräfte.

Christian Kind

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien ist die schlimmste Katastrophe, die Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs befallen hat. Drei Völker gleicher ethnischer und sprachlicher Herkunft, geteilt durch unterschiedliche historische, kulturelle und religiöse Prägungen, kämpfen auf den Trümmern des jugoslawischen Staates um eine neue Abgrenzung ihrer Lebensräume und um die Form ihrer künftigen Existenz. In diesem Krieg ist die Zivilbevölkerung, entgegen allen internationalen Kriegsregeln, direkt zum Kampfobjekt gemacht worden. Mit Beschiessungen, Vertreibungen, Geiselnahmen, Massenmord und Vergewaltigung sucht man die Siedlungsstruktur zu ändern und homogene Staatsgebiete zu schaffen, wo vorher Menschen verschiedener Herkunft eng nebeneinander wohnten.

Das Ausmass der Grausamkeiten entzieht sich menschlichem Begreifen. Zehntausende von Toten, Hunderttausende von Flüchtlingen in einem unzweifelhaft zu Europa gehörenden Land haben brutal die Illusion zerstört, dass nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation und der Atomkriegsbedrohung der permanente Friede angebrochen sei. Alte Konflikte, vor allem im östlichen Europa, die unter der Glasglocke des Kommunismus zugedeckt, aber nicht gelöst worden waren, erwachten, für viele unerwartet, zu neuem Leben, gespeist aus den immensen Waffenvorräten, die für den Fall eines dritten Weltkriegs angelegt worden waren. Das prosperierende Westeuropa, dem Kriege um nationale Gegensätze undenkbar geworden sind, sah mit Entsetzen, dass es im Osten des Kontinents noch Völker gibt, die bereit sind, für das, was sie als ihr Recht betrachten, zu den Waffen zu greifen. Dabei ist Jugoslawien nur der nächstgelegene Kriegsschauplatz. Weiter weg, in der ehemaligen Sowjetunion, liegt noch ein unabsehbares Potential blutiger Auseinandersetzungen.

Der Krieg in Jugoslawien stellt die westliche Welt vor ein Dilemma: Die täglichen Elendsbilder des Fernsehens stimulieren immer wieder das Bedürfnis, einzugreifen, Aggressoren zu bestrafen, Kriegsverbrecher abzuurteilen. Andererseits scheut man ein militärisches Eingreifen mit ungewissem Ausgang, in einer Zeit, da Europa sich selber von nirgends bedroht fühlt und Rüstungsausgaben äusserst unpopulär sind. Die gemeinsamen Deklarationen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die zwar das Ende des kalten Krieges herbeiführen halfen, indem sie Gorbatschow den Rückzug von den äusseren Bastionen des Sowjetreichs ermöglichten, haben leider auch die Illusion gefördert, dass allgemeine Sicherheit durch blosser Verständigung, ohne Machtmittel, zu bewahren sei. Doch der Fall Jugoslawien hat gezeigt, dass ein gewaltsamer Konflikt von aussen nicht zu steuern ist, wenn keine Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt besteht. Meine persönliche Sorge ist dabei, dass ständig wiederholte Androhungen, unter dem Eindruck der jeweils letzten Greuelszenen, ohne dass wirklich etwas geschieht, die Sache nur schlimmer machen, den Krieg in die Länge ziehen und noch mehr Opfer fordern, weil sie immer wieder vergebliche Hoffnungen auf eine von aussen herbeigeführte Wende erwecken und die Bereitschaft zum Einlenken untergraben.

Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien dreht sich um die Folgen des Zerfalls des von Tito nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Bundesstaats. Es geht um die Grenzen und die innere Ordnung der neuen Staatsgebilde, die an dessen Stelle treten sollen. Der Auffassung, dass es sich nur darum handle, die einstigen Teilrepubliken zu souveränen Staaten zu erklären, die in ihren Grenzen allfällige Minderheitenprobleme zu lösen hätten, haben sich Serbien und die Serben mit Gewalt widersetzt. In ihrer Sicht war Titos Staatsordnung ein antiserbisches Instrument, das dazu diente, das zahlenmässige Übergewicht der Serben durch die willkürliche Schaffung neuer Republiken und autonomer Gebiete zu neutralisieren. Immerhin sahen sie, solange die Sozialistische Föderativrepublik Jugoslawien bestand, ihre Sicherheit gewährleistet - durch ihre Teilhabe an der Macht in Bundesregierung und Präsidium und durch den traditionell hohen Anteil der Serben in Beamtenschaft und Militär. Als Slowenien und Kroatien jedoch den jugoslawischen Staat für obsolet erklärten, griffen die Serben zum Bürgerkrieg.

Gegenüber dem Abfall Sloweniens erfolgte die serbische Reaktion unter Rückgriff auf die Bundesorgane. Die jugoslawische Volksarmee wurde ausgesandt, um die Grenze gegen das westliche Ausland zu sichern. Wäre ihr das gelungen, hätte sich das Unternehmen sehr bald auch gegen die Regierung Sloweniens gerichtet. Doch wie wir wissen, liess es der erfolgreiche Widerstand der slowenischen Territorialverteidigung nicht dazu kommen. In Kroatien jedoch ging die Initiative von einer dort lebenden serbischen Bevölkerung aus, die mit Rückendeckung von seiten der Bundesarmee die kroatische Polizei aus den von ihr beanspruchten Gebieten zu verdrängen und eigene lokale und regionale Verwaltungen einzurichten begannen.

Der Streit um die Neuordnung Jugoslawiens war nicht nur eine staatsrechtliche Kontroverse. Politisch brisant wurde sie wegen der Existenz starker und selbstbewusster serbischer Minderheiten ausserhalb der Grenzen Serbiens. Diese brachten den sich mit Unterstützung des Auslands etablierenden neuen Staaten kein Vertrauen entgegen und legitimierten ihren Verdacht mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. Damals hatte eine von Deutschland und Italien betriebene Aufteilung Jugoslawiens die serbische Bevölkerung in Kroatien und Bosnien-Herzegowina der massenhaften Vernichtung und Vertreibung ausgesetzt. Damit sich dies niemals wiederholen kann, wird von den bosnischen und kroatischen Serben ein rücksichtsloser Kampf um staatliche Eigenständigkeit geführt - mit dem Fernziel des Zusammenschlusses in einem gross-serbischen Staatswesen.

Der Kampf um ein grösseres Serbien ist zurzeit in Bosnien-Herzegowina in vollem Gange, und seine Opfer sind vor allem die bosnischen Muslime. Was Kroatien anbelangt, so sind die offenen Feindseligkeiten seit Dezember 1991 suspendiert, sie können jedoch, wie sich unlängst in Kämpfen an der Adriaküste bei Zadar gezeigt hat, ungeachtet der Präsenz von Friedenstruppen der Vereinten Nationen jederzeit wieder ausbrechen. Während in Bosnien der von den Muslimen herbeigewünschte eigene Staat als solcher auf dem Spiel steht, geht es in Kroatien um vitale Interessen des kroatischen Staates, um seine territoriale Souveränität und um die Herrschaft über die lebenswichtigen Verbindungen

nach Dalmatien und Slawonien, die von den serbisch beherrschten Gebieten aus bedroht und zum Teil unterbunden werden können.

Für die Slowenen und Kroaten war der Zusammenbruch des Kommunismus die lang ersehnte Gelegenheit, sich aus der ungeliebten Zwangsgemeinschaft Jugoslawien zu befreien. Was jedoch für die Kroaten Befreiung war, bedeutete in den Augen der kroatischen Serben den Beginn der Unfreiheit. Von aussen wurde dieser Sicht am Anfang wenig Gewicht eingeräumt, weil man den ganzen Vorgang im Zeichen des Zurückrollens der letzten Reste kommunistischer Herrschaft sah. Dass eine demokratisch gewählte Regierung als Bedrohung empfunden werden könnte, schien von Westeuropa aus gesehen unbegreiflich, und so wurden denn die serbischen Ansprüche nur als Vorwand für einen Versuch zur Wiederherstellung der kommunistischen Herrschaft gesehen. Der kroatische Nationalismus, der blind auf einen internen Konflikt mit den Serben hinsteuerte, erfuhr eine vergleichsweise milde Beurteilung. Das Potential des serbischen Widerstandswillens wurde bei jenen Regierungen in Westeuropa sträflich unterschätzt, die sich der Illusion hingaben, mit einer internationalen Anerkennung die Lage stabilisieren zu können. Das Gegenteil war vielmehr der Fall, und als die gleiche Medizin in Bosnien-Herzegowina zur Anwendung kam, löste sie erst die verheerenden Konvulsionen aus, die in diesen Tagen neue Höhepunkte erreicht haben.

Serben, Kroaten und bosnische Muslime machen geltend, dass sie um ihre nationale Existenz kämpfen, und werben um Unterstützung ihrer Sache. Der unablässige Horror der Kriegsberichte ruft hier bei uns in vielen eine leidenschaftliche Parteinahme gegen jene hervor, die am häufigsten als Urheber von Greuelthaten und Waffenstillstandsverletzungen genannt werden. Viele andere haben sich schon abgewandt und sind gleichgültig geworden gegenüber einem als unbegreiflich empfundenen balkanischen Geschehen. Beidem sollten wir uns entziehen - leichtfertigen Urteilen wie selbstzufriedener Distanzierung. Ich bin mir bewusst, dass meine Ausführungen je nach dem Standort des Betrachters Widerspruch oder auch Zustimmung auslösen werden. Ich bitte um Verständnis dafür, wenn ich mein Ziel weder in der moralischen Verurteilung einer Seite noch in einer künstlichen Ausgewogenheit sehe, die sich am leichtesten mit Tadel nach allen Richtungen herstellen lässt, sondern in einem Versuch, Motive und Anstöße zum heutigen Geschehen aus der Beschäftigung mit dem zeitgeschichtlichen Hintergrund heraus einsichtig zu machen.

Zeitgeschichte ist ein dehnbarer Begriff. Wenn man davon ausgeht, dass das Erleben der gegenwärtigen Generation den gängigen Massstab bildet, dann müsste der Übergang von der Geschichte zur Zeitgeschichte etwa beim Zweiten Weltkrieg angesetzt werden. Es wäre jedoch sicher niemandem gedient, wenn wir den Begriff der Zeitgeschichte zu eng fassen wollten.

Der geschichtliche Schlüsselpunkt für die Erörterung der Hintergründe des gegenwärtigen Konflikts ist die Entstehung Jugoslawiens nach dem Ersten Weltkrieg. Aus dem seit 1804 schrittweise und mit Rückschlägen unabhängig gewordenen Serbien mit Einschluss von Kosovo und Mazedonien, die bis 1912 noch unter türkischer Herrschaft gestanden hatten, sowie aus Teilen des Habsburger Reichs - Slowenien, Kroatien, Bosnien, Herzegowina, Dalmatien - wurde

mit dem Segen der Grossmächte ein Staat geschaffen, der Orthodoxe, Katholiken und Muslime, Völker mit unterschiedlicher historischer Erfahrung und Wirtschaftsentwicklung, zusammenfasste. Unterschiedliche Motive wirkten bei dieser Staatsgründung mit: Für die Westmächte ging es darum, nach der Zerschlagung des Habsburger Reichs einen südslawischen Staat zu bilden, der in der Lage sein sollte, zusammen mit den andern Nachbarn Ungarns und Österreichs revanchistischen Bestrebungen entgegenzutreten. Im gleichen Sinne schien es den Kroaten und Slowenen unerlässlich, Rückhalt im grösseren Verband Jugoslawiens nicht nur gegen die ehemaligen Mittelmächte, sondern auch gegen das nach Osten ausgreifende Italien zu finden. Für die Serben dagegen, die sich zu den Siegern des Ersten Weltkriegs zählten, stand im Vordergrund, dass das lang gehegte nationale Anliegen, alle Angehörigen der serbischen Nation in einem Staat vereinigt zu sehen, endlich in Erfüllung ging. Für die Interessen derjenigen, die im Krieg auf der falschen Seite gekämpft hatten, blieb nicht viel Aufmerksamkeit übrig.

Die serbische Nationsbildung nach der Befreiung war durch die Hinterlassenschaft der türkischen Herrschaft erschwert worden. Als Folge von Kriegszügen und Wanderungsbewegungen lebten die Serben nicht in einem geschlossenen Siedlungsgebiet. Im Verlauf der Jahrhunderte hatten sich Serben in mehreren Wellen der Türkenherrschaft durch Auswanderung entzogen und innerhalb der Grenzen des Habsburger Reichs niedergelassen. Sie fanden dort bereitwillig Aufnahme. Entlang der Grenze zum bosnischen Bergland, von wo immer wieder Angriffe kamen, konnten sie sich als Wehrbauern ansiedeln, die zum Militärdienst für den Kaiser verpflichtet, dafür aber der Verpflichtungen gegenüber dem dortigen Adel enthoben waren. Der Ausdruck *Krajina*, den die Serben in Kroatien für die von ihnen ausgerufene Republik verwenden, bedeutet "Grenze" und erinnert an die Institution der Militärgrenze, einer Zone, die von Wien aus direkt verwaltet wurde. Direkt dem Kaiser unterstellt und gegenüber andern Instanzen privilegiert zu sein, hat einige Jahrhunderte zuvor bei den alten Eidgenossen als den Hütern der Alpenpässe einen Selbständigkeitswillen entstehen lassen, der sie nie mehr unter die Adelherrschaft zurückkehren liess. In ähnlicher Weise haben die Serben der *Krajina* immer an ihrer traditionellen Sonderstellung festzuhalten versucht und Widerstand geleistet, wann immer von kroatischer Autonomie oder gar eigener kroatischer Staatlichkeit die Rede war. Die ehemalige Militärgrenze ist aber nicht die einzige Hinterlassenschaft der Jahrhunderte österreichisch-türkischer Kriege. Als Folge von Feldzügen, Ausrottung, Vertreibung und dorfweiser Wiederansiedlung sind weite Gebiete von einer Bevölkerungsmischung gekennzeichnet, wie wir sie in Westeuropa nicht oder nicht mehr kennen. In den beiden übernationalen Reichen des Sultans und des Kaisers gab es eine Tradition des Minderheitenschutzes, keinen Anpassungsdruck wie in den westeuropäischen Nationalstaaten, etwa Frankreich, mit ihrer zentral gelenkten Administration und Einheitssprache. Damit blieben Unterschiede bestehen, gab es serbische, kroatische, muslimische, ungarische, slowakische, ruthenische und - bis 1945 - deutsche Dörfer, erkennbar an ihren Kirchtürmen oder Minaretten, was immer wieder Anlass zu Nationalitätenkonflikten gab und den Verfechtern einheitlich nationalstaatlicher Lösungen missfiel.

Soviel zum Umfeld, in dem sich die serbische Nationsbildung vollzog. Sie wurde nie vollendet und blieb innerhalb eines grösseren jugoslawischen Staatswesens aufgehoben, in dem die Serben nur eine knappe Mehrheit besaßen. Über den Geburtsfehler mangelnder Einigkeit hinsichtlich seiner Grundprinzipien und Ziele ist dieser Staat nie hinweggekommen. In dem vom serbischen König Alexander bei Kriegsende proklamierten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen fühlten sich die Serben als Sieger und als führende Nation, die den aus dem Habsburger Reich entlassenen Teilen Aufnahme in ihrem Staat gewährte. Die Slowenen und Kroaten konnten sich dagegen ihrerseits nicht vorstellen, nach der Befreiung über weniger Autonomie zu verfügen, als sie unter den Habsburgern genossen hatten. Genau so aber kam es, indem die serbischen Parteien 1921 ungeachtet früherer Zusagen mit einfacher Mehrheit eine zentralistische Verfassung durchsetzten. Die Kroaten antworteten darauf mit der Ausrufung einer "neutralen Bauernrepublik Kroatien", die jedoch ohne Folgen blieb. Es folgte eine unübersehbare Reihe von parlamentarischen und ausserparlamentarischen Auseinandersetzungen, in denen die serbischen Parteien stets am längeren Hebel saßen. Der Streit nahm bittere persönliche Formen an, und selbst dort, wo serbische Uneinigkeit den Kroaten Manövrierraum eröffnet hätte, machte irrationales Handeln und ungezügelter Rhetorik des charismatischen Kroatenführers Stjepan Radic die mögliche Chance zunichte. Seinem hartnäckigen Beharren auf kroatischen Rechten begegnete immer unverhüllter der Hass der Verfechter des serbisch dominierten Einheitsstaates.

Die Spannungen entluden sich am 20. Juni 1928 in einem Blutbad im Parlament, als ein montenegrinischer Abgeordneter auf die kroatischen Abgeordneten schoss, zwei von ihnen auf der Stelle tötete und Radic so schwer verletzte, dass er wenige Wochen später starb. Alle demokratischen Verständigungsbemühungen schienen damit erschöpft, immer häufiger wurde der Ruf nach autoritären Lösungen erhoben. Am 6. Januar 1929 setzte König Alexander die Verfassung von 1921 ausser Kraft, löste das Parlament auf und machte sich selber zum Träger einer Königsdiktatur, die, wie er meinte, den Streit der Parteien beenden und die nationalen Gegensätze überwinden sollte. Der Versuch, gegen serbische und kroatische Nationalisten ein jugoslawisches Staatsbewusstsein zu schaffen und die verbotenen Parteien durch eine Monarchie zu ersetzen, schlug aber fehl. Am 9. Oktober 1934 wurde der Monarch bei der Ankunft zu einem Staatsbesuch in Marseille zusammen mit dem französischen Aussenminister von rechtsextremen Terroristen ermordet, die, beeinflusst vom Faschismus Mussolinis, nationale Kontroversen nur noch mit Gewalt entscheiden wollten.

Der anstelle Alexanders eingesetzte Prinzregent Paul bemühte sich, das Gespräch mit den Parteien wieder aufzunehmen. Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland liess befürchten, dass dem uneinigen Jugoslawien eine Lösung seiner Nationalitätenprobleme von aussen aufgezwungen werden könnte. Kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kam noch eine kroatisch-serbische Verständigung zustande, die Kroatien endlich Autonomie zugestand. Sie erhielt aber keine Chance mehr, sich zu bewähren. Nach dem Überfall Hitlers im Frühjahr 1941 wurde von aussen über Jugoslawien verfügt, das Land willkürlich geteilt. Hitler machte Kroatien mit Einschluss von Bosnien und der Herzegowina zu einem unabhängigen Staat, stellte Serbien unter deutsche

Militärherrschaft, teilte Slowenien zwischen Deutschland und Italien auf und übergab Mazedonien an Bulgarien und Kosovo an das italienisch besetzte Albanien.

In Kroatien wurde der Führer der faschistischen Ustascha-Bewegung, Ante Pavelic, ein williges Werkzeug Hitlers, als Staatschef eingesetzt. Unter ihm machte sich der lange frustrierte kroatische Nationalismus in schrecklich übersteigerter Form Luft. Ein für allemal wollte man das Problem der serbischen Minderheit lösen, sei es durch zwangsweise Bekehrung zum Katholizismus, sei es durch Vertreibung oder durch Ausrottung. Nach deutschem Vorbild wurden Konzentrationslager geschaffen, das bekannteste davon in Jasenovac, wo Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende, umkamen. Die Opferzahlen sind umstritten und werden aus politischen Gründen zuweilen masslos übersteigert. Heutige Historiker kommen auf Grund der Bevölkerungsstatistiken vor und nach dem Krieg zum Schluss, dass die in kommunistischen Handbüchern angegebene Zahl von 700 000 Todesopfern zu hoch sein muss. Was immer die genauen Zahlen sind, an der Enormität der kroatischen Ausrottungsstrategie ändern sie nichts, und sie lässt sich auch nicht mit dem Hinweis auf die am Ende des Kriegs durch die Partisanen begangenen Massenmorde an kroatischen Ustaschi und Heimwehrsoldaten beschönigen.

Das erste Vierteljahrhundert jugoslawischer Geschichte hatte zur gegenseitigen Zerfleischung und zum Sieg des Kommunismus geführt. Tito suchte die nationalen Gegensätze durch die Schaffung eines Bundesstaates aufzuheben, der den einzelnen Nationen Selbstregierung und den nationalen Minderheiten die Pflege ihrer kulturellen Besonderheiten in grosszügiger Weise zugestand. Ihr lag aber keine wirkliche Verständigung zugrunde, keine freiwillige Aufgabe alter Souveränität zugunsten eines grösseren Ganzen, es handelte sich um eine noch für notwendig gehaltene Konzession an nationale Gefühle, die aber eigentlich als im kommunistischen Staat überholte Relikte angesehen wurden. In diesem Rahmen wurden Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu Republiken erhoben, die früher nie einen selbständigen Staat gebildet hatten. Der föderale Aufbau konnte, vor allem am Anfang, in der stalinistischen Periode vor dem Bruch mit Moskau, nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle wesentlichen Entscheidungen von der Partei getroffen wurden, die auf jeder Ebene direkt die Regierungstätigkeit bestimmte.

Nationale Ressentiments und Reminiszenzen waren der öffentlichen Diskussion entzogen; unter der Devise der "Brüderlichkeit und Einheit" galt jede Äusserung nationalistischen Charakters als subversiv und wurde mit Strafe bedroht. Die notwendige Verarbeitung der traumatischen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs, die aus einer länger dauernden öffentlichen Debatte hätte hervorgehen können, wurde der Fiktion des sozialistischen Menschen geopfert, der angeblich nationale Verirrungen für immer hinter sich gelassen hatte. Auf Partei- und Regierungsebene, unter den Privilegierten des Regimes, war es aber durchaus üblich, nationalistisch zu argumentieren und Vor- und Nachteile gewisser Anordnungen danach zu beurteilen, welches Volk von ihnen am meisten zu erwarten hätte. Während die neugeschaffenen Republiken eher am Rand blieben, stand auch im Jugoslawien Titos die Rivalität zwischen Serbien und Kroatien, das letztere sekundiert von Slowenien, im Vordergrund.

Tito pflegte sich solange als möglich aus den Streitigkeiten herauszuhalten, um dann, wenn die Zeit reif schien, umso entschiedener als Schiedsrichter einzugreifen. Ein solcher Eingriff richtete sich im Jahre 1966 gegen seinen langjährigen engen Mitarbeiter Alexander Rankovic, der als Organisationssekretär des Bundes der Kommunisten und Chef des gesamten Sicherheitsapparates der zweite Mann hinter Tito gewesen war. Rankovic repräsentierte die zentralistischen Kräfte, die den Ausbau der Selbstverwaltung und der Dezentralisierung mit Misstrauen betrachteten und ihr bürokratische Hemmnisse in den Weg legten, er galt aber vor allem als Serbe, der mit seinem Eintreten für den Gesamtstaat gleichzeitig serbische Interessen wahrnahm. Allerdings hatte Rankovics Apparat ausser der Verfolgung der Regimegegner, der brutalen Unterdrückung der Albaner in Kosovo und der Niederhaltung nationaler Tendenzen in Kroatien auch seine eigenen Landsleute unter scharfer Kontrolle gehalten. Seine Absetzung wurde daher auch in Serbien mit Erleichterung aufgenommen.

Rankovics Sturz markierte den Beginn einer Phase der Stärkung der Republiken und der autonomen Provinzen, die nun in die Lage versetzt wurden, eigene Interessen, vor allem wirtschaftlicher Natur, wahrzunehmen. Für die Albaner des Kosovo wurde die Selbstverwaltung erstmals Tatsache, nachdem sie vorher nur theoretisch existiert hatte. Auch in Kroatien, das im Hinblick auf das Erbe der Ustascha unter besonders scharfer Kontrolle gestanden hatte, änderte sich das Klima. Allerdings waren Veränderungen nur im Rahmen der Partei und der Institutionen möglich, während individuelle Äusserungen nach wie vor von der Geheimpolizei verfolgt wurden. Vorsichtig begann jedoch die kroatische Parteiorganisation, den langjährigen Beschwerden über eine Benachteiligung Kroatiens durch den Bund eine nationalistische Färbung zu geben. Kroatiens tausendjährige Existenz und seine Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis, sein unerfüllter Wunsch nach einem eigenen Staat und nach Befreiung von balkanischen Fesseln konnten in den gelenkten Presseorganen erörtert werden. Innerhalb ihrer Kompetenzen strebte die Regierung der Republik eine marktwirtschaftliche Öffnung an, die sich an den Bestrebungen der Reformer in Prag orientierte.

Die kroatische Parteiführung unter Frau Savka Dabcevic-Kucar und Mika Tripalo konnte sich dabei insofern mit der obersten Führung in Übereinstimmung fühlen, als diese selber Verfassungsänderungen zur Stärkung der Republiken anstrebte. Wegen der nationalistischen Töne, die aus Zagreb kamen, wurde aber von Unitaristen und Zentralisten in Belgrad heftig Alarm geschlagen. Dabei kam auch der Vorwurf auf, die kroatischen Führer pflegten geheime Beziehungen mit der kroatischen Emigration und ehemaligen Ustascha-Angehörigen im Westen. Die Parteiführung in Zagreb wehrte sich mit dem Argument, zentralistische und bürokratische Kräfte sowie Rankovic-Anhänger erhöhen derartige Anschuldigungen nur, um damit den politischen Kurs der obersten Führung, nämlich die "Stärkung des sozialistischen Selbstverwaltungskurses in Jugoslawien", wie das damals genannt wurde, zu blockieren. Trotz heftiger Kontroversen im Präsidium und im Zentralkomitee blieb Tito bei der Dezentralisierung, hielt es aber für nötig, den im "Kroatischen Frühling" aufgeblühten Nationalismus durch energisches Eingreifen unter Kontrolle zu

bringen. Im Dezember 1971 setzte er die Parteiführung in Zagreb ab. Es scheint, dass der Marschall sich bei seinem Eingreifen unter anderem von Gerüchten leiten liess, die von heimlicher sowjetischer Unterstützung der kroatischen Exilorganisationen zum Zweck der Spaltung Jugoslawiens wissen wollten.

In Zagreb kam es darauf zu einer umfangreichen Säuberung. Hunderte von Funktionären wurden kaltgestellt und die Anführer des "Kroatischen Frühlings" wanderten ins Gefängnis. Tito liess es aber dabei nicht bewenden; ein Jahr später wurden in Serbien mehrere Führungsmitglieder als gross-serbische Nationalisten und Anarcho-Liberalisten abgestempelt und aus der Partei ausgeschlossen. Es folgten Säuberungen in Slowenien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Vojvodina. Ein Kurswechsel war damit aber nicht verbunden. In der Verfassung von 1974 wurde nicht nur die wirtschaftspolitische Selbständigkeit der Republiken zementiert, sondern auch die Zentralgewalt durch Einführung der kollektiven Präsidentschaft mit beschränkter Amtszeit und jährlich rotierendem Vorsitz entscheidend geschwächt. Tito war es vor allem darum zu tun, nach seinem Abgang die Machtübernahme durch einen Einzelnen zu verhindern. Konsequenterweise führte er kurz vor seinem Tod auch an der Spitze des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens einen rotierenden Vorsitz ein.

Titos Vorkehren vermochten niemanden zufriedenzustellen. Den meisten Republiken ging die erreichte Selbständigkeit nicht weit genug, insbesondere Slowenien und Kroatien strebten eine weitere Lockerung in Richtung einer Konföderation an. Die beiden westlichen, Europa zugewandten Republiken, die es leid waren, die Gewinne aus ihrer fortgeschrittenen Industrie für unrentable Grossprojekte im Süden des Landes hergeben zu müssen, versprachen sich von grösseren Wirtschaftskompetenzen einen rascheren Aufschwung. Für die Serben aber ging der Abbau Jugoslawiens seit langem viel zu weit. Dem Gefühl, als stärkste Nation in Jugoslawien am meisten benachteiligt zu sein, gab 1985 eine Denkschrift Ausdruck, die von einer Arbeitsgruppe der Serbischen Akademie der Wissenschaften verfasst worden war. Darin wurde Klage geführt über eine wirtschaftliche Benachteiligung in der Preispolitik der Bundesregierung, über die Abtrennung der beiden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina, die zwar nominell serbisch blieben, aber seit 1974 als konstituierende Bestandteile der Föderation behandelt wurden, ferner über die schlechte Behandlung der Serben von seiten der albanischen Machthaber in Kosovo, die zum andauernden Exodus der Serben aus der Provinz geführt habe. Die Klagen liefen im wesentlichen darauf hinaus, dass Serbien von Tito - der halb Kroat und halb Slowene war - ungerechterweise gegenüber anderen Republiken zurückgesetzt worden sei, dass die Existenz der Serben ausserhalb Serbiens überall bedroht werde und dass das Jugoslawien der Zwischenkriegszeit den Serben bessere Lebensbedingungen geboten habe. Die Denkschrift wurde zwar nie als offizielles Dokument veröffentlicht, wegen ihrer Herkunft galt sie aber als repräsentativ und als Neuauflage einer 1844 von dem Belgrader Innenminister Garasanin verfassten Programmschrift zur Umschreibung der serbischen nationalen Ziele. Der Entwurf und eine ganze Reihe von Stellungnahmen in Buch- und Artikelform riefen ausserhalb Serbiens heftige Reaktionen hervor.

Den verbreiteten Unmut in Serbien über das Schicksal der Republik unter Tito machte sich der 1986 angetretene kommunistische Parteichef Slobodan

Milosevic zunutze. Er ergriff eifrig die Gelegenheit, vom Versagen der Wirtschaftspolitik durch scharf nationalistische Töne abzulenken, und er setzte den Hebel mit Erfolg bei der Situation der Serben im autonomen Kosovo an. Kosovo, die nach der Niederlage auf dem Amselfeld 1389 an die Türken verlorene Heimat des mittelalterlichen serbischen Reichs, hatte stets im Brennpunkt serbischer nationaler Nostalgie gestanden. Doch als das Gebiet 1912 zu Serbien zurückkehrte, war die grosse Masse der Serben inzwischen ausgewandert, und an ihrer Stelle hatte sich eine albanische Bevölkerung ausgebreitet. Zweimal, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg, wurde Kosovo vorübergehend Albanien zugeschlagen, zweimal kehrte es mit dem Sieg der Alliierten an Jugoslawien zurück. Aber trotz zeitweise scharfer Repression albanischer Unabhängigkeitsbestrebungen und forcierter Ansiedlung von Serben in der Zwischenkriegszeit verschob sich das Bevölkerungsverhältnis immer mehr zugunsten der Albaner. Während die Albaner 1961 noch bei 67 Prozent standen, waren sie 1981 wegen ihrer hohen Geburtenrate schon auf 77 Prozent geklettert, und nach letzten Zahlen haben sie heute 90 % schon deutlich überschritten. Gleichzeitig kam es zu einer stetigen Abwanderung von Serben. Dafür gab es in der am schwächsten entwickelten Region wirtschaftliche Gründe genug, doch in der von Milosevic geförderten Propaganda war es der angebliche Terror der Albaner, der die Serben zum Exodus zwang.

Die kriegerischen Töne der Kampagne Milosevics zugunsten der serbischen Minderheit in Kosovo und die systematische Unterdrückung der albanischen Autonomie bis zu deren Aufhebung im März 1989 riefen in den nichtserbischen Republiken, besonders in Kroatien und Slowenien, Alarmstimmung hervor und verstärkten die Unabhängigkeitsbestrebungen. Zu den wirtschaftlichen Argumenten trat jetzt die Besorgnis hinzu, dass die serbische Führung mit ähnlichen Mitteln und ohne Rücksicht auf die Bundesverfassung versuchen werde, Jugoslawien durch Zwang zusammenzuhalten. Die spätere Entwicklung hat dieser Besorgnis recht gegeben. Doch innerhalb Serbiens stieg die Popularität Milosevics zu ungeahnten Höhen und ermöglichte ihm, in den ersten nachkommunistischen Wahlen im Dezember 1990 mit seiner auf sozialistisch umgetauften Partei einen grossen Erfolg zu erringen. Gestützt auf diesen Wahlsieg und im Besitz der vollen Kontrolle über die Medien eröffnete er Mitte 1991 als Antwort auf die Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien den indirekten, von serbischen Freiwilligenverbänden mit Hilfe der Waffen der Bundesarmee geführten Krieg, der heute noch nicht beendet ist.

Als Gegenstück zur Eskalation der serbischen Ansprüche betrat auch die neue Demokratie Kroatiens einen ausgesprochen nationalistischen Pfad. Mit nationalen Parolen vermochte die Kroatische Demokratische Gemeinschaft HDZ im Mai 1990 eine absolute Mehrheit im Sabor, dem kroatischen Parlament in Zagreb, zu erringen. Die neue Regierung zögerte nicht, das alte kroatische Staatswappen mit dem rotweissen Schachbrettmuster wieder zu übernehmen, obwohl - oder gerade weil - sein Gebrauch unter dem kommunistischen Regime streng verpönt gewesen war. In einer Verfassungsänderung wurde das kroatische Volk zum alleinigen Träger des Staatsgedankens erklärt, nachdem zuvor im Grundgesetz der kommunistischen Republik ausdrücklich auch die Serben als Staatsvolk genannt worden waren. Der frühere Partisanengeneral Franjo

Tudjman, der durch verharmlosende Untersuchungen zum Massenterror des Ustascha-Regimes zum Dissidenten geworden war, betrieb als Präsident den Abbau der aus der Vergangenheit stammenden Tabus, um in der Konkurrenz mit rechtsnationalen Kräften bestehen zu können. Gleich wie in Serbien sicherte sich auch die neue demokratisch gewählte Regierung die Herrschaft über das Fernsehen und die Presse, und seit dem Beginn der Kriegshandlungen im Sommer 1991 ist auch in Kroatien von Meinungsfreiheit nicht mehr viel zu spüren. Im Gegensatz zu Serbien, das sich der Bundesarmee bedienen konnte, musste Kroatien seine Streitkräfte neu aufbauen und die entsprechende Rüstung aus dem Ausland beschaffen. Daneben sprangen bewaffnete Freiwilligenverbände mit radikalen Zielsetzungen aus dem Boden, oft mit Zulauf aus kriminellen Kreisen.

Konkurrenz erwuchs Tudjmans Partei von der Kroatischen Partei des Rechts, die die Regierung mit rabiaten Forderungen rechts zu überholen sucht. Auch ihr Führer, Dobroslav Paraga, ist ein ehemaliger Dissident, der sich vom kommunistischen Sicherheitsapparat nicht einschüchtern liess. Seine Partei ist die Neuauflage einer politischen Bewegung aus dem 19. Jahrhundert, die seinerzeit ein Grosskroatien propagierte und den Serben das Recht auf einen eigenen Staat absprechen wollte. Auch Paragas politische Vorstellungen enden nicht an den kroatischen Grenzen. Freiwillige seiner Milizen waren es, die in dem von den Serben belagerten und zerstörten Vukovar bis zuletzt ausharrten und nach der Schlacht der Regierung wegen ausgebliebener Unterstützung öffentlich Verrat vorwarfen.

Sowohl serbische wie kroatische Begehrlichkeiten richteten sich schon im 19. Jahrhundert auf Bosnien und die Herzegowina. Das von einer teilweise islamisierten, serbisch oder kroatisch sprechenden Bevölkerung bewohnte Bergland zwischen dem dalmatinischen Küstenstreifen und der Save-Ebene blieb bis 1878 unter türkischer Herrschaft. Der Berliner Kongress, der die Erfolge des Zarenreichs im russisch-türkischen Krieg zugunsten Österreichs korrigierte, räumte dem Habsburger Reich das Recht zur militärischen Besetzung Bosniens ein. Serbien, das bei der gleichen Gelegenheit erstmals als unabhängiger Staat anerkannt wurde, fühlte sich ausgeschlossen. Kroatische Erwartungen wurden insofern enttäuscht, als Bosnien-Herzegowina, auch nach der späteren Annexion durch Österreich-Ungarn, unter separater militärischer Verwaltung blieb, weil das prekäre Kräftegleichgewicht in der Doppelmonarchie nicht durch eine Vergrösserung der ungarischen Reichshälfte gestört werden durfte. Kroatische Militärs waren aber in grosser Zahl in der Administration des damals noch sehr rückständigen Bosnien tätig. Eine serbische Untergrundbewegung organisierte dagegen im Sommer 1914 den Mordanschlag auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo, der bekanntlich den Anstoss zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs gab.

Im serbisch dominierten jugoslawischen Einheitsstaat besass Bosnien kein eigenes Gebiet. Aber unter den Forderungen der Kroaten nach Autonomie in eigenen Grenzen figurierte immer auch deren Ausdehnung auf die mehrheitlich kroatisch bewohnten Teile des ehemals türkischen Gebiets, insbesondere auf die westliche Herzegowina. Die bosnischen Muslime hatten in der Zwischenkriegszeit zwar eine eigene Partei, aber noch keine nationalen Aspirationen. Sie sahen

ihr Interesse in der Unterstützung der serbischen Parteien gegen die kroatischen Separationstendenzen. Sie handelten sich damit Vorteile in der Durchführung der Landreform ein, von der die muslimischen Grundbesitzer - nur Muslime konnten in der Türkenzeit Land besitzen - stark betroffen waren.

Bei der Teilung Jugoslawiens durch Hitler wurde Bosnien-Herzegowina, wie schon erwähnt, dem sogenannten "Unabhängigen Staat Kroatien" zugeschlagen. Das bosnische Bergland, die Szene unzähliger Aufstände und anschließender Vergeltungsaktionen unter den Türken, wurde zum Hauptschauplatz des von Tito geführten Partisanenkriegs. Auf bosnischem Boden, in Jajce, wurde 1943 der Grundstein für den jugoslawischen Bundesstaat gelegt, in dem Bosnien-Herzegowina erstmals eine eigene Republik bilden sollte. Unter dem Tito-Regime erlebte Bosnien eine starke Industrialisierung mit einer auf reichlichen Bodenschätzen basierenden Schwerindustrie, während in den Berggebieten weiter eine kleinräumige Landwirtschaft betrieben wurde. Nach dem Ende der stalinistischen Periode konnten die Muslime ebenso wie die orthodoxen Serben und die katholischen Kroaten ihre Religion weitgehend unbehelligt praktizieren, doch jede politische Aktivität war ihnen verboten. Dennoch gab es parallel zum Aufflackern des kroatischen Nationalismus Ansätze zu einem muslimischen politischen Bewusstsein.

Im Jahr 1970 verfasste der heutige Präsident der Republik Bosnien-Herzegowina, Alija Izetbegovic, eine Denkschrift über die politische Zukunft des Islam, die damals nur unter der Hand verbreitet werden konnte. In dem *Islamische Deklaration* genannten Schriftstück rief Izetbegovic, vorsichtshalber ohne auf die besondere Situation Bosniens einzugehen, die Muslime der ganzen Welt zu einer Neubesinnung auf den Islam auf. Ausdrücklich lehnte er darin den Weg einer islamistischen Machtergreifung als gefährliche Versuchung ab. Vielmehr gelte es, durch eine Umwälzung der Bildung und der Moral den politischen Wandel vorzubereiten. Die Errichtung einer islamischen Ordnung erklärte Izetbegovic jedoch dort für gerechtfertigt, wo die Muslime eine Mehrheit besitzen; loyalen Minderheiten würde dabei die Religionsfreiheit zugesichert. Als Beispiel einer Islamischen Republik diente ihm ein etwas idealisiertes Bild von Pakistan. Für den Verfasser blieb die illegale Publikation nicht ohne gerichtliche Folgen, andererseits erhielten die bosnischen Muslime bei der Volkszählung von 1971 erstmals das Recht, ihre Nationalität mit muslimisch anzugeben. Damit war ein wichtiges Hindernis für die Entstehung einer muslimischen Identität gefallen.

Bei den ersten freien Wahlen 1990 vermochte Izetbegovic mit seiner "Partei der demokratischen Aktion" die Stimmen praktisch aller Muslime auf sich zu vereinigen. Deren Bevölkerungsanteil war mittlerweile auf über 40 Prozent gestiegen. Im Frühjahr 1992 stimmten die Muslime gemeinsam mit den Kroaten in einem Referendum für die Unabhängigkeit. Ein eigener Staat schien in Griffweite. Aber auf die internationale Anerkennung reagierten die Serben mit der Auslösung des Bürgerkriegs. Von serbischer Seite wird gegenüber anderen Europäern häufig argumentiert, es gelte in Bosnien den Vormarsch des fundamentalistischen Islam zu stoppen. Die muslimischen Kämpfer der bosnischen Armee mögen im Krieg ebenso viele Gewalttaten begangen haben wie die Serben und die Kroaten, sie sind aber nicht als nahöstliche Fanatiker auf dem Weg

gegen das Abendland anzusehen, sondern in erster Linie als Kämpfer für die von den Serben abgelehnte Eigenstaatlichkeit.

Ein paar Worte noch zur Situation *Mazedoniens*. Wer sich mögliche Weiterungen des Jugoslawienkonflikts zu vergegenwärtigen sucht, stösst unweigerlich auf die frühere jugoslawische Teilrepublik dieses Namens, die nach ihrer Unabhängigkeitserklärung mangels internationaler Anerkennung als eine Art Niemandsland vegetiert. Von den unmittelbaren Nachbarn hat nur Bulgarien sie anerkannt, Albanien hält sich mit Rücksicht auf Athen zurück, während Griechenland nicht nur die Anerkennung verweigert, sondern im Zeichen der gemeinsamen Aussenpolitik der Europäischen Gemeinschaft auch die übrigen EG-Mitglieder daran zu hindern vermochte. Griechenland beanstandet den Namen mit dem Argument, durch diesen werde möglichen Ansprüchen auf die gleichnamige nordgriechische Provinz Vorschub geleistet.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Mazedonien und Albanien bis 1912 noch immer türkisches Gebiet waren. Doch der Niedergang des Ottomanischen Reichs war schon unaufhaltbar geworden, was bei den Nachbarn, bei Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland, rivalisierende Gebietsansprüche entstehen liess. Von diesen fühlten sich auch die albanischen Stammesführer bedroht, die ihr Interesse unter türkischer Herrschaft, der sie in vielfältiger Weise gedient hatten, am besten aufgehoben sahen. Im ersten Balkankrieg wandten sich die Heere Bulgariens, Serbiens, Montenegros und Griechenlands vereint gegen den gemeinsamen Feind und vermochten die türkische Armee entscheidend zu schlagen. Bevor sie aber zur Aufteilung der eroberten Gebiete schreiten konnten, griffen die europäischen Mächte ein und diktierten einen Frieden, der das Schicksal Albaniens und Mazedoniens zunächst offen liess. Italien und Österreich, die Serbien den Zugang zur Adria verweigern wollten, setzten dann die Schaffung eines unabhängigen Albaniens durch. Darauf verlangten Serbien und Griechenland, die Albanien unter sich zu teilen geplant hatten, Kompensation in Mazedonien. Dazu wollte es Bulgarien aber nicht kommen lassen. Im Sommer 1913 löste Sofia den Zweiten Balkankrieg aus, der mit einer schweren Niederlage der Bulgaren endete. Im Frieden von Bukarest konnten sich dann Serbien und Griechenland Mazedonien bis auf einen kleinen Rest teilen, der bei Bulgarien verblieb. Gleichzeitig wurde Albanien zu einem unabhängigen Staat gemacht. Damit waren die Grenzen des heutigen Mazedoniens gezogen.

Es war keine Teilung nach ethnischen oder sprachlichen Gesichtspunkten, was angesichts der starken Bevölkerungsmischung auch kaum möglich gewesen wäre, sondern nach den damaligen Kräfteverhältnissen unter den Nachfolgestaaten des türkischen Reichs und unter den Grossmächten. Die mazedonische Nationalbewegung, die im Jahre 1903 einen erfolglosen Aufstand für die Unabhängigkeit unternommen hatte, musste sich in den Untergrund zurückziehen. Zweimal, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg, versuchte Bulgarien die Anordnungen des Friedens von Bukarest umzustossen. Beide Male besetzte es das serbische Mazedonien in Übereinstimmung mit deutschen Plänen, und beide Male musste es sich bei Kriegsende wieder zurückziehen. Die bulgarischen Ansprüche stützten sich auf den Umstand, dass die slawischen Mazedonier eine dem Bulgarischen verwandte Sprache sprechen. Sofias unerfüllte Wünsche

gaben auch unter der Herrschaft des Kommunismus Anlass zu einigen Spannungen im Verhältnis zu Belgrad, nachdem zuvor ein von Tito mit dem bulgarischen Kommunistenführer Dimitroff ausgehecktes Föderationsprojekt am Einspruch Stalins gescheitert war.

Innerhalb des von Tito geschaffenen Bundesstaats entstand im Laufe der Zeit ein mazedonisches Staatsbewusstsein, das durch die Ausarbeitung einer eigenen mazedonischen Schriftsprache untermauert wurde. Der Schritt in die Unabhängigkeit erscheint von daher gut vorbereitet. Die grosse Frage ist, ob Serbien bzw. Restjugoslawien, das immerhin die Jugoslawische Armee reibungslos abgezogen hat, bereit sein wird, das unabhängige Mazedonien auf die Dauer anzuerkennen und auf den alten Anspruch zu verzichten, dass die dortigen Slawen eigentlich "Südserben" seien und wieder mit Serbien vereint werden müssten. Die Antwort darauf wird zweifellos vom Ausgang des Kriegs in Bosnien und Kroatien abhängig sein.

Athens Verweigerung der Anerkennung scheint vor allem innenpolitische Gründe zu haben. Das Verhältnis zum jugoslawischen Mazedonien, unter Tito wie heute, steht unter der starke Emotionen auslösenden Erinnerung an den von Belgrad aus geförderten kommunistischen Guerillakrieg der Jahre 1946 bis 1949. Die griechische Regierung hatte es daher leicht, eine Bedrohung aus dem Norden an die Wand zu malen. Nun scheint sie aber eingesehen zu haben, dass sie sich den Bemühungen Frankreichs, Spaniens und Grossbritanniens um einen Kompromiss über den Uno-Beitritt nicht länger widersetzen sollte.

Im Verhältnis zu der potentiellen Bedrohung durch Serbien scheinen die Vorbehalte der übrigen Nachbarn, auch Griechenlands, gegenüber einem unabhängigen Mazedonien vergleichsweise harmlos zu sein. Keiner dieser Staaten sucht aussenpolitische Abenteuer, alle sind damit beschäftigt, wirtschaftlich auf einen grünen Zweig zu kommen. In seinem Bestreben, sich mit westlicher Hilfe aus der Misere der kommunistischen Vergangenheit herauszuarbeiten, distanziert sich Tirana klar von der Unterstützung albanischer Irredenta-Bewegungen. Eine andere Frage ist, von wem Mazedonien Hilfe erwarten könnte, wenn ein Versuch gemacht werden sollte, das Land wieder in einen jugoslawischen Bundesstaat einzugliedern. Die Frage ist hypothetisch, und sie hängt, wie so vieles andere, von der politischen Entwicklung in Belgrad ab. Dort ist das Zentrum der Erschütterungen, die ganze Balkanhalbinsel durchziehen. Wann sie zur Ruhe kommen werden, entzieht sich heute noch jeder Prognose.

Jörg Stadelbauer

Die Konflikte im Süden der ehemaligen Sowjetunion: Der Kaukasus

Kaukasien ist in den zurückliegenden Jahren seit Ausbruch der Auseinandersetzungen um Nagorno-Karabach im Frühjahr 1988 nicht mehr aus den Schlagzeilen der Tagespresse verschwunden; die jüngste Eskalation, die von den Gebietsgewinnen armenischer Truppen ausgeht, hat mit aller Deutlichkeit auf diesen Konfliktherd verwiesen. Seit 1988 sind die Namen zahlreicher exotisch klingender Völker und Nationen fast vertraut geworden; nicht nur von Georgiern, Armeniern und Azeri ist da die Rede, sondern auch von Osseten (oder besser Ossen), Tschetschenen, Inguschen und Abchasen. Und wenn man die sowjetische und post-sowjetische Presse verfolgt, tauchen auch Nogajer, Kумыken, Lezger und andere in regelmässigen Abständen auf. Die arabischen Geographen des Mittelalters hatten Kaukasien als den "Berg der Sprachen" bezeichnet; heute möchte man angesichts der vielfältigen Auseinandersetzungen eher vom "Pulverfass Kaukasien" sprechen, und in Anlehnung an Bertolt Brechts "Kaukasischen Kreidekreis" macht das Wort vom "Kaukasischen Teufelskreis" die Runde.

Das folgende Referat möchte mit einer Akzentuierung ethno-geographischer und politisch-geographischer Ansätze die Vielfalt der regionalen Konflikte beleuchten.¹ Dabei wird zunächst an einem weniger kritischen Beispiel das Umfeld der Konflikte aufgezeigt, dann eine Systematisierung für den Gesamttraum versucht. Ziel der Analyse kann es weniger sein, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, als Verständnis für räumliche Strukturen zu wecken, um deutlich zu machen, wie sehr die einzelnen Konflikte miteinander verwoben sind.

1. Räumliche Abgrenzung

Vorab zur Abgrenzung des räumlichen Rahmens (Abb. 1): Wenn heute in kulturgeographischer Sicht von Kaukasien oder vereinfachend "dem Kaukasus" (russ. *Kavkaz*) die Rede ist, dann wird in der Regel das Siedlungs- und Wirtschaftsgebiet der nichtslawischen Völker nördlich und südlich des Grossen Kaukasus gemeint. Zwar sind slawische Siedlungselemente - nicht zuletzt aufgrund der russischen bzw. sowjetischen Kolonisation und Herrschaft - überall in Kaukasien vertreten, aber im Gegensatz zu den Steppengebieten Nordkaukasiens handelt es sich bei den Russen Transkaukasiens überwiegend um eine städtische Bevölkerung, seltener um Gruppen, die mit der Agrarkolonisation in den Raum gekommen sind.

Diese von ethnischen Gegebenheiten ausgehende Abgrenzung bezieht aus pragmatischen Gründen am ehesten noch die Verwaltungsregionen (russ. *kraj*, plur. *kraja*) Krasnodar und Stavropol' ein. Damit wird für unsere Zwecke und

¹ Der Verfasser dankt Dr. P. Poljan (Institut geografii Rossijskoj Akademii Nauk, Moskau) und dem Koordinator der lakischen Nationalbewegung, S. Murduev (Machatschkala und Curtach / Republik Dagestan) für wertvolle Hinweise, ausserdem Frau Dr. F. Kraas (Geographisches Institut der Universität Bonn) für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

Kaukasien - Räumliche Einordnung und Differenzierung

Abb. 1



Kaukasien im ethnogeographischen Sinn



Kaukasien in naturräumlicher Abgrenzung

Sta VI/93,

für eine orientalistisch-gegenwartskundliche Betrachtung sowohl von der physiogeographischen Grenzziehung entlang der Kuma-Manytsch-Senke als auch von der Abgrenzung der sowjetischen Wirtschaftsgrossregion Nordkaukasien abgerückt, die zusätzlich das Verwaltungsgebiet Rostov-na-Donu berücksichtigte.

2. Ein Fallbeispiel: Die Laken in Daghestan

Als Beispiel sollen zunächst die Laken dienen, eine relativ kleine Gruppe im nordöstlichen Kaukasien, die bisher noch nicht die Schlagzeilen der Presse bestimmt hat. Dennoch lässt sich gerade an diesem Beispiel ein Konfliktpotential verdeutlichen, welches die Fragilität aller politischen Systeme in Kaukasien sichtbar werden lässt.

2.1 Die Laken - ethno-demographische und wirtschaftliche Probleme eines "kleinen Volkes" in Daghestan

Die Laken gehören zu einer mittelgrossen Gruppe unter den zahlreichen Völkern Daghestans (Abb. 2). Mit den Avaren, den Darginern, den Kumyken, den Lezgiern, den Tabasaranen und den Nogajern ist ihnen gemeinsam, dass sie eine Literatursprache entwickelt haben. Sie wird zur daghestanischen Gruppe der kaukasischen Sprachfamilie gerechnet. Schon zu sowjetischer Zeit wurde der Schulunterricht in den von Laken besiedelten Dörfern während der ersten drei Jahre in lakischer Sprache abgehalten, ferner konnten Übersetzungen aus anderen Sprachen und auch eigene Zeitungen erscheinen. Zwischen 1959 und 1979 wuchs die Zahl der sich als Laken bezeichnenden Personen in der Sowjetunion von 64'000 auf 100'000 an; bis 1989 stieg sie auf 118'000. Die starke Zunahme in den sechziger Jahren ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass zwischen den Volkszählungen von 1959 und 1970 der politische Druck auf die Angehörigen kleiner Völker etwas nachliess, so dass diese bereit waren, sich zu ihrer Ethnizität zu bekennen. Die Zunahme der achtziger Jahre geht auf ein relativ starkes natürliches Bevölkerungswachstum zurück. Mit nahezu 92'000 Personen lebte bei der Volkszählung 1989 der grösste Teil (78 %) der in der Sowjetunion registrierten Laken in der Daghestanischen ASSR.² Lakische Minderheiten in Aserbaidshan³ und in den mittelasiatischen Republiken verweisen auf die Bedeutung, die die Wanderarbeit bereits in früheren Zeiten für die Laken hatte.

Innerhalb von Daghestan konzentriert sich die lakische Bevölkerung auf fünf Teilräume (Abb. 3):

- Historischer Kernraum, am Lakischen (Kazikumuchischen) Kojso gelegen, ist das ehemalige Chanat von Ghazi-Qumuq, das in der frühen Neuzeit in lockerer Abhängigkeit vom Persischen Reich stand.
- Durch die Fernweidewirtschaft waren damit schon immer Weidegebiete in den Steppen Norddaghestans verbunden, wo Wintersiedlungen (*kutany*) vor

² Nacional'nyj sostav naselenija RSFSR, 1990, S. 424.

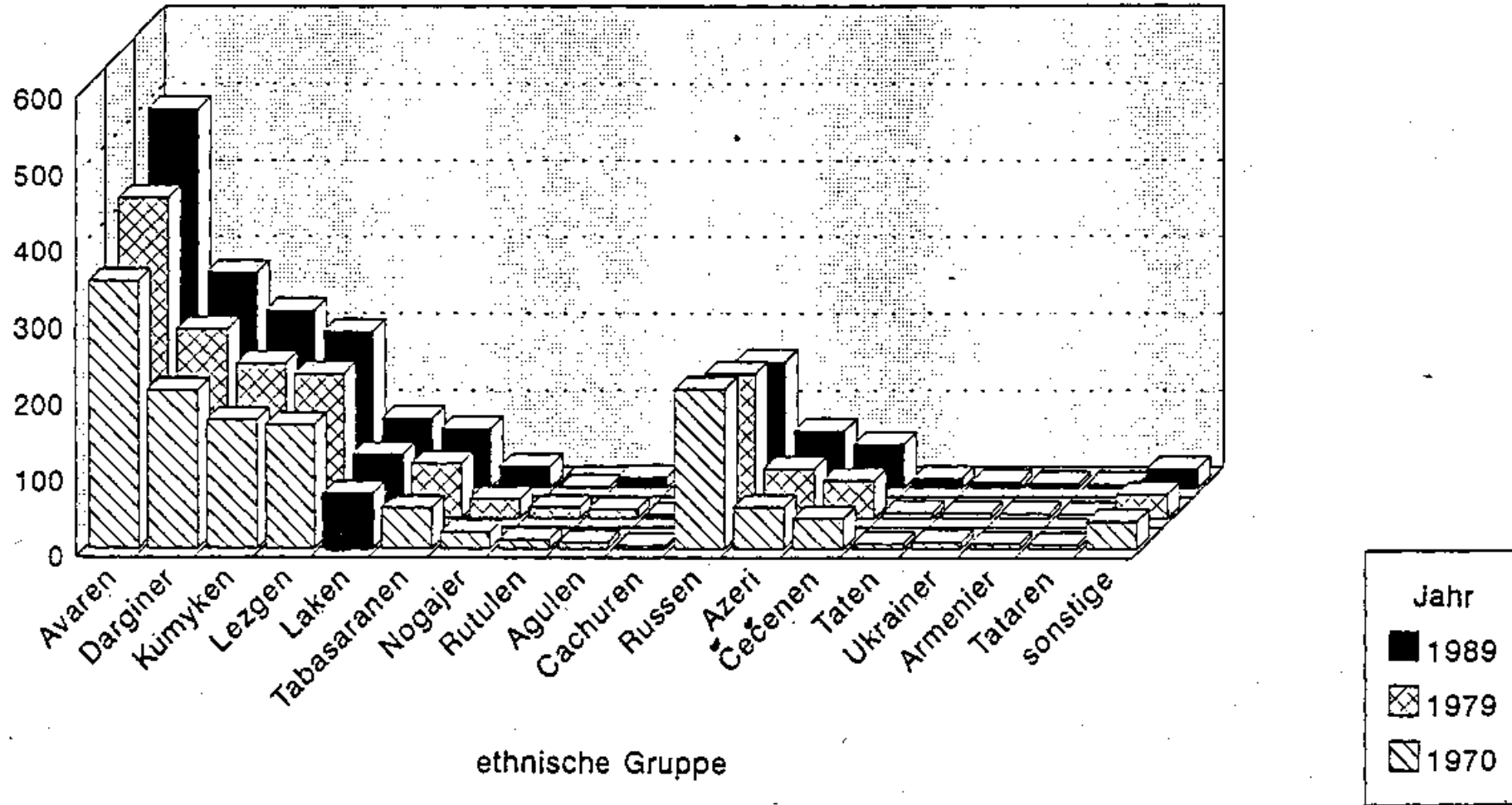
³ Die Schreibweise beruht - wie bei allen Toponymen ausser 'Daghestan' - auf der Transliteration aus dem Russischen. Mit der Wiedereinführung des lateinischen Alphabets ist in Aserbaidshan die Schreibweise 'Azərbaycan' aufgetreten.

Daghestan - Ethnische Zusammensetzung

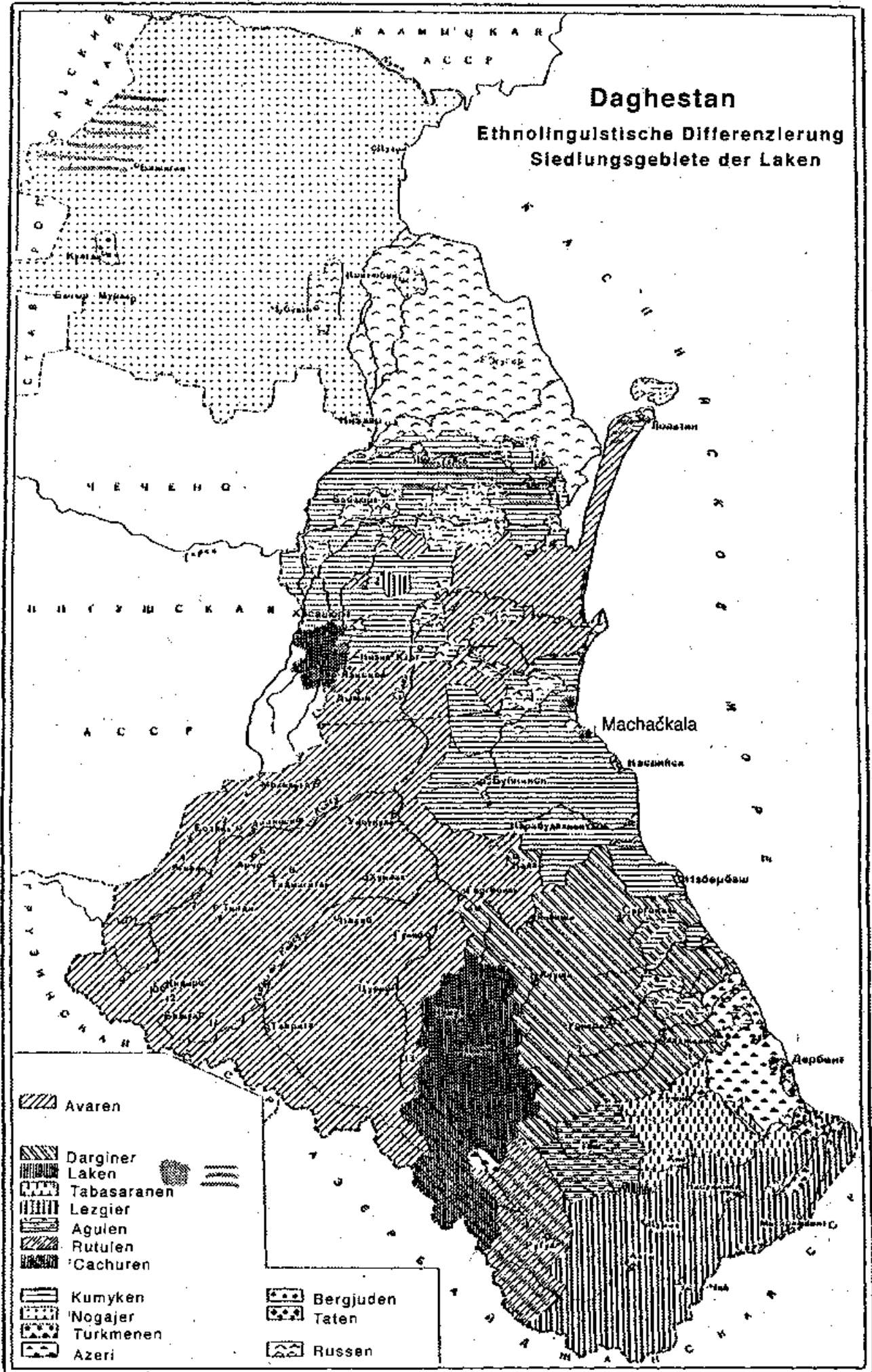
1970, 1979 und 1989

Abb. 2

Personen in Daghestan (Tausend)



Quelle: Nacional'nyj sostav naselenija RSFSR
 po dannym Vsesojuznoj perepisi naselenija 1989 g.
 Moskva 1990, S. 127f.



allen im Gebiet der Kumyken, einer turksprachigen Gruppe, unterhalten wurden.

- Ebenfalls zu den traditionellen Weidegebieten gehört die Halbinsel Agrachan nördlich von Machatschkala.
- Seit dem Anschluss Daghestans an das Russische Reich im 19. Jh. und nach dem Aufstieg von Petrovsk, dem heutigen Machatschkala, zur Hauptstadt der Region liessen sich zahlreiche Laken dort nieder.
- Durch die Umsiedlung an den Gebirgsrand sind schliesslich neue lakische Siedlungen im Landkreis (*rajon*) Novolakskij und bei Kiziljurt entstanden.

Traditionelle Mobilität und wirtschaftliche Verflechtungen zwischen dem überkommenen Siedlungsraum im Gebirge und dem Gebirgsvorland haben den lakischen Bevölkerungsteil in Machatschkala mittlerweile auf 36'947 Personen (1989) ansteigen lassen, obwohl es sich - anders als bei den Darginern - nicht um ein Händlervolk, sondern um Viehzüchter handelt, die nebenbei im Gebirge etwas bescheidenen Ackerbau zur Selbstversorgung betrieben haben. Bei den neuen Siedlungen der Umsiedlungsperiode wurde Sesshaftigkeit angestrebt und erreicht. Daher dominiert dort der Ackerbau. Ergänzend kommt ein Handwerk hinzu, das bei der Herstellung kupferner Gefässe und von Tonwaren recht kunstvolle Formen hervorgebracht hat.⁴ Die Nutzfläche ist unter die Gemeinden (*sel'sovety*) in einer Art Gemengelage aufgeteilt; so haben die meisten Gemeinden Nutzungsanteile im oberen Abschnitt des Kojsu-Tales oder oberhalb der höchstgelegenen Siedlung in den Nebentälern und können jahreszeitliche Viehwanderungen innerhalb des Landkreises durchführen (Abb. 4). Verflechtungen mit den Winterweideplätzen im Gebirgsvorland und mit den Arbeitsplätzen in Machatschkala ergänzen das regionale Wirtschaftsgefüge.

Zwar gibt es heute in Daghestan keinen Landkreis, der über eine ethnisch völlig einheitliche Bevölkerung verfügt, doch stellen die Laken im Lakischen Landkreis (*Lakskij rajon*) mit 8'500 von 9'100 Einwohnern immerhin einen Anteil von 93,4 %. Gegenüber 1979 (88,7 %) hat sich der relative Anteil der Laken in ihrem Kernraum sogar noch erhöht, wenn auch die absolute Zahl von 10'000 auf 8'500 zurückgegangen ist (1979: 10'027 von 11'300). Nicht "ethnische Säuberung" - ein Begriff aus dem Wörterbuch des Jugoslawien-Konflikts -, sondern "ethnische Segregation", ethnisch differenzierte Wanderung, hat zu dieser relativen Entflechtung beigetragen.

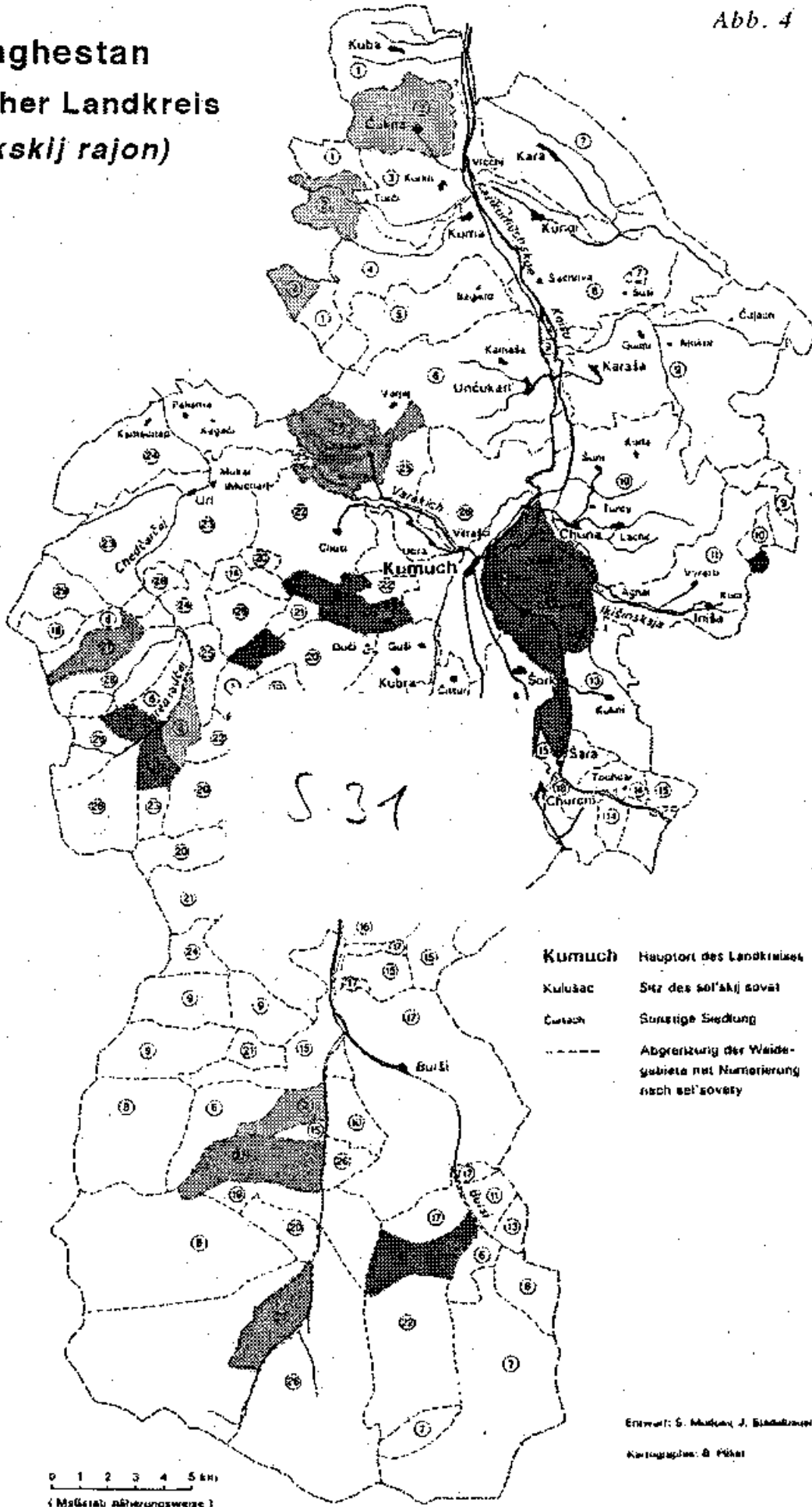
Das Siedlungssystem im Landkreis ist deutlich auf den Hauptort Kumuch ausgerichtet, den ehemaligen Chanats-Hauptort.⁵ Er hat zwischen 1959 und 1989 seine Bevölkerungszahl von knapp 2000 nahezu halten können. Dieses regionale Zentrum ist offensichtlich das erste Wanderungsziel von Abwanderern aus entlegenen Bergdörfern. Die Zentralität (Verwaltung, periodisch abgehaltene Märkte, einige neuzeitliche Einzelhandelsgeschäfte, weiterführende Schulen) trägt also zur Retardierung der Bevölkerungsabwanderung bei. In den ländli

⁴ Vgl. *Narody Kavkaza I*, 1960, S. 487 ff.

⁵ Das Chanat Ghazi-Qumuq war 1858 von Russland annektiert worden und dadurch erloschen (E. Sarkisyanz 1961, S. 138).

Daghestan
Lakischer Landkreis
(Lakskij rajon)

Abb. 4



S. 31

- Kumuch** Hauptort des Landkreises
- Kulušac** Sitz des sel'skij sovjet
- Čurach** Sonstige Siedlung
- Abgrenzung der Weidenggebiete mit Nummerierung nach sel'sovezy

Entwurf: S. Madžan, J. Bindažev
 Kartographie: B. Mihal

0 1 2 3 4 5 km
 (Maßstab: nährungsweise)

chen Siedlungen (*aul*) ist vor allem der Anschluss an das Strassennetz eine wichtige infrastrukturelle Vorleistung für die Verlangsamung der Abwanderung. Regionale Entwicklungspotentiale könnten im Tourismus gesehen werden, doch ist dabei zu bedenken, dass keinerlei entsprechende Infrastruktur besteht und dass die Werte und Normen der ländlichen Bevölkerung von grosser individueller Gastfreundschaft geprägt sind, die den modernen Tourismus als allochthones Element begreifen würde.

2.2 Innovation und Beharrung

Innovatoren sind in den Gebirgsdörfern in der Minderheit. Am deutlichsten lässt sich ein beginnender Wandel im Siedlungsbild feststellen. Die Grundstruktur des lakischen Auls hat sich zwar kaum verändert⁶, aber viele traditionelle Gebäude sind durch neuere Anbauten erweitert worden, die sich meist durch einen weissen Anstrich der Fenster und Türrahmen und durch die Verglasung der Veranden deutlich von dem eher düsteren Bild der alten Gebäude abheben.

Die Probleme der Modernisierung zeigen sich beispielhaft in der Landwirtschaft. Im Aul Tschurtach war es dem als Innovator aktiven ehemaligen Schullehrer und heutigen Koordinator der lakischen Nationalbewegung nicht möglich, mehr als zwei weitere Familien des Kolchos von den Vorteilen eines selbständigen Bauerntums zu überzeugen. Die kleingebliene Gruppe von neuen "Fermern"⁷ hat zwar nach anderen russischen Vorbildern eine Assoziation gebildet, doch sieht diese sich heute der Konfrontation mit dem Kolchos ausgesetzt, der bereits als "traditionelle" Institution bewertet wird. Schon früher gab es eine dörfliche Gemeinschaft (*dschamat*), von der eine Getreidemühle betrieben und ein Gemeinschaftsstall für das Vieh unterhalten wurden, und dies sowohl im Dorf selbst als auch in den temporären Siedlungen (*kutany*) auf den Winterweiden.

2.3 Bergflucht - Landflucht - Umsiedlungen

Die schwierige Situation, die sich für die Landwirtschaft im Gebirge Daghestans durch den hohen Bevölkerungsdruck und die immer geringer werdende Agrarfläche ergab, hatte bereits im 19. Jh. zu Abwanderungen geführt. Zur Verdeutlichung dieses Zusammenhanges muss zunächst etwas weiter ausgeholt und ganz Daghestan betrachtet werden.

In den neunziger Jahren des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts verliessen jährlich etwa 70-80'000 Menschen Daghestan, um anderswo eine neue Heimat und eine wirtschaftliche Basis zu finden.⁸ Für die Bewohner des südlichen

⁶ Vgl. zu den traditionellen Siedlungen D.-M. S. Gabiev 1969, S. 147 ff.

⁷ Diese vom russischen Fremdwort ferner abgeleitete Bezeichnung wird gewählt, um die durch Reprivatisierung in der Landwirtschaft entstehende neue Schicht von Landwirten zu benennen.

⁸ Besonders bedroht von der Abwanderung waren die Kreise (*okrugi*) Gunib, Andi, Kazikumuch, Samur und Kjurini.

Daghestan erwies sich der Erdölboom von Baku als besonders attraktiv.⁹ Andere Angehörige daghestanischer Völker siedelten in dieser Zeit in die Türkei über, da die russische Verwaltung einen stärkeren Druck auf die muslimische Bevölkerung Daghestans auszuüben begonnen hatte.¹⁰

Etwa zur gleichen Zeit erreichte eine neue Übersiedlerwelle aus Russland Daghestan. An der Wende vom 19. zum 20. Jh. wurde deshalb eine Reihe von Dörfern gegründet¹¹, bei deren Anlage krasse soziale Unterschiede im Landbesitz entstanden: Während die inguschische, tschetschenische und balkarische Bevölkerung nur über durchschnittlich 0,2 - 0,5 Hektare je Betrieb verfügten, wurden die Kosakenhöfe der Neusiedler mit jeweils 22 Hektare ausgestattet.¹²

Die Umsiedlungen nach dem Ersten Weltkrieg hatten zunächst einen spontanen Charakter, als in den Jahren 1917 - 1924 insgesamt 1'888 Familien aus dem Gebirge in das Gebirgsvorland umsiedelten.¹³ Nach 1924 nahm die staatliche Reglementierung zu; gleichzeitig wurde ein Teil der Kosten für Meliorationsarbeiten, für die Landeinrichtung und für den Gebäudebau vom Staat übernommen und eine bescheidene finanzielle Unterstützung an die Umsiedler ausgezahlt. Eine politische Weichenstellung erfolgte 1926 mit dem Beschluss, in den Jahren 1927 - 1933 insgesamt 39'000 Wirtschaften, vornehmlich Familien landarmer Bauern, in die Ebenen des Gebirgsvorlandes umzusiedeln. Von den damit eingeleiteten Umsiedlungsaktionen waren nahezu alle Nationalitäten Daghestans betroffen.¹⁴

Eine zweite Umsiedlungsphase erfolgte nach 1944 parallel zum relativ späten Abschluss der Kollektivierung in Daghestan. Jetzt wurden neue Ansiedlungen für 17'740 in Kolchosen zusammengefasste Wirtschaften in den Kreisen (*rajony*) Kurtschalo, Gudermes (nach Auflösung Tschetscheno-Inguschiens zeitweilig an Daghestan gefallen), Sajasanovo, Nozaj-Jurtovskij, Vedenskij und Auchovskij geschaffen. Dabei entstanden 84 neue Kolchosen mit insgesamt 123'000 ha Ackerland, Heuland und Weidefläche.¹⁵

Eine dritte Phase von Umsiedlungen lässt sich in den Zusammenhang der Neulandaktion unter Chruschtschow einordnen. Allein im Landkreis Babajurt erschienen 160'000 ha als geeignet für eine weitere landwirtschaftliche Erschliessung. Die Wiederherstellung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR (1956/57) führte zwar zu Grenzverschiebungen und in Einzelfällen auch zu einer

⁹ So lebten bereits 1905 rund 15'000 Lezgier in Baku.

¹⁰ D. Bagliev 1975, S. 12 f.

¹¹ Alekseevka, Preobrazenk, Novo-Alekseevka, Kazaevka, Necaevka, Novo-Nikolaevka, Eremeevka, Temirovka, Susanovka u.a.

¹² Bagliev 1975, S. 15.

¹³ 32 von ihnen blieben dabei innerhalb ihres Kreises (okrug); vgl. Z. D. Bagliev 1975, S. 21.

¹⁴ 1928 wurden z. B. 1'622 Familien umgesiedelt, je zu einem Viertel Turkmenen und Darginen, zu einem Achtel Bergjuden, ausserdem 150 Familien von Kумыken, 119 andische sowie 50 lakische Familien; vgl. Z. D. Bagliev 1975, S. 27.

¹⁵ D. Bagliev 1975, S. 28 f.

abermaligen Umsiedlung der zunächst auf tschetschenischem Territorium siedelnden Daghestaner, aber nicht zu einem Ende der Umsiedlungsaktionen insgesamt. Selbst in den Jahren 1960 - 1965 wurden noch weitere 3'850 Wirtschaften aus den Berggebieten in die Ebene umgesiedelt.¹⁶

Diese Umsiedlungen haben zwar die Wirtschaftsgrundlage für einen Teil der ackerbäuerlichen Bevölkerung verbessert, gleichzeitig aber die Flächen beschnitten, die bisher der Fernweidewirtschaft als Winterweidegebiete zur Verfügung gestanden hatten. Ausserdem wurden Aul- und Familienzusammenhänge auseinandergerissen.¹⁷ Heute belasten die Umsiedlungen die politische Situation in Daghestan in zweierlei Hinsicht:

- Die Rückwendung zu den traditionellen Siedlungsgebieten hat wieder zugenommen, und das ethnische Bewusstsein der Bevölkerung fordert auch territoriale Lösungen.
- In den Übersiedlungsgebieten werden ältere Ansprüche laut, die nach einer Revision der Landzuteilung verlangen.

Die für das gesamte Daghestan dargestellten räumlichen Verschiebungen der Siedlungsschwerpunkte betrafen auch die Laken. Von den Umsiedlungen in den zwanziger Jahren waren sie nur zum geringen Teil betroffen.¹⁸ Die erste grössere Umsiedlung von Laken erfolgte 1944, als nach der Deportation von Tschetschenen ein Teil der bisherigen Tschetscheno-Inguschischen ASSR abgetrennt, Daghestan zugeordnet und mit Laken und Avaren besiedelt wurden. Als 1957 den Tschetschenen die Rückkehr nach Nordkaukasien gestattet wurde, verblieb der Novolakskij Rajon bei Daghestan. Dort waren sechzehn lakische Siedlungen gegründet und angelegt worden.¹⁹ Mit der Aufsiedlung dieses Verwaltungsgebietes durch lakische Gruppen (teilweise wurden ganze Siedlungsgemeinschaften aus den Bergen in das Gebirgsvorland umgesiedelt) wurde neues Konfliktpotential im daghestanisch-tschetschenischen Grenzgebiet geschaffen.

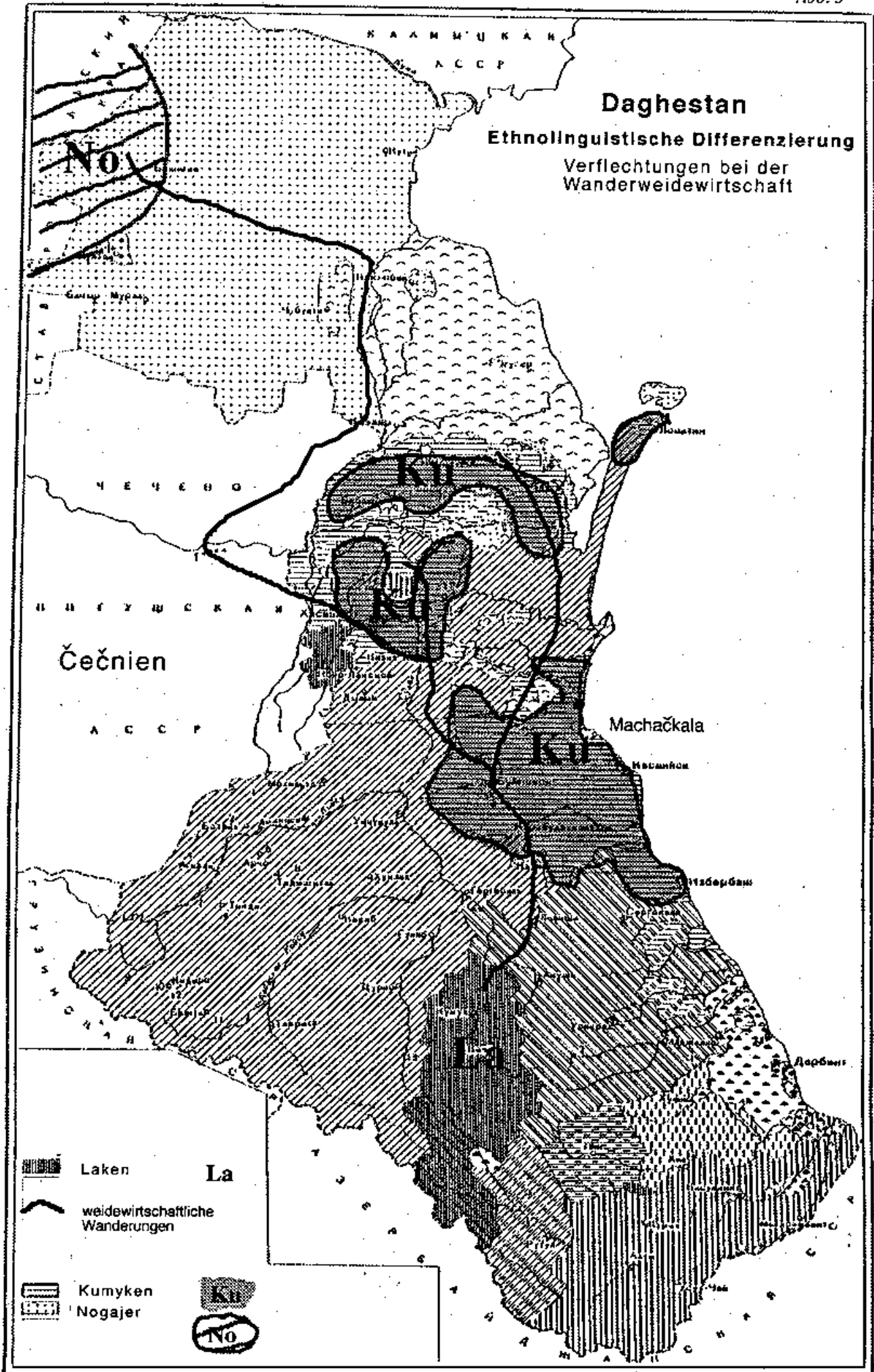
Durch die wirtschaftlichen Verflechtungen und die Umsiedlungen ist das Schicksal der Laken zudem eng mit zwei weiteren in Daghestan siedelnden Völkern verbunden, den Nogajern und den Kумыken (Abb. 5).

¹⁶ D. Bagliev 1975, S. 42.

¹⁷ Sie brachen nicht völlig ab, sondern führten dazu, dass ein Teil der umgesiedelten Bevölkerung auch weiterhin wenigstens jahreszeitlich in die Gebirgsaule zurückkehrte. Die auf aserbajdschanischem Territorium lebenden, ethnolinguistisch zur daghestanischen Untergruppe der ostkaukasischen Sprachen gehörenden Chinalug (eine etwa tausend Personen umfassende, als eigenständige ethnische Entität anerkannte Gruppe) hatte sich in den sechziger und siebziger Jahren erfolgreich zentralen Umsiedlungsprojekten entgegengestellt und damit zugleich ein Beispiel für andere kaukasische Völker gegeben (vgl. N. G. Volkova 1980).

¹⁸ Von den 1622 Familien, die für das Jahr 1928 aufgelistet werden, gehörten nur 50 der lakischen Gruppe an; vgl. Z. D. Bagliev 1975, S. 27.

¹⁹ S. Murduev u. P. M. Poljan 1989, S. 72, Anm. 5.



2.4 Kontaktfeld zu anderen ethnischen Gruppen I: Die Nogajer - eines der "betrogenen Völker" in Nordkaukasien

Das historische Siedlungs- und Wirtschaftsgebiet der Nogajer erstreckt sich über den nördlichen Teil des heutigen Daghestans und über den Osten der Stavropoler Region. Es besteht kein geschlossenes Territorium, sondern eine disperse Verteilung auf eine Vielzahl von Siedlungen. Dabei muss daran erinnert werden, dass es sich bei den turksprachigen Nogajern ursprünglich um eine nomadische Bevölkerung handelte, die in zahlreichen kleineren Stammesverbänden in verschiedenen Gebieten zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer lebte.²⁰ Im 17. Jh. hatten sie unter dem Ansturm russischer Kosaken und Kolonisten ihre bis dahin bestehende Staatlichkeit in einem der tatarischen Chanate verloren, 1783 wurde ein grosser Teil der Volksgruppe zur Abwanderung in das Osmanische Reich und nach Mittelasien gezwungen. Einen territorialen Autonomiestatus haben die Nogajer seither nicht mehr erlangt.²¹ Nach der Deportation der Tschetschenen und Inguschen wurde die nogajische Steppe nahezu vollständig in das neu gebildete Verwaltungsgebiet von Groznyj einbezogen, was sich nach der Rehabilitierung der Tschetschenen und Inguschen und der beginnenden Rückwanderung in die neu gebildete Tschetscheno-Inguschische ASSR als konfliktträchtig erwies.

Die Neufestlegung der Grenzen teilte die nogajische Steppe in drei Teile auf: Die Landkreise Karanogaj, Kizljar und Krajnovskij fielen Daghestan zu, die Kreise Kajasuli und Atschiqulak wurden der Verwaltungsregion Stavropol', der Landkreis Schelkovskij der Tschetscheno-Inguschischen ASSR zugeschlagen.²² Durch diese politische Entscheidung verloren die Nogajer ihr einheitliches Territorium; sie sahen sich damit auch in ihrer Territorialität bedroht.

Seit 1988 formierte sich eine Nationalbewegung der Nogajer, die auf Wiederherstellung der territorialen Einheit drängte. Keines der übergeordneten Verwaltungsgebiete war aber zu einem solchen Zugeständnis bereit. Im Herbst 1992 warf sich der Präsident der Tschetschenischen Republik Dudaev - in Opposition zu der Moskauer Zentralregierung der Russischen Föderation und um einen gewissen Führungsanspruch für die kaukasischen Bergvölker zu demonstrieren - zum Fürsprecher des nogajischen Anliegens auf. Unterstützung erhält die nogajische Volksbewegung "Birlik" ("Einheit") auch von anderen turksprachigen Gruppen innerhalb der ehemaligen Sowjetunion, wobei die Unterstützung von seiten Tatarstans und Aserbajdschans ebenfalls eine deutlich gegen Moskau gerichtete Komponente aufweist. Die Kontakte, die die im Nordkaukasus lebenden Nogajer in der Zwischenzeit mit Angehörigen ihres Volkes in Rumänien und in der Türkei aufgenommen haben, tragen nicht dazu bei, das Konfliktpotential zu verringern.

²⁰ Zur Ethnogenese und zur räumlichen Verbreitung vgl. S. S. Gadzieva 1976.

²¹ Nur 1922 wurde bei der Einrichtung der autonomen Republik Daghestan auch die Bildung eines Nogajischen Kreises diskutiert, wobei das Vorbild der entstehenden Autonomie Adzariens vor Augen stand. Zu einer Verwirklichung kam es jedoch nicht.

²² Stern in: Nezavisimaja Gazeta, 05.11.92, S. 3.

2.5 Kontaktfeld zu anderen ethnischen Gruppen II: Kумыken

Auch bei den Kумыken ist in den vergangenen Jahren das nationale Selbstbewusstsein gewachsen. Für die Nationalbewegung "Tenglik"²³ besteht ein wesentlicher Konfliktpunkt darin, dass in der Verwaltung von Daghestan die Avaren führende Positionen einnehmen. Aus dieser Konkurrenzsituation heraus macht die Tenglik Front gegen die avarische Volksfront, die sich nach dem Imam Schamil nennt. Erst das Zugeständnis, einen Kумыken zum Justizminister Daghestans zu ernennen, löste 1991 eine ernste Blockade auf.²⁴ Hintergrund des Kумыken-Konflikts sind die Übersiedlungen während der fünfziger bis siebziger Jahre unseres Jahrhunderts, durch die altgestammte Weidegebiete der Kумыken von Angehörigen anderer Völker einer ackerbaulichen Nutzung zugeführt wurden.²⁵ Die Forderung nach einer eigenständigen Verwaltungseinheit wird von den Kумыken nicht erhoben; das Hauptziel ist vielmehr eine bessere Beteiligung an den politischen Entscheidungen in Machatschkala.

Konflikte zwischen den Kумыken und den Laken beruhen auf der Landzuweisung an diejenigen Laken, die ehemals tschetschenisches Gebiet räumen wollen: Die Laken haben sich prinzipiell bereit erklärt, ein früher tschetschenisches, durch die Umsiedlungen überwiegend lakisch gewordenes Gebiet im Kreis (*rajon*) Novolaks (aus tschetschenischer Sicht: *Auchovskij rajon*) wieder zu verlassen, nachdem ihnen vom daghestanischen Parlament etwa 15 km von Machatschkala entfernt Siedlungsland im Küstentiefland zugewiesen worden war, in dem bereits die ersten Vorbereitungen für die Neuansiedlung getroffen worden sind.²⁶ Hier haben die lakischen Umsiedler aber nicht nur einen Teil des ehemaligen kумыkischen Weidelandes in ihre Nutzung übernommen, sondern sie verfügen meist auch über grössere Betriebsflächen als die zum Ackerbau übergegangenen Kумыken.²⁷ Die lakische Volksbewegung hat auf ihrer vierten Sitzung im Sommer 1992 versucht, beruhigend auf die kумыkische Nationalbewegung "Tenglik" einzuwirken²⁸, doch konnte der Konflikt damit nur zeitweise bereinigt werden.

Der freiwillige Verzicht auf Umsiedlungsgebiete, die den "repressierten Völkern" abgenommen wurden und damit gegen das Völkerrecht zur Besiedlung freistanden, könnte prinzipiell ein Modell für Nordkaukasien sein. Denn es ist unrealistisch anzunehmen, dass alle Umsiedlungen rückgängig gemacht werden könnten. Eine Rücksiedlung in die Bergregionen kommt nur in Ausnahmefällen in Frage. Eine theoretische Möglichkeit wäre auch durch den Zuzug in die

²³ Glezer und M. Schewelew 1992, S. 2.

²⁴ Im Oktober 1991 hatten kумыkische Aktivisten die Eisenbahnstrecke Baku - Rostov blockiert und sich in einem Zeltlager für 20'000 bis 30'000 Menschen in der Nähe der Stadt Chasavjurt niedergelassen. Zeitweise hatte sich fast die gesamte kумыkische Bevölkerung Daghestans versammelt.

²⁵ O. Glezer und M. Schewelew, 1992, S. 2.

²⁶ Glezer und M. Schewelew 1992, S. 2.

²⁷ Kazi-Kumuch 15.07.1992, S. 4.

²⁸ Kazi-Kumuch 29.07.1992, S. 4.

grösseren Städte, insbesondere in die Hauptstädte der einzelnen Republiken, gegeben, doch dürften dort schnell Arbeitsplatzangebot und Wohnraumversorgung knapp werden. So hoffnungsvoll das Beispiel dieser lakischen Siedlergruppe erscheinen mag, es kann kaum Schule machen.

2.6 Was ist typisch?

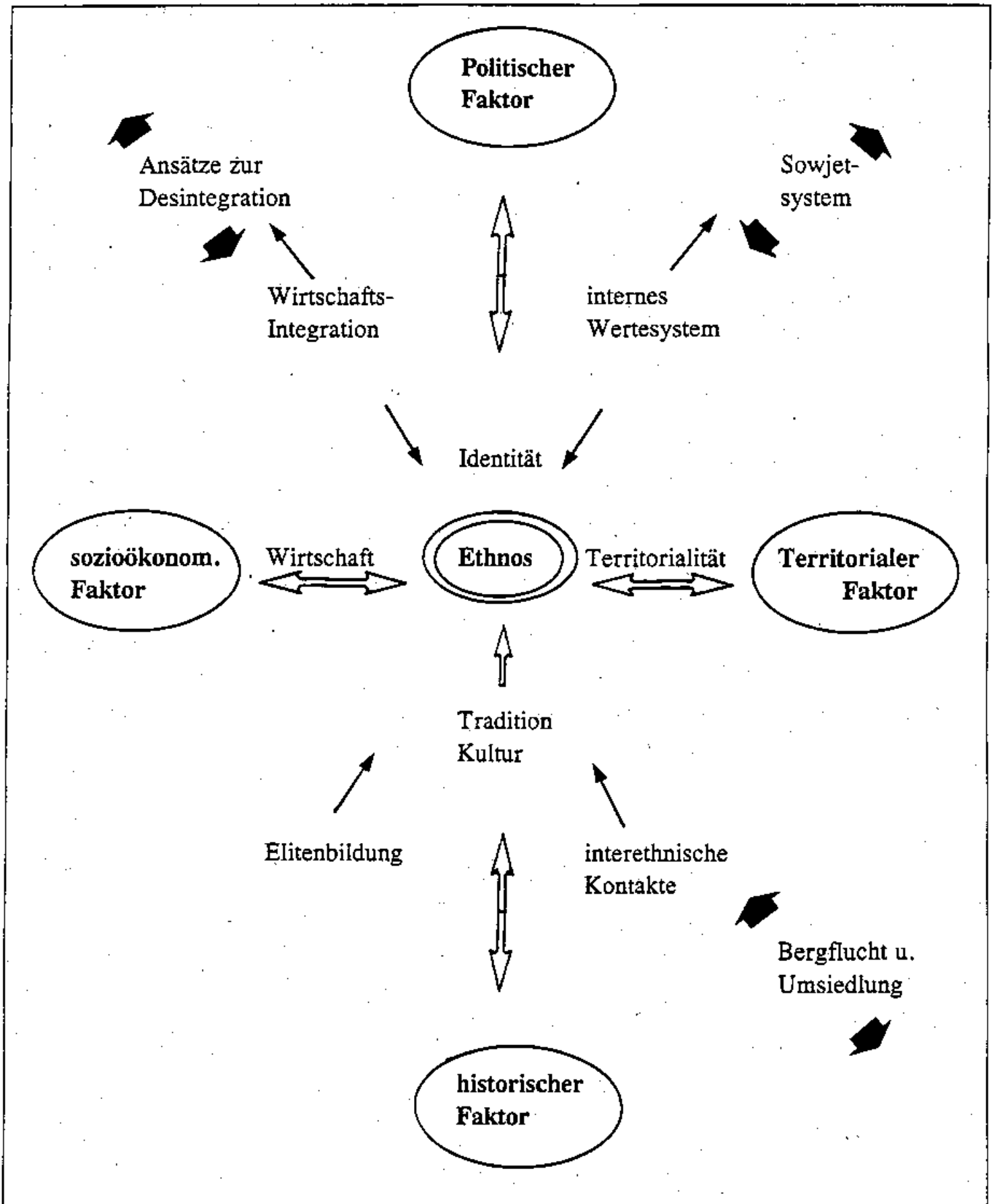
Aus dem ausführlich vorgestellten Beispiel der Laken lässt sich thesenhaft das folgende Konfliktpotential ableiten (Abb. 6):

- Der ethnische Bezug ist in den Mittelpunkt der Politik gerückt und bestimmt die Wahrnehmung räumlicher Zugehörigkeit; Ethnizität bestimmt das Gruppenbewusstsein und fordert territoriale Bindung.
- Da das Sowjetsystem recht willkürlich mit der ethnischen Territorialität umging, gewinnt heute die Rückbesinnung auf die historische Tradition einer zuvor bedeutenden Herrschaft an Gewicht.
- Umsiedlungen sind vom Sowjetsystem als geopolitische Massnahmen in der regionalen Dimension vorgenommen worden; sie erfolgten unter politischem Druck und zu Lasten von Völkern, mit denen die Zwangsumsiedler zuvor in einer wirtschaftlichen Symbiose gelebt hatten; ausserdem zerriss die Umsiedlung siedlungs- und sozialräumliche Zusammenhänge.
- In der ethnischen Gruppe entsteht eine nationale Elite, die die Identität der Gruppe in der ethnolinguistischen Zusammengehörigkeit sucht, nachdem eine wirtschaftliche und politische Desintegration erfolgt ist.
- Historisch angelegte, lange Zeit verbotene soziale Aktivitäten übernehmen eine Ventilfunktion, auch wenn sie der sozioökonomischen Modernisierung entgegenstehen.
- Fast jedes Volk ist in interethnische politische Kontakte und Konflikte eingebunden; Kontakte ergeben sich aus überkommener Spezialisierung und Arbeitsteilung sowie aus traditioneller Mobilität, bei den Konflikten sind einzelne Gruppen schon immer Koalitionen eingegangen.

3. Ethno- und politisch-geographische Strukturen

In der klassischen politischen Geographie gehören Staatsterritorium, Grenzen und Verwaltungsgliederung, die Hauptstadt, aber auch das z.B. bei Wahlen ausgedrückte politische Verhalten zu den Hauptthemenbereichen. Schon die Analyse dieser Sachverhalte stösst schnell auf Konfliktsituationen. Wenn auch politische Geographie nicht automatisch als Geographie räumlicher Konflikte angesehen werden sollte, hat doch die Analyse räumlicher Konflikte ein wesentlicher Gesichtspunkt der politischen Geographie, die Erarbeitung von Konzepten für Konfliktvermeidung und Konfliktüberwindung ein Ziel der angewandten politischen Geographie zu sein.

Eine erste Bestandesaufnahme regionaler Konflikte auf dem Territorium der Sowjetunion hat eine Arbeitsgruppe des Moskauer Instituts für Geographie an der Russischen Akademie der Wissenschaften - vormals Akademie der Wissen



schaften der UdSSR - in der russischen Ausgabe der Wochenzeitschrift *Moskovskie Novosti* im März 1991 vorgelegt und ein Jahr später aktualisiert.²⁹ Der Überblick über diese Konflikte (Abb. 7) zeigt, wie eng sich die Frage nach der politischen Territorialität in Kaukasien mit derjenigen nach der territorialen Ethnizität vermischt: Die politische Entwicklung der zurückliegenden Jahre hat immer wieder dort Konflikte entstehen lassen, wo traditionelle Wirtschafts- und Siedlungsräume oder ethnisch definierte Territorien von der Sowjetherrschaft in Frage gestellt oder gar verändert worden sind.

3.1 Der Ausgangspunkt: Die ethnische Vielfalt in Kaukasien und die Antwort der sowjetischen Verwaltungsgliederung

Kaukasien gehört zu den ethnisch am stärksten differenzierten Gebieten der Erde (Abb. 8). Die sowjetische Statistik unterscheidet für diesen Raum rund fünf Dutzend verschiedene ethnische Gruppen, die vor allem nach dem Kriterium Sprache definiert werden. In einem äusserst heterogenen Flickenteppich leben Angehörige der indoeuropäischen, kaukasischen und altaischen Sprachfamilie beieinander, von kleinen Diasporagruppen der Esten (uralische Sprachfamilie) oder Juden (semitisch-hamitische Sprachen) einmal abgesehen.

Zwar ist eine solche ethnolinguistische Differenzierung³⁰ zu einem beträchtlichen Teil ein Produkt europäischer Gelehrsamkeit des 19. Jahrhunderts, aber sie trägt bis in die Gegenwart zur Identitätsfindung der Völker bei. Es darf nicht übersehen werden, dass die genaue Definition ethnolinguistischer Gruppen (d.h. die Zuordnung Sprache/Dialekt) selbst bereits ein Politikum ist.³¹ Die Sprachenpolitik und die Schriftreformen der zwanziger und dreissiger Jahre, die heute z.T. in Frage gestellt werden³², verweisen auf die Bedeutung der Sprache und ihrer schriftlichen Darstellung. Die nationale, bisweilen nationalistische Spra

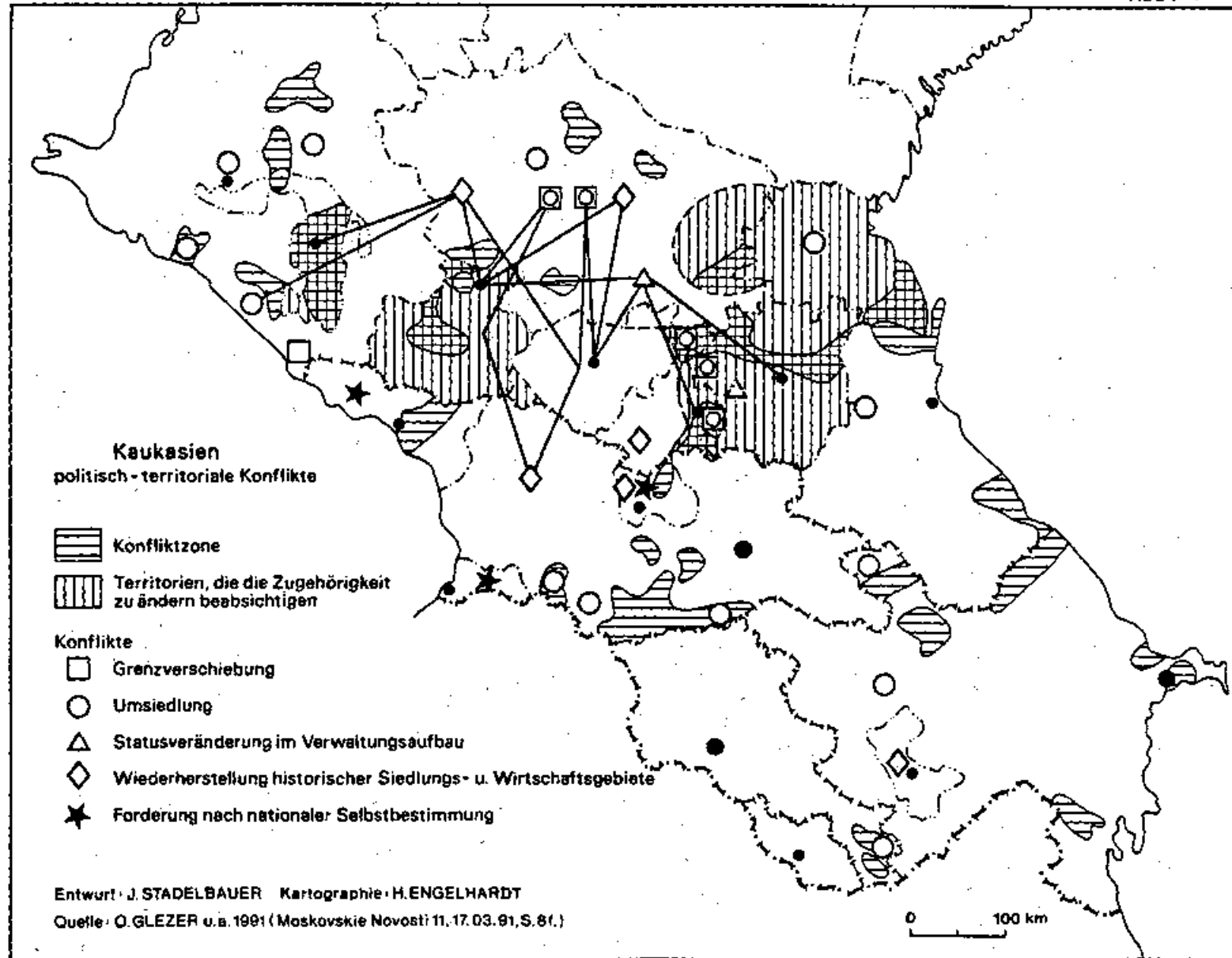
²⁹ O. Glezer et al. 1991 und 1992. Eine politisch-geographische Analyse des kaukasischen Raumes, die auch die Vielfalt der Konflikte einbezieht und systematisiert, wird von B. Pietzonka in einer Dissertation an der TU Dresden im Laufe des Jahres 1993 vorgelegt werden.

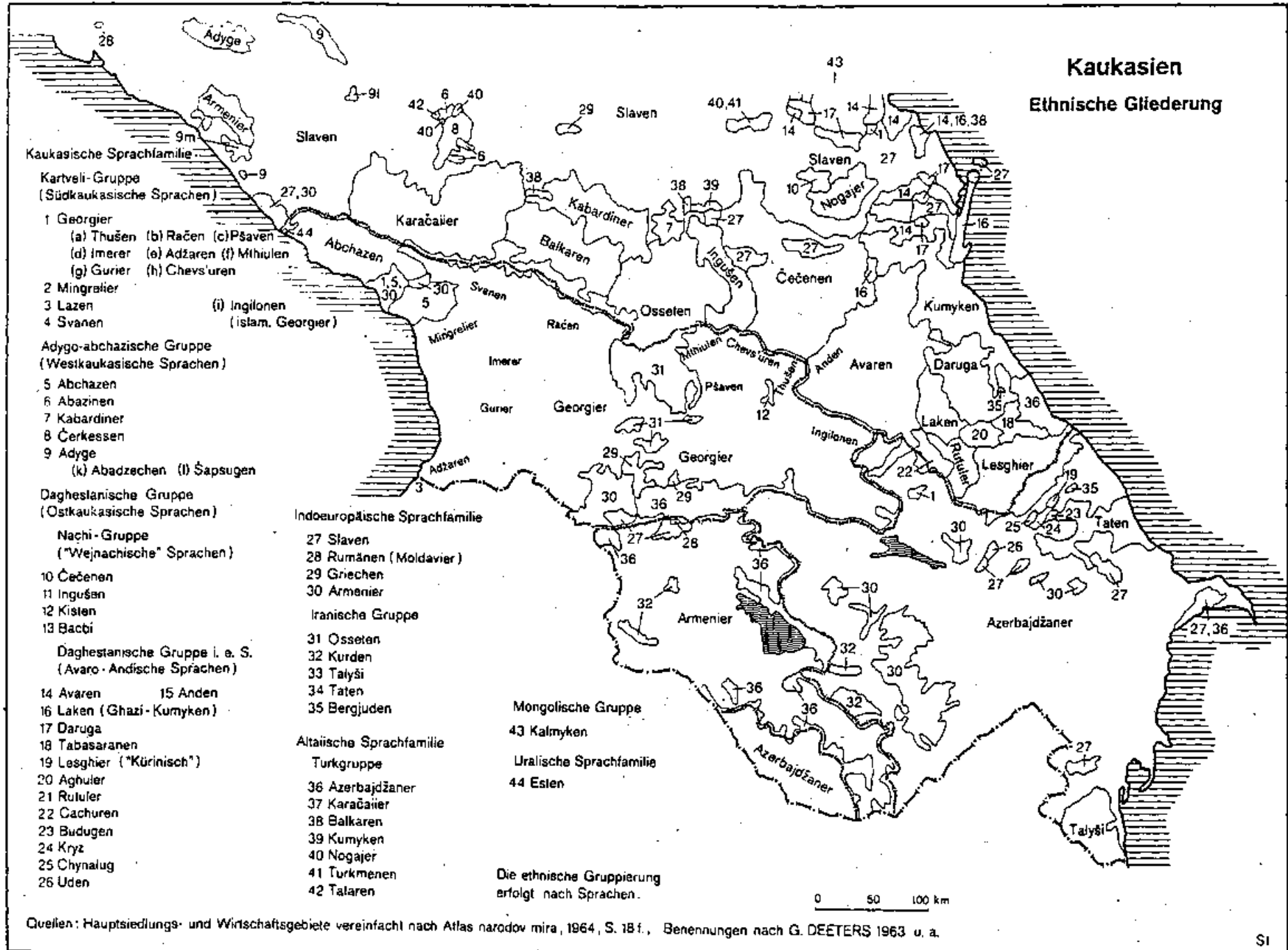
³⁰ Eine detailliertere Verteilungskarte findet sich in Atlas narodov mira, 1965 und in Narody Kavkaza, Bd. 1, 1962; zu den einzelnen Völkern vgl. ausserdem Geiger et al. 1959, R. Mark 1992; zur sprachlichen Gliederung G. Deeters 1963; generell zur Bedeutung von Sprachen zur Definition und Abgrenzung ethnischer Gruppen F. Kraas-Schneider 1989. Andere Merkmale wie die gemeinsame Abstammung und ein Zusammengehörigkeitsgefühl (vgl. M. A. Höfer 1988) spielen nicht nur bei den in der Bevölkerungsstatistik unterschiedenen Gruppen, sondern auch bei kleineren Dialektgruppen (v.a. bei den Georgiern und Ossen) eine wichtige Rolle.

³¹ Dies wird an der unterschiedlichen Zahl der statistisch bei den Volkszählungen erfassten Gruppen in der ehemaligen Sowjetunion deutlich: Die Volkszählung von 1926 hatte die grösste Differenzierung, später wurden einzelne ethnische Gruppen als "Nationalitäten" zusammengefasst. In Georgien sind z.B. die sprachlichen Unterschiede zwischen Lazen bzw. Adscharen, Mingreliern, Svanen, Kartliern (den "eentlichen" Kartveliern) relativ deutlich (vgl. G. Deeters 1963), dazu kommt als weiteres Differenzierungsmerkmal die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Religionen. Zum politischen Charakter der Definition von ethnischen Gruppen vgl. auch F. Kraas 1992.

³² Aserbaidshchan ist mittlerweile zum lateinischen Alphabet zurückgekehrt, doch hat sich dieser Wandel noch nicht generell durchgesetzt.

Abb. 7





chenpolitik der Gegenwart begreift sich zunehmend als Gegenpol zu den Russifizierungstendenzen seit der Zarenherrschaft.³³

Auch andere Differenzierungsmerkmale sind regional sehr vielfältig: Die Verbreitungskarte der wichtigsten Religionen (Abb. 9) zeigt nebeneinander sehr unterschiedliche Richtungen des Christentums und des Islams sowie Überschiebungen, die sich bei der Ausbreitung des Islams seit dem 8. bis ins 17./18. Jh. ergeben haben. Auf Sprache und Religion beruht die aktuelle politische Orientierung Aserbaidschans, das sich sprachlich der Türkei am verwandtesten fühlt, mit der schiitischen Orientierung des Islams aber eine gewisse Nähe zum Iran zeigt, wenn auch die fundamentalistischen Bewegungen nicht so ausgeprägt sind, wie es bisweilen im Westen von medienwirksamen "Experten" publiziert wird.

Daneben darf nicht übersehen werden, dass es in der materiellen und geistigen Kultur der kaukasischen Bergbevölkerung Merkmale gibt, die sich nicht auf einzelne ethnolinguistische Gruppen beschränken, sondern eine weite Verbreitung haben, wenn auch einzelne Gruppen die primäre Urheberschaft für sich in Anspruch nehmen und regionale Ausprägungen betonen. Dazu gehören - um nur wenige Beispiele zu nennen - die trutzigen Wohn- und Wehrtürme, die zwischen Swanetien und Tschetschenien zu finden sind, die heute noch genutzten landwirtschaftlichen Geräte, die Kleidung (traditionell unter Einschluss der Bewaffnung des Mannes mit dem *kinzal*), die Blutrache als soziale Rechtsinstitution, aber auch die Gastfreundschaft.

Das sowjetische Verwaltungssystem hatte den Anspruch erhoben, differenziert auf das komplizierte ethnische Muster einzugehen. Es beruhte auf einer Kombination mehrerer Prinzipien (Abb. 10): Das gesamte Staatsterritorium war nach dem Nationalitätenprinzip flächendeckend in fünfzehn Unionsrepubliken untergliedert. Ein Nationalitäten- und zugleich ethnisches Prinzip bestimmte die abgestufte Hierarchie autonomer Verwaltungseinheiten auf der Ebene von Autonomen Sowjetrepubliken, Autonomen Gebieten und - nur in den dünn besiedelten Gebieten des Nordens der Russischen Föderation - Autonomen Bezirken; nationale Landkreise als unterste Hierarchiestufe nach diesem Prinzip hatte es in den zwanziger Jahren bereits einmal gegeben.³⁴ Mit der Wiederbelebung des deutschen Landkreises Halbstadt in der Verwaltungsregion Altai wurde diese unterste Ebene wiederbelebt.

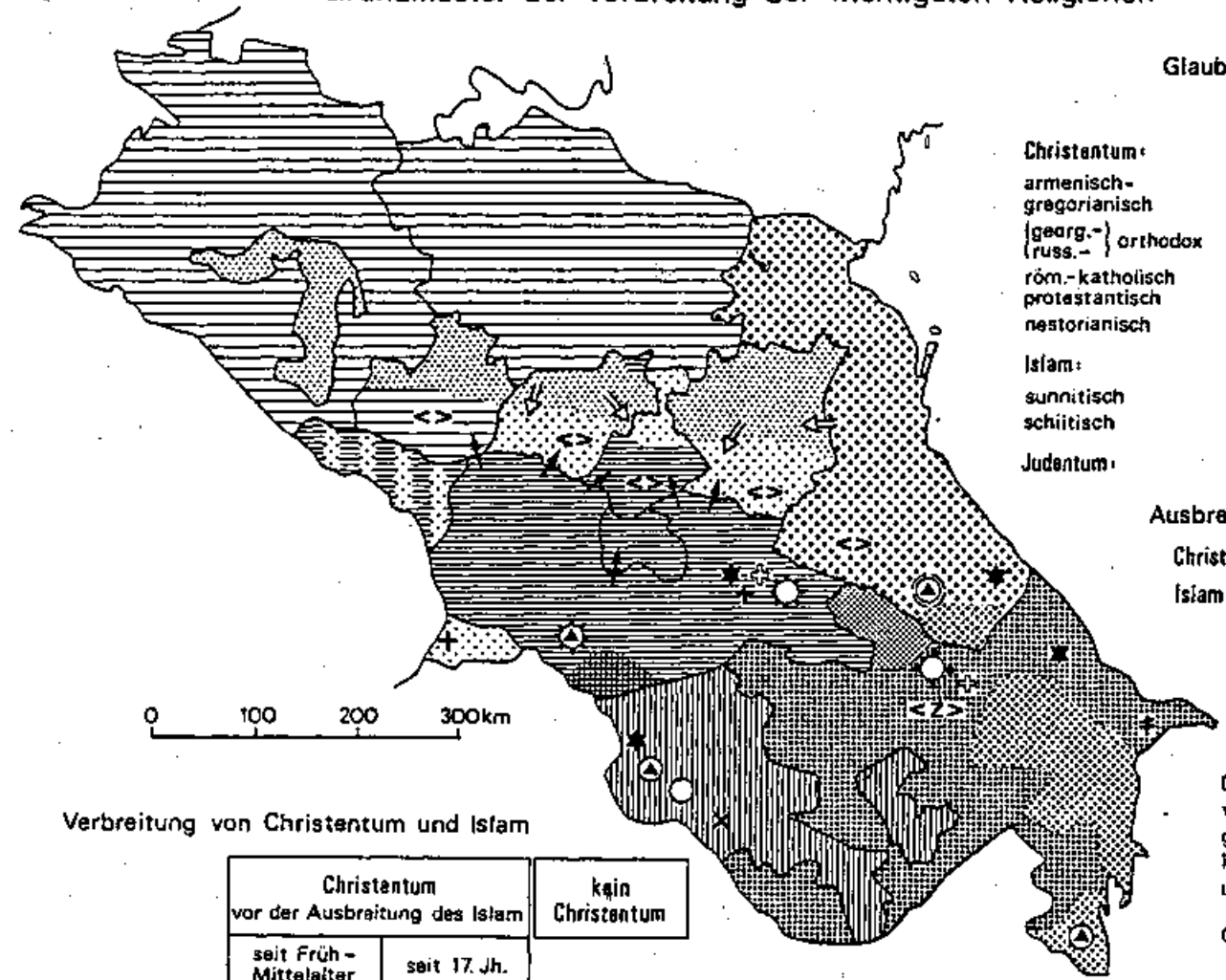
Nach einem territorial-administrativen Prinzip wurden die flächengrossen Sowjetrepubliken in Gebiete und Regionen (*oblast'* bzw. *kraj*) untergliedert, nicht jedoch die drei transkaukasischen. Die Einteilung in Landkreise und Städte ist dagegen wieder flächendeckend (sieht man von Flächen, die z.B. aus militärischen Gründen unmittelbar der Ministerialverwaltung unterstanden, oder von Schutzgebieten ab). Beide Prinzipien gelten auch heute noch nahezu unverändert. Weitere Prinzipien der Verwaltungsgliederung wie das siedlungs

³³ Andererseits darf nicht übersehen werden, dass die Einführung eines allgemeinen Schulwesens in der gesamten Sowjetunion - trotz der russozentrierten Ausrichtung dieses Schulsystems - zur Entstehung nationaler Eliten wesentlich beigetragen hat.









³⁴ Vgl. G. Simon 1986, S. 77ff.

Kaukasien

Grundmuster der Verbreitung der wichtigsten Religionen













Glaubensrichtungen
 Verbreitung
 flächenhaft isoliert

- Christentum:**
 armenisch-gregorianisch  ⊕
 {georg.-} orthodox  ≠
 röm.-katholisch  +
 protestantisch  ×
 nestorianisch  ⊗
- Islam:**
 sunnitisch  ○
 schiitisch  ⊙
- Judentum:**  ☆

Ausbreitungsvorgänge
 Christentum →
 Islam ⇨

Verbreitung von Christentum und Islam

		Christentum vor der Ausbreitung des Islam		kein Christentum
		seit Früh-Mittelalter	seit 17. Jh.	
keine Überschichtung				
	bis 11. Jh.			 ○
	12. - 16. Jh.			 ⊙
Überschichtung durch Islam	seit 17. Jh.			

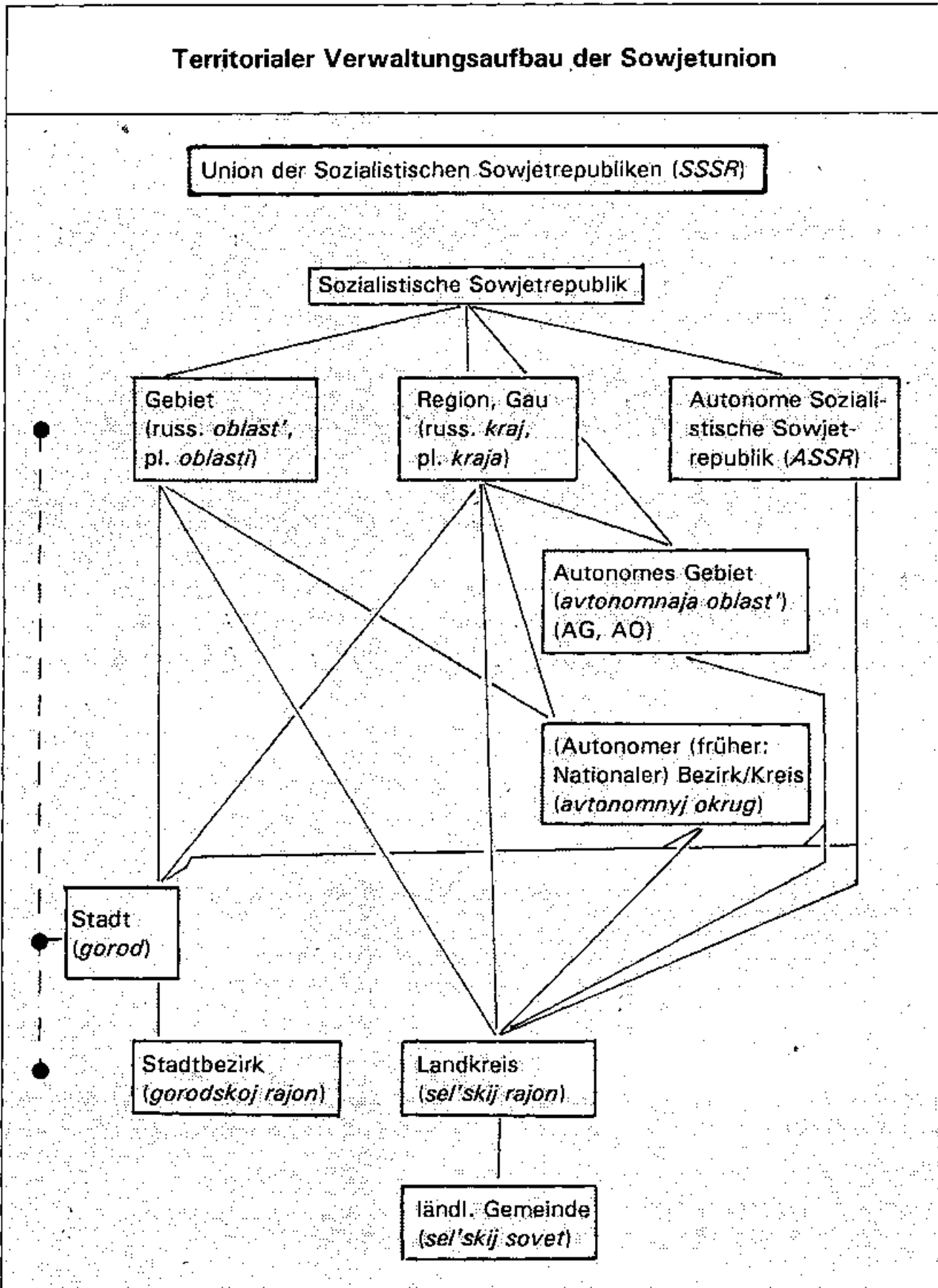
Relikte vorchristlicher / vorislamischer Religiosität
 <> Elemente des Volksglaubens
 <Z> Zoroastrismus

Die Zuordnung zu aktuellen Verwaltungsgebieten ist nur eine grobe Annäherung. Zahlreiche kleinräumige Vorkommen bleiben unberücksichtigt.

Quelle: nach Angaben in Narody Kavkaza, Bd. 1-2, 1960/1962 B. Geiger et al. 1959

Entwurf: J. Stadelbauer
 Kartographie: K. Schmidt-Hallerau

Territorialer Verwaltungsaufbau der Sowjetunion



strukturelle und das betriebliche Prinzip brauchen in unserem Zusammenhang nicht zu interessieren, wie auch die auf einer mittleren Ebene zwischen Unionsrepublik und Gebiet stehende Gliederung in Wirtschaftsgrossregionen kaum praktische Auswirkungen auf die Behördenorganisation und politische Verwaltungstätigkeit hatte.

3.2 Die Anwendung der Verwaltungsprinzipien auf Kaukasien

In sowjetischer Zeit schienen die Verhältnisse für Kaukasien relativ klar geordnet zu sein (Abb. 11): Kaukasien gliederte sich in die drei transkaukasischen Unionsrepubliken Georgien, Armenien und Aserbaidshan und hatte Anteil an der RSFSR mit der Wirtschaftsgrossregion Nordkaukasien. Diese umfasste das Verwaltungsgebiet (*oblast'*) Rostov-na-Donu, die beiden Verwaltungsregionen (*kraj*) Krasnodar und Stavropol' sowie die vier ASSR Kabardino-Balkarien, Nordossetien, Tschetscheno-Inguschien und Daghestan. Den beiden Verwaltungsregionen Stavropol' und Krasnodar war jeweils ein Autonomes Gebiet unterstellt, das AG Adyge bzw. das AG der Tscherkessen und Karatschajer. In Transkaukasien gehörten die Autonomen Sowjetrepubliken Abchasien und Adsarien sowie das Autonome Gebiet Südossetien zur Georgischen SSR, die ASSR Nachitschevan' und das AG Nagorno-Karabach zu Aserbaidshan.

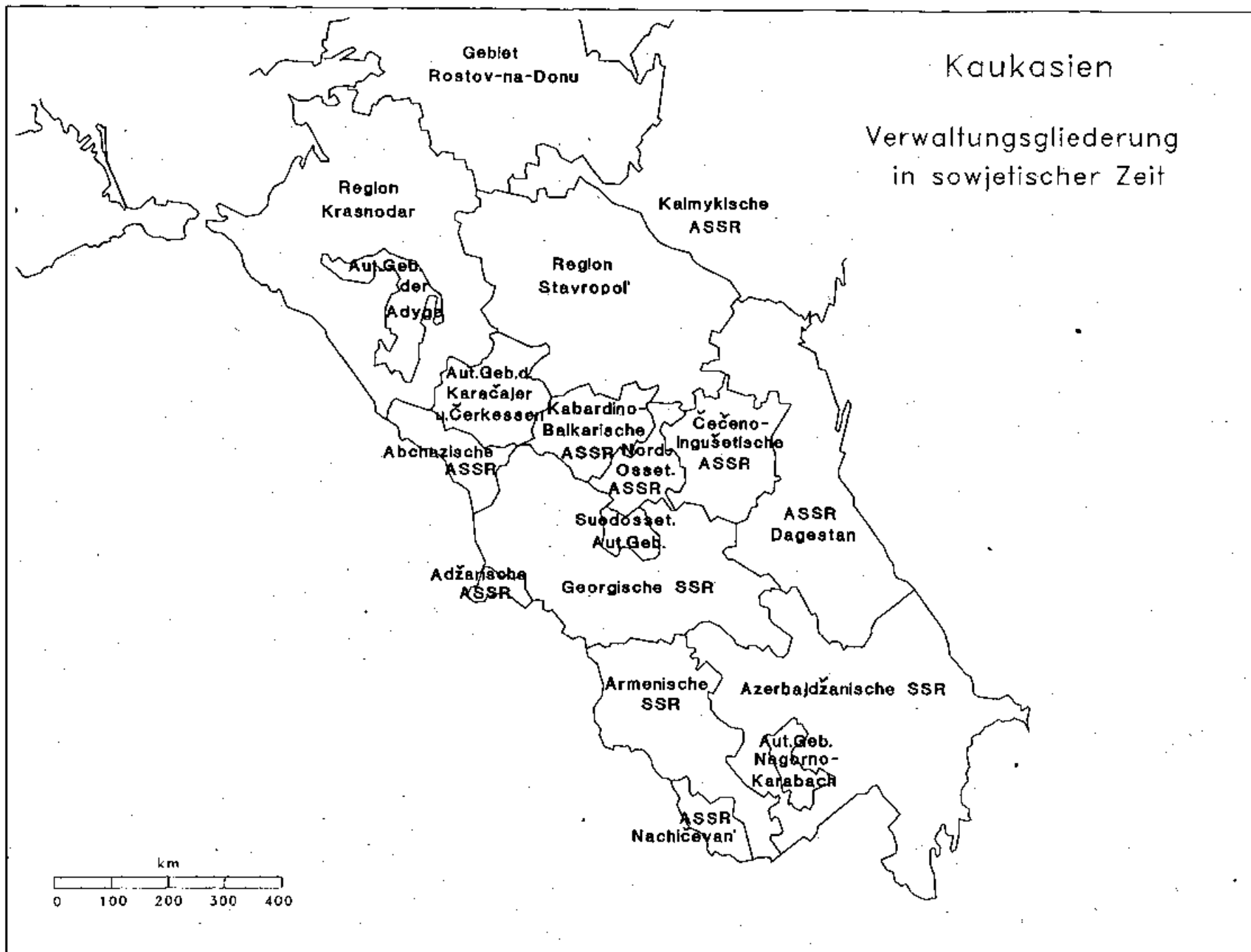
Tatsächlich zeigen sich jedoch beachtliche Diskrepanzen³⁵ zwischen dem räumlichen Verteilungsmuster der Ethnien und der sowjetischen Verwaltungsgliederung (Abb. 12):

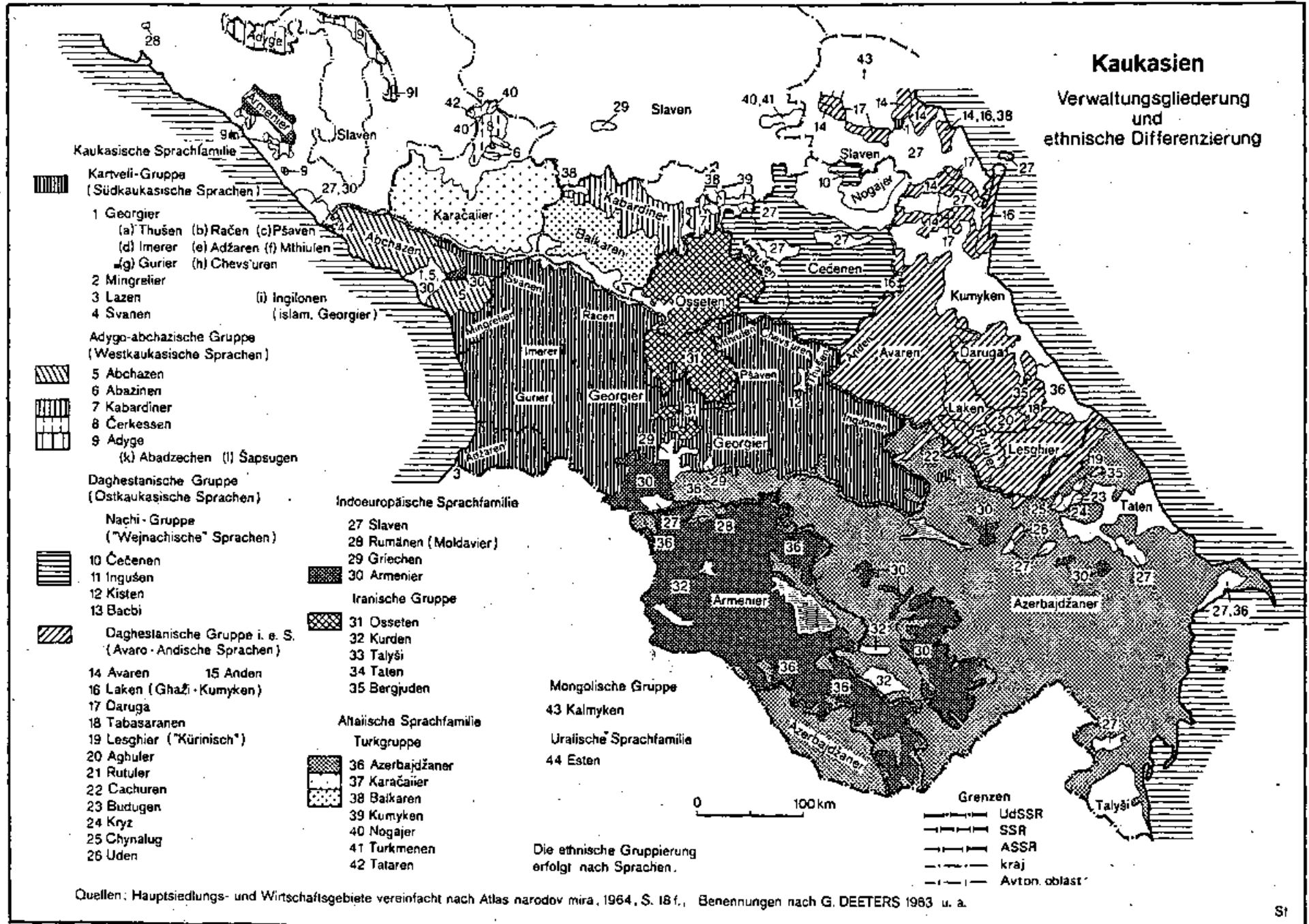
(a) Die Territorialgliederung wird nicht dem Anspruch des Nationalitätenprinzips gerecht, ethnisch homogene Gebiete zu räumlichen Verwaltungseinheiten zu machen - so schwer dies auch im Einzelfall wäre. Die Grenzziehung zwischen Georgien, Armenien und Aserbaidshan zeigt dies unabhängig vom Konflikt um Nagorno-Karabach; die Ausweitung dieses Konflikts zum Krieg zwischen Aseri und Armeniern und die pogromartigen Ausschreitungen haben Hunderttausende zur Flucht gezwungen. Inkongruenzen der Grenzziehung werden in mehreren Fällen aus der ethnischen Karte abgeleitet; dazu gehören:

- der Wunsch der armenischen Bevölkerung in Dzavachetien (SW-Georgien um Achalciche und Achalkalaki) nach Anschluss an Armenien;
- der wechselseitige Anspruch Georgiens und Aserbaidshans auf Gebiete in der Alazani-Senke (Kachetien / Zakataly);
- die Bestrebungen der Lezgier³⁶, ein die Grenzen zwischen Aserbaidshan und der Russischen Föderation überschreitendes Lezgistan ins Leben zu rufen.

³⁵ Dies bezieht sich zunächst nur auf die territoriale Gliederung, nicht auf die zusätzlichen Implikationen des Sowjetsystems, die G. Smith (1990, S. 85f.) herausgearbeitet hat: Kontrolle durch die Nomenklatura russisch-sowjetischer Prägung, wirtschaftliche Abhängigkeit durch zentralisierte Aufgabenzuweisung, Einbindung der einheimischen Mittelschicht in das sowjetische Bildungs- und Parteisystem, Standardisierung regionaler Kultur.

³⁶ Gemeint sind die Lezgier im engeren Sinne, nicht die der lezgischen Sprachuntergruppe angehörenden Völker, zu denen u. a. die Laken, Rutulen und Tabasaranen gehören; vgl. E. Sarkisyanz 1961, S. 124ff.).





Dies hat als Reaktion aserbajdschanische Ansprüche auf ganz Daghestan verstärkt.

(b) Die Zusammenfassung von zwei oder mehr Völkern in einer Verwaltungseinheit liess Abhängigkeit durch Majorisierung entstehen, die vor allem dann nicht mehr hingenommen wird, wenn die Zusammenfassung erst in sowjetischer Zeit erfolgte. Dies gilt für Kabardino-Balkarien ebenso wie für Karatschajewo-Tscherkessien und Tschetscheno-Inguschien.

(c) Einzelnen Völkern wurde kein eigenes Territorium zugestanden, wie die Forderungen von Talysen, Lezgiern, Kumyken und Nogajern zeigen. Von den zahlenmässig etwas umfangreicheren Völkern Daghestans haben bisher die Lezgiern, Kumyken und Laken sowie die turksprachigen Nogajer eigene Nationalbewegungen ausgebildet, die z.T. sehr nationalistische Ziele (bis hin zum Anspruch auf einen eigenständigen Staat Lezgistan) erheben.

(d) Damit hängt eng das Streben mehrerer Gruppen nach Wiederherstellung historischer Siedlungs- und Wirtschaftsgebiete zusammen. Je nach Wahl des Bezugszeitpunktes können sich daraus sehr unterschiedliche Ansprüche ergeben.

(e) In einzelnen Fällen reicht der Territorialitätsanspruch weiter und zielt auf nationale Selbstbestimmung ab. Dazu gehört ausser den Separationstendenzen Abchasiens von Georgien und Tschetscheniens von Russland auch der Anspruch Ossetiens auf nationale Einheit.

Die Übersicht über die in aktuelle Konflikte verwickelten ethnolinguistischen Gruppen zeigt, dass auch an Untergliederungen der sprachlich scheinbar zusammengehörigen Gruppen zu denken ist; vor allem die dialektologische und volkskundliche Vielfalt Georgiens ist in sowjetischer Zeit - seit Stalin sehr bewusst - vernachlässigt und missachtet worden. Als Zwischenfazit ergibt sich, dass das statische Modell der sowjetischen Verwaltungsgliederung nicht konfliktbereinigend wirkt.

3.3 Historisches Konfliktpotential aus unbewältigten Problemen: Die "repressierten Völker" - Deportation und Rücksiedlung

Fragt man nach Begründungen für aktuelle Ansprüche, so kommt die Dynamik der geschichtlichen Vorgänge hinzu. Die Grenzziehungen und Territorialzuweisungen unterlagen in den dreissiger bis fünfziger Jahren Veränderungen, die heute zu den "Repressionen" unter Stalin zählen. Geradezu traumatisch wirken die Veränderungen in Zusammenhang mit den Zwangsdeportationen im Zweiten Weltkrieg nach; sie betrafen in Nordkaukasien die Karatschajer (Ukas vom 12.10.1943)³⁷, die Tschetschenen und Inguschen (Ukas vom 7.3. 1944)³⁸ sowie die Balkaren (Ukaz vom 8.4.1944)³⁹, in Transkaukasien die Mes'cheten.

Nach diesen Deportationen wurden Verwaltungsgrenzen und Gebietsstatus mehrfach geändert, autonome Gebietseinheiten aufgehoben oder mit anderen

³⁷ Vgl. *Deportacii ...*, 1992, S. 37ff.

³⁸ *Deportacii ...*, 1992, S. 41ff.

³⁹ *Deportacii ...*, 1992, S. 46f.

zusammengelegt. Die 1956 auf dem 20. Parteikongress der KPdSU erfolgte Rehabilitierung stellte zwar weitgehend die alten Autonomien wieder her, nicht jedoch in allen Fällen die früheren Grenzen. Zwischenzeitlich waren einige durch Deportation entvölkerte Gebiete erneut aufgesiedelt worden, weil die oben skizzierte Umsiedlung von Gebirgsbevölkerung in das Gebirgsvorland sich als zweite Form der Zwangswanderung der Deportation überlagerte. Wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hintergrund war die Kollektivierung, die vor allem im Bergland Daghestans mit ausserordentlicher Verzögerung ablief.⁴⁰ Zur Beschleunigung wurden - zusätzlich zu der spontanen Land- und Bergflucht - ganze Dorfgemeinschaften in neue Plansiedlungen umgesetzt.

Aus den Deportationen resultieren einige weitere aktuelle, latente Konflikte und Forderungen⁴¹ in Nordkaskasien:

- der Anspruch der Einrichtung eigenständiger Republiken für die Karatschajer⁴², Tscherkessen, Balkaren und Kabardiner
- die Wiederherstellung einer territorialen Autonomie für die Inguschen (dieses Problem ist inzwischen aus Moskauer Sicht gelöst)
- Gebietsansprüche der Kabardiner auf das (nordossetische) Gebiet von Mozdok und das tschetscheno-inguschische Gebiet um Malgobek, Ansprüche der Inguschen auf den östlichen Teil Nordossetiens sowie Ansprüche der Tschetschenen im Westen Daghestans.

Die geforderte Neueinrichtung von vier Republiken anstelle der beiden bisherigen (Autonomen) Republiken Karatschajewo-Tscherkessien und Kabardino-Balkarien ist bisher von Moskau nicht bestätigt worden.⁴³ Im Falle Kabardino-Balkariens sieht die interne Konstruktion eine Föderation innerhalb der (Autonomen) Republik vor. In Karatschajewo-Balkarien ist die Situation besonders kompliziert: Hier wurden 1991 fünf Republiken proklamiert, die Karatschajische, die Tscherkessische, ferner eine Abazinische (die Abazinen sprechen eine eigenständige westkaukasische Sprache) sowie jeweils eine Republik der

⁴⁰ Am 1.1.1936 waren in 804 Kolchosen erst 44,3 % der Bauernbetriebe zusammengefasst, ein Jahr später in 1242 Kolchosen 80,3 %. Im Gebirge existierten am 1.1.1937: 739 Kolchosa, in denen mit 92'200 Betrieben 75,7 % zusammengefasst waren (Kollektivizacija ... 1972, S. 685).

⁴¹ Die Quellenlage ist nicht allzu günstig. Ein wesentlicher Teil der folgenden Überlegungen leitet sich aus einer bewertenden Analyse tagespolitischer Informationen ab. Die Auswertung von Zeitungsmeldungen und anderen Informationsdiensten (z. B. die Zusammenstellung von RFE/RL) hat daher eine grosse Bedeutung; die Verfügbarkeit solcher Informationen (nach dem Prinzip "audiatur et altera pars") ist damit für die Ausgewogenheit der Analyse unabdingbar. Für die historische Entwicklung ist der Rückgriff auf älteres Kartenmaterial notwendig, das ebenfalls nur in unzureichender Qualität vorliegt.

⁴² Die Karatschajier forderten auf einer Sitzung Ende 1991 die Wiederherstellung ihrer vollständigen Autonomie und orientierten sich dabei am Vorbild Tschetscheniens (RL: Report on the USSR 6.12.1991, S. 34).

⁴³ Es ist nicht bekannt geworden, ob ein von Präsident Jelzin am 5.2.1992 unterzeichnetes Dekret über die Wiedereinrichtung territorial getrennter Autonomien für Karatschajer und Tscherkessen vom russischen Parlament bestätigt wurde.

Kosaken von Zelentschuk-Urup und Batalpascha.⁴⁴ Eine Anerkennung dieser Ansprüche erfolgte bisher nicht. Damit bleibt zumindest vorläufig - aus Moskauer Sicht und entgegen den Souveränitätserklärungen der betroffenen Territorien - die Verknüpfung von Karatschajern und Tscherkessen sowie von Kabardinern und Balkaren bestehen. Hier waren jeweils ein turk- und ein kaukasisch-sprachiges Volk in einer Verwaltungseinheit zusammengefasst worden, obwohl es der erklärte Wille dieser Völker war, sich gemäss der Sprachverwandtschaft politisch zusammenzuschliessen.⁴⁵ Dieses Beispiel macht auch darauf aufmerksam, dass neben den kaukasischen Bergvölkern die Kosaken zu den nach grösserer Eigenständigkeit strebenden Gruppen gehören, wie es ihrem historischen Selbstverständnis entspricht.⁴⁶

Noch in sowjetischer Zeit waren auch die grundlegenden Beschlüsse gefasst worden, die vollständige Rehabilitierung der deportierten Völker zu verwirklichen. Die Schwierigkeiten, die sich aus der Unvereinbarkeit einzelner Ansprüche ergaben, haben allerdings dazu geführt, dass - nach dem Zerfall der Sowjetunion - das russische Parlament einen Zeitraum bis 1995 zur Lösung aller Fragen eingeräumt hat.

3.4 Konfliktmanagement durch Statuskorrekturen?

Als erster Ansatz für einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen wurden in der Russischen Föderation 1991 Statuserhöhungen für alle Autonomen Gebiete (mit Ausnahme des Jüdischen AG) vorgenommen, d.h. Adyge und Karatschajewo-Tscherkessien nennen sich jetzt "Republik"; sie galten damit als gleichberechtigte Partner bei der Unterzeichnung des Föderationsvertrags 1992 (Abb. 13).

In Transkaukasien ist dagegen der Status der autonomen Gebietseinheiten umstritten, und die Verwaltungspolitik Georgiens und Aserbaidschans ist eher nationalistisch: Tbilisi hat 1989 einseitig die Autonomie Südossetiens aufgehoben und lässt auch die Autonomie Adzariens ruhen. Die Abchasen fordern eine Loslösung von Georgien, die Osseten Südossetiens entweder ebenfalls eine Loslösung von Georgien - mit der Absicht, sich dann eventuell mit Nordossetien zusammenzuschliessen - oder zumindest eine Höherstufung zur Autonomen Republik. Die Separationsbestrebungen in Abchasien haben inzwischen zu einem Stellungskrieg geführt. Die armenische Bevölkerungsmehrheit von Nagorno-Karabach strebt die Loslösung von Aserbaidschan und möglicherweise einen Anschluss an Armenien an; Versuche der politischen Führung Nagorno-Karabachs, eine Eigenstaatlichkeit zu proklamieren, sind jedoch ohne Anerkennung

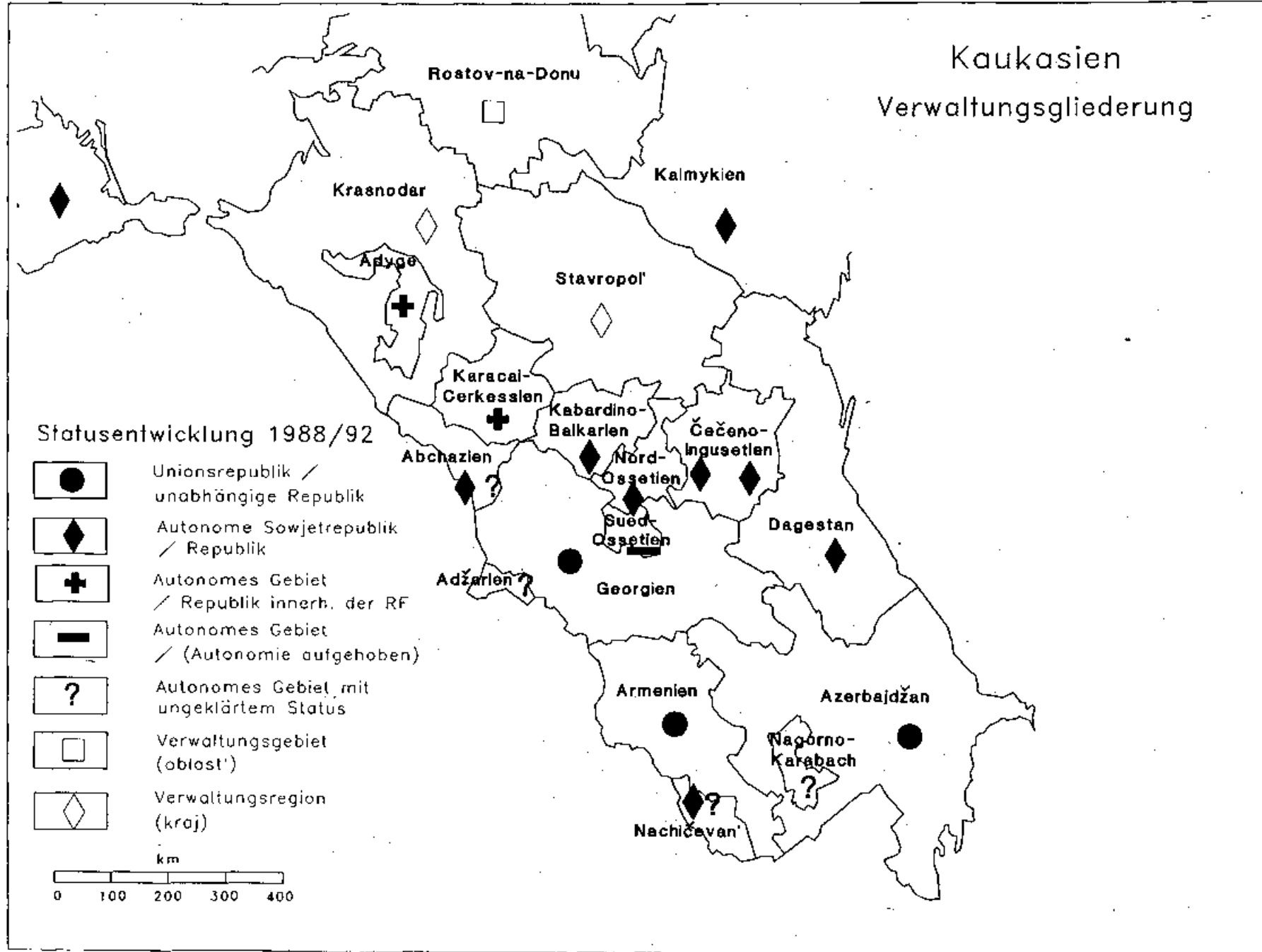
⁴⁴ RFE/RL Research Report 1, No. 14, 3.4.1992, S. 75.

⁴⁵ Vgl. P. v. z. Mühlen 1971, S. 190f.

⁴⁶ Vgl. zur territorialen Ordnung der Kosaken aus geographischer Sicht P. Rostankowski 1969; die kosakischen Forderungen liessen eine kaukasisch-kosakische Koalition zur Durchsetzung der Ansprüche entstehen, obwohl die Kosakensiedlung ein russisches Instrument zur Beherrschung der kaukasischen Bergvölker gewesen war.

Kaukasien

Verwaltungsgliederung



geblieben.⁴⁷ Die Bemühungen, einen Verbindungskorridor zwischen Armenien und Nagorno-Karabach zu schaffen, sind politisch erfolglos geblieben, wurden aber schliesslich militärisch durchgesetzt.⁴⁸

Latent erhebt Armenien zusätzlich einen Anspruch auf Nachitschewan, dessen ursprünglich armenische Bevölkerungsmehrheit erst unter massivem aserbajdschanischem Druck zwischen den beiden Weltkriegen verdrängt wurde. In Nachitschewan selbst hat sich unter der Führung des ehemaligen aserbajdschanischen KP-Chefs Aliev eine gegen die Politik Bakus⁴⁹ gerichtete Entwicklung angebahnt.

3.5 Beginn einer territorialen Neuordnung: Inguschen und Tschetschenen

Die frühere Tschetscheno-Inguschische ASSR ist der bislang einzige Fall einer tatsächlich realisierten Grenzkorrektur auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, wenn auch die Abtrennung einer Inguschischen Republik von der bisherigen Tschetscheno-Inguschischen Republik (Bestätigung der Begründung einer Inguschischen Republik am 4. Juli 1992, vorläufige Abgrenzung durch Abtrennung von zwei Landkreisen und Festlegung von Nazran' als Hauptstadt) zunächst nur als "vorläufig" apostrophiert wurde (Abb. 14).⁵⁰

Nach der Auflösung der "Bergrepublik" hatte bis in die Mitte der dreissiger Jahre ein territoriales Nebeneinander der Tschetschenen und Inguschen in jeweils eigenständigen autonomen Sowjetrepubliken bestanden: Diese wurden - gegen den Willen der beiden sprachlich verwandten Völker - zusammengelegt; damit entstand ein Konfliktpotential zwischen den zahlenmässig sehr ungleichen Volksgruppen. Der strenge Zentralismus im Sowjetstaat, der keine nationalen Sonderwege erlaubte, hat diesen Konflikt bis Ende der achtziger Jahre verschleppt.

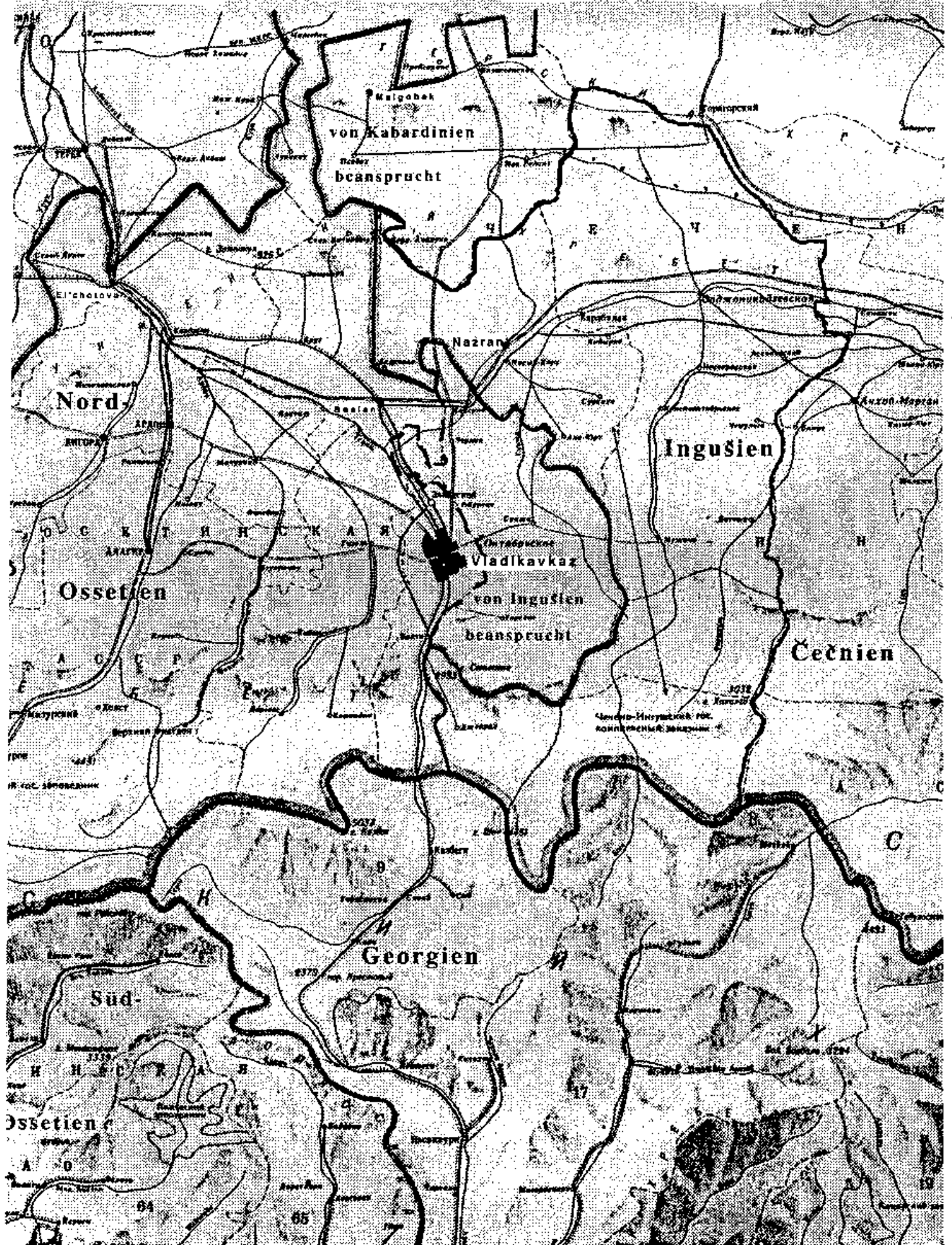
Zum Ausbruch kam der Konflikt, nachdem sich in Tschetschenien mit Dudaev ein erklärter Moskau-Gegner zum Präsidenten hatte wählen lassen, der rasch begann, für sein Land über die Souveränität hinaus auch politische Unabhängigkeit zu fordern. Am 9. November 1991 erklärte sich die Republik Tschetschenien für unabhängig. Inguschien wurde dabei noch als integraler

⁴⁷ So wünschte Nagorno-Karabach nach der ersten Gründung der GUS, als Mitglied in die Gemeinschaft aufgenommen zu werden (RL, Report on the USSR, 20.12.1991, S. 38).

⁴⁸ Ende März/Anfang April kam es bei der aserbajdschanischen Stadt Kelbadschar zu einem bewaffneten Versuch der Armenier, einen zweiten Verbindungskorridor zu erzwingen. Die armenische Offensive im Frühjahr 1993 führte ausserdem zu einem Gebietsgewinn bei Fisuli, durch den der aserbajdschanische Zugang nach Nagorno-Karabach empfindlich eingeschränkt wird.

⁴⁹ Der Verfassungsentwurf für Aserbajdschan sieht auf der Grundlage von Beschlüssen vom September 1992 einen Minderheitenschutz vor.

⁵⁰ Wie der Beschluss, die Tschetscheno-Inguschische Republik aufzulösen, der die zu Beginn der Sowjetunion, d.h. vor den Repressionen der Stalinzeit, zunächst geschaffene Gliederung wiederherstellen wollte, so knüpft auch die vorläufige Grenzziehung, die zwei Landkreise im Westen der ehemaligen Tschetscheno-Inguschetischen ASSR abtrennte und als Inguschetien deklarierte, an die Verhältnisse vor 1934 an.



Bestandteil betrachtet. Konfrontationskurs gegenüber Moskau schlug die tschetschenische Politik ein, indem sie den georgischen Präsidenten Gamsachurdia unterstützte und ihm schliesslich, nachdem er im georgischen Bürgerkrieg 1992 aus seiner Residenz hatte entkommen können, auch Zuflucht gewährte. Als E. Schewardnaze das Amt des Staatsratsvorsitzenden in Georgien übernahm, verschärfte sich die Konfrontation sowohl zwischen Tschetschenien und Georgien als auch innerhalb der Russischen Föderation. Den von Jelzin vorgelegten Föderationsvertrag hat Tschetschenien nicht unterzeichnet.

Moskau hat die Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Tschetschenien nie anerkannt; es wird keine Wirtschaftsförderung mehr betrieben, der Konflikt aber auch nicht ausgetragen. Die Eisenbahn Rostov-Baku, die über Gudermes über tschetschenisches Territorium führt, und ihre Nebenstrecke Beslan-Groznyj-Gudermes funktionieren zwar noch⁵¹, sollen aber mittelfristig durch eine Umgehungsstrecke ersetzt werden, die Tschetschenien im Norden umfährt. Dadurch wäre vor allem der Anschluss des sich weiterhin zur Russischen Föderation bekennenden Daghestan gewährleistet. Aserbaidschan ist zwar Anfang Oktober 1992 aus der GUS ausgeschieden, entsendet aber Beobachter zu den Sitzungen, wünscht weiterhin enge Wirtschaftsbeziehungen zur Russischen Föderation und beabsichtigt, die bestehende Grenzöffnung nicht zu ändern. Damit soll offensichtlich einer denkbaren Eskalation der Lezgerfrage im daghestanisch-aserbaidschanischen Grenzgebiet vorgebeugt werden.

Die Abtrennung Inguschiens von Tschetschenien erfolgte Anfang November 1992, nachdem es im östlichen Teil Nordossetiens zu Kriegshandlungen zwischen Osseten und Inguschen gekommen war. Dort fordern die Inguschen bereits seit längerer Zeit ein Territorium zurück, welches nach der Deportation und Auflösung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR im Zweiten Weltkrieg an Nordossetien gefallen war. 1991 war sogar eine Nord-Inguschische Republik auf dem Territorium Nord-Ossetiens proklamiert worden.⁵² Durch die Eskalation der Auseinandersetzungen sah sich die russische Zentralregierung gezwungen, militärisch einzugreifen. Um nicht den Anschein einer militärischen Intervention im abtrünnigen Tschetschenien zu erwecken, beschränkten sich die russischen Militäraktionen jedoch auf die beiden inguschischen Landkreise im Westen der früheren Tschetscheno-Inguschischen ASSR. Nachdem bereits am 4. Juni 1992 die Wiederherstellung einer von Tschetschenien getrennten Republik Inguschiens (innerhalb der Russischen Föderation) in Aussicht genommen worden war, wurde Anfang November die bis 1934 geltende Ostgrenze Inguschiens von Moskau als vorläufige Grenze zwischen den beiden Republiken Inguschiens und

⁵¹ Im Herbst 1992 wurden auf dieser Strecke nur sehr niedrige Geschwindigkeiten gefahren - offensichtlich aus Furcht vor Anschlägen. Dass diese Furcht nicht unbegründet ist, zeigt ein Anschlag auf diesen Zug am 28.2.1993, bei dem 10 oder 13 Personen getötet und 15 oder 12 verletzt wurden. Der Anschlag könnte mit dem Konflikt um Nagorno-Karabach zusammenhängen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 1.3.1993, S. 2); dann wäre nicht mehr der Konflikt um Tschetschenien als Hintergrund anzusehen. Ein direkter privater Autoverkehr zwischen Nordossetien und Daghestan war im Oktober 1992 kaum noch möglich.

⁵² RL: Report on the USSR 25.10.1991, S. 35f. nach Novosti.

Tschetschenien festgelegt und anerkannt.⁵³ Der Volksdeputiertenkongress bestätigte Anfang Dezember 1992 die Wiederherstellung der Autonomie Inguschiens - jetzt mit dem Status einer Republik innerhalb der Russischen Föderation.

Weil der Ausgleich mit Nordossetien noch aussteht, wird die Grenzziehung auch als "vorläufig" apostrophiert; indes dürfte sie doch von etwas längerer Dauer sein. Sie könnte ausserdem Modellcharakter für andere Gebiete Nordkaukasiens gewinnen: Es ist letztlich die Rückkehr zu Grenzen, welche in den zwanziger Jahren festgelegt wurden, als tatsächlich das Nationalitätenprinzip noch eine grössere Rolle bei der Festlegung von Territorien gespielt hatte.⁵⁴

3.6 Nationalbewegungen und Integrationsansätze

Über die bestehenden administrativen Gebilde und die konkreten Territorialforderungen hinaus haben sich bei mehreren ethnischen Gruppen Nationalbewegungen etabliert, die ebenfalls eine Klärung strittiger Grenzverläufe und Territorialfragen anstreben. Beispiele sind die Lezgieer beiderseits der daghestanisch-aserbaidtschanischen Grenze, die Laken, Nogajer und Kumyken in Daghestan. Es ist nicht ohne Interesse, dass dabei bewusst an den Mythos des Imams Schamil angeknüpft wird, der in der Mitte des 19. Jh. über Jahrzehnte den Widerstand der kaukasischen Bergvölker gegen die russische Herrschaft gelenkt hatte.⁵⁵ Dass als religiöser Hintergrund der auch heute in Daghestan weit verbreitete Sufismus keine geringe Rolle spielt, kann nur vermutet werden. Politikwissenschaftlicher Forschung muss die Frage vorbehalten bleiben, inwieweit Kongruenzen zwischen einem "modernen" Parteiensystem und dem Traditionalismus bestehen.

Einige grössere, überwiegend auf dem Territorium Daghestans lebende Ethnien haben mittlerweile politische Forderungen erhoben, die auch auf eine eigene Territorialität und politische Selbstbestimmung hinauslaufen. Die Awaren haben ebenfalls eine Volksfront gebildet und nach dem Imam Schamil benannt. Im Westen am bekanntesten geworden sind die Wünsche der Lezgieer (204'370 auf dem Territorium Daghestans, 171'395 auf dem Territorium Aserbaidtschans, insgesamt 466'000 auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion); sie streben eine Vereinigung ihrer beiden Hauptwirtschafts- und Siedlungsgebiete beiderseits der heutigen daghestanisch-aserbaidtschanischen Grenze an und fordern die Einrichtung einer Republik Lezgistan.⁵⁶

⁵³ Das Parlament von Tschetschenien hatte bereits am 8.1.1992 die Wiederherstellung der bis 1934 geltenden Grenze beschlossen; dieser Beschluss war zunächst von Moskau, das weiterhin die völkerrechtliche Vertretung Tschetscheniens beansprucht, nicht anerkannt worden.

⁵⁴ Vgl. zu diesem Wechsel in der Nationalitätenpolitik der zwanziger Jahre die eingehende Analyse von G. Simon 1986.

⁵⁵ Die Wiederbelebung des Mythos, der sich an die Persönlichkeit von Schamil knüpft, manifestiert sich in zahlreichen neueren Veröffentlichungen zu Person und Wirken des Imams (vgl. den Nachdruck der Schamil-Biographie von M.N. Cicagova 1889 oder als Versuch, in spätkommunistischer Interpretation eine Neubewertung von Schamil vorzunehmen, A. M. Chalilov 1991); zu seiner geschichtlichen Bedeutung für den nordöstlichen Kaukasus E. Sarkisyanz 1961, S. 135ff.

⁵⁶ Moskovskie Novosti Nr. 42, 1991.

Die Ansprüche einzelner Völker und politischer Bewegungen birgt die Gefahr einer weiteren Zersplitterung des Raumes in kleinste Einheiten und einer ständigen militärischen Bedrohung mit sich, nachdem es im 19. Jh. gelungen war, die kleinen Herrschaften Daghestans zu einem Staat zu vereinigen. Als integrierende Gegenbewegung versteht sich - über Daghestan hinaus - die Konföderation der kaukasischen Bergvölker, die 1991 ins Leben gerufen wurde, die neben den nichtslavischen Völkern Nordkaukasiens auch Abchasien umfasst, die sich als Vertretung von vierzehn Bergvölkern Kaukasiens versteht und die nach der Umbenennung im Herbst 1992 auch für die nach mehr Eigenständigkeit strebenden Kosaken in den nordkaukasischen Steppen zu sprechen beansprucht.⁵⁷ Daneben wurde im Januar 1992 erstmals ein "kaukasisches Parlament" in Machatschkala einberufen, das jedoch nicht der Vorbereitung einer neuen Staatsbildung dienen sollte, sondern sich selbst als konfliktberichtigendes Gremium für Nordkaukasien versteht.⁵⁸

Dazu kommen einige neuere Bestrebungen, einzelne Gebietseinheiten zusammenzufassen:

- zu einem einheitlichen Tscherkessien die Republiken Adyge, Tscherkessien und Kabardinien, wobei ein zusätzlicher Anspruch auf Schwarzmeer-Uferbereiche der Verwaltungsregion Krasnodar erhoben wird und auch die nicht bestätigte "Republik" der Abazinen einzubeziehen wäre;
- eventuell die Zusammenfassung der beiden turksprachigen Teilrepubliken Balkarien und Karatschaj;
- die Wiederbelebung der "Bergrepublik" entweder auf dem Gebiet Tschetschens, Inguschiens, Nordossetiens, der Kabardei und Tscherkessiens oder - unter Einbeziehung Abchasiens und Daghestans - in der Konföderation der kaukasischen (Berg-)Völker.⁵⁹

Zusätzliche Autonomierechte fordern die Kosaken, die eine national-kulturelle Autonomie in den nordkaukasischen Steppengebieten von Krasnodar und Stav-

⁵⁷ Der dritte Kongress der Bergvölker des Kaukasus proklamierte die Konföderation auf seiner Tagung Anfang November 1991 in Suchumi (RL: Report on the Soviet Union 15.11.1991, S. 33); vgl. RFE/RL Research Report 1, 13.3.1992, S. 77.

⁵⁸ RFE/RL Research Report 1, 31.1.1992, S. 69.

⁵⁹ Auf einem ausserordentlichen Kongress in der Tschetschenischen Hauptstadt Groznyj benannte sich Anfang Oktober 1992 die Konföderation in "Konföderation der Völker des Kaukasus" um, um auch den nicht im Gebirge ansässigen Kosaken einen Beitritt zu ermöglichen. Ende September 1992 war es in der kabardino-balkarischen Hauptstadt Nal'cik zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten gekommen, als die Konföderation sich aktiv für die Abchazen einzusetzen bemühte. Die russische Verwaltung hatte den Angehörigen der Konföderation kaukasischer Bergvölker untersagt, Freiwillige zur Unterstützung der Abchazen zu entsenden (RFE/RL Research Report I, Nr. 40, S. 73 und Nr. 41, S. 72).

ropol' anstreben, ferner die Griechen in der Verwaltungsregion Krasnodar und die Nogajer in der Region Stavropol' und im nördlichen Daghestan.⁶⁰

4. Konflikttheoretische Einordnung

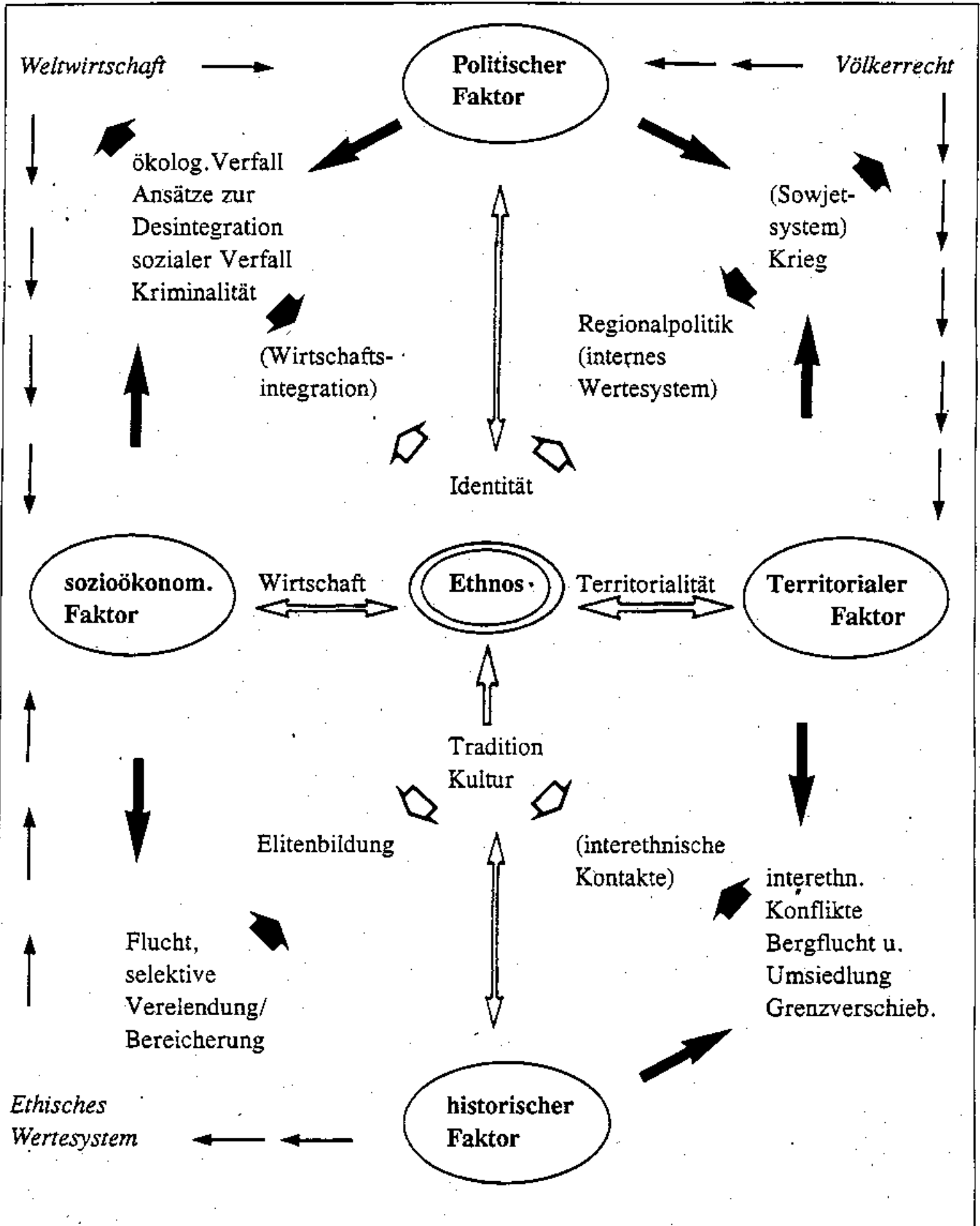
Der Überblick hat gezeigt, dass im Falle Kaukasiens territoriale Aspekte der Nationalitätenkonflikte im Vordergrund stehen. Territoriale Sicherung wird als Gewähr für eine Identitätssicherung angesehen. Befragt man diese Vielzahl an Einzelkonflikten nach ihrer Motivation, nach ihrer Begründung und nach Überwindungschancen, so kann im Hinblick auf konflikttheoretische Überlegungen⁶¹ der über die ethnische Territorialität hinausgehende Zusammenhang erkannt werden (Abb. 15):

(1) Politische Komponente

- Integration und Desintegration im Staatssystem: In sowjetischer Zeit hatte ein zentralisiertes Kontrollsystem über alle politischen Aktivitäten bestanden. Der Zerfall des Sowjetsystems setzte Kräfte frei, die vorher durch vorhandene - teils anerkannte, teils erzwungene - Autorität gebunden gewesen waren. Dies gilt auch für die aktuelle Situation innerhalb der Russischen Föderation. Die transkaukasischen Staaten haben bei ihrer Selbständigkeit die bereits ausgebrochenen Konflikte als Teil der sowjetischen Erbmasse übernommen und bisher keine starke Autorität aufbauen können. Daher besteht heute ein politisches Vakuum.
- Regionalpolitische Aspekte: Das sowjetische Verwaltungssystem hat verhindert, dass regionale Identitäten sich entwickeln konnten, die nicht von ethnischen Kriterien ausgehen. Die fehlende Entwicklung regionaler Verantwortlichkeit im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich hinterlässt auch auf dieser Ebene ein Vakuum. Mit der Zentralisierung war eine Realitätsferne für Entscheidungen über kleinere Regionen verbunden; im Falle Kaukasiens (wie auch Mittelasiens) kommt mangelhaftes Verständnis für die fremdartige Kultur noch hinzu.
- Menschenrechte und Völkerrecht: Der Selbstbestimmungsanspruch ethnischer und religiöser Minderheiten richtet sich gegen einen internen Kolonialismus, wie er Russland vorgeworfen wird. Analoge Vorwürfe werden heute von Abchasien gegenüber Georgien, sowie von Nagorno-Karabach gegenüber Aserbaidschan vorgebracht. Eine generelle Anerkennung aller völkerrechtlichen Bedingtheiten steht jedoch von Seiten der in Konflikte verwickelten Gruppen aus.
- Persönlichkeiten: Das politische Vakuum und die Spezifika des überkommenen und noch nicht vollständig überwundenen sowjetischen Dirigismus haben

⁶⁰ Eine umfassende Zusammenstellung der aktuellen Konflikte in Kaukasien hat U. Halbach 1992a vorgelegt. Dort werden auch die einzelnen Konflikte Transkaukasiens detailliert behandelt.

⁶¹ Leider gibt es dazu bisher nur wenige Veröffentlichungen, die auch das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion einbeziehen. Einen Aufriss der vielschichtigen Problematik gibt G. Smith 1990, während U. Halbach (1992) vor allem den historischen Kontext herausarbeitet.



verantwortliches Handeln und Verantwortlichkeit des Handelnden gegenüber einer Gemeinschaft und einem Gemeinwohl unterdrückt. Die neuen Führungseliten haben sich teilweise aus der alten Nomenklatura reproduziert und betreiben eine interne Politik der Einbussenminimierung, was die bisherige Privilegierung betrifft. Damit werden autoritätsgläubige und autoritäre Persönlichkeitsstrukturen in der Bevölkerung teilweise auch weiterhin gefördert und die Demokratisierung verzögert. Der Demokratisierungsprozess, unter Gorbatschow mit Glasnost und Perestroika ohne Systemtransformation eingeleitet⁶², ist noch zu jung, als dass er schon Früchte tragen könnte.

(2) Soziale Komponente

- **Ethnischer Zusammenhalt:** Als wichtigste soziale Bindung erweist sich heute nach dem Zerfall des staatlichen Zusammenhangs, der bisher bis in den Rang einer Ersatzreligion erhoben worden war, der ethnische, insbesondere der ethnolinguistische Bezug. Dabei spielt die emotionale Ablehnung des Russischen (als systemtragender Sprache) eine wesentliche Rolle bei der Identitätssuche im Bereich der eigenen Sprache. Die Gefahren drohender Kommunikationserschwernisse werden dabei nur allzu gerne übersehen.
- **Soziale Schichtung und Statuszuordnung:** Die Versuche des Sowjetsystems, eine neue *intelligencia* zu schaffen, sind nur teilweise gelungen; die Zugehörigkeit dazu und sozialer Aufstieg waren an gute russische Sprachkenntnisse gebunden, die eine Barriere darstellten. Die Ansätze eines von der Tertiärisierung der Arbeitswelt getragenen Mittelstandes, die es zweifellos (trotz überproportionaler Beschäftigung im primären und sekundären Sektor) gegeben hat, werden heute durch die kritische Wirtschaftslage, die Inflation und die damit verbundene Massenverelendung konterkariert. Die Gesellschaftsordnung des Sowjetsystems hat ihre Legitimation verloren, ohne dass eine neue Ordnung entstanden wäre. Die alte Nomenklatura bemüht sich, ihre Pfründe zu retten, sie hat keine Transformation vollzogen.
- **Neue Eliten:** Ambivalent ist die Entstehung neuer, nicht an der Nomenklatura orientierter Eliten. Sie haben in der Regel das russisch geprägte sowjetische Bildungssystem durchlaufen und sehen sich jetzt in dem Dilemma, auf dieser Bildungsbasis die eigene Kultur neu entdecken und in aktives Handeln umsetzen zu müssen.
- **Wiederbelebung von Clanstrukturen:** Es ist dem Sowjetsystem nicht gelungen, feudalistische Herrschaftstrukturen, Nepotismus und Begünstigungsmechanismen abzubauen. Vielmehr baut das System der Nomenklatura im orientalischen Bereich auf solchen Strukturen auf und überträgt sie auch in die post-sowjetische Phase. Die Entwicklung nationaler Eliten in der Breschnew-Zeit hat sogar diese antidemokratischen Mechanismen begünstigt, wie das Beispiel Usbekistans am deutlichsten zeigt.⁶³

⁶² Vgl. dazu J. Stadelbauer 1988.

⁶³ Vgl. G. Smith 1990, S. 90.

- Auflösung von Wertsystemen (speziell Desavouierung der nicht internalisierten sozialistischen Werte): Das Wertesystem des Sozialismus war idealistisch, wurde aber von der staatstragenden Schicht nicht verwirklicht, sondern eher missbraucht. Es ist mit dem Systemverfall ein Wertevakuum eingetreten, das bisher nur partiell - und dann vor allem historisierend und antimodern - von religiösen Werten ersetzt wird - im christlichen Bereich ebenso wie im islamischen.
- Sozialpsychologische Folgewirkungen: Damit ist ein Bruch eingetreten, der nicht nur zur gesellschaftlichen, sondern auch zur individuellen Unsicherheit und Orientierungslosigkeit führt. Da demokratische Konfliktbewältigungsstrategien nicht erprobt sind, wird schnell ein Ausgleich durch bewaffnete Auseinandersetzung gesucht.

(3) Ökonomische Komponente

- Wirtschaftsentwicklung und Wohlstandsindikatoren: Die Sowjetunion war durch ein generelles Wohlstandsgefälle zwischen dem Baltikum (speziell Estland) und Mittelasien gekennzeichnet, wenn man international übliche Massstäbe heranzieht. Sie berücksichtigen jedoch zu wenig die soziokulturellen Besonderheiten, die sich etwa im starken Gewicht des informellen Sektors oder der privaten Hauswirtschaft zeigen. Als Beispiel dafür, dass ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Sprachgruppen in einem Gebirgsland möglich ist, wird gerne die Schweiz angeführt. Dabei wird jedoch übersehen, dass der Anerkennung des Rätoromanischen als vierter Landessprache eine lange Auseinandersetzung vorausging und dass die Schweiz eines der höchsten Wohlstandsniveaus erreicht hat.
- Produktion: Die Sicherung von Produktionschancen und damit die Sicherung der wirtschaftlichen Basis wird in der energiepolitischen Debatte in Armenien und Georgien sichtbar: Armenien hatte unter zentralistischem Druck mehrfach nach 1945 seine Energiepolitik umstellen müssen, dabei aber einen beträchtlichen Anteil an der transkaukasischen Stromversorgung erlangt, bis Anfang 1989 die beiden Blöcke des Kernkraftwerks Mecamor nach dem Erdbeben von Spitak stillgelegt wurden. Georgien hatte sich dagegen auf die Lieferungen aus Armenien verlassen und musste seit 1989 zunehmende Engpässe hinnehmen. Daraus resultierende Schuldzuweisungen belasten neben den territorialen Ansprüchen im Gebiet von Dzavachetien das georgisch-armenische Verhältnis.

(4) Historische Komponente

- Rückorientierung auf die Geschichte: Da die Gegenwart zu wenig Orientierungshilfe bietet, suchen die Konfliktparteien ihre Identifikation in der Geschichte, ohne die Risiken einer solchen unkritischen Rückwärtsausrichtung zu erkennen. Damit besteht die Gefahr, dass auch ältere, bereits ad acta gelegte Auseinandersetzungen neu aufleben.

Alle genannten Momente sind ambivalent: Positiv besetzt, können sie der Überwindung bestehender Konfliktsituationen dienen, negativ besetzt verhindern sie dagegen eine solche Überwindung oder fordern gar die Entstehung von Konflikten heraus. Zudem können sie sich gegenseitig überlagern und zu

grösserem Konfliktpotential akkumulieren. Dazu kommt, dass die Merkmale untereinander zusammenhängen und sich damit selbst verstärken. Die Gleichzeitigkeit von politischem Machtverfall, sozialer Orientierungslosigkeit, wirtschaftlichem Niedergang und fehlender gegenwärtiger Identifikationsmöglichkeit machen das Vakuum aus, in dem die verschiedensten "Lösungsrezepte" angeboten werden können, die jedoch gerade keine Konfliktlösung bringen, weil jedes auf seiner Ausschliesslichkeit beharrt. Schliesslich ist ein Dominoeffekt unübersehbar, der sich bei der Verkettung der einzelnen Konflikte und Ursachenelemente zeigt: Die Schicksale der kaukasischen Gruppierungen sind so eng miteinander verknüpft, dass jeder Konflikt Folgekonflikte nach sich zieht, wie die Kettenreaktionen bei der Umsiedlung zeigen. Derzeit scheint keine Lösung eines Einzelkonfliktes möglich, die nicht sofort wieder Folgekonflikte in benachbarten Regionen bewirken würde.

5. Fazit

Die wirtschaftliche Situation Kaukasiens ist derzeit ausserordentlich schwach, die Perspektiven sind ungewiss. Die zahlreichen ethnisch-nationalen Auseinandersetzungen, das Fehlen eines allgemein akzeptierten Ordnungsrahmens, die Folgewirkungen von Umweltschädigungen und kostspieligen Naturkatastrophen sowie der Zerfall des Einheitsstaates haben zu einer beträchtlichen Lähmung geführt. Davon sind auch eigentlich prosperierende Wirtschaftszweige wie die subtropische Landwirtschaft, die diversifizierte Industrie oder die Fremdenverkehrswirtschaft betroffen. Eine aktuelle Bestandesaufnahme muss vor allem diese sehr unsicheren Rahmenbedingungen der künftigen Wirtschaftsentwicklung Kaukasiens herausarbeiten. Prognosen zu stellen, scheint im Augenblick zu voreilig. Ob hinhaltende Besänftigung, ob Aufschub bei der Problembewältigung auf die Dauer dazu helfen, den kaukasischen Teufelskreis zu durchbrechen und wieder eine schöpferische Symbiose von Sprachen, Kulturen und Wirtschaftsaktivitäten in Kaukasien zu ermöglichen, bleibt abzuwarten.

Literatur

Atlas narodov mira (1965). Moskva.

Atlas SSSR (1983). Moskva.

AUCH, E.-M. (1992): "Ewiges Feuer" in Aserbaidschan. Ein Land zwischen Perestrojka, Bürgerkrieg und Unabhängigkeit. Köln (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 8/1992).

Badische Zeitung 1.3.1993. Freiburg.

BAGLIEV, Z. D. (1975): Rukovodstvo partijnoj organizacii Dagestana pereseleniem gorcev na ravninu. Machatschkala.

BAMMATE, H. (1991): The Caucasus and the Russian Revolution (from a Political Viewpoint). - In: Central Asian Survey 10, no. 4, S. 1-29.

CHALILOV, A. M. (1991): Nacional'no-osvoboditel'noe dvizenie gorcev Severnogo Kavkaza pod predvoditel'stvom Schamilja. Machatschkala.

- CICAGOVA, M. N. (sost., 1889, ND 1991): Schamil' na Kavkaze i v Rossii. Biograficeskij ocerk. S. Peterburg; Moskva.
- COX, C., J. EIBNER (1993): Ethnic Cleansing in Progress. War in Nagorno Karabakh. Zürich, London, Washington.
- DEETERS, G. (1963): Die kaukasischen Sprachen. - In: Armenisch und kaukasische Sprachen. Köln, Leiden (= Handbuch der Orientalistik, I. Abt., Bd. 7), S. 1-79.
- Deportacija narodov SSSR (1930-e - 1950-e gody). Cast' 1: Dokumental'nye istočniki (1992). Moskva (= Materialy k serii "Narody i kul'tury", vyp. XII).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung 1.3.1993. Frankfurt a.M.
- FULLER, E. (1992): The Transcaucasus: Real Independence Remains Elusive. - In: RFE/RL Research Report 1, 3.1.1992, S. 46-50.
- GABIEV, D.-M. S. (1969): Evoljucija lakskogo zilisca (XVIII-XX vv.). - In: Kavkazskij etnograficeskij sbornik IV. Moskva, S. 147-182.
- GADZIEVA, S. S. (1976): Material'naja kul'tura nogajcev v XIX - nacale XX v. Moskva.
- GEIGER, B. et al. (1959): Peoples and Languages of the Caucasus. A Synopsis. 's-Gravenhage.
- GLEZER, O. et al. (1991): Samaja politiceskaja karta SSSR. - In: Moskovskie novosti No. 11, 17.3.1991, S. 8-9.
- GLEZER, O., M. SEVELEV (1992): Dagestan - Rossija v miniatjure. - In: Zamanalul clu (Golos vremeni) 6.2.1992, S. 2.
- GOERTZ, G., P. F. DIEHL (1992): Territorial Changes and International Conflict. London, New York (= Studies in International Conflict, vol. 5).
- HALBACH, U. (1992): Das sowjetische Vielvölkerimperium. Nationalitätenpolitik und nationale Frage. Mannheim usw.
- HALBACH, U. (1992a): Ethno-territoriale Konflikte in der GUS. Köln (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 31-1991).
- Handbuch der Sowjetverfassung. Redigiert von M. FINCKE. Bd. I-II (1983). Berlin (= Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München. Reihe: Wirtschaft und Gesellschaft, H. 9/I u. 9/II).
- HÖFER, M. A. (1988): Ethnos, Ethnie. - In: Hirschberg, W. (Hg.): Neues Wörterbuch der Völkerkunde. Berlin, S. 134.
- IBRAGIMOV, M.-R.A. (1975): Cislennost' i rasselenija lakcev (1870-1970 gg.). - In: Sovetskaja etnografija 1975?, S. 101-108.
- Kazi-Kumuch. Nezavisimaja narodnaja gazeta. Machatschkala, No. 1 (1.7.1992) ff.
- KEGEL, H. (1991): Schaffung von Bauernbetrieben in Georgien. - In: Osteuropa 41, S. 366-373.
- Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva na Severnom Kavkaze (1927-1937 gg.) (1972). Krasnodar.
- Koncepcija i programma social'no-ekonomiceskogo razvitija gornych rajonov Dagestanskoj SSR na 1991-1995 gody (1991). Machatschkala.
- KRAAS, F. (1992): Ethnolinguistische Bevölkerungsgruppen und Minoritäten in der geographischen Forschung - In: Die Erde 123, S. 177-190.
- KRAAS-SCHNEIDER, F. (1989): Bevölkerungsgruppen und Minoritäten. Handbuch der ethnischen, sprachlichen und religiösen Bevölkerungsgruppen der Welt. Stuttgart.
- KYROU, A., M. MARDOUKHAIEV (1989): Le Haut-Karabagh, vue du côté Azerbaidjan. - In: Les marches de la Russie. Paris (= Hérodote, Revue de géographie et de géopolitique, no. 54-55), S. 260-270.

- MADIEVA, P. B. (1980): Social'nye i etnolinguisticeskie uslovija razvitija nacional'no-russkogo dvujazyčija v sel'skoj mestnosti Dagestana. - In: Social'noe razvitie sel'skogo naselenija Dagestana. Machatschkala, S. 94-10.
- Les Marches de la Russie (1989). Paris (= Hérodote, Revue de géographie et de géopolitique, no. 54-55).
- MARK, R. (1992): Die Völker der ehemaligen Sowjetunion. Opladen.
- MÜHLEN, P. v.z. (1971): Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern. Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im Zweiten Weltkrieg. Düsseldorf (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 5).
- MURDUEV, S. S., P. M. POLJAN (1989): Dinamika rasselenija naselenija i skol'noj seti (na primere Lakskogo rajona Dagestanskoj ASSR). - In: Social'nyj faktor v ekonomiceskoj geografii (1989). Moskva, S. 65-82.
- Nacional'nyj sostav naselenija Dagestanskoj ASSR (po dannym Vsesojuznoj perepisi naselenija 1989 goda) (1990). Machatschkala.
- Nacional'nyj sostav naselenija RSFSR po dannym Vsesojuznoj perepisi naselenija 1989 g. (1990). Moskva.
- Nacional'nyj sostav naselenija SSSR po dannym Vsesojuznoj perepisi naselenija 1989 g. (1991). Moskva.
- Narodnoe chozjajstvo Dagestanskoj ASSR v odinnadcatoj pjatiletke. Statisticeskij sbornik (1987). Machatschkala.
- Narody Kavkaza (1960, 1962). Bd. 1-2. Moskva (=Narody mira).
- Nezavisimaja gazeta 5.11.1992. Moskva.
- NOWIKOW, N. (1991): Nationalitätenkonflikte im Kaukasus und in Mittelasien. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B52-53/91, S. 24-34.
- PLAETSCHKE, B. (1929): Die Tschetschenen. Forschungen zur Völkerkunde des nordöstlichen Kaukasus. Hamburg (= Veröffentlichungen des Geographischen Instituts der Universität Königsberg Pr., H. 11).
- Pokazateli social'nogo razvitija respublik, kraev i oblastej RSFSR (1991). Moskva.
- Radio Liberty Research (1992f.): Research Report, Vol. 1f. München.
- Radio Liberty (1989-1991): Report on the USSR, Vol. 1-3. München.
- ROSTANKOWSKI, P. (1969): Siedlungsentwicklung und Siedlungsformen in den Ländern der russischen Kosakenheere. Berlin (= Berliner Geographische Abhandlungen, H. 6).
- SAIZEW, S. (1992): Separatismus in Russland. Köln (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 41/1992).
- SARKISYANZ, E. (1961): Geschichte der orientalischen Völker Russlands bis 1917. Eine Ergänzung zur ostslawischen Geschichte Russlands. München.
- SIMON, G. (1986): Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Baden-Baden.
- SIMON, G. (1991): Die Desintegration der Sowjetunion durch die Nationen und Republiken. Köln (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 25/1991).
- SMITH, G. (ed., 1990): The Nationalities Question in the Soviet Union. London, New York.
- SMITH, G. (1990): The Soviet federation: From corporatist to crisis politics. - In: CHISHOLM, M., D. M. SMITH (eds.): Shared Space: Divided Space. Essays on Conflict and Territorial Organization. Boston etc., S. 84-105.

- STADELBAUER, J. (1984): Bergnomaden und Yaylabauern in Kaukasien. Zur demographischen Entwicklung und zum sozioökonomischen Wandel bei ethnischen Gruppen mit nicht-stationärer Tierhaltung. - In: Paideuma 30, S. 201-229.
- STADELBAUER, J. (1988): Glasnost - Uskorenija - Perestrojka. Die Sowjetunion zu Beginn der Ära Gorbatschow. - In: Geographische Rundschau 40, H. 9, S. 6-8.
- STADELBAUER, J. (1989): Arzach - Völker und Verwaltungsgrenzen in Sowjet-Kaukasien. - In: GREES, H., G. KOHLHEPP (Hg., 1989): Ostmittel- und Osteuropa. Beiträge zur Landeskunde. Festschrift für Adolf Karger, Teil I. Tübingen (= Tübinger Geographische Studien, H. 102 = Sonderband 18), S. 409-436.
- STADELBAUER, J. (1993): Politisch-geographische Aspekte der Systemtransformation in der ehemaligen Sowjetunion. - In: Geographische Rundschau 45, S. 180-190.
- TER MINASSIAN, T. (1989): Les développements du drame en Arménie. - In: Les marches de la Russie. Paris (= Herodote, Revue de géographie et de géopolitique, no. 54-55), S. 236-259.
- URJEWICZ, Ch. (1989): La Géorgie à la croisée des chemins: archaïsmes et modernité. - In: Les marches de la Russie. Paris (= Herodote, Revue de géographie et de géopolitique, no. 54-55), S. 199-235.
- VOLKOVA, N.G. (1980): Chynalyg. - In: Kavkazskij etnograficeskij sbornik, VII. Moskva, S. 32-61.

Uwe Halbach

Konfliktpotentiale in Zentralasien

Kaum ein anderer Teil der zerfallenen Sowjetunion geriet so abrupt in den Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit wie Zentralasien. Abrupt war dieser Vorgang deshalb, weil diese Region bis dahin völlig fremdbestimmt, als sowjetische Südperipherie wahrgenommen und weniger als Träger eigener Geschichte und Kultur behandelt worden war, und dies nicht nur in der westlichen, sondern auch in der islamischen Welt. Die plötzliche Prominenz, mit der Zentralasien nach den Unabhängigkeitserklärungen von fünf ehemaligen Unionsrepubliken aus der Unbekanntheit hervortrat, liess Raum für Spekulation und geopolitische Perspektiven, der sofort ausgefüllt wurde: mit reisserischen Buchtiteln wie "Den Gottlosen die Hölle" und der Erweiterung des islamischen Krisenbogens um Zentralasien und Eurasien, mit einer strikten, fast manichäischen Unterscheidung zwischen einer türkischen und einer iranischen Entwicklungsalternative, zwischen einem westlich-säkularistischen und einem islamisch-theokratischen Entwicklungsweg. Hinter all dem wurde deutlich, wie unsicher die Wahrnehmung dieser Weltregion war. Folgende Faktoren engen diese Wahrnehmung ein: 1. die Vorstellung einer regionalen Einheit; 2. die Fixierung auf den sog. "islamischen Faktor"; 3. die Einordnung dieses Faktors in ein Bild, das kulturelle Wiedergeburt auf der Basis des Islam nicht als einen der Region entsprechenden, sondern als einen sensationellen Vorgang präsentiert und dabei den Islam häufig auf Fundamentalismus reduziert. Diese Fixierung drängte andere ernstzunehmende Probleme in den Hintergrund: wirtschaftliche, soziale und ökologische Krisen, Unwägbarkeiten beim Übergang politischer Macht, interethnische Konflikte und elementare Probleme postkolonialer Staatsbildung, auf die nachfolgend näher einzugehen ist. Doch vorher einige Anmerkungen zum zentralasiatischen Raum und seiner Bevölkerung.

Zunächst muss der Vorstellung von einem einheitlichen Kulturraum widersprochen werden. Das ehemals sowjetische Zentralasien ist weder ein ethnisch monolithisches *Turkestan* noch ein kulturell homogenes *Islamistan*. Bei der ethnischen Differenzierung der Region wird meist eine strenge Scheidung zwischen Turan und Iran vollzogen, zwischen vier Republiken mit turksprachigen Titularnationen (Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Turkmenistan) und dem persischsprachigen Tadschikistan. Sie wird heute ideologisch zugespitzt, da Turan und Iran, Ankara und Teheran, antagonistische Staats- und Gesellschaftsmodelle verkörpern. Doch Turan und Iran haben sich in der Geschichte Mittelasiens nicht geschieden, sondern eine turko-persische Kultursynthese gebildet, die weit nach West- und Südasien ausgestrahlt hat. Kulturelle Unterscheidungslinien entsprechen auch heute, nach Jahrzehnten der Umkrepelung sozioökonomischer Strukturen eher der alten Kulturscheide zwischen sesshaften und ehemals nomadischen Völkern, die Zentralasien (einschliesslich Kasachstans) in eine Süd- und eine Nordhälfte unterteilt. Das gilt besonders für das Verhältnis zum Islam. Die Islamisierung der Region hatte sich über Jahrhunderte erstreckt und sehr unterschiedliche ethno-kulturelle Ausprägungen des "Muslimseins" hinterlassen. Die sesshafte Bevölkerung im

heutigen Usbekistan und Tadschikistan wurde wesentlich früher und strenger in das Haus des Islam eingebunden als ihre nomadisierenden Nachbarn. Bei Kasachen, Kirgisen und Turkmenen bestimmten bis in die Gegenwart Normen der nomadischen Gemeinschaft und der Stämme das soziale und kulturelle Leben stärker als die Scharia. Auch die Träger und Formen der Islamisierung waren unterschiedlich, wobei insbesondere Sufi-Bruderschaften eine lokale Bedeutung zukam, die noch heute wirksam ist. Derartige Unterschiede machen sich auch bei der aktuellen "Wiedergeburt des Islam" bemerkbar. Die Wahrnehmungsverengung und Angstfixierung auf den *Fundamentalismus* ignoriert diese Vielfalt.

Kasachstan und die mittelasiatischen Republiken bilden nur einen Teil der Gesamtregion Zentralasien, die ausserdem noch die Mongolei, Tibet und turkstämmige Gebiete Westchinas sowie Afghanistans umfasst und ihren geopolitischen Standort zwischen Russland, China und dem Mittleren Osten hat. Diese weite Umgebungsbestimmung sollte berücksichtigt werden, um eine zu enge Festlegung des aussenpolitischen Horizonts der neuen Staaten zu vermeiden. Sie integrieren sich derzeit in verschiedene internationale Systeme und nicht nur in eine türkische Staatenwelt oder in einen mittelöstlichen und islamischen Kontext. Russland wird ein weitaus stärkerer Eckpfeiler der aussen- und sicherheitspolitischen sowie der aussenwirtschaftlichen Umgebung bleiben, als es die Türkei in nächster Zukunft zu werden vermag. Die Ereignisse in Tadschikistan haben gerade 1992-93 zu einer Verstärkung der sicherheitspolitischen Bindungen zwischen Moskau und den ehemaligen orientalischen Unionsrepubliken geführt.

Bei der Region haben wir es mit einem Raum von 4 Mio. km² mit einer Gesamtbevölkerung von 50 Mio. Menschen zu tun, wovon 13 Mio. Angehörige nichtmuslimischer Nationalitäten sind. Die Bevölkerungsgrösse dieses riesigen Raumes erscheint geradezu nichtig im Vergleich zu west- und südasiatischen Staaten wie Pakistan oder Indien. Dennoch wird seit zwei Jahrzehnten kein Entwicklungstrend in bezug auf diese Region so stark hervorgehoben wie ihr hohes Bevölkerungswachstum. Der Widerspruch löst sich auf, wenn man die extrem ungleiche Bevölkerungsverteilung und -dichte berücksichtigt. Fast die Hälfte Zentralasiens ist äusserst dünn besiedelt (1 Einwohner oder weniger pro km²). Nur Bruchteile der Territorien Tadschikistans oder Turkmenistans sind landwirtschaftlich nutzbar. In den Nutzungszonen staut sich dagegen die Bevölkerung, entlang der Flüsse und Bewässerungskanäle ist es zu den höchsten Siedlungskonzentrationen in der ehemaligen Sowjetunion gekommen: 411 Einwohnern pro km² in der Provinz Andischan.

Interethnische Beziehungen

Seit der russischen Eroberung der Region in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s hat sich - insbesondere in Kasachstan - die ethnische Bevölkerungsstruktur grundlegend verändert. Langfristige Immigration aus europäischen Teilen Russlands und der Sowjetunion, unter Stalin Deportationen ganzer Volksgruppen aus dem Nordkaukasus und anderen Regionen nach Kasachstan und Mittelasien, die Verlagerung von Industrien nach Osten im Zweiten Weltkrieg und forcierte Migrationspolitik wie in der Neulandkampagne nach dem Zweiten

Weltkrieg füllten den europäischen Bevölkerungsanteil auf. Die einheimische Bevölkerung in Kasachstan und Kirgisien erlitt 1921 und bei der gewaltsamen Kollektivierung der Landwirtschaft und der Zwangssedentarisierung der Nomaden nach 1929 durch Massenflucht und Massensterben erhebliche Verluste.

Nach dem Krieg kam es allerdings zu einer Kehrtwende: Die einheimische Bevölkerung gewann demographisch gegenüber den Zugezogenen wieder an Boden. Ihr Anteil wuchs von 55 % 1959 auf 68,6 % 1989.

Heute fühlen sich der europäische Bevölkerungsteil oder die russischsprachigen Minderheiten in den unabhängig gewordenen Staaten erheblich verunsichert. Diese Verunsicherung verstärkte eine Emigration, die als langfristiger Migrationstrend seit den siebziger Jahren zu beobachten war. Das Bild von Massenflucht oder -vertreibung mag zu undifferenziert und überspitzt sein, aber von den Auswanderern wird immer häufiger ethnische Diskriminierung in Alltag und Berufsleben sowie psychologische Gewalt und Gewaltandrohung als Auswanderungsgrund genannt, und aus einem Bürgerkriegsgebiet wie Tadschikistan wurde Auswanderung zur akuten Flucht. In Zentralasien haben sich 1990 ähnlich wie in Transkaukasien die Abwanderungsströme gegenüber dem Vorjahr markant erhöht: 177'000 Menschen kehrten innerhalb eines Jahres allein Usbekistan den Rücken, was einem Anstieg von 80 % gegenüber 1989 entsprach.

Vor allem interethnische Gewaltausbrüche 1989 und 1990 liessen die Auswanderungsquoten in die Höhe schnellen. Die Konfliktlinien verliefen damals nicht so sehr zwischen Asiaten und Europäern als zwischen religions- und sprachverwandten Volksgruppen wie den Usbeken und den nach Zentralasien deportierten Turk-Mes'cheten oder zwischen Kirgisien und Usbeken. Dabei wurde ein Klima interethnischer Gewalt erzeugt, in dem sich mehr oder weniger alle Einwohner, die nicht der jeweiligen namengebenden Nationalität oder Titularnation angehören, verunsichert fühlten und viele die Koffer packten. In Zentralasien zeigte sich besonders deutlich eine Kongruenz zwischen ethnischen Konfliktzonen und Gebieten der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krise. Im Mittelpunkt dieser Kongruenz steht vor allem das Ferganatal im Länderdreieck zwischen Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan, eine Region mit erheblicher Überbevölkerung, entsprechender Bodenverknappung, Arbeitslosigkeit und anderen sozialen Problemen und mit schillernden ethnischen Gemengelagen, in der sich zudem noch territoriale Revisionsansprüche von drei Republiken überschneiden.

Heute stehen interethnische und neue zwischenstaatliche Beziehungen vor allem in einem Kontext mit der schwierigen Selbstbehauptung neuer "Nationalstaaten", die eben keine historisch gewachsenen Nationalstaaten sind, sondern Produkte sowjetischer Nationalitäten- und Raumpolitik und die ihre postkoloniale Staats- und Nationsbildung innerhalb willkürlich gezogener Grenzen vollziehen müssen.

Die Abwanderung stellt nicht nur die Aufnahmegebiete, d.h. in erster Linie Russland, vor grosse Eingliederungsprobleme, sondern sie bedroht unmittelbar die Aufrechterhaltung ganzer Produktions- und Dienstleistungsbereiche in den

Auswanderungsländern. Die zentralasiatischen Gesellschaften weisen eine deutliche Zweiteilung auf, was die Korrelation von Berufs- und Volksgruppenzugehörigkeit betrifft. Das ländliche Wirtschaftssegment entfällt mit wenigen Ausnahmen fast ausschliesslich auf die einheimische muslimische Bevölkerung, das industrielle wird grösstenteils von russischsprachigen Minderheiten gebildet. Wie stark ganze Wirtschaftszweige in Usbekistan von Nichtusbeken abhängig sind, mag ein Blick auf die Facharbeiterschaft zeigen: 52 % der Maschinisten, 57 % der Schlosser und 62 % der Chemie-Facharbeiter sind Russen oder Angehörige anderer nationaler Minderheiten. In den wichtigsten Industriestandorten Usbekistans machen Russen zwischen 25 % und 50 % der Bevölkerung aus. Die russischsprachige Minderheit fühlt sich laut Meinungsumfragen von der "Usbekisierung des öffentlichen Lebens" nach der Souveränitätserklärung der Republik verunsichert, von einem Prozess, den die Usbeken selber als "Dekolonialisierung" begreifen und der sich z.B. in einer Sprachenpolitik zur Stärkung des Usbekischen niederschlägt. Russen und andere europäische Bevölkerungsteile müssen heute die lange versäumte Anpassung an die Sprache und Kultur der sie umgebenden Titularnation nachholen. Weniger als 5 % der Russen, die 1989 in Usbekistan lebten, gaben bei der Volkszählung an, Usbekisch zu beherrschen (in Kasachstan 1 %). Vor allem aber müssen sich die Russen, noch ganz im Mythos ihrer Rolle als "Kulturbringer" und "Modernisierer" im "rückständigen Asien" befangen, heute damit abfinden, eine nationale Minderheit zu sein.

Für Kasachstan bildet die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen der Titularnation und den russischsprachigen Minderheiten gestalten wird, mehr als für jeden anderen sowjetischen Nachfolgestaat die Hauptbedingung zukünftiger Entwicklung. Die Kasachen wurden durch mannigfache Eingriffe der russischen und sowjetischen Oberherrschaft in die Bevölkerungsstrukturen und Lebensverhältnisse ihres Siedlungsraumes zur Minderheit im eigenen Land. Kein anderes grösseres Volk der ehemaligen Sowjetunion hat eine derart entnationalisierende demographische Geschichte erlitten. Von 16,8 Mio. Einwohnern 1991 entfallen 42 % auf die Titularnation und rund 38 % auf Russen, 6 % auf Deutsche und 5 % auf Ukrainer. Dabei ist das Bevölkerungswachstum bei den Kasachen wesentlich höher als beim europäischen Bevölkerungsanteil, so dass sich der Anteil der Titularnation in Zukunft deutlich erhöhen wird, erst recht, wenn gegenwärtige Abwanderungsströme in die Zukunft projiziert werden. Dennoch weist das unabhängige Kasachstan fürs erste eine deutliche binationale kasachisch-russische Struktur auf. Sein Präsident sieht sehr realistisch, dass ethnischer Frieden die kardinale Voraussetzung für die staatliche Existenz Kasachstans bildet, und wendet sich gegen nationalistische Bestrebungen. Aber zwischen der Ebene der politischen Willensbekundung und den realen gesellschaftlichen Prozessen besteht auch in Kasachstan eine Kluft. Immer mehr Auswanderer aus der Republik, darunter viele Deutsche, beklagen die Zunahme ethnischer Friktionen und die Verschlechterung des gesamten gesellschaftlichen Klimas. Kasachstan wird kaum darauf verzichten können, nationale Souveränität z.B. in der Sprachenpolitik primär auf die Titularnation auszurichten, zumal eine nationalistische Opposition Nasarbajew bereits als einen "Mann der Russen" denunziert und sein Zwei-Nationen-Konzept bekämpft. Der Präsident betonte denn auch in einem

Strategiepapier, "dass Kasachstan in seinen heutigen Grenzen das historische Siedlungsgebiet jener Stämme war, die später die kasachische Nation bildeten ... Daher ist Kasachstan in seiner heutigen Gestalt kein Geschenk an die Kasachen, sondern ihre historische Heimat ... Es ist nicht die Schuld, sondern das Leid unseres Volkes, dass es zur Minderheit in dem Land seiner Ahnen ... wurde". Dieser Hinweis richtete sich insbesondere gegen Anspielungen russischer Publizisten, u.a. Solschenizyns, auf russische Bevölkerungsmehrheiten in Nordkasachstan und daraus abgeleiteten territorialen Revisionsbestrebungen.

Konfliktpotential steckt aber auch in den Beziehungen zwischen den einheimischen Ethnien der Region und ihren "Nationalstaaten". Es resultiert aus einer fremdbestimmten "nationalen Abgrenzung" in frühsowjetischer Zeit, die teilweise künstliche nationale Gebietseinheiten einrichtete und dabei unklare und umstrittene Grenzverläufe hinterliess. Besonders problematisch blieben die Abgrenzung des persischsprachigen vom turksprachigen Teil Mittelasiens und die Beziehung zwischen Usbekistan und Tadschikistan. Diese Abgrenzung wurde entgegen der weiträumigen wechselseitigen Durchdringung usbekischer und tadschikischer Siedlungsgebiete vorgenommen und führte dazu, dass heute starke Minderheiten beider Nationalitäten auf dem Republikterritorium der jeweiligen anderen Nationalität leben. Tadschikistan entstand in einem abgelegenen, fast städtelosen Hochgebirgswinkel. Die historischen städtischen Zentren persischer Kultur und Sprache in Mittelasien, vor allem Buchara und Samarkand, blieben unter usbekischer Hoheit. Die Tadschiken unterlagen in Usbekistan einer Politik der Assimilierung und Turkisierung, der sich viele durch Auswanderung entzogen. Die "nationale Wiedergeburt" beim Zerfall der Sowjetunion revitalisierte den alten Gegensatz und liess z.B. in Samarkand eine Bewegung für die nationalen Rechte der Tadschiken entstehen. Nach wie vor betrachten Tadschiken Buchara und Samarkand als die Zentren ihrer nationalen Kultur, wenn auch das offizielle Tadschikistan gegenüber dem stärkeren Nachbarn auf territoriale Revisionsforderungen bisher verzichtete. Umgekehrt bestehen bei der grossen usbekischen Minderheit in Tadschikistan, die 23 % der Republikbevölkerung ausmacht und im Norden konzentriert ist, separatistische Neigungen. Sie wurde zur Partei in dem Bürgerkrieg, der 1992 Tadschikistan erschütterte, und stellte sich auf die Seite der neokommunistischen, anti-islamischen Kräfte, die auch von der Regierung Usbekistans und seinem Präsidenten Karimow politisch und militärisch unterstützt wurden. Auch zwischen Tadschikistan und Kirgistan wurden territoriale Streitigkeiten wiederbelebt, wobei Wassernutzungsrechte eine Rolle spielten. Ausserdem verschärfte der Bürgerkrieg in Tadschikistan die bereits bestehenden Spannungen, weil Kämpfer der islamischen Opposition sich auf kirgisches Territorium zurückzogen.

Die Grenze zwischen Usbekistan und Kirgistan musste im Sommer 1990 gesperrt werden, als in der kirgisischen Provinz Osch ein Streit um Bauland zwischen Kirgisen und Usbeken zu einem der heftigsten interethnischen Konflikte in der damaligen Sowjetunion eskalierte. Auch hinter diesem Vorfall standen ungelöste ethnoterritoriale Probleme, die sich mit aktuellen

Krisensymptomen, in diesem Falle mit der Verknappung von Bauland, überschritten.

Beim Zerfall der Sowjetunion identifizierte eine Datenbank des Moskauer Instituts für Geographie 164 ethnoterritoriale Konflikte auf sehr unterschiedlichen Stufen der Brisanz und der Publizität. Sie waren nicht zuletzt durch Dutzende Revisionen der Grenzen und Autonomieverhältnisse zwischen den nationalen Gebietseinheiten im Laufe der sowjetischen Geschichte geschaffen worden. Auf Zentralasien entfielen damals 36 identifizierte Streitfälle. Die Präsidenten der gerade unabhängig gewordenen Staaten treten in dieser Region zwar für die Unantastbarkeit bestehender Grenzen ein, aber der beschwörende Tonfall diesbezüglicher Deklarationen verrät einiges von dem Konfliktpotential, um das es hier geht. Um sich internationale Unterstützung zu sichern, stellen die heutigen, zumeist autoritär regierenden Machteliten die Alternative zu ihrer eigenen Herrschaft in zwei Schreckensvisionen dar: dem Sieg islamischer Fundamentalisten oder dem umfassenden territorialen Revisionismus durch nationalistische Kräfte.

Geschichte und kulturelle Rekonstruktion

Was die Geschichte der Region betrifft, so ist sie eines nicht: nämlich die Geschichte der heute bestehenden Staaten- und Nationengliederung. Vor der Eroberung durch Russland und der nachfolgenden Sowjetisierung bestanden hier keine ethnoterritorial definierten Nationalstaaten. Man lebte in Zusammenhängen, die zwar auch staatlich gegliedert waren - in Chanaten und Emiraten mit usbekischen Herrscherdynastien und polyethnischer Bevölkerung -, aber vorrangig vom Islam als einer transnationalen und von Stammesbeziehungen und lokalen Loyalitäten als subnationalen Gemeinschaftsgrößen bestimmt wurden.

Dieser Raum war seit der Antike als Kern-oder Randregion in verschiedene Reichsbildungen einbezogen worden. Im Geschichtsbewusstsein zentralasiatischer Völker ragt dabei vor allem das Reich Timur Lenks und seiner Nachfolger heraus. Erst seit dem 16. Jh. trat staatsbildend ein Element hervor, das in der heutigen Gliederung wiederzufinden ist: die Usbeken. Eine grössere usbekische Reichsbildung zerfiel bald in die lokalen Herrschaftsgebilde von Buchara, Chiwa und Kokand. Die usbekische Rolle in der Geschichte der Region bestimmt das Nationalbewusstsein des heutigen Usbekistan, auf dessen Staatsterritorium sich zudem die meisten mittelasiatischen Kulturdenkmäler befinden. Darauf und auf der Bevölkerungsgrösse - Usbekistan ist mit rund 22 Mio. Einwohnern der bevölkerungsreichste Staat in der Region - beruht ein Hegemonialanspruch, den die Nachbarn mit Argwohn betrachten, und die Tendenz, Turkestan mit Usbekistan gleichzusetzen.

Als die Russen in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s nach der kolonialen Durchdringung Kasachstans nach "Turkestan" vorstießen, trafen sie eine Region an, die sich in kultureller und materieller Stagnation und in Isolation von der Aussenwelt befand. Sie stiessen in ein politisches Machtvakuum, das ihnen nichts entgegensetzen hatte. Das Bild dieses Vakuums bestimmte die russische Sicht der Eroberung bis heute. Was steckte dahinter? In der Tat begann die Isolierung Mittelasiens und die Erstarrung seiner Kultur und seines

Bildungssystems lange vor der russischen Eroberung. Seit dem 16. Jh. erlebte die Region einen Zerfall politischer Macht und kultureller Blüte. Einst ein klassisches Transitgebiet des Welthandels, verlor sie mit dem Zerfall der Seidenstrasse den Anschluss an die Weltmärkte. Das Kommunikations- und Handelssystem der Seidenstrasse bildet denn auch heute einen wichtigen Aspekt der "historiographischen Rekonstruktion". Der turkmenische Präsident will es sogar einem modernen transasiatischen Verkehrssystem zugrunde gelegt wissen.

Generationen zentralasiatischer Muslime mussten sich in sowjetischer Zeit anhören, dass ihre Region vor dem gnadenreichen Anschluss an Russland in materieller und geistiger Rückständigkeit gelebt habe. Durch Abkanzelung islamischer Zivilisation wurden sowjetische Muslime von der Hochkultur ihrer Heimat abgeschnitten, wie sie vor der Stagnation, etwa unter der Herrschaft der Timuriden, bestanden hatte. Die kulturelle Entfremdung und Entwurzelung mag aus folgenden Angaben hervorgehen: Im Geschichtsunterricht an usbekischen Sekundarschulen entfielen 612 Stunden auf russische, sowjetische und Weltgeschichte, dagegen nur 50 Stunden auf mittelasiatische Geschichte, dabei vorwiegend auf die sowjetische Periode. So wurden tausend Jahre mittelasiatischer Geschichte eliminiert, stattdessen die "progressive Bedeutung des freiwilligen Anschlusses an Russland" herausgearbeitet. Kein Wunder, dass heute grosse Namen ostislamischer Zivilisation fast täglich in der lokalen Presse erscheinen. Nehmen wir eine Meldung aus Tadschikistan vom September 1992: "Auf dem Platz, wo noch vor einem Jahr das Denkmal des Gründers des ersten sozialistischen Staates der Welt stand, wurde ein Denkmal Firdousis eröffnet, der dem Herzen eines jeden Tadschiken teuer ist." In der Region ist ein reger Symbol- und Kulturwandel nach dem Muster "Lenin geht, Firdousi kommt" im Gange. Die Umsetzung dieses Kulturwandels im Unterrichtswesen stösst allerdings überall auf Grenzen, die von der Knappheit der Mittel gesetzt werden. Es existieren nicht einmal brauchbare Lehrbücher für die Nationalsprachen, die heute als Amtssprachen das Russische entmachten und in denen sich die europäischen Minderheiten möglichst rasch Kenntnisse aneignen müssen, wenn sie nicht aus dem öffentlichen Leben der unabhängig gewordenen Staaten herausgekippt werden wollen.

Die Untermauerung nationaler Unabhängigkeit stösst auch noch auf andere Probleme. Die zentralasiatischen Republiken haben sich ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion nicht erkämpft. Auf der Suche nach "Nationalhelden" lässt sich kein usbekischer oder turkmenischer Sukarno, Kenyatta oder Gandhi finden. So muss man zum Zweck nationaler Heroisierung tief in die Geschichte und auf Herrscherfiguren wie Timur oder Babur zurückgreifen, die aber keine Usbeken oder Tadschiken waren, sondern transnationale dynastische Zusammenhänge repräsentierten. Problematisch ist auch die Inanspruchnahme kultureller Heroen. Wem gehört die ostislamische, turko-persische Kultur in einer Epoche, in der man nationalstaatliche Zuordnungen trifft, die Mittelasien vor der "nationalen Abgrenzung" durch die Sowjetmacht nicht gekannt hatte und die dieser transnationalen Kultur zuwiderlaufen? Dabei tritt insbesondere Usbekistan bei der Vernationalstaatlichung von Dichtern und Denkern hervor.

Die ökonomische Dimension der Unabhängigkeit

Zentralasien umfasst heute in Hinsicht auf den ökonomischen Entwicklungsstand Transformationsgesellschaften, die wie alle sowjetischen Nachfolgestaaten vom Zerfall der Sowjetunion zunächst mit erheblicher Kontraktion ihrer Wirtschaft, mit Produktionsschrumpfung, Inflation und anderen Problemen konfrontiert sind; es umfasst aber auch Entwicklungsländer, die sich vom europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion durch Probleme, die für die dritte Welt spezifisch sind, unterscheiden und schliesslich im Falle Tadschikistans auch eine Kriegsgesellschaft, in der Verwaltung und Wirtschaft kollabierten.

Die Aussenhandelsabhängigkeit dieser Länder aufgrund ihrer Verflechtung mit anderen Regionen der ehemaligen Sowjetunion ist sehr hoch: Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärungen Ende 1991 betrug der Anteil des Handels am Bruttoinlandprodukt über 50 % - eine Quote, die noch weitaus höher ist als bei hochgradig export- und importabhängigen Staaten der dritten Welt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sank die Aussenhandelsquote rapide. Ein anderer Aspekt war die Abhängigkeit von finanziellen Subventionen, die das Zentrum speziell den zentralasiatischen Republikbudgets gewährte und die z.B. im Falle Usbekistans fast die Hälfte des Haushalts ausmachte. In den beiden genannten Aspekten wurden die zentralasiatischen Staaten vom Zerfall der Sowjetunion empfindlich getroffen und vor die Notwendigkeit einer raschen Neuordnung ihrer aussenwirtschaftlichen Beziehungen und der Erschliessung von Finanzressourcen gestellt. Die Aussichten auf ökonomische Rekonstruktion unter den Bedingungen staatlicher Unabhängigkeit werden nicht nur von Fragen der Neuintegration und der aussenwirtschaftlichen Dimension bestimmt. Entscheidend sind strukturelle Probleme, die Zentralasien aus seiner sowjetischen Vergangenheit geerbt hat und die es mit der Notwendigkeit möglichst rascher Diversifizierung und Neubildung seiner Wirtschaft konfrontieren.

Landwirtschaft und Umwelt

Kein Teil der Sowjetunion war so stark von Landwirtschaft abhängig wie Zentralasien. Nur Kasachstan bildet hier eine Ausnahme, da es über einen breiten Industriesektor verfügt. Aber auch Kasachstan war einseitig auf den Rohstoffsektor fixiert und benötigt dringend den Ausbau weiterverarbeitender Sektoren. 59 % der Bevölkerung Zentralasiens lebt auf dem Land, wobei sich das Übergewicht der Landbevölkerung noch deutlicher zeigt, wenn man die Quote ethnisch aufschlüsselt. Die einheimische muslimische Bevölkerung lebt zu 70 % auf dem Land und vom Land. Die krasse Einseitigkeit in der sowjetischen Entwicklungsstrategie in Zentralasien ging vor allem daraus hervor, dass die Region in hohem Umfang agrarische und in geringerem Umfang industrielle Rohstoffe produzierte, ohne an ihrer Weiterverarbeitung beteiligt zu sein. Heute ist der Aufbau einer weiterverarbeitenden Kleinindustrie, möglichst auf dem Lande stationiert, ein Hauptdesiderat für die Transformation. Aufgrund der starken Ausrichtung auf die Landwirtschaft sieht sich Zentralasien mit vier gravierenden Problemen konfrontiert: mit einer agrarischen Bevölkerungsexplosion und einem erheblichen Arbeitskräftestau in den ländlichen Siedlungen, mit schwindenden Bewässerungsmöglichkeiten, mit dem Verlust der Bodenqualität und erheblichen Umweltschäden.

In den bewässerten Regionen nahm aufgrund des Bevölkerungszuwachses die Siedlungsdichte zu, sank die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Bewohner, in Tadschikistan auf kaum einen Hektar. Landarmut wurde in einigen Regionen Zentralasiens zum entscheidenden Auslöser für interethnische Konflikte, denn die Konkurrenz um Boden und Wohnraum tritt mit besonderer Schärfe auf, wenn sie zwischen ethnischen Kontrahenten ausgetragen wird. Das behindert die Privatisierung von Grund und Boden in der nachsowjetischen Epoche erheblich. In Kirgistan scheiterte Präsident Akajew mit einem liberalen Privatisierungsprojekt an einem konservativen Parlament, das ethnozentrische Vorbehalte gegenüber einer Landprivatisierung geltend machte und die Angst davor schürte, dass "geheiliger kirgisischer Boden" an "Fremdnationale" ausverkauft würde.

Seit Jahrhunderten hängt die Fähigkeit, Landwirtschaft zu betreiben, in dieser Region von den Irrigationsmöglichkeiten ab. Die Sowjetisierung war mit einem gewaltigen Raubbau an natürlichen und von Menschenhand geschaffenen Bewässerungssystemen verbunden, der zunächst die landwirtschaftlichen Grundlagen erweiterte und die Spezialisierung auf den Baumwollanbau ermöglichte, im Endeffekt aber irreversible Umweltschäden, verengte Lebensräume und eine Verminderung agrarischer Möglichkeiten hinterliess. Wasser ist heute nur noch in den Quellgebieten, in Kirgistan und Tadschikistan, in ausreichendem Masse vorhanden. Es erreicht kaum noch die ursprünglichen Mündungsgebiete in der Aralregion. Tadschikistan und Kirgistan haben bereits mit Umleitung der Wasserressourcen nach China gedroht, falls sie mit den grösseren zentralasiatischen Nachbarn in Konflikt gerieten. Innerhalb der regionalen Irrigationssysteme - Syr-Darja-Becken, Serafschan-Becken, Amu-Darja-Becken u.a. - drohen heute, nach dem Wegfall zentralistischer Kontrolle durch das Moskauer Ressort für Wasserwirtschaft, zwischenstaatliche Konflikte, denn diese Systeme verlaufen quer zu den Grenzen unabhängiger Staaten.

92 % der Wasserressourcen an der Erdoberfläche entfallen in Zentralasien auf das Aralsystem mit dem Aralsee und seinen Zuflüssen Amu-Darja und Syr-Darja. Der Aralsee, einst das viertgrösste Binnengewässer der Erde, verkümmert zu einer Salzlake und wurde das prominenteste Opfer der Baumwolldiktatur. Von 27'000 km² bereits ausgetrockneten Seebodens werden jährlich bis zu 75 Mio. Tonnen Sand und Salz aufgewirbelt. Die Dispersion dieser Ausscheidungen hat regionale Dimensionen überschritten und bedroht die Umwelt und damit die Landwirtschaft in einem weiten Radius. Die Völker, die am Südrand des Sees siedeln, wie die Karakalpakern im Westteil Usbekistans, sind von ökologischer Deportation bedroht, die wie andere Deportationsformen in der sowjetischen Geschichte das interethnische Konfliktpotential erhöht. Die Hauptursache für diese Umwelttragödie war die enorme Wasserentnahme für Irrigationszwecke, für industrielle Wasserressourcen und Wasserkraftwerke, mit der die Zuflüsse des Sees belastet wurden. Bis 1960 trugen Syr-Darja und Amu-Darja dem See noch durchschnittlich 56 km³ Wasser zu. Seit 1978 liefert der Syr-Darja dem See praktisch kein Wasser mehr, der Amu-Darja nur noch zwischen einem und fünf km³ pro Jahr.

Der Schwund des Aral ist das zentrale Symbol einer Wasserkrise, von der bei weitem nicht nur die Umgebung des Sees, sondern ein grosser Teil des uralten

Oasensystems betroffen ist, das sich vom Balchasch-See in Ostkasachstan bis zum Kaspischen Meer im Westen erstreckt. In dieser Landwirtschaftszone ist das überdehnte Irrigationssystem aufgrund schlampiger Anlage oder ungenügender Wartung der Bewässerungskanäle, unzureichender Drainagesysteme u.a.m. in einem äusserst kritischen Zustand. Die Bodenversalzung hat landwirtschaftliche Möglichkeiten, heute etwa die Rediversifizierung von der Monokultur der Baumwolle zurück zu ernährungsrelevanten Agrarkulturen, reduziert. Schlimmer noch sind die unmittelbaren Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, die zu einem erheblichen Teil ihr Wasser für den täglichen Bedarf aus den Irrigationskanälen bezieht. Nirgendwo in der Sowjetunion war der bedenkenlose Umgang mit chemischen Düngemitteln, Pestiziden und Defolianten grösser als in der zentralasiatischen Landwirtschafts- und Baumwollzone. Entfielen im sowjetischen Durchschnitt ein Kilogramm toxischer Stoffe auf einen Hektar, waren es dort 54,5 kg. In den Kernregionen des Baumwollanbaus wurden dramatische Zunahmen bei bestimmten Erkrankungen und Schädigungen des menschlichen Immunsystems verzeichnet, die eindeutig ökologisch induziert sind und mit verschmutztem Wasser und einer vergifteten Nahrungskette zu tun haben. Es waren vor allem medizinisch-demographische Daten, die in der Ära von Glasnost in der Sowjetunion selber den Mythos von den gewaltigen Entwicklungsleistungen an der asiatischen Peripherie zerschlugen. Am schockierendsten verabschiedete die Zeitung "Komsomolskaja Pravda" 1990 vor einem breiten Leserkreis diesen Mythos mit dem Bild eines verhungerten Kindes über einem Artikel zur erhöhten Kinder- und Säuglingssterblichkeit in Turkmenistan. Die Säuglingssterblichkeit wurde zum schlagenden Indikator für strukturelle Unterentwicklung in der Region. Schon vorher - in Zusammenhang mit gewaltigen Korruptionsaffären - hatten sich sowjetische Kommentatoren an die Revision eines anderen Themas herangemacht, an die Umbewertung der Baumwollwirtschaft.

Die Durchsetzung der Baumwollgewinnung auf Kosten anderer, ernährungsrelevanter Agrarkulturen, war einer der bedeutendsten Veränderungen in Zentralasien. Die Wurzeln dazu wurden bereits im 19. Jh. von der zaristischen Kolonialverwaltung gelegt. Doch vor 1917 bestanden noch 70 % der Aussaat in den landwirtschaftlichen Nutzungszonen des Gouvernements Turkestan aus Getreidekulturen, 1986 entfielen nur noch 26 % der bewässerten Nutzflächen auf den Getreideanbau. Die Baumwolle verdrängte die ernährungsrelevanten Agrarkulturen und machte die Region von Getreide- und Nahrungsmittelimporten aus Russland abhängig. Die entscheidende Weichenstellung zur Monokultur wurde mit der Kollektivierung der Landwirtschaft unter Stalin vollzogen. 1929 rief eine ZK-Resolution der KPdSU den "Kampf für die Baumwoll-Autarkie der UdSSR" ins Leben. In Tadschikistan war die Durchsetzung des Baumwollanbaus mit brutalen Umsiedlungsaktionen aus den Bergregionen in die Täler verbunden, deren Folgen sich bis in den tadschikischen Bürgerkrieg von 1992 hinein auswirken. Von 1940 bis 1980 wurden die Erntezahlen verfünffacht. Die Planvorgaben Moskaus wurden immer massloser, die Baumwolle zum Götzen, der eine Unmenge Wasser und menschliche Arbeitskraft verschlang. Die Böden wurden ausgelaugt, mit versalztem Wasser überschwemmt und mit der chemischen Keule traktiert.

Aus klassischen Oasenkulturen mit einer Vielfalt landwirtschaftlicher Nutzung wurde eine von Baumwollplantagen dominierte Landschaft. Auch die Industrie wurde in Usbekistan, der bedeutendsten Baumwollrepublik, auf diesen Sektor zugeschnitten und erlangte ein Monopol für industrielles Zubehör der Baumwollwirtschaft.

Jeder Hinweis auf agrar-kolonialistische Züge in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihrer asiatischen Peripherie wurde wütend als "bürgerliche Geschichtsfälschung", jeder lokale Protest gegen die Baumwolldiktatur als Ausdruck von Nationalismus und "mjestnitschestwo" (regionale Beschränktheit) zurückgewiesen. 1987 gab die "Literaturnaja Gazeta" erstmals den kritischen Kommentaren zur Baumwollwirtschaft recht:

"Es heisst: Macht euch keine Götzen! Hier wurde einer gemacht: Baumwolle und nur Baumwolle. Das entartete zum umfassendsten Gesellschaftsbetrug, zu falschen Ehren und zur Bestechung".

Heute ist die Reduktion des Baumwollanbaus angesagt und wird auch ansatzweise vollzogen, gleichzeitig bleiben Staaten wie Usbekistan auf den Baumwollexport angewiesen, solange Exportalternativen noch nicht mobilisiert sind.

Aufgrund der starken agrarischen Prägung Zentralasiens besteht ein enger Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher Entwicklung und sozialen Problemen und Entwicklungsperspektiven.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden in sowjetischen Medien Daten über den Lebensstandard in Zentralasien veröffentlicht, die den Mythos der Modernisierung zerstörten, auch das Vorurteil von den privilegierten "Südländern", die, von der Union durch kräftige Subventionen aufgepäppelt, auf Kosten Russlands lebten, und zwar besser als die Menschen in Moskau oder Minsk. In allen relevanten Kennziffern des Lebensstandards - Wohnraum pro Kopf, Fleisch-, Gemüse- und Milchprodukte-Konsum pro Kopf u.a. - rangierten die zentralasiatischen Republiken in Wirklichkeit am Ende der sowjetischen Regionalskala. Die durchschnittlichen Einkommen gehörten hier zu den niedrigsten in der gesamten Sowjetunion, der Anteil der unterhalb einer innersowjetischen Armutsgrenze lebenden Bevölkerung war hier am höchsten und betrug 1991 in Tadschikistan 87 %. Die Versorgung mit Lebensmitteln und mit tierischem Eiweiss lag teilweise weit unter dem sowjetischen Durchschnitt und sprach dem Klischee von üppiger mittelasiatischer Schattenwirtschaft Hohn. Eiweissdefizit und Unterernährung wurden in der Diskussion über die erhöhte Säuglingssterblichkeit in Zentralasien neben den ökologischen Faktoren als Hauptursache behandelt. Zur Unter- oder Fehlernährung von Müttern und Kindern kamen medizinisch-hygienische Zustände hinzu, die das Bild von den sowjetischen Leistungen beim Aufbau sozialer Infrastruktur in Asien erschütterten. Bis dahin war dieses Bild mit quantitativen Angaben über Ärzte- und Krankenhausbett-Quoten im Vergleich zu anderen Ländern positiv dargelegt worden. Nun kamen Ermittlungen zur medizinischen Versorgung der zentralasiatischen Bevölkerung zu gegenteiligen Ergebnissen. Da war die Rede von überfüllten Geburtskliniken, in denen nicht einmal die Grundversorgung der Schwangeren gewährleistet werden konnte, von Kliniken, die an keine

Kanalisation angeschlossen waren, und anderen Missständen. Vor allem Gynäkologie und Pädiatrie hoben sich aus diesem negativen Bild hervor.

Auch in Bezug auf das Bildungssystem waren in gewisser Weise Potemkinische Dörfer aus Zahlen und Quoten errichtet worden, die Missstände verschleierte. Dennoch bleibt die Massenalphabetisierung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in allen orientalischen Unionsrepubliken die 90 %-Marge überschritt, eine Leistung der sowjetischen Periode, durch die sich die heute unabhängigen zentralasiatischen Staaten von Ländern der dritten Welt deutlich unterscheiden. Allerdings wies insbesondere das Elementar- und Vorschulwesen auf dem Land zuletzt Defizite auf. Im höheren Bildungswesen wurden junge Menschen mit mangelnden Russischkenntnissen benachteiligt. Insbesondere der technisch-naturwissenschaftliche Bereich wurde völlig vom Russischen dominiert, was sich für die Einheimischen als Zugangssperre erwies. Mit der Nationalisierung des Bildungswesens und der Umschaltung auf die jeweiligen Nationalsprachen stehen die zentralasiatischen Republiken heute vor einer gewaltigen Zäsur, die sich zunächst nachteilig für die Rekrutierung wirtschaftlicher und technischer Fachkräfte erweisen kann. Insgesamt lässt die soziale Situation in den zentralasiatischen Republiken starke Einbrüche durch den Transformationsprozess und beim Übergang von staatswirtschaftlichen zu privatwirtschaftlichen Strukturen nicht zu. Die Belastbarkeit der Bevölkerung ist hier noch geringer als in anderen Teilen der krisengeschüttelten ehemaligen "Sowjetgesellschaft". Deshalb gehört die nachdrückliche Betonung der "sozialen Abfederung" und des "langsamen Übergangs zur Marktwirtschaft" zum politischen Credo der postsowjetischen Führungen in den zentralasiatischen Staaten, in dem sich allerdings auch der Etatismus und Konservatismus dieser in kommunistischer Zeit rekrutierten Eliten ausdrückt.

Die Monokultur schuf soziale Probleme, die insbesondere Frauen und Minderjährige betrafen. Die "Rentabilität" der Baumwolle basierte zu einem Teil auf der Billiglohnarbeit dieser Bevölkerungsgruppen. Die Lebensbedingungen der Frauen in den ländlichen Regionen Zentralasiens wurden zu einem Thema in sowjetischen Medien, nachdem eine Serie von Suizidfällen durch Selbstverbrennung (über 500 Fälle in Usbekistan und Turkmenistan 1987-88) die Aufmerksamkeit auf die Familien- und Arbeitsverhältnisse in der Region gelenkt hatten. Während im Zentrum der Sowjetunion diese Tragödie überwiegend dem islamischen Traditionalismus und Patriarchalismus zugeschrieben wurde, brachten einheimische Publizisten (darunter weibliche Autoren) die Frauenselbstmorde in Verbindung mit einer brutalen Arbeitswelt und der Unterentwicklung der sozialen Infrastruktur, von der Frauen stärker als Männer betroffen sind.

In Usbekistan waren zuletzt 57 % der Frauen in das öffentliche Wirtschaftsleben einbezogen (im Unionsdurchschnitt 90 %). Doch diese Einbeziehung in die Arbeitswelt war nicht von entlastenden sozialen Einrichtungen flankiert, so dass auf den Frauen hier noch stärker als in anderen Teilen der Sowjetunion eine familiär-berufliche Doppelbelastung lag. Zentralasiatische Publizisten relativierten in den achtziger Jahren den bis dahin ungebrochenen Kult um die sowjetische "Befreiung der Frauen aus den Ketten des Islam": Diese angebliche Befreiung sei letztlich auf die Freisetzung billiger Arbeitskräfte hinausgelaufen.

Die Situation der Frau in dieser Region war zuletzt vor allem von drei Faktoren bestimmt: der hohen Fruchtbarkeit, den ländlichen Produktionsverhältnissen und dem Spannungsverhältnis zwischen (missglückter) Modernisierung und Traditionalismus. In der postsowjetischen Entwicklung wird sie von verstärkter Retraditionalisierung bestimmt, die mit der nationalen, kulturellen und religiösen "Wiedergeburt" einhergeht. Im Zuge dieser Retraditionalisierung fordern bereits heute manche Stimmen, darunter die des Mufti von Taschkent, die Rückkehr der Frau in den häuslichen Bereich. Das Individuum wird verstärkt in traditionelle Gemeinschaftsformen wie die "mahalla" (Stadtviertel- und Nachbarschaftsgemeinde) eingebunden, die auch in sowjetischer Zeit nie aufgehört haben zu existieren.

Boris Rumer charakterisierte die soziale Wirklichkeit im ehemals sowjetischen Zentralasien als "ausserordentlich komplex", mit einer Vielfalt an "traditioneller und moderner Dynamik". Das wesentliche traditionelle Moment ist die Loyalität gegenüber Familie, Sippe und Stamm, die in hohem Masse auch die politischen Machtverhältnisse bestimmt. Lokale Gemeinschaftsformen und tribale Loyalitäten stehen in Konkurrenz zur nationalen Integration im Rahmen der von der Sowjetmacht gesetzten Republikenstaatlichkeit und erwiesen sich in Tadschikistan als die stärkere Kraft. Nicht tadschikischer Nationalismus oder islamischer Fundamentalismus, vielmehr Machtkämpfe in einer segmentären Gesellschaft zwischen alten Nomenklaturaregionen und benachteiligten Landesteilen führten hier zu einem Bürgerkrieg, der Zigtausende das Leben kostete. Die Gesellschaften Zentralasiens unterlagen in sowjetischer Zeit einem radikalen sozialen und ökonomischen Wandel, der aber fremdbestimmt war. Die Stalinsche "Revolution von oben" war insbesondere für die asiatischen Teile der Sowjetunion eine "Revolution von aussen"; die vielen Eingriffe in die Lebensverhältnisse der einheimischen Bevölkerung hinterliessen ein "Erbe der Bitternis" und richteten entsprechende Ressentiments nicht nur gegen eine abstrakte Sowjetmacht, sondern gegen das mit ihr identifizierte Ethnos, die Russen, aus. Das als "nationale Kultur" rezipierte islamische Erbe setzte inneren Widerstand gegen die Änderungen seit dem Ende der zwanziger Jahre, als die Sowjetmacht gegen die traditionellen Institutionen in die Offensive ging. Aber das islamische Erbe hat diese Gruppen nicht gegen Wirkungen der Modernisierung und Säkularisierung immunisiert. Neue Kommunikations- und Bildungsstrukturen, Urbanisierung, Berufsleben und Bürokratie haben durchaus Wandel in den Familienstrukturen und in den Geschlechterrollen bewirkt. So entstanden Gesellschaften, die sich in mancherlei Hinsicht von Ländern im Nahen und Mittleren Osten unterscheiden, gleichzeitig aber doch wieder von Entwicklungen berührt werden, die in ähnlicher Weise postkoloniale Staaten und Gesellschaften in der dritten Welt durchlaufen haben.

Lothar Rühl

Innere und äussere Konfliktherde der Türkei

1. Der Hintergrund

Seit dem Ende des Ottomanischen Reiches in der Niederlage von 1918 und dem von Mustafa Kemal geführten nationalen Befreiungskrieg der neuen Türkei gegen die ausländische Intervention beruht die türkische Staatspolitik auf der Maxime, dass die nationale Einheit und Unabhängigkeit in den vertraglichen Grenzen als Grundlage des modernen türkischen Nationalstaates zu bewahren sind. Diese Staatsdoktrin setzt die türkische Nation mit der "Republik Türkei" gleich. Die kemalistische Staatslehre, auf der alle türkischen Verfassungen seither beruhten, resümiert sich in den drei Begriffen *Nationalismus-Etatismus-Laizismus*: Die türkische Nation ist das Kriterium des Staates, nicht eine beliebig zusammengesetzte Bevölkerung in Anatolien. Die "Republik Türkei" ist der türkische Nationalstaat, also kein multinationaler Staat von Türken, Kurden, Armeniern und Griechen, die historisch in seinen Grenzen lebten. Dieser Staat ist für die nationalen Ressourcen und das Territorium verantwortlich. Das vorherrschende Verständnis des Volkswohls bis in die achtziger Jahre verlangte auch die direkte Verantwortung des Staates für die Volkswirtschaft. Erst Özal begann dies zu verändern.

Die Säkularisierung nach dem Ende des Kalifats und des Ottomanischen Reiches machte den aus der nationalen Revolution hervorgegangenen türkischen Nationalstaat im Prinzip den Religionen gegenüber neutral. Tatsächlich bedeutete diese von Mustafa Kemal verfügte Säkularisierung nur die legale Scheidung des Staates vom Islam: Zwar fand dieser sich aus dem Staat verdrängt, im türkischen Volk jedoch trotz der politischen Diskriminierung durch den Kemalismus nicht erschüttert. Der kulturelle Untergrund der türkischen Bevölkerung blieb muslimisch, auch wenn die neue Gesellschaft in der von Kemal Atatürk als Hauptstadt der Republik begründeten Ankara (dem alten Angora) im Innern Anatoliens sich resolut dem westlichen Modernismus zuwandte. Diese Abwendung dreier Generationen der nationalen türkischen Elite von Islam und Orient bewirkte eine Trennung zwischen der Masse des Volkes und der dünnen Oberschicht samt dem neuen, zumeist gewerblichen, administrativen, akademischen und militärischen Mittelstand, den sechs Jahrzehnte später Präsident Turgut Özal treffend "die autoritäre modernistische Bourgeoisie" nennen sollte. Die neue Gesellschaft konnte aber "zivil" nur im Gegensatz zur alten religiös bestimmten genannt werden, denn die Dominanz lag beim Militär.

Die Säkularisierung und der türkische Laizismus waren für den Begründer der Republik, Kemal Atatürk, die Mittel zur Trennung von der Vergangenheit. So wie er als General den türkischen Fez als Kopfbedeckung der Armee bekämpft hatte, so bekämpfte er den Islam als Staatsreligion, weil er darin die Hauptursache für die Rückständigkeit des türkischen Reiches wie für die Unterdrückung des türkischen Nationalcharakters sah. Kemal war politisch aus der "jungtürkischen" Revolution gegen die überlebte ottomanische Ordnung hervorgegangen. Die "Jungtürken" waren keine Demokraten, sondern autoritäre Populisten und Nationalisten, die einen modernen Staat nach dem europäischen

Vorbild zu Beginn des 20. Jh.s schaffen wollten. Die von ihnen geforderten Reformen hatten ein Gegenstück in den Witte'schen Reformen im Zarenreich während der forcierten Industrialisierung Russlands: Beide sollten einer imperialen Machtpolitik und Stärkung des Staates dienen. Die absolute Monarchie des Sultans und Kalifen war damit ebenso unvereinbar wie in Russland die Autokratie des Zaren. Die "Jungtürken" waren aber auch keine konstitutionellen Monarchisten, sondern formal Republikaner, aber nicht Vorkämpfer einer demokratischen Republik. Kemal war wie Enver ein türkischer Nationalist auch gegen das supranationale Ottomanische Reich des Sultans und gegen die geistige Herrschaft des islamischen Kalifats, von denen er die türkische Nation befreien wollte. Diese Befreiung würde auch das türkische Volk im Innern von der oppressiven Ausbeutung durch die privaten Grossgrundbesitzer und die ottomanischen Beamten freimachen. In diesem Sinne war Kemal ein Nachbar des revolutionären Sozialismus, allerdings kein "roter", sondern ein "weisser" Revolutionär. Seine Ziele waren die Republik Türkei als Staat eines national-türkischen Patriotismus in den natürlichen Grenzen Anatoliens nach dem Vorbild des nachrevolutionären französischen Nationalismus. In der Religionsfrage dachte Kemal nicht anders als Lenin: Opium für das Volk. Im Gegensatz zu Lenin, mit dem er gegen die Westmächte und deren "Imperialismus" paktierte, verfolgte Kemal aber die Gläubigen nicht, sondern begnügte sich mit einer Kulturpolitik der Reprivatisierung des Glaubens. Allerdings schlug er jede religiöse Opposition gegen die Öffnung nach Westen mit der Modernisierung und gegen die Befreiung der türkischen Gesellschaft von den Kultuszwängen des Islam, vor allem für den Schulunterricht, konsequent nieder: Diese gegen die Herrschaft der Religion über Staat und Gesellschaft, Dorf und Schule gerichtete Repression setzte Gewalt in expeditiven Prozessen mit summarischen Urteilen revolutionärer Tribunale ein. Auch in diesem Bereich war die neue türkische Nationalarmee mit der militärischen Gendarmerie der bewaffnete Arm der kemalistischen Revolution: Die Religion wurde als Konkurrenz zur nationaltürkischen Staatsideologie systematisch zurückgedrängt in die Privatsphäre der Familien, obwohl sie auf dem Lande natürlich die vorherrschende Kraft blieb und oft in den Dörfern eine heimliche soziale Gegengewalt in passivem Widerstand zur Staatsgewalt blieb. Doch die alles überragende historische Figur Kemal Atatürks, seine in Statuen und Bildern, in den Schulbüchern und Zeitungen omnipräsente Erscheinung als Verkörperung der Nation, der Republik und des gesellschaftlichen Fortschritts mit der Modernisierung der Türkei neutralisierte bis zu seinem Tode jede soziale oder politische Opposition gegen das Regime und das Reformprogramm der Staatserneuerung auf der Basis der kemalistischen Prinzipien. Dieser innere Zustand einschliesslich der vom Staatsdirigismus bestimmten Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde bis zum Beginn der fünfziger Jahre durch den Krieg und danach die Konfrontation mit der UdSSR eingefroren und so konserviert. Das Bündnis mit der 1945 siegreichen westlichen Weltmacht USA öffnete die Türkei dem amerikanischen Einfluss und verstärkte so die Tendenz zur Verwestlichung im Zuge der Nato-Kooperation ab 1952 und damit auch die Hinwendung zu Westeuropa. Der Islam wurde in den Abwehrkampf gegen den Kommunismus während des kalten Krieges einbezogen, aber zugleich auch nationalpolitisch und staatsideologisch diszipliniert. Da der Islam, einmal der staatlichen

Autorität entkleidet und der ihm im Ottomanischen Reich des Sultans und Kalifen eingeräumten zentralen Position verlustig, ohne eine eigene formale Struktur europäischer Art dem neuen Staat nicht entgegentreten oder diesen von innen beherrschen konnte, blieb er zunächst ungefährlich, solange die Kraft des Kemalismus in Gesellschaft und Volk konkurrenzlos, dazu mit einer Einheits- und Staatspartei, die Kemal gegründet hatte, erhalten blieb: der "Republikanischen Volkspartei", deren Chef Kemals erster Nachfolger auch als Staatspräsident, sein früherer Generalstabschef und spätere Premierminister General Izmet İnönü war. Dies änderte sich erst nach der Gründung der "Demokratischen Partei" des späteren Präsidenten Bayar und des Ministerpräsidenten Menderes im Zuge der von İnönü verordneten Demokratisierung 1950-53. Von da an konnte auch der Islam sich wieder freier entfalten, und ein Jahrzehnt später war die Renaissance der muslimischen Religion als eigene gesellschaftliche und kulturelle Kraft in der Türkei spürbar geworden. Die Armee begann nun das ihr anvertraute Erbe Kemals innenpolitisch zu verteidigen.

Diese noch immer vorherrschende kemalistische Staatslehre und nationale Doktrin, die alle nationalen Eliten inspiriert, die soziale Ethik und politische Moral geprägt hat, bestimmt auch den Rang der türkischen Armee als der Armee der Nation und der Republik im Volk und im Staat, und zwar durchaus im Sinne der französischen Revolution, für die Demokratie, Nation und Republik im revolutionären Patriotismus identisch waren. Sie gibt ihr einen unverzichtbaren und zwingenden Auftrag zur Verteidigung der nationalen Einheit und damit auch der territorialen Integrität der Republik Türkei in den von Kemal Atatürk hinterlassenen Grenzen. Die von der türkischen Generalität nach den jeweiligen Staatsstreichern seit 1960 diktierten türkischen Verfassungsgesetze haben diesen vom historischen Erbe Kemals abgeleiteten nationalen Verteidigungsauftrag zum Verfassungsauftrag erhoben. Das Staatsgebiet der Türkei steht nicht zur Disposition der Politik irgendeiner ethnisch-kulturellen, religiösen oder nationalen Minderheit, ja nicht einmal einer Mehrheitsentscheidung der türkischen Nation. Es ist staatsideologisch vorgegeben und in diesem Sinne sind die türkischen Grenzen unabänderlich als das Gefäß der nationalen Einheit und als Markierungslinien der nationalen Unabhängigkeit der Türkei. Solange der Kemalismus die Staatsideologie bleibt und seine allgemeine Geltung als nationale Leitlinie der türkischen Politik behält, kann keine politische Partei, kein Bevölkerungsteil und kein Staatsbürger die territoriale Integrität der Türkei als eines kompakten Nationalstaates samt der anatolischen Identität im gesamten Anatolien in Frage stellen, ohne damit Landesverrat und Verfassungsbruch zu begehen.

In diesem Sinne sind die kurdischen Nationalisten wie vor ihnen die armenischen und die griechischen in Anatolien in türkischen Augen Separatisten, denn die türkischen Kurden werden nicht als eine eigene Völkerschaft, geschweige denn als eine von der türkischen unterschiedliche Nation anerkannt. Deshalb wird der kurdischen Bevölkerung auch kein Recht zur nationalen Selbstbestimmung oder auch nur der Status einer Minderheit mit einem legitimen Autonomieanspruch gegenüber dem türkischen Staat zuerkannt: Sie kann nach dem allgemein im türkischen Volk verbreiteten Verständnis von der

nationalen Identität der Türkei keinen Anspruch auf Anerkennung als eine eigene Volksgruppe erheben. Darum ist bisher die kurdische Frage, deren Existenz die türkische Staatspolitik bis in die Regierungszeit Turgut Özals hinein offiziell ignorierte und seither unter dem Druck der Ereignisse in Südostanatolien und der internationalen Reaktionen zwar als eine politische Realität anerkannte, jedoch zu einer Frage der Bekämpfung von Terroranschlägen aus den Grenzgebieten der mittelöstlichen Nachbarländer im Sinne der Landesverteidigung zu definieren sucht, schon konzeptionell unlösbar.

Politisch ist sie es ohnehin aus anderen Gründen; die nur zum Teil in der Türkei selbst liegen, solange die Kurden einen eigenen unabhängigen Staat auf türkischem Territorium fordern, während ihnen die Unabhängigkeit im Irak und im Iran versagt bleibt und weder Syrien noch Armenien ihren kurdischen Minderheiten Rechte einräumen. Das kurdische Problem ist kein türkisches an sich, sondern das eines geteilten Volkes, das nie in seiner Geschichte einen Staat hatte, sondern nomadisierend *à cheval sur les frontières des empires du Moyen-Orient*, auf den Grenzen zwischen den Imperien, lebte, im übrigen ohne eine eigene Hochkultur hervorzubringen. "Kurdistan" war auch im Ottomanischen Reich des 18. und 19. Jh. nie eine politische oder kulturelle Einheit, sondern eine Legende der des Arabischen oder Persischen mächtigen Lehrer in den kurdischen Stämmen. Viele Kurden dienten als Soldaten in der Armee des türkischen Sultans oder verdingten sich als Arbeiter für den Strassen- und Eisenbahnbau überall im Reich. Die Vermischung mit den Türken der verschiedenen Stämme ist eine komplexe Realität, vereinfacht durch Familienbände, die türkische Verkehrssprache und den türkischen Militärdienst. Auch heute zählt die türkische Armee Offiziere kurdischer Herkunft oder Verwandtschaft so wie die Verwaltung Beamte kurdischer Abkunft. Es wird geschätzt, dass etwa 6 Mio. Kurden verstreut in der Türkei ausserhalb des angestammten südostanatolischen Siedlungsgebietes leben, vor allem in den grossen Städten wie Istanbul, Izmet, Ankara und Izmir (dem alten griechischen Smyrna) an der Ägäis. Das kurdische Problem in der Türkei kann schon deshalb nicht als das der unterdrückten Existenz eines "Kurdistan" definiert und auch nicht einfach durch eine regionale Autonomie und die Anerkennung einer eigenen kurdischen Nationalität mit besonderen Rechten nach den Merkmalen multinationaler Bundesstaaten gelöst werden. In dieser Richtung sind nur formale und summarische Scheinlösungen zu finden, die weder Ruhe noch Sicherheit und allgemeine Zufriedenheit schaffen würden. Der kritische Faktor der türkischen Staatspolitik ist aber die Leugnung der kurdischen Identität bis in die jüngste Vergangenheit hinein. Diese Verweigerung der Anerkennung einer eigenen Existenz der kurdischen Bevölkerung in den Provinzen Südostanatoliens, wo der Ausnahmezustand teils schon seit zehn Jahren und länger dafür zeugt, dass es sich dort nicht um normale Verhältnisse handelt, blockiert jede Entspannung der Beziehungen. Der Guerillaterror der PKK (Kurdische Arbeiterpartei) hat ganze Dörfer dezimiert, um diese Bevölkerung zur Unterstützung der kurdischen Nationalisten gegen die Türkei zu zwingen. Er macht es jeder Regierung in Ankara unmöglich, mit gemässigten kurdischen Politikern nach einer internen Lösung zu suchen oder auch nur den Ausnahmezustand in den betroffenen Provinzen aufzuheben.

Da die kurdischen Separatisten, die bisher die PKK und andere linksradikale kurdische Gruppen kontrollieren, sich im Ausland aufhalten und vor allem von Syrien und dem Libanon, aber zeitweilig auch vom Nordirak und Westiran aus über die türkischen Grenzen operieren, handelt es sich dabei tatsächlich um gewalttätige Anschläge von aussen. Die Regierungen in Bagdad und in Teheran haben keine politische und geheimdienstliche oder militärische Kontrolle über die kurdischen Separatisten aus der Türkei, obwohl sie deren Aktivitäten zeitweilig nicht nur dulden, sondern auch fördern, zu anderen Zeiten aber zu unterdrücken suchen und dabei mit der Türkei über die Grenzen hinweg zusammenwirken. Diese schwankenden, stets ambivalenten und niemals fest umrissenen Beziehungen spiegeln die inneren Widersprüche in der Kurdenpolitik des Irak und des Iran wieder: In beiden Ländern sind die Kurdenstämme ethnische Minderheiten ohne Rechte, obwohl zumindest Bagdad regionale Autonomie im Nordirak als Prinzip zugesagt hat. Doch die Kurdenverfolgungen seit den fünfziger Jahren, zuletzt die im Anschluss an den jüngsten Kurdenaufstand nach dem Golfkrieg im Jahre 1991 im Irak, zeigen, dass weder die Araber noch die Perser, weder die Sunniten noch die Schiiten die Kurden in deren zerteilter Heimat in ihren Staatsgrenzen akzeptieren, sondern sie entweder in die Türkei vertreiben oder physisch auslöschen würden, wenn ihnen dies möglich wäre. Zwischen beiden Extremen schwankt die Politik sowohl im Iran als auch im Irak. Dabei suchen die jeweiligen Regimes in Teheran und in Bagdad, die seit der irakischen Revolution von 1958 miteinander verfeindet sind, Zweckbündnisse auf Zeit mit der Türkei, um ihre eigenen kurdischen Grenzbevölkerungen niederzuhalten.

Solche Zweckbündnisse werden von Teheran und Bagdad unabhängig voneinander mit Ankara geschlossen, denn die iranisch-irakische Feindschaft schliesst ein Zusammengehen selbst gegen die Kurden und damit auch eine Verständigung zwischen allen dreien aus, zumal die kurdische Frage in jedem der drei Länder eine eigene Bedeutung hat und alle drei Nachbarn um die Sicherheit ihrer Grenzen zueinander fürchten: Im Iran siedeln die Kurden in gebirgigen Grenzgebieten zur Türkei und zum Irak entlang grösserer Handelswege. Im Irak bilden sie die Bevölkerungsmehrheit im Erdölgebiet von Mossul und Kirkuk, das zugleich das Grenzgebiet zur Türkei einschliesst. In der Türkei bilden sie grosse Bevölkerungszentren im Osten und Südosten Anatoliens mit dem Quellgebiet von Euphrat und Tigris, wo die türkische Entwicklungspolitik seit Özals Regierung mit dem "Atatürk-Staudamm" eine neue Wasserwirtschaft mit grossen Bewässerungsvorhaben zur Verbesserung der Landwirtschaft und mit einer Stärkung der Elektrizitätsversorgung zu verbinden sucht. Diese türkischen Vorhaben erwecken wiederum zusätzlich Misstrauen in Bagdad und in Damaskus, wo man eine türkische Kontrolle des Wasserzuflusses nach Süden und die Abschöpfung der Wasserquellen Südanatoliens ohne Rücksicht auf die eigenen Bedürfnisse fürchtet. Die türkischen Kurden in ihrem Kampf gegen Ankara zu unterstützen, kann deshalb in Bagdad wie in Damaskus als ein Druckmittel erscheinen. Allerdings hat die Türkei sich bisher nicht als erpressbar gezeigt. Zudem verhindert die politische Feindschaft zwischen dem Ba'th-Parteiregime in Bagdad und dem in Damaskus eine konzertierte Aktion gegenüber der Türkei mit einer gemeinsamen Mobilisierung des kurdischen Widerstands, zumal die irakischen Kurden ihren eigenen Kampf um reale Autonomie

mit dem Endziel der nationalstaatlichen Unabhängigkeit vom Irak führen und schon deshalb auch gegenüber der Türkei ihre eigenen Ziele unabhängig sowohl von Bagdad und von Damaskus als auch von den Kurden in der Türkei und in Syrien verfolgen. Die Kurdenstämme haben ihrerseits weder im Irak noch im Iran oder in der Türkei Ruhe gegeben und ihren Frieden mit den drei Staaten gemacht. In Syrien sind die Kurden nur eine marginale Minderheit wie in Armenien. Es gibt in diesem Konglomerat widersprüchlicher Interessen keine klaren Linien und tragenden Tendenzen für eine Veränderung des Status quo, am allerwenigsten für die Gründung eines alle Kurden einenden Staates, also des mythischen "Kurdistan". Immerhin hat Damaskus der PKK eine eigene Basis unter syrischer Kontrolle in der Bekaa-Ebene Libanons eingeräumt, wo auch das PKK-Hauptquartier liegt. Von dort aus wurde der Türkei "der totale Krieg" erklärt.

Die kurdische Frage stellt sich deshalb für die Türkei nicht allein als eine innere, sondern auch als eine internationale und als ein Problem äusserer Aggression. Unabhängig davon, ob diese türkische Perzeption richtig oder falsch ist, unabhängig auch davon, welchen Anteil die inneren und die äusseren Ursachen für die Entstehung des Problems und für dessen Entwicklung unter dem zweifachen Impuls der äusseren Einwirkung durch die kurdische Guerilla und der inneren Repression der türkischen Sicherheitsbehörden gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten Anatoliens haben, handelt es sich auf seiten der kurdischen Nationalisten um eine Herausforderung der nationalen Identität und der territorialen Integrität der Türkei. Ähnlich wie in Spanien die baskischen Nationalisten in ihrem Kampf um Unabhängigkeit und in Nordirland die katholischen Nationalisten in ihrem Kampf um die Lostrennung vom britischen Königreich für eine staatliche Vereinigung mit der Republik Irland je einen "legalen" oder "politischen" Flügel einschliesslich Repräsentanten in den Parlamenten, aber als harten Kern terroristische Untergrundorganisationen mit paramilitärischen Kampfverbänden haben, so unterhalten die kurdischen Separatisten der PKK und anderer Gruppen ihre Untergrundorganisationen, die den Terror als politische Waffe gegen die eigenen Landsleute wie gegen den türkischen Staat einsetzen.

Für die kemalistische Elite der Republik, zumal für die Generalität der Armee, aber auch für die zivile Verwaltung, Polizei und Justiz samt der grossen Mehrheit der akademischen Bildungselite und der Politiker aller nationalen Parteien ist die von den kurdischen Separatisten ausgehende Bedrohung mit Gewalt abzuwehren. Die Premierministerin Tansu Celler, selbst Universitätsprofessorin mit amerikanischer Hochschulbildung und die erste Frau an der Spitze einer türkischen Regierung, gibt ein Beispiel dafür: Während eines ersten offiziellen Besuchs im Unruhegebiet um Dyarbakir lehnte sie auf einer öffentlichen Veranstaltung vor der einheimischen Bevölkerung mit massivem Polizeiaufgebot jede Konzession an "die Separatisten und Terroristen" kategorisch ab: "Mit eiserner Faust" würde ihre Regierung gegen die Sezessionsbestrebungen und die Aggression über die Grenze von aussen vorgehen. Die Politik bleibt blockiert, weil es zwischen den konträren Positionen kein *terrain d'entente* gibt und weil die Extremisten der kurdischen Sache sich nicht mit weniger als der Unabhängigkeit in einem eigenen Staat begnügen wollen. Hier wird der

unauflösbare Zusammenhang zwischen türkischer Innenpolitik und türkischer Außenpolitik, zwischen den inneren und den äußeren Konfliktherden der Türkei mit Eklat deutlich: Absolute Ansprüche stehen einander gegenüber. Dem Dogmatismus der türkischen Nationalstaatsdoktrin antwortet der Dogmatismus der kurdischen Nationalstaatsidee auf demselben Territorium.

In diesem Punkt ist die westliche Perzeption dieses Problems von Bedeutung. In Nordamerika und Westeuropa bestimmt seit dem Zweiten Weltkrieg eine Weltanschauung die Politik, die stets nach der guten Sache in einem Konflikt sucht und diese nach den eigenen westlichen Kriterien und philosophischen Konzepten definiert. Zwar werden von der idealistischen Betrachtungsweise in konkreten Situationen immer wieder Abstriche gemacht, wenn der Idealismus der reinen Menschenrechtslehre und die Verfolgung des Ideals vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gefährliche Folgen für das eigene Wohlergehen und die eigene Sicherheit haben könnten. Doch solange ein Konflikt den eigenen Sicherheitsbereich nicht berührt und Rechte nicht gegen die eigenen Interessen in Anspruch genommen werden, herrscht ein unverbindlicher moralischer Rigorismus in den Reaktionen der westlichen Öffentlichkeit, der Parlamente und der Bildungseliten vor, der extrem hohe Ansprüche an alle fernen Beteiligten stellt und dabei Maßstäbe anlegt, die "closer to home", wie etwa auf dem Balkan, schon nicht mehr angewendet werden. Die Kurden profitieren heute davon, wie die Armenier noch in den siebziger und achtziger Jahren, als der selektive armenische Terror sich vor allem gegen das Personal der türkischen Botschaften und Konsulate in Westeuropa richtete. Es ist in diesem Kontext interessant, dass die westliche Öffentlichkeit die Liquidierung ganzer Dörfer durch die kurdischen Terroristen in Südostanatolien und die kurdischen Guerillaüberfälle auf türkische Militärtransporte und Gendarmerieposten, aber auch auf gewöhnliche Überlandbusse mit Einheimischen kaum zur Kenntnis nimmt, jedenfalls nicht als Grund für Proteste bei den PKK-Büros in Europa ansieht, während jede Polizeiaktion und jeder Einsatz der Armee gegen die kurdische Untergrundorganisation und deren Kampfgruppen als Repression und Menschenrechtsverletzung angesehen werden.

Die Folgen für das Verhältnis zur Türkei und für die Perzeption des Westens in der Türkei sind offenkundig, obwohl noch ambivalent: Eine wechselseitige Entfremdung ist zwischen der türkischen Nation und dem Westen, zu dem die türkische Regierungspolitik unverändert hinstrebt, zumal zwischen den Türken und Westeuropa, schon seit wenigstens drei Jahrzehnten zu beobachten, genau gesagt, seit dem Beginn des türkisch-griechischen Gegensatzes über Zypern nach dem Versuch der griechischen "Enosis"-Extremisten zu Weihnachten 1963 mit der zypriotischen Verfassung auch die staatliche Unabhängigkeit der Republik Zypern durch eine terroristische Gewaltentfesselung gegen die türkische Minderheit Zyperns zu zerstören und so eine Wiedervereinigung mit Griechenland zu erzwingen. Die undurchsichtige Politik des zypriotischen Präsidenten Erzbischof Makarios, des "Ethnarchen" der griechisch-orthodoxen Kirche auf Zypern, wie der britischen Garantiemacht der Unabhängigkeit und der Verfassung Zyperns in dieser Situation wurden in der Türkei allgemein als Zeichen einer Verschwörung Europas gegen die Rechte der bedrängten türkischen Minderheit verstanden, zumal auch Frankreich und Italien deutlich für die

griechische Seite Partei nahmen. Die spätere Berufung des einstigen "Enosis"-Vorkämpfers gegen die britische Kolonialmacht auf Zypern, General Grivas, aus Athen zum Oberkommandierenden der griechischen "Nationalgarde" und zum Verteidigungsminister der Republik mit Zustimmung der griechischen Militärregierung 1967, schliesslich 1974 der von Athen aus unterstützte, wenn nicht sogar inspirierte Staatsstreich der panhellenischen "Enosis"-Nationalisten Zyperns unter dem rechtsradikalen Sampson gegen Makarios, der zur türkischen Intervention und zur Okkupation ganz Nordzyperns durch die türkische Armee zum Schutze der später proklamierten "Türkischen Republik Nordzypern" unter Rauf Denktasch führte, setzten in türkischen Augen eine Strategie zur Eliminierung der Türken von Zypern fort. Die türkische Presse erinnerte 1964 und seither immer wieder an das Beispiel Kreta: Nach dem Abkommen Kemal-Venizelos über den Verbleib Kretas bei Griechenland wurde die türkische Minderheit von der Insel verdrängt. Während des inzwischen schon 20 Jahre dauernden Konflikts über die Verfassung und bilaterale Aufteilung Zyperns zwischen der griechischen Mehrheit und der türkischen Minderheit wurden die militärische Südostflanke der Nato für Jahre desorganisiert, die Beziehungen der Türkei nicht nur zu Griechenland, sondern auch zu Westeuropa und zu Nordamerika, wo die eingewanderten Griechen die Politik beeinflussen, gestört und von den öffentlichen Meinungen in der Türkei und in Europa eine zunehmende psychologische Distanzierung der Türkei von den westlichen Verbündeten antizipiert, ja geradezu provoziert. Die türkischen Bündnisleistungen und der Bündniswert der Türkei für die Nato und Westeuropa wurden dabei immer weniger beachtet, was in der Türkei die Frustration gegenüber dem Westen steigerte. Diese Ressentiments brachen dann 1990-91 im Golfkonflikt wegen der Benutzung der Türkei für US-Luftangriffe gegen den Irak und gegen die kooperative Bündnispolitik Präsident Özals in dieser Krise im Mittleren Osten auf.

Die fortgesetzte, oft ungerechte, selten sachgerechte Kritik in Europa und Amerika an der türkischen Kurdenpolitik, besonders gekennzeichnet durch die meist unkritische Übernahme der Desinformation und der Agitationsparolen der PKK-Propaganda, die Duldung, ja die inoffizielle Förderung der PKK in Westeuropa, besonders in Deutschland (durch SPD und DGB), in Frankreich und in Belgien, hat die Entfremdung zwischen der Türkei und dem Westen weiter vorangetrieben und psychologisch vertieft. Das Phänomen wird kompliziert zu einem vertrackten Problem für die Politik beider Seiten durch das Aufeinandertreffen des kurdischen und des türkischen Nationalismus mit dem islamischen Radikalismus in der Türkei selbst und seiner Ausbreitung unter den Türken in Westeuropa. Die Passivität des Westens angesichts des Gemetzels der Serben an der muslimischen Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina und die mehr oder weniger unfreiwillige, jedoch deutliche mittelbare Unterstützung der serbischen Ziele in Bosnien und der kroatischen in der Herzegowina durch europäische Duldung wie gegenüber den muslimischen Albanern in Kosowo unter serbischer Repression vervollständigen für die Türken das Bild von einem antimuslimischen Europa, das schon deshalb auch antitürkisch sei.

Diese Vorstellung wird im gesamten Mittleren Osten und in Nordafrika über alle Fronten zwischen Schiiten und Sunniten, zwischen Persern und Arabern hinweg geteilt: Die Europäer lassen die einzige einheimische muslimische

Bevölkerung Europas durch die Serben unterdrücken, dezimieren und auf diese Weise vertreiben. Für die Politik der türkischen Regierung gegenüber dem Westen entsteht damit ein zusätzlicher negativer Bezugsrahmen, in dem sie mit zunehmendem passivem Widerstand, aber auch schon mit terroristischer Gewalt gegen prowestliches Verhalten und die "Verwestlichung" als das Staatsziel des Kemalismus seit der Revolution von 1918-22 rechnen muss: Der türkische Nationalismus und der muslimische Fundamentalismus stehen zwar nicht in einer Front, aber auch nicht mehr in einem absoluten weltanschaulichen und gesellschaftspolitischen Widerspruch zueinander: Die alten Gegensätze werden von der gemeinsamen Opposition gegen die Haltung des Westens zur Türkei und zu den übrigen muslimischen Ländern relativiert. Ähnlich wie in der arabischen Welt kann es früher oder später zu gemeinsamen Reaktionen in der defensiven Antihaltung, dann zu einem Übergang zu gemeinsamer Aggressivität gegen europäische und amerikanische Präsenz in der Türkei, gegen das atlantische Bündnis und gegen die westlichen Wirtschaftsinteressen kommen. Zwar sind für ein solches Zusammengehen bisher nur erste Ansätze zu beobachten, doch ist z.B. die rechtsradikale Partei Erbakans (eines ehemaligen Obristen und Teilnehmers am Militärputsch von 1960 gegen die demokratische Regierung Adnan Menderes), die frontal gegen die Westpolitik Stellung bezogen hat und den Austritt der Türkei aus der Nato, die Aufkündigung des Assoziierungsvertrags mit der EG und eine Abwendung vom Westen fordert, zugleich nationalistisch und islamisch. Beide, der extreme Nationalismus und der islamische Fundamentalismus, richten sich gegen den Westen, weil Türken und Muslime in Europa erniedrigt und zurückgewiesen, in Amerika missachtet würden, weil die Türkei von den westlichen Staaten nur ausgenutzt und übervorteilt werde. Solche Ressentiments, die seit den sechziger Jahren nach Ausbruch des Zypernkonflikts stetig angewachsen sind und sich in allen Gesellschaftsschichten ausgebreitet haben, suchen eine Ideologie und eine Bestätigung im westlichen Verhalten. Der Kemalismus kann diese Ideologie nicht sein, also muss nach einer anderen Ausschau gehalten werden. Der Kommunismus hatte nie Rückhalt in der Türkei und ist überall gescheitert. Der Islam bietet sich als die einzige Alternative an.

Die Ausschreitungen gegen Türken in Deutschland, die sich gegen die Einwanderer aus dem kulturell fremden und bedrohlich erscheinenden Orient insgesamt richten, tragen mit dem traumatischen Schock der Zwangsvorstellung von einer "Türkenverfolgung" zu einer psychischen Entfremdung als Kollektivphänomen bei. Da sich Xenophobie in Europa nicht gegen Griechen oder Portugiesen richtet, verläuft in türkischen Augen heute die trennende Grenze, jenseits der die Fremden in Europa nicht mehr akzeptiert werden, wenn sie als Einwanderer kommen, durch die Ägäis vor der anatolischen Küste: Die Türkei befindet sich ausserhalb der Gemeinschaft der Europäer und sieht sich damit selbst wieder als Teil des islamischen Orients. Diese psychologische Deformation ist deshalb besonders gefährlich, weil türkische wie kurdische Extremisten nicht nur in der Türkei, sondern auch in Westeuropa, vor allem im deutschen Gastland, schon seit langem Gewalt anwenden wie auch die türkischen Islamisten und politischen Extremisten unter den Türken. Die türkische Mafia ist als eine der Hauptträgerinnen der grenzübergreifend organisierten Schwerekriminalität in Europa hinzugekommen. Dieses Amalgam von Gewaltbereitschaft,

Ressentiments gegen die Gastländer in Europa und einem Verhalten starker türkischer und kurdischer Randgruppen, das auf Ausnutzung der europäischen Gesellschaft zum eigenen Vorteil und auf Ausplünderung der eigenen Landsleute in Europa gerichtet ist, wird die Entfremdung verstärken und trotz aller Bemühungen um vernünftigen Ausgleich zur Konfrontation in "multikulturellen" Milieus führen. Der kurdische Radikalismus macht diese Problematik unlösbar. In der Türkei, deren Regierung sich um Mässigung und um Verständnis bemüht, den Schaden zu begrenzen versucht und die nationalen Interessen gegenüber und in Europa wahren muss (in den USA stellt sich diese Frage praktisch nicht wegen des konträren griechischen Einflusses), schlagen alle diese gebündelten Schwierigkeiten in eine Aversion gegen Europa und den Westen um, unabhängig davon, was im einzelnen Fall Ursache und was Folge war.

Obwohl der Kommunismus bisher in der Türkei keine Chance hatte, sind die kurdische Arbeiterpartei PKK und die türkischen linksradikalen Parteien noch immer von kommunistischer Ideologie durchdrungen und sehen sich in einem "anti-imperialistischen (und damit auch antikapitalistischen) internationalen Klassenkampf" nach der sowjetkommunistischen Doktrin, ähnlich den Vorstellungen linksradikaler arabischer und westeuropäischer Terroristen. Selbst der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Kommunismus in Europa haben daran bisher nichts geändert. Insofern schliesst sich der Kreis zwischen inneren und äusseren Konfliktherden der Türkei in zunehmend negativen Reaktionen gegenüber der westlichen Welt vor dem Hintergrund einer islamischen Bewegung, deren Ziel es ist, die "Verwestlichung" rückgängig zu machen und die Türkei als muslimisches Land in die Gemeinschaft des Islam zurückzuführen, d.h. in die orientalische Umgebung einzubetten. Gleichzeitig versuchen die aus der Öffnung nach Westen hervorgegangenen linkssozialistischen Revolutionäre die Entwicklung der Türkei zu einer liberalen und marktwirtschaftlichen Demokratie nach westlichem Vorbild durch Terror und Agitation zu hemmen. Sie suchen eine anachronistische und ahistorische Revanche für eine in Europa wie (seit dem Krieg in Afghanistan) im Orient verlorene Sache.

Damit steht der gesamte Acquis der politischen und gesellschaftlichen wie der intellektuell-kulturellen Entwicklung der modernen Türkei in der Verbindung von inneren Gegensätzen und äusseren Konflikten in Frage. Diese Entwicklung war seit wenigstens dreissig Jahren absehbar. Sie hat sich seit den achtziger Jahren enorm beschleunigt und ausgebreitet. Die gesamte Orientierung der Türkei ist der Einsatz, zumal der äussere Druck des Ost-West-Konflikts und die Sowjetunion als der übermächtige und bedrohliche Nachbar an den Grenzen im Norden des Schwarzen Meeres und im Osten am Kaukasus nicht mehr bestehen. Die Öffnung Zentralasiens für die Türkei über Aserbeidschan und Kasachstan erweitert nicht nur den Horizont um 180 Grad und erschliesst der Türkei ein weites Feld der Einflussnahme, des Handels und der Kapitalinvestition ausserhalb Europas und vollkommen unabhängig von der EG. Sie setzt die Türkei auch dem Einfluss Asiens auf einer breiteren Front direkt aus. Die asiatische Umgebung der Türkei ist von grösserer räumlicher Tiefe als zuvor und wird derzeit nicht von russischer Macht beherrscht. Das Verhältnis zum Westen insgesamt, zu Europa im besonderen, kann davon weder psychologisch

noch geopolitisch unberührt bleiben. Es fragt sich, ob die türkischen Konfliktherde dadurch eher mit Zündstoff aufgeladen oder neutralisiert werden.

2. Die Wechselwirkungen zwischen den äusseren und inneren Konfliktherden auf die internationale Stellung der Türkei in einer veränderten geopolitisch-strategischen Situation

Die internationale Stellung der Türkei hat sich seit der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 von Grund auf verändert. Anatolien mit den türkischen Meerengen beherrscht unverändert die geopolitische Struktur des Grossraumes vom östlichen Mittelmeer und Balkan über das Schwarze Meer bis zum Kaukasus als Sperrblock oder Landbrücke zwischen Europa und Asien in beiden strategischen Richtungen Nord-Süd und West-Ost, unabhängig davon, wie das Umfeld politisch beschaffen ist. Diese Position hatte auch die Sowjetunion bei ihrer direkten Expansionspolitik in den Mittelmeerraum und den Nahen Osten gehindert und wurde darum von den USA strategisch gedeckt. Von der Türkei (und bis 1979 auch vom Iran) aus betrieben die USA einen Teil ihrer strategischen Aufklärung gegen die Sowjetunion (die gegenüber den Staaten der GUS fortgesetzt wird), von den Nato-Basen in der Türkei wären im Kriegsfall US-Kampfflugzeuge mit Nuklearwaffen gegen Südrussland mit der Krim und Sowjetkaukasien gestartet. Von diesen Basen aus konnten landgestützte US-Luftstreitkräfte auch in der Golfregion operieren. Ein Ausbau dieser Stützpunkte wurde nach dem Verlust der iranischen ab 1979 in Washington erwogen, um die Reichweite zu vergrössern. Doch die Regierungen und der Generalstab in Ankara lehnten solche Vorhaben ab, um die Beziehungen der Türkei sowohl zur UdSSR als auch zum revolutionären Iran und zum Irak zu schonen. Das Zurückweichen und die innere Schwächung der russischen Macht seit 1991 hat die geographischen Vorteile der Türkei und das türkische Potential aufgewertet: Mit der politischen Öffnung nach Norden und Nordosten tritt die zentrale Lage der Türkei im südosteuropäisch-mittelöstlichen Raum wieder in Erscheinung. In dieser Hinsicht ist die geopolitische Grundsituation, wie sie nach der Vollendung der türkischen Eroberung Anatoliens entstand und auch nach dem Verlust der ottomanischen Reichsgebiete im Donaauraum und der militärischen Kontrolle der Krim durch die türkische Macht im Schwarzmeer/Kaukasus-Raum bis zum Ende des Ersten Weltkriegs andauerte, wiederhergestellt.

Jede Macht, die aus dem Orient nach Westen, aus Europa nach Osten, vom Balkan oder über das Schwarze Meer nach Süden vordringen wollte, musste Anatolien entweder erobern oder umgehen. Beides erwies sich seit der türkischen Reichsbildung seit dem 13. Jh. als unmöglich, solange das osmanische (später ottomanische) Reich eine grosse militärische Land- und Seemacht war. Anatolien als das türkische Kernland wurde von keiner fremden Armee erobert, nicht einmal 1915-18, obwohl die russische Kaukasusarmee bei Kriegsende einen grossen Teil der Osttürkei bis zum Kap Sinop an der Schwarzmeerküste erobert und ganz Armenien besetzt hatte, westalliierte und griechische Truppen zeitweilig in Anatolien oder an dessen Grenzen standen, zudem britische und französische Flottengeschwader im Marmarameer ankerten.

Ohne Zweifel trug die russische Oktoberrevolution 1917 zur Rettung der Türkei von ausländischer Besetzung und der schon vereinbarten Aufteilung mit dem Verlust Konstantinopels und der Meerengen an das Zarenreich bei: Der Rückzug Sowjetrusslands, aus dem Krieg mit dem Sonderfrieden von Brest-Litowsk im März 1918 veränderte die europäische Konstellation wie die militärische Lage bei Kriegsende und lenkte die Alliierten im kritischen Moment auf Sowjetrussland ab. Mustafa Kemal Pascha fand Zeit für seine nationale Revolution und die Reorganisation einer Armee im Landesinnern, mit der er das griechische Expeditionskorps später in Westanatolien schlug, nachdem die übrigen Alliierten, die Fortsetzung des Krieges gegen die Türken scheuend und mit der Niederlage des Sultans zufrieden, sich zurückgezogen hatten. Mit Moskau einigte sich Kemal auf einen territorialen Kompromiss am Kaukasus, der seiner Republik Türkei den anatolischen Teil Armeniens liess, den Sowjets aber den Kaukasus, den die Türken schon zum Teil besetzt, zum Teil unter britischem Druck wieder geräumt hatten. Der sowjetrussisch-türkische Freundschafts- und Kooperationsvertrag begrenzte für die beiden revolutionären Reststaaten zusammengebrochener Imperien zunächst den Schaden der Niederlage. Dieser Vertrag regelte im übrigen auch die Grenzen zwischen Armenien und Aserbeidschan und garantierte der Türkei die dauernde Zugehörigkeit der Exklave Nachitschewan in Armenien an der türkisch-persischen Grenze zu Aserbeidschan.

Das von diesem Vertrag geregelte Nachbarschaftsverhältnis am Kaukasus zum beiderseitigen Vorteil entsprach dem politischen Pakt gegen die in Ankara wie in Moskau als "imperialistisch" angesehenen europäischen Siegermächte Grossbritannien und Frankreich, die vor 1914 das Reich des Sultans gegen den imperialen Zugriff des russischen Zaren gestützt hatten. Für Kemal blieb das Verhältnis zu Moskau stets die Basis der Neutralität zur Sicherung der türkischen Grenzen und zur Abwehr etwaiger anglo-französischer und italienischer Pressionen. Damit hielt er nach dem Entscheidungssieg bei Inönü in Westanatolien über die griechische Armee und der Eroberung Smyrnas (dem heutigen Izmir) auch Griechenland in Schach. Die türkische Aussenpolitik sollte defensiver Sicherheit mit einer unabhängigen nationalen Landesverteidigung und eigenen modernen Rüstung ohne Bündnisse dienen. Jede Neuauflage einer europäischen oder orientalischen Bündnispolitik war ebenso ausgeschlossen wie jeder Koalitionskrieg, nachdem die Kriegspolitik der "Jungtürken" 1914 im Bündnis mit den Deutschen die Türkei beim Zusammenbruch des Ottomani-schen Reiches fast in den staatlichen Untergang gestürzt hatte. Die Kemal'sche Maxime einer Aussenpolitik der guten Nachbarschaft an gesicherten und anerkannten Grenzen für "Frieden im Innern, Frieden nach aussen", wie der Staatsgründer die neue Doktrin nannte, einer bewaffneten Neutralität mit einer defensiven Abhalte-Strategie der Landesverteidigung an diesen Grenzen und einer eigenen Rüstung auf der Basis einer nationalen Industrie in der Regie des Staates, inspirierte die Nation und seinen Nachfolger Inönü. Sie wirkt noch heute nach (auch zugunsten des staatlichen Wirtschaftsdirigismus, der in der Rüstung eine Basis hat).

Die türkische Neutralität überdauerte jedoch den Zweiten Weltkrieg nicht, obwohl General Inönü (Ismet Pascha) als regierender Präsident die Türkei bis

zum Ende aus dem Konflikt heraushielt (die Türkei erklärte Deutschland erst wenige Tage vor Kriegsende formal den Krieg, um Mitglied der Vereinten Nationen werden zu können). Stalin hatte seit 1943 die Vorschläge Churchills für eine Balkan/Schwarzmeer-Front gegen die Achse mit Hilfe der Türkei zurückgewiesen, weil er einen westlichen Balkanfeldzug und türkische Kriegsbeteiligung als Gefährdung seiner eigenen Pläne für Südosteuropa ansah. Zudem hatte er die traditionelle Ambition der Zaren auf Kontrolle der türkischen Meerengen und Gebietserweiterung am Kaukasus nach Ostanatolien hinein wiederaufgenommen. Darüber hinaus suchte er für die UdSSR - wiederum nach dem Vorbild des Zarenreiches - eine militärische Stellung in Persien mit einem Zugang zum Golf und zum Indischen Ozean. Darüber hatte er schon 1940 Molotow in Berlin verhandeln lassen. 1945 standen die sowjetrussischen Armeen in Bulgarien nahe der europäischen Grenze der Türkei, jenseits des Kaukasus vor dieser Grenze und in Nordpersien. Stalin forderte nun das armenische Ostanatolien mit den türkischen Provinzen um Kars und Erzerum, die schon die Armee des Zaren 1915-16 erobert und bis zum Kriegsende 1918 besetzt gehalten hatte. Der sowjetrussische Druck aus dem Nordosten stand in Verbindung mit der Weigerung der UdSSR, ihre Truppen aus dem Iran zurückzuziehen, was erst 1946 unter angloamerikanischem Gegendruck geschah. In dieser Notlage änderte sich die Aussenpolitik der Türkei: Präsident İnönü akzeptierte eine bilaterale bündnisartige Militärkooperation mit den USA, die 1947 nach der "Truman-Doktrin" ein vollkommen neues türkisch-amerikanisches Verhältnis auf der Basis einer Sicherheitsgarantie der USA für die Türkei begründete und 1952 deren Beitritt zur Nato (gemeinsam mit Griechenland) nach sich zog. Damit kontrollierten die USA und die Nato nicht nur die türkischen Meerengen und die Ägäis, sondern auch den anatolischen Sperrblock zwischen der UdSSR und dem Nahen Osten, der zugleich auch die Flanken der anglo-amerikanischen Klienten Iran und Irak deckte, dazu auch Syrien und Libanon, das neu erstandene Israel, Jordanien und weiter im Südwesten Ägypten mit dem Suezkanal abschirmte. Zum erstenmal beherrschten die Westmächte dank des Bündnisses mit der für ihre Sicherheit gegenüber der sowjetrussischen Macht wieder auf westlichen Schutz angewiesenen Türkei in einer optimalen geopolitisch-strategischen Konstellation den Schlüsselbereich Ägäis-türkische Meerengen-Anatolien bis zum Kaukasus und zu Mesopotamien mit den Grenzen zu Syrien, Irak und Iran wie zur UdSSR. Auch wenn der "mittelöstliche Verteidigungspakt" (Cento) nur von 1954 bis 1958 vollständige Flankendeckung für die Nato im Mittleren Osten mit Kontrolle über die Golfregion bot, weil mit der irakischen Revolution von 1958 und dem Sturz der Monarchie in Bagdad der Irak aus dem "Bagdad-Pakt" mit der Türkei, Iran und Pakistan ausschied, nachdem schon die ägyptische Revolution von 1952 gegen die Monarchie in Kairo die geplante Beteiligung Ägyptens verhindert hatte, so bildete die Türkei doch gemeinsam mit dem Iran bis zum Sturz der Monarchie des Schahs in Teheran 1978-79 einen strategischen Riegel nach Norden gegenüber sowjetrussischer Offensivstrategie in Richtung auf den Golf und relativierte die strategische Bedeutung des Irak als eines Klienten der UdSSR wie die Ägyptens in einer sehr viel festeren Beziehung zu Moskau bis 1972-73. Selbst nach der mit dem Ausfall des Iran unvermeidlich gewordenen Auflösung der Cento blieb die Türkei der militärisch flankierende geopolitische Eckpfeiler nicht nur der Nato, sondern auch der

amerikanischen Orientpolitik, wie sich auch wieder 1990-91 im Golfkonflikt erwies.

Die wichtigste Frage, die sich seither an die türkische Politik und an das Verhältnis der Wechselwirkungen zwischen Konfliktherden im Innern der Türkei und um die Türkei, also auch für das Verhältnis der türkischen Innenpolitik zur Aussenpolitik stellt, betrifft diese Pfeilerfunktion im Schlüsselbereich zwischen Europa, dem Mittelmeer, dem Mittleren Osten und dem Schwarzen Meer. Was kann, was wird die Türkei in ihrer strategisch befreiten und politisch aufgewerteten Lage international tun, und welchen Einflüssen wird sie ausgesetzt?

Das Verhältnis zu dem nicht mehr an türkisches Gebiet grenzenden Russland und zur Ukraine als neuem Schwarzmeer-Küstenanrainer im Besitze der Krimhalbinsel in etwa 300 km Luftlinie zur türkischen Nordküste bei Kap Sinop ist noch am einfachsten zu bewerten: Zwar bleibt Russland im Schwarzen Meer und am Nordkavkasus präsent, auch militärisch handlungsfähig, doch sein militärisches Potential, sein Zugang zu den südlichen Randmeeren und sein strategischer Aktionsradius sind reduziert: Zwar bleibt die Türkei in Reichweite der russischen Waffen, doch unter zu ihrem Vorteil veränderten Bedingungen. Russland kontrolliert weder den Balkanzugang zu den Meerengen noch den Südkavkasus; die russische Seeherrschaft über das Schwarze Meer existiert nicht mehr. Die Ukraine wirkt als das südosteuropäische Puffergebiet, das die türkische Aussenpolitik seit dem 17. Jh. im Osten des Donaupraums und im Norden der Krim gegenüber Russland suchte. Selbst Moldawien (*Moldova*), dessen Besitz Russen und Türken sich seit Mitte des 17. Jh.s in einem Dutzend Kriegen streitig gemacht hatten, gehört nicht mehr zum russischen Reich, obwohl noch immer eine russische Armee dort die militärische Kontrolle hat. Ob die Türkei den früheren politischen Einfluss auf die Ukraine und auf Polen wiederbegründen kann, steht dahin. Jedenfalls kann sie sich als ein nach Westen orientiertes Land im Atlantischen Bündnis diesen Raum politisch öffnen, obwohl sie in Kiew wie in Kischinjaw auf die westeuropäischen Einflüsse treffen würde, von den fortbestehenden russischen Zielen einer zumindest formal-konföderativen Rahmeneinheit innerhalb der GUS und einer Währungsunion mit der Ukraine ganz abgesehen. Auch wirtschaftlich erscheint der ukrainische Raum wie der untere Donaupraum türkischem Handel und türkischen Kapitalinvestitionen zum erstenmal seit dem 18. Jh. erschliessbar. Ob die eingeleiteten türkischen Unternehmungen in dieser Zwischenzone Europas ausserhalb der EG bleibenenden Erfolg haben werden, steht dahin. Doch nie zuvor seit dem Beginn des 18. Jh.s bestanden für die Türkei derartige Chancen.

Hier liegt eines der neuen Aktionsfelder türkischer Aussenpolitik und türkischer Wirtschaftsaktivitäten: Südosteuropa zwischen dem Westeuropa der EG und Russland. Ein zweites ist der Westbalkan, wo allerdings der Krieg in Bosnien-Herzegowina eher die türkische Unfähigkeit zum Handeln blosslegt. Der jugoslawische Zerfallskonflikt mit der Aufteilung Bosniens und der Abtrennung Herzegowinas relativiert die türkische Politik und nimmt dieser viel von ihrer Relevanz in einer europäischen Krise. Auch eine wirksame Unterstützung Albaniens, Kosowos und Mazedoniens zwischen Serbien-Montenegro und Griechenland ist der Türkei offenkundig nicht möglich. Dabei ist es weniger ein Mangel an militärischen Interventionsmitteln im Verhältnis zu den Kräften auf dem

Konfliktschauplatz, der die Türkei zu selbständigem Handeln unfähig machte, als vielmehr ihre Abhängigkeit von den westlichen Verbündeten, die historische Belastung jeder türkischen Balkanpolitik und der eng begrenzte Zugang. Tatsächlich hat die heutige Türkei keinen militärischen Aktionsradius bis nach Sarajewo und Mostar. Ihr politischer reicht nicht einmal so weit.

Die Lage gegenüber dem Kaukasus und Zentralasien ist wie die gegenüber dem Mittleren Osten eine andere, denn die Türkei hat direkten Zugang, und zumindest die Golfregion mit dem Irak und dem Iran liegt vor ihren Grenzen wie Transkaukasien. Aserbeidschan ist nicht nur der nächste Nachbar der Türkei im Osten Armeniens, die Aseri sind auch die nächsten Verwandten der Türken, jedenfalls nach der Sprache, wenngleich sie als Schiiten kulturell ihren persischen Nachbarn näher stehen. Das türkische Interesse an Aserbeidschan ist ebenso natürlich wie offensichtlich: Schon 1918 besetzten die Türken zeitweilig Baku, wo sie die Pogrome der muslimischen Mehrheit gegen die Armenier anfachten. Seit 1991 ist dieses Interesse erneuert, wie das an Georgien und Armenien. Doch blieb Ankara bisher vorsichtig bei seiner politischen Unterstützung Aserbeidschans im Konflikt mit Armenien um Nagornyj-Karabach, um sich nicht eine neue Front der Gegensätze zu Westeuropa und Russland zu schaffen. Auch liegt es im wohlverstandenen türkischen Interesse, gutnachbarliche Beziehungen zu Armenien aufzubauen, schon um die Grenze ruhig zu halten und den Kurden beiderseits der Grenzen im Dreiländereck Armenien-Iran-Türkei mit der Enklave Nachitschewan und dem persischen Teil Aserbeidschans um Täbris keine Verbündeten gegen die Türkei zu schaffen. Vielmehr muss die türkische Politik an einer Stabilisierung Georgiens und Aserbeidschans mitwirken; das letztere wird auch vom Iran her gefährdet, weil die ehemalige Sowjetrepublik eben nur ein Teil des ethnischen und historischen Aserbeidschan ist, der zunächst für kurze Zeit von Peter dem Grossen erobert, dann von den Persern zurückerobert und später dem Zarenreich wieder einverleibt worden war. Stalin versuchte zweimal, 1920-22 vor dem Arrangement mit dem Iran und abermals 1943-46, die Aseri und die Kurden des Nordwestiran in eigenen revolutionären Sowjetrepubliken vom Iran abzutrennen und der UdSSR anzuschliessen. Für die Türkei ist auch wegen des politisch und potentiell wieder militärisch - sogar mit der Eventualität einer Nuklear-Rüstung mit Raketen - gefährlichen grossen persischen Nachbarn Iran der territoriale Status quo am Kaukasus mit einem politisch stabilen und religiös säkularen Aserbeidschan, das sich nach Ankara orientierte und dem türkischen Modell der Modernisierung folgte, von kritischer Bedeutung für die eigene nationale Sicherheit. Zu einer erfolgreichen militärischen Intervention im Kaukasus reichen die türkischen Kräfte nicht aus, zumal eine solche Aktion ein russisches Eingreifen hervorrufen könnte.

Der kurdische Konflikt, der stetig in die Dimension eines Grenz-Guerillakrieges hineinwächst, bindet zudem erhebliche Kräfte. Zugleich muss die türkische Besatzung in Nordzypern samt einem Reservekorps zur Krisenverstärkung aufrechterhalten werden. Schliesslich wird man in Ankara die modernste und stärkste 1. Feldarmee, die Istanbul und die Provinz Edirne deckt, gerade wegen des jugoslawischen Zerfallskonflikts und der damit verbundenen unsicheren Situation auf dem Südbalkan nahe an der türkischen Grenze nicht reduzieren.

Hier liegt auch der relevante militärische Nato-Beitrag der Türkei fest. Rücksicht auf die USA und das Bündnis verbindet sich mit dem türkischen Eigeninteresse, in Europa auch militärisch stark zu bleiben, die Grenzgebiete zu Griechenland und Bulgarien adäquat zu decken.

Jenseits des Kaspischen Meeres öffnet sich die von Turkvölkern besiedelte Weite Zentralasiens bis nach China im Osten. Doch obwohl die Türkei mit ihrer demographischen Kraft und einer auf rustikale Produkte, einfache Produktion und Dienstleistungen spezialisierten, dabei aber partiell schon höher entwickelten, moderner Organisation wie moderner Technik seit etwa einem Jahrzehnt nicht mehr verschlossenen, unter Özals Regie dynamisch aktivierten Wirtschaft in den zentralasiatischen Raum vordringen könnte, reichen ihre politischen, organisatorischen und letztlich auch ihre ökonomischen Mittel dafür nicht aus. Militärische Optionen hat die Türkei aus den erwähnten Gründen in Zentralasien wie am Kaukasus über die Grenzverteidigung hinaus ohnehin nicht.

Das Hauptproblem liegt im kulturell-psychologischen Schlüsselbereich des Islam. Wirtschaftlich und technisch dürfte der türkische Einfluss, der mit Kapitalinvestition und Finanzhilfe in einem 1993 schon die Milliarden-US-Dollar-Größenordnung erreicht, dem russischen und dem iranischen durchaus ebenbürtig, dem pakistanischen, sollte er sich dort manifestieren, überlegen sein. Der kulturelle Einfluss der Türkei hat sogar eine reale Chance in künstlichen Staaten, die von der russischen Kolonialmacht und später von der UdSSR in mehr oder weniger willkürlich über historische Kontinuitäten und Abgrenzungen hinweg und durch Völker oder Völkerschaften hindurch gezogenen künstlichen Grenzen geschaffen wurden: Die vom Sowjetstaat systematisch betriebene Entislamisierung als Teil der atheistischen Kampagne gegen alle Religionen hat die Kraft des Islam in Zentralasien zunächst geschwächt und eine allgemeine Säkularisierung nicht nur der Politik, Erziehung, der Volksbildung und der sozialen Beziehungen, sondern auch der Bevölkerung insgesamt bis auf wenige Spuren muslimischen Lebens bewirkt. Nicht eine "islamische Renaissance" stellte sich der Sowjetgewalt und dem Kommunismus entgegen, sondern das einheimische Nationalbewusstsein der Völker und Nationalitäten, die vom "Sowjetföderalismus" auf dem Niveau der Folklore als "kultureller Autonomie" in der Sowjetgesellschaft geduldet und sogar gefördert worden waren, wie der regionale Partikularismus der Sowjetrepubliken und in diesen der "autonomen Republiken". Für beides waren die einheimischen Sprachen und Sitten von Bedeutung, nicht aber die Religion, also die Praxis des islamischen Kultes. Der Islam konnte in seiner Passivität jeder Repression widerstehen, nicht weil er stark gewesen wäre, sondern weil er schwach war und die grosse Bevölkerungsmehrheit in Zentralasien sich für ihn nicht wirklich interessierte. Damit interessierten sich die regionalen Sowjetautoritäten auch wenig für den Islam, was in Moskau zwar gerügt, aber doch geduldet wurde. Davon könnte heute die Türkei für ihren kulturellen Einfluss in Zentralasien profitieren, wenn zu Hause in Anatolien nicht die fanatischen Islamisten am Werke wären, um die türkische Sprache wieder an das Arabische des Koran zu binden und damit für die Rückkehr zur arabischen Schrift in der Türkei vor der Einführung des lateinischen Alphabets als moderner Schriftsprache des Türkischen zu wirken. Dies dürfte ihnen zwar nicht gelingen, doch sie versuchen, in Zentralasien das Türkische

mit der arabischen Koransprache zu verbinden und drängen das Arabische den zentralasiatischen Turkvölkern als "Sprache des Propheten" zusammen mit der Idee vom "Gottesstaat" auf.

Dabei wirken sie parallel zu den Saudis, die mit ihrem Geld natürlich die arabische Sprache und die sunnitische Form des Islam zu verbreiten suchen, während die Iraner mit der persischen Schriftsprache und dem persischen Koran der Schiiten werben. Wer in diesem Wettstreit der Gerechten den Sieg davontragen wird, steht dahin - auch ob überhaupt ein Sieg einer Richtung zustandekommt. Die laizistische Türkei kann mit ihrer Kulturpolitik am ehesten zum Erfolg bei den Turkvölkern kommen, wenn der türkische Staat sich gegen die Islamisten durchsetzt: Die Entwicklung im Innern bestimmt die in Zentralasien. Es wird dabei vor allem davon abhängen, ob es dem türkischen Staat mit seinen beschränkten Mitteln gelingen wird, den in Zentralasien stark aufkommenden Nationalismus der einzelnen Turkvölker vom Vorteil der auf den lateinischen Schriftzeichen des westeuropäischen Alphabets beruhenden modernen türkischen Sprache als *lingua franca* und als Identitätsmerkmal gegenüber den Russen, Persern, Afghanen und Chinesen zu überzeugen. Mit einem solchen Vorhaben, das in Ankara viele Wortführer (besonders unter den Nationalisten von rechts) hat, ist natürlich auch die politische Frage von der Einheit der Turkvölker in Verbindung mit der Türkei gestellt. Hier gibt es zwei Entwürfe: 1. den klassischen für ein grosses "Turkestan", also die bundesstaatliche Zusammenfassung Zentralasiens zwischen Russland im Westen und China im Osten mit der Abgrenzung sowohl zur Türkei als auch zum Orient im Süden vom Iran bis nach Pakistan, 2. einen neuen türkischen für eine Art loser Konföderation aller Turkvölker Zentralasiens und der Türkei, die im Sinne der schon einmal nach Istanbul einberufenen Konferenz dieser Staaten "eine türkische Welt" (Özal und Demirel) aus der Versenkung der Geschichte heben würde, in der die türkische Sprache das Medium wäre. Ob sich eine solche kulturelle Einheit mit oder ohne islamische Bindung durch Zusammenhalt politisch vorteilhaft von der "Arabischen Liga" unterscheiden und politische Realität selbst gegenüber der GUS um Russland gewinnen könnte, ist eine andere Frage. Die Araber einte seit 1919 immerhin der panarabische Nationalismus mit dem Ideal einer "Arabischen Nation", die einmal "Arabien" schaffen würde. Aber eine all-türkische Nation ist bisher weder die Vision in der Türkei noch der Turkvölker Zentralasiens. Der "Turanismus" oder "Pantürkismus", von dem seit Beginn des Jahrhunderts viel die Rede gewesen ist (auch in der KPdSU Stalins), ist bisher jedenfalls nicht eine gemeinsame Sache der Türken und Turkvölker. Doch ein Interesse an engeren Verbindungen besteht allseits, obwohl Voraussetzungen für ein "türkisches Commonwealth" nicht bestehen. Es ist eher wahrscheinlich, dass einer "pantürkischen" Politik ein ähnliches Schicksal bereitet würde wie der panslawistischen und der pangermanischen in Europa.

Beiden Möglichkeiten wirken die Existenz des an Russland und China grenzenden grossen Kasachstan mit einer bisher zu 49 Prozent europäischen Bevölkerung (Stand 1990), in der die Russen mit 38 % das stärkste Element sind, und die Grösse des Raumes im Verhältnis zur Türkei sowie der tief sitzende Partikularismus der Turkvölker entgegen. Tadschiken, Kyrgisen und Turkmenen, schliesslich die beiden grössten Völker der Usbeken (rund 14 Millionen) und der

Kasachen (rund 8 Mio.), zeigen bisher keinen Einheitswillen. Die türkischen Möglichkeiten sind geringer, als es die russischen je waren. Der afghanische Einfluss in Tadschikistan, Revanche für die sowjetische Intervention in Afghanistan, ist z.B. unmittelbarer als es der türkische so weit von der Türkei entfernt und über den Kaukasus hinweg je sein könnte. So könnte ein "türkisches Modell" nur indirekt und regional wirken.

Der Fall Aserbeidschan im Konflikt mit Armenien um Nagornyj-Karabach ist die Probe aufs Exempel. Die Türkei hat bei aller offiziellen Zurückhaltung und Vorsicht doch Aserbeidschan gegen Armenien unterstützt. Der Erfolg ist bisher am Kriegsverlauf nicht erkennbar, haben die Armenier doch nach langen Kämpfen und Leiden derzeit die Überhand gewonnen. In Aserbeidschan, wo die Kommunisten ähnlich wie in Tadschikistan das Heft in der Hand haben, nachdem die antikommunistischen Nationalisten die Macht nicht behaupten und die auf Iran gestützten schiitischen Islamisten bisher kaum Boden über das Grenzgebiet hinaus gewinnen konnten, hat die Türkei bisher keine ausreichende Basis für privilegierten Einfluss, den man in Ankara sucht. Der Konflikt mit Armenien stellt für die Türkei (wie oben ausgeführt) aber weniger eine Chance denn ein Risiko dar: Auf der türkischen Seite leben Kurden als Einsprengsel auch in Nordostanatolien in den ehemals rein armenischen Provinzen, aus denen ein grosser Teil der armenischen Bevölkerung im Ersten Weltkrieg zwangsausgesiedelt wurde. Die Narben der Armenier schmerzen noch. Auf der anderen Seite der Grenze hat auch das Ex-Sowjetarmenien eine kurdische Minderheit. Das Konfliktpotential ist deshalb nicht zu übersehen.

So schliesst sich der Kreis der Konflikte im Innern und jenseits der Grenzen für die Türkei. Beide Kategorien wirken über die Grenzen hinweg unmittelbar aufeinander ein und behindern die aussenpolitische Handlungsfreiheit der Türkei. Die türkische Politik sieht sich heute nach mehreren Jahren des kurdischen Konflikts im Südosten Anatoliens auf dem eigenen Staatsgebiet in die Defensive gedrängt und von den psychologischen Auswirkungen dieses Konflikts und der Repression des kurdischen Separatismus, die zwar die Sezession türkischer Grenzprovinzen verhindern, aber das Problem ebenso wenig beseitigen kann wie die innere Landesentwicklung durch Pläne wie den für Bewässerung und Befruchtung des kargen Landes auf der Basis des "Atatürk-Staudamms", in ihren Aussenbeziehungen belastet.

Diese Lage ist sehr viel kritischer als die im politischen Konflikt mit Griechenland über Zypern und die Ägäis (genauer die Abgrenzung des maritimen Hoheitsgebietes nach dem Festlandsockel-Kriterium in der ägäischen Inselwelt vor der Westküste Anatoliens). Das Zypernproblem wird früher oder später durch einen territorialen Kompromiss bei Abgrenzung zwischen den Griechen und Türken der Insel in zwei mehr oder weniger homogenen Siedlungsschwerpunkten nach dem Prinzip des territorialen Föderalismus zweier Volksgruppen unter dem Dach einer neuen zypriotischen Verfassung gelöst werden. Obwohl er in einem geronnenen Zustand nun seit 30 Jahren andauert, kann man von diesem über Jahre blutigen Streit sagen "il a vecu": Das Schlimmste ist längst vorüber, die Zwangsumsiedlung durch gegenseitige Vertreibung und Neubesiedlung hat die Grundlage für die friedliche Koexistenz in der Trennung geschaffen, die Politik des *fait accompli* hat sich durchgesetzt. Die Insel kann isoliert

werden - die See ist die beste Grenze, Griechenland ist fern und die Türkei ist nahe.

Das Kurdenproblem mit den Landgrenzen im Süden, die unmittelbare Nachbarschaft zu den äusseren Konfliktherden auf dem Balkan und am Kaukasus, zu deren Entstehen die Türken keine neuen Ursachen beigetragen haben, stellen schwierigere Herausforderungen an die Türkei. Doch diese summieren sich auch in einer Lektion: Abgesehen von einem ökonomischen Expansionismus über die nahen Märkte des Mittelmeeres, des Schwarzen Meeres und des unteren Donauroumes, des Mittleren Ostens mit der Levante und dem Golf, hat die Türkei alles Interesse daran, bei Kemals vorsichtiger defensiver und neutraler Politik zu bleiben, wobei der Acquis der Atlantischen Allianz die türkische Position eher stärkt als schwächt. Die Regierungen in Ankara haben sich schon seit den siebziger Jahren gegenüber den orientalischen Nachbarn davon leiten lassen und jedes politische Engagement an der Seite der USA vorsichtig begrenzt, militärisches Mitwirken auf Logistik und Stützpunktnutzung beschränkt. 1973 im Nahostkrieg sperrte die Türkei ihr Gebiet und ihren Luftraum den USA für deren logistische Unterstützung Israels gegen dessen arabische Feinde. Im ersten Golfkrieg 1980-89 zwischen Irak und Iran verhielt sich die Türkei strikt neutral wie im politischen Konflikt zwischen den USA und der schiitischen Revolution im Irak ab 1978-79. Schon ab 1986 beschränkte Ankara die militärischen Nato-Optionen gegen die UdSSR auf die nuklearen Angriffsmittel, die bereits im Lande waren, und verweigerte ihre Mitwirkung an der Modernisierung dieses Potentials mit Rücksicht auf die Sowjetunion, zu der sie wieder "gutmachbarliche" Beziehungen im Rahmen der gesamteuropäischen Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle wie im Nato-Bündnisrahmen herzustellen suchte. Zu diesem Zweck beschlossen Generalstab und Regierung (damals die Regierung Özal) 1987-88 eine neue "Militärdoktrin", die mit der Nato-Konzeption von der Strategie der "flexiblen Erwidern" im nuklearen Bereich nur noch zur Not für vereinbar erklärt werden konnte. Im Golfkonflikt von 1990-91 setzte Präsident Özal die Unterstützung der internationalen Koalition durch Freigabe der Nato-Basen und des Luftraumes für amerikanische Luftoperationen gegen den Irak durch. Doch er erreichte dabei auch die Grenze der türkischen Toleranz für die Nato-Verpflichtungen und deren Wirkungen (ganz abgesehen vom Protest und Rücktritt des Generalstabschefs). Dafür drängte Ankara auch auf eine Schonung des Irak und relativierte die humanitäre Nato-Hilfe für die bedrängten Kurden durch ein verdecktes Zusammenspiel mit Bagdad zur Dezimierung der kurdischen Milizen, das sich seither fortsetzt wie die türkischen Luftangriffe im Nordirak gegen kurdische Ziele.

Das Ganze fügt sich zusammen zu einer komplizierten Strategie im Sinne des Moltke-Wortes von der Strategie als einem "System der Aushilfen" oder Notbehilfe. Die Plandaten der türkischen Politik lassen keine grossen Entwürfe, keine *grand designs* zu, obwohl die geopolitische Position der Türkei aufgewertet ist. Die türkische Aussenpolitik steht vor komplexen Problemen an allen Grenzen, bei denen die Wechselwirkungen zwischen inneren und äusseren Konfliktursachen jede Lösung erschweren und deshalb Geduld und Vorsicht erfordern.

Gerhard Simon

Russland: Imperiale Restauration oder Neubeginn als europäischer Nationalstaat?

Für Russland und die Russen hat das Ende des Kommunismus eine Dimension, die für die anderen Nationen und Staaten in Osteuropa nicht zutrifft. Da ist zunächst das Gemeinsame für die Russen, die Esten und die Polen: Das sowjetische Herrschaftssystem ist zusammengebrochen, die kommunistische Partei als der Träger der Macht ist von der Bühne abgetreten, das planwirtschaftliche System ist gescheitert. Aber neben dem Gemeinsamen steht das Besondere: Die Esten, die Polen und viele andere Nationen im ehemals kommunistisch regierten Osten Europas konnten ihre eigene nationale Staatlichkeit befestigen, wiedergewinnen oder überhaupt erst mit der Einrichtung eines eigenen Staates beginnen. Die Russen aber haben ihren Staat verloren.

Dies ist einer der tiefsten Einschnitte in der Staatengeschichte Europas und allenfalls vergleichbar mit dem Ende der Habsburger Monarchie 1918 oder dem Ende des Deutschen Reiches 1945. Dabei ist es von symptomatischer historischer Bedeutung, dass Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts als europäischer Nationalstaat wiederhergestellt worden ist, während das Reich der Habsburger endgültig der Geschichte angehört. Die in manchen Ländern Ostmitteleuropas derzeit umgehende Nostalgie nach der Donau-Monarchie ist nur eine Bestätigung dieses Sachverhalts. Das Reich der Habsburger ist aus dem Bereich der realen Politik in den der romantischen Verklärtheit abgewandert. Hier wird ein Grundzug der Geschichte Europas seit dem 18. Jh. deutlich: Der Nationalstaat wurde in Europa zur Normalität, zum selbstverständlichen Ordnungsprinzip von Macht und Staat. Nirgendwo in Europa haben sich multinationale Imperien bewahren lassen. Sowohl die alten Reiche wie das der Habsburger oder der Osmanen als auch die neuen Kolonialreiche wie die Grossbritanniens, Frankreichs, Belgiens oder der Niederlande lösten sich auf.

Bis vor wenigen Jahren schien es, als ob es eine Ausnahme von dieser Regel gebe: die Sowjetunion. Blieb die Sowjetunion erhalten, weil sie so fortschrittlich war, weil sie über die Stufe der europäischen Nationalstaaten schon hinaus war und ihre Existenz ein Zeichen der neuen Zeit einer suprastaatlichen Integration und der Überwindung der Nationalstaaten war? Oder war die Sowjetunion im Gegenteil ein Relikt aus alter Zeit, eine Verkörperung der überkommenen historischen Rückständigkeit Russlands? Heute ist klar: Die Sowjetunion war ein Fossil aus alter Zeit. Sie war eben nicht der Beginn von etwas ganz Neuem, wie die Kommunisten stets behauptet hatten, sondern lediglich die Fortsetzung des Russischen Reiches mit neuen bolschewistischen Mitteln. Lenin und die Bolschewiki haben 1917 mit ihrer blutigen Revolution eine moderne, neue Ordnung der Nationen und Staaten im euro-asiatischen Raum durch die Wiederaufrichtung des Russischen Reiches verhindert. So wurde eine moderne, nationalstaatliche Ordnung im Osten Europas vom Beginn auf das Ende des 20. Jh.s verschoben.

Dies hatte schwerwiegende Folgen. Während der Westen Europas inzwischen darangeht, nationalstaatliche Ordnung zwar nicht aufzuheben und zu überwin-

den, aber doch durch bestimmte suprastaatliche Strukturen zu überwölben, tritt der Osten Europas erst jetzt voll und manchmal mit grosser emotionaler Geste in eben jene nationalstaatliche Ordnung ein, die im Westen Europas bald als rückständig gilt.

Die Russen und Russland sind durch diese Vorgänge in eine schwere historische Krise geraten, die niemand mit ihnen teilt und deren Ausweg und Ende keineswegs sicher sind. Während alle anderen darangehen, ihre Staaten neu aufzubauen oder die alten wiederherzustellen, stehen die Russen zunächst einmal vor dem Ende ihres Staates, wie er in Jahrhunderten ausgebildet worden war, und wie ihn zuletzt die Bolschewiki wiederhergestellt und bis zum Ende unseres Jahrhunderts geführt hatten.

Vergleicht man die Sowjetunion von vor zehn oder zwanzig Jahren mit der Russischen Föderation von heute hinsichtlich der Stellung als Grossmacht, hinsichtlich des wirtschaftlichen Potentials, der Bevölkerung oder des Raumes, so lässt sich eine gewaltige Verlustrechnung aufmachen. In keinem der Kriege in den vergangenen Jahrhunderten haben das Russische Reich oder die Sowjetunion Verluste hinnehmen müssen, die vergleichbar wären mit der Verkleinerung des Territoriums nach dem Ende der Sowjetunion im Dezember 1991. Dabei ist nicht ein einziger Schuss von fremdem Boden auf die UdSSR abgefeuert worden. Die Geschichte des Moskauer Russischen Staates, wie er seit dem 14. Jh. entstanden ist, scheint tatsächlich an ihr Ende gekommen zu sein. Ein zentraler Zug dieser Geschichte war die territoriale und machtmässige Expansion zunächst innerhalb des Siedlungsgebietes der ostslavischen Stämme im Mittelalter und später nach Süden und Osten bis zu den warmen Meeren und zur Küste des Japanischen Meeres. Russland hat in gewissem Umfang sein Selbstbewusstsein und seine Legitimation aus Grösse und Expansion bezogen. Von daher wird verständlich, dass der gegenwärtige Umbruch eine gewaltige Herausforderung darstellt, die nicht leicht und nicht schnell zu bewältigen ist.

Es geht nicht nur darum, sich auf ein verkleinertes territoriales, ökonomisches, militärisches und insgesamt machtpolitisches Potential einzustellen, sondern die Geschichte verlangt von den Russen eine Veränderung ihrer politischen Mentalität. Dies betrifft insbesondere ihr nationales Bewusstsein. Das Nationalbewusstsein der Russen war auch in moderner Zeit im wesentlichen und zuerst auf das Territorium und den Staat gerichtet und allenfalls in zweiter Linie auf den Ethnos. Damit unterschied sich das russische Nationalbewusstsein vom europäischen Normalfall, wo nationale Identität auf die Gemeinschaft der Volkzugehörigen - die *Nation* - und erst in zweiter Linie auf das Territorium gerichtet ist. Hinzu kommt, dass der russische Staat spätestens seit dem 16. Jh. ein Vielvölkerreich war, in dem die Russen zwar zahlenmässig das grösste Volk darstellten, aber am Ende des 19. Jh.s weit weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Reiches, nämlich 44,3 % ausmachten. Das russische nationale Bewusstsein griff also auch in moderner Zeit stets weit über den ursprünglichen Siedlungsraum der Grossrussen im Osten Europas hinaus und bezog sich auf die Grenzen eines Staates, der sich bis zuletzt und gern als ein Sechstel der Erde darstellte.

Die Russische Föderation von heute ist in ihrem territorialen Bestand weitgehend reduziert auf die Grenzen des Russischen Reiches Mitte des 17. Jh.s, vor der Einbeziehung der linksufrigen Ukraine in den Moskauer Staat. Allerdings hat Russland heute im Unterschied zu damals direkten Zugang zur Ostsee, zum Schwarzen Meer und zum Japanischen Meer. Erschwerend kommt hinzu, dass die heutigen Grenzen der Russischen Föderation in vielen Fällen weder historisch noch ethnisch noch ökonomisch sinnvolle Grenzen sind. Sie stammen vielfach aus der Stalin-Zeit; niemals ist daran gedacht worden, dass sie Aussen Grenzen eines selbständigen Staates werden könnten.

Natürlich stellt sich die Frage, ob das Ende des Imperiums für Russland und die Russen tatsächlich ein Verlust war, oder ob nicht umgekehrt erst jetzt nach dem Ende des Imperiums sich die Möglichkeit für eine Gesundung und Modernisierung der russischen Nation eröffnet. Hat nicht das Imperium die Kräfte Russlands überanstrengt? Ist die Rückständigkeit Russlands nicht gerade die Folge einer imperialen Politik, die je länger, je mehr Russland auszehrte? Die Nationen Ostmitteleuropas und zahlreiche Nationen im europäischen Teil der Sowjetunion erlebten das Sowjetsystem als russische Fremdherrschaft. Die wirtschaftlichen und politischen Kosten für die Aufrechterhaltung einer Fremdherrschaft sind im 20. Jh. explosionsartig gestiegen.

Manche Russen wie Solschenizyn haben deshalb bereits seit Beginn der siebziger Jahre für einen Verzicht auf das Imperium plädiert, um endlich die inneren Probleme Russlands anpacken zu können. Seit Ende der achtziger Jahre sind radikal-demokratische Gruppierungen in Russland mit Nachdruck für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker der Sowjetunion eingetreten. Sie sehen im Ende des Imperiums den Beginn einer neuen demokratischen Zukunft für Russland. Zu den Wortführern der Auflösung des Imperiums im Namen der nationalen Selbstbestimmung gehörte bis zu seinem Tod im Dezember 1989 Sacharow.

Damit wird Russland auf den Weg der europäischen Normalität verwiesen. Der europäische Nationalstaat ist das politische Gemeinwesen, in dessen Mittelpunkt eine Nation steht und dessen Aufgabe und Legitimität sich aus der ökonomischen, sozialen, kulturellen und machtpolitischen Entwicklung und Interessenwahrnehmung für die Gemeinschaft herleiten. Nationalstaat bedeutet weder Ethnokratie noch unaufhebbare Antagonismen gegenüber benachbarten Nationalstaaten. Jedenfalls ist es in der zweiten Hälfte des 20. Jh.s in Europa gelungen, die Konfliktregulierung zwischen den Nationalstaaten in friedliche Bahnen und sogar in suprastaatliche Strukturen zu leiten. Radikal-demokratische Strömungen in Russland treten auch in diesem Sinne für Verwestlichung ein. Russland könne nur dann zu einem demokratischen Staatswesen werden, wenn es die imperialen Traditionen und Ambitionen ganz bewusst und gezielt ablege. In der Tat zeigt die europäische Geschichte der Neuzeit, dass Demokratien nicht in der Lage gewesen sind, multinationale Imperien zu erhalten. Das Ende des sowjetischen Imperiums, schreibt Wjatscheslaw Daschtschew, "bedeutete die Rettung vom Bösen auch für Russland". "Es entfiel die Notwendigkeit, riesige Mittel des Volkes für die Aufrechterhaltung und die Bewahrung der totalitären Macht aufzuwenden. Der rote Faden einer jahrhundertealten Entwicklung Russlands riss ab, einer Entwicklung, bei der Demokratie und

Freiheit der Bürger den imperialen Interessen zum Opfer gebracht wurden."¹ Russland müsse seine begrenzten Kräfte jetzt nach innen statt wie jahrhundertlang nach aussen wenden, nur dann bestehe eine Chance für den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats und einer Marktwirtschaft - so argumentieren radikale Demokraten und Westler.

Aber wird sich Russland zu einem Nationalstaat europäischen Typs wandeln? Bestehen dafür überhaupt die Voraussetzungen und der politische Wille? Was die Voraussetzungen angeht, so wird gegen einen solchen Wandel nicht nur die jahrhundertealte Tradition der russischen Reichsbildung vorgebracht, sondern man weist auch darauf hin, dass doch die Russische Föderation bis heute trotz aller Verkleinerungen ein Vielvölkerstaat geblieben sei. In der Tat leben auch nach dem Ende der Sowjetunion noch zahlreiche nichtrussische Völker in staatlicher Gemeinschaft mit den Russen; vor allem im mittleren Wolgaraum und im Nordkaukasus siedeln grosse Turkvölker wie die Tataren, ostfinnische Völker und zahlreiche Völker des Kaukasus. Dennoch überzeugt das demographische Argument nicht. Der Anteil der Russen an der Bevölkerung der Russischen Föderation betrug 1989 81,5 %; durch russische Rückwanderung steigt dieser Anteil weiter. Damit ist die Russische Föderation national homogener als die meisten anderen Nachfolgestaaten der UdSSR. Niemals in der Neuzeit hatte der russische Ethnos ein so starkes Gewicht im eigenen Staat. Nach den Eroberungen Peters I. stellten die Russen 1719 etwa 70 % der Gesamtbevölkerung des Reiches. Am Ende des 19. Jh.s waren die Russen, wie gesagt, nur noch 44,5 %, und am Ende der Sowjetperiode bezeichneten sich bei der Volkszählung 1989 50,8 % der Bevölkerung der Sowjetunion als Russen.

Gerade von den demographischen Voraussetzungen her müssen die Chancen für einen Wandel zu einem Nationalstaat als gut eingeschätzt werden. Im übrigen ist vollständige nationale Homogenität weder das Ziel noch die Realität in Europa. In vielen europäischen Nationalstaaten leben nationale Minderheiten entweder von alters her, wie in Spanien oder Finnland, oder infolge massiver Zuwanderungen seit den sechziger Jahren wie in Frankreich oder in Deutschland. Dabei sind diese Zuwanderer allerdings ihrem Status nach überwiegend Ausländer. Die Bereitschaft und Fähigkeit des Nationalstaates, Minderheiten zu integrieren und zu schützen, ist ein entscheidender Test für die demokratische Zähmung des Nationalstaates. Gerade der russische Staat mit einer jahrhundertealten Erfahrung im Zusammenleben vieler Völker sollte in der Lage sein, Autonomieregelungen für die Nichtrussen zu finden.

Ob der Wandel Russlands zu einem Nationalstaat gelingt, entscheidet sich daran, ob in Russland der politische Wille zur Durchsetzung dieses Zieles ausreicht, und ob es gelingt, die politische Mentalität zu ändern, d.h. die imperiale Mentalität zu überwinden. Dies kann keineswegs als sicher gelten. Wie gross diese Aufgabe ist, und wie schwer zu bewältigen, das lehrt ein Blick auf die deutsche Geschichte nach 1918. Die Verluste Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg waren um ein vielfaches geringer als jene, die Russland heute zu verkraften hat. Dennoch war der Revisionismus nach Versailles in Deutschland

¹ Izvestija, 10. März 1993.

in den zwanziger Jahren über viele Parteigrenzen hinweg weitgehend konsensfähig und bildete eine der Voraussetzungen für Aufstieg und Sieg der Nationalsozialisten.

Das grösste Hindernis für den Wandel Russlands in Richtung auf europäische Normalität sind die Tendenzen zu einer imperialen Restauration, die erst nach dem Ende der Sowjetunion in aller Schärfe hervorgetreten sind. Neo-imperiale Rhetorik bestimmt seit dem Frühjahr 1992 in beträchtlichem Umfang die politische Tagesordnung in Russland. Besonders der Kongress der Volksdeputierten und der Oberste Sowjet sind zu einem Hort der alten und neuen Reichsideologie geworden. Das ist insofern überraschend, als die gleichen Abgeordneten seit Sommer 1990 einen entscheidenden Beitrag zur Auflösung der alten Sowjetunion geleistet haben. Die Abgeordneten, deren überwältigende Mehrheit heute den Zerfall der Sowjetunion nicht akzeptiert, verabschiedeten am 12. Juni 1990 beinahe einstimmig die Souveränitätserklärung der RSFSR, die sich hier "das Recht des freien Austritts aus der UdSSR" vorbehielt. Die Souveränitätserklärung deklarierte den Vorrang der Gesetze der RSFSR gegenüber Unionsgesetzen und hob de facto den alten sowjetischen Zentralstaat aus den Angeln.²

Das Wehklagen über das Ende der Sowjetunion setzte in grosser Lautstärke erst post factum ein, d.h. nach der völkerrechtlich gültig vollzogenen Auflösung der UdSSR im Dezember 1991. Heute ist in Russland über die Grenzen vieler politischer Gruppierungen hinweg die Einschätzung konsensfähig, der Untergang der UdSSR sei ein Unglück gewesen, und er habe für alle mehr Schaden als Nutzen gebracht. Die Einschätzung lautet also nicht, die Entstehung der UdSSR sei ein Unglück gewesen - sondern ihr Ende. Diese Front der Übereinstimmung, dass der Untergang der Sowjetunion eher negativ als positiv einzuschätzen ist, reicht von den Kommunisten und radikalen russischen Chauvinisten auf der einen Seite über die verschiedenen sogenannten zentristischen Gruppierungen bis weit in das Lager der Jelzin-Führung hinein. Dabei ist bei den verschiedenen politischen Gruppierungen und innerhalb der Publizistik umstritten, wie es zu dem Untergang hat kommen können und welches die eigentlichen Ursachen waren, ebenso wie die Frage, welche Konsequenzen aus dem Ende der Sowjetunion nun für die Zukunft zu ziehen sind.

Was die Ursachen für den Untergang angeht, so reichen die Urteile von der Feststellung, er sei unvermeidbar gewesen, bis hin zur Behauptung, Jelzin und die Demokraten hätten die UdSSR zugrunde gerichtet und müssten als Hochverräter vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Hinsichtlich der Konsequenzen für die Zukunft gehen die Meinungen ebenso weit auseinander. Auf der Seite der gemässigten politischen Gruppierungen, etwa im Umkreis der "Bürgerunion", besteht die feste Entschlossenheit, weiteren Zerfallstendenzen nun mit aller Kraft entgegenzutreten. Der Erhalt der Russischen Föderation in ihren heutigen Grenzen gilt als Mindestforderung. Der Austritt irgendwelcher Republiken oder gar russischer Regionen müsse mit allen Mitteln verhindert werden. Darüber hinaus - so diese sogenannte zentristische Position - müsse Russland im euroasiatischen Raum eine besondere Rolle als Garant von Sicherheit und Stabilität

² Argumenty i fakty, 16. Juni 1990.

eingräumt werden; Russland könne jedenfalls nicht auf die Rolle eines Staates wie jeder andere reduziert werden. Die sogenannte rot-braune, unversöhnliche Opposition fordert demgegenüber mehr oder weniger unverhüllt die Wiederherstellung der Sowjetunion in ihren alten Grenzen, wobei auch der Einsatz militärischer Mittel keineswegs ausgeschlossen wird. Bei aller Differenziertheit dieser Positionen im einzelnen ist ihnen doch gemeinsam, dass sie den Untergang der Sowjetunion nicht in erster Linie als eine Chance für die Zukunft, sondern als einen Bruch mit der Vergangenheit begreifen. Dies ist der Boden, auf dem restaurative Tendenzen gedeihen.

Hier ist allerdings hinzuzufügen, dass wir nicht wissen, ob und in welchem Umfang diese restaurativen Tendenzen von der russischen Gesellschaft insgesamt geteilt werden, oder ob ihre Wurzeln dort eher schwach und unsicher sind. Die russische Gesellschaft ist in den Strukturen der Macht und vor allem in den parlamentarischen Institutionen, in den Sowjets, nicht angemessen vertreten. Das Referendum vom 25. April 1993 hat deutlich gemacht, dass der russische Wähler insgesamt reformfreudiger, umsichtiger und moderater ist als die überwiegende Mehrheit derer, die sich in den Sowjets und in den Bürokratien als die Sprecher des russischen Volkswillens ausgeben. Auch soziologische Umfragen machen deutlich, dass die Wiederherstellung des Imperiums oder Grossmachtambitionen in der Gesellschaft keineswegs hohe Priorität geniessen. Meinungsumfragen kommen zu dem Ergebnis, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung potentiell für eine imperiale Politik zu gewinnen ist. Es könnte deshalb sein, dass bei vorgezogenen Wahlen jene Parteien und Gruppierungen, die neo-imperialen Positionen einen hohen Stellenwert einräumen, bei den Wählern eher mässigen Anklang finden.

Vorerst aber wird die politische Rhetorik von der Vergangenheit und nicht von der Zukunft beherrscht. Dies findet auch in den seit 1992 gängigen neuen Wortprägungen vom "nahen Ausland" und vom "fernen Ausland" seinen Ausdruck. Mit "nahem Ausland" werden die anderen neuen Staaten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion bezeichnet, wobei nicht eindeutig klar ist, ob dazu auch die baltischen Staaten zählen. Jedenfalls führt diese neue Terminologie dazu, dass beispielsweise Tadschikistan "nahes", Finnland aber "fernes Ausland" ist. Es gab 1992 Forderungen, die im Obersten Sowjet unterstützt wurden, die Beziehungen Russlands zu den Staaten des "nahen Auslands" aus dem russischen Aussenministerium auszugliedern und dafür ein eigenes Ministerium zu schaffen. Bislang ist es allerdings zu einem solchen Schritt, der insbesondere von den Gegnern des Aussenministers Kosyrew favorisiert wurde, nicht gekommen.

Die Position der sogenannten zentristischen Kräfte wurde in einem Positionspapier des Komitees für auswärtige Angelegenheiten des Obersten Sowjet unter seinem Vorsitzenden Ambarzumow im August 1992 formuliert. Das Komitee forderte eine russische Monroe-Doktrin, nach der die Aussenpolitik der Russischen Föderation "auf einer Doktrin beruhen muss, die den gesamten geopolitischen Raum der früheren Union als Sphäre der lebenswichtigen Interessen der Russischen Föderation beansprucht". Die internationale Staatengemeinschaft müsse "die Rolle Russlands als politische und militärische Garantiemacht für die Stabilität auf dem gesamten Territorium der ehemaligen UdSSR anerkennen".

Die baltischen Staaten werden hier in die Interessensphäre Russlands einbezogen.³ Präsident Jelzin solidarisierte sich mit dieser Position, als er Ende Februar 1993 auf einem Forum der "Bürgerunion" sagte: "Der Augenblick ist gekommen, wo die entsprechenden internationalen Organisationen Russland als Garant des Friedens und der Stabilität auf dem Territorium der ehemaligen Union besondere Vollmachten einräumen müssen." Auf die empörten Reaktionen aus dem Baltikum, der Ukraine, Georgien, aber auch aus dem "fernen Ausland" reagierte das russische Aussenministerium mit der Versicherung, Russland beanspruche die "besonderen Vollmachten" lediglich "auf Bitten und mit dem Einverständnis der entsprechenden Republiken".⁴ Dieses halbe Dementi konnte den Verdacht nicht ausräumen, dass sich auch Präsident Jelzin neo-imperialen Tendenzen nicht verschliesst, die derzeit im politischen Moskau einen beherrschenden Einfluss ausüben.

Es fällt in Russland schwer, sich darauf einzustellen, in Zukunft ein Land wie jedes andere zu sein. Die Vorstellung von Russland als "Überstaat" ist tief mit dem nationalem Selbstverständnis verknüpft. Die so verstandene Rolle als Grossmacht verbindet sich bei der Mehrzahl der politischen Gruppierungen mit der Überzeugung, der Zerfall der Sowjetunion sei, jedenfalls in seiner gegenwärtigen Form, nicht endgültig. Zwar hat Russland völkerrechtlich verbindlich die Unabhängigkeit aller neuen Staaten anerkannt, aber in der politischen Publizistik und der politikwissenschaftlichen Reflexion werden massive Zweifel daran geäussert, dass die politische Landkarte, so wie sie im Dezember 1991 entstanden ist, auf längere Zeit Bestand haben wird. Kortunov vom Institut für die USA und Kanada geht davon aus, dass "einige Staaten der GUS von anderen, in höherem Masse lebensfähigen Organismen verschluckt werden."⁵ Insbesondere zwei Faktoren machen es dem politischen Russland heute schwer, die neue politische Landkarte als endgültig anzuerkennen: das Ausscheiden der Ukraine aus dem gemeinsamen Staatsverband mit Russland und die Tatsache, dass 25 Mio. Russen ausserhalb der Grenzen der Russischen Föderation leben.

Sowohl die gemässigten russischen Nationalisten vom Schlage Solschenizyns als auch die sowjetische Führung waren bis zuletzt davon ausgegangen, dass es gelingen müsse, einen gemeinsamen Staat zumindest für die drei ostslavischen Nationen zu bewahren. Diese Vorstellung stand auch hinter dem von Jelzin initiierten ersten Gründungsakt der GUS am 8. Dezember 1991 in Minsk, zu dem nur die Führer der Ukraine und Weissrusslands eingeladen worden waren. Dieses Minimalziel hat sich als unerreichbar erwiesen. Nach dem Ende der Sowjetunion setzte sich eine Entwicklung beschleunigt fort, die schon seit dem Sommer 1990 sichtbar gewesen war: Die Ukraine ging immer weiter auf Distanz zu Russland; zahlreiche potentielle Konfliktherde zwischen den beiden Staaten spitzten sich zu. Wiederholt konnten nur Verhandlungen der beiden Präsidenten miteinander eine vorübergehende Entspannung bewirken.

³ Izvestija, 7. August 1992.

⁴ Izvestija, 4. März 1993.

⁵ A.V. Kortunov, Konfliktnyj potencial "bliznego" zarubezja i adekvatnaja strategija Rossii, in: Diplomaticeskij vestnik, 15. November 1992, S. 41.

Die meisten politischen Gruppierungen in Russland sind bis heute nicht bereit, in der Unabhängigkeit der Ukraine etwas Endgültiges zu sehen. Sie wollen nicht wahrhaben, dass eine eigene Staatsbildung in der Ukraine gerade wegen der grossen kulturellen und historischen Nähe zu Russland nur in der Distanz zu Russland gelingen kann oder gar nicht. Islamische Staaten wie Usbekistan können sich die Nähe zu Russland leisten. Sie sind kulturell, sprachlich und der Mentalität ihrer Gesellschaft nach so weit von Russland entfernt, dass ein Aufgesogenwerden durch Russland ausgeschlossen ist. Für die Ukraine aber sind kulturell-sprachliche Assimilation und politische Inkorporation in Russland jahrhundertealte traumatische Erfahrungen. Gegenwärtig erkennt Russland zwar de jure die Unabhängigkeit der Ukraine an, de facto aber verweigern zahlreiche politische Gruppen diese Anerkennung. Im Ergebnis tragen sie damit allerdings zur Stabilisierung in Kiev bei. Denn es gibt derzeit nur *eine* Bedrohung für die Staatsbildung in der Ukraine von aussen, und sie kommt aus Moskau.

In der ersten Jahreshälfte von 1992 unterstützte der Oberste Sowjet in Moskau eine separatistische russische Bewegung auf der Krim, die für eine Loslösung der Halbinsel aus dem ukrainischen Staatsverband eintrat. Das russische Parlament erklärte in einem Beschluss im Mai 1992 die administrative Zuordnung der Krim zur Ukraine, die 1954 erfolgt war, "für null und nichtig von Anfang an". Mit der Krim ist die Verfügung über die ehemalige sowjetische Schwarzmeerflotte aufs engste verbunden, und führende russische Politiker liessen keinen Zweifel daran, dass die Schwarzmeerflotte Russland gehören müsse, bis Krawtschuk und Jelzin im Sommer 1992 eine Einigung über ein gemeinsames russisch-ukrainisches Oberkommando für die nächsten drei Jahre aushandelten.

Die Garantie sicherer Grenzen durch Russland hat für die Ukraine hohe Priorität. Sie werden aber von russischer Seite nicht nur in bezug auf die Krim in Frage gestellt; auch die Zugehörigkeit der südwestlichen Regionen der Ukraine, die sprachlich und kulturell stark russisch geprägt sind und wo eine beträchtliche russische Minderheit lebt, wird in Russland immer wieder in Frage gestellt. Vizepräsident Alexander Ruzkoj erklärte im Januar 1992, "das historische Bewusstsein der Russen erlaubt es niemandem, die Grenzen Russlands mit denen der Russischen Föderation mechanisch gleichzusetzen."⁶ Welche Konflikte hier lauern, wird aus einer Aussage des ukrainischen Präsidenten im April 1993 deutlich: "Ich werde niemals und mit niemandem Verhandlungen über Grenzrevisionen führen. Jede Spekulation in dieser Richtung ist gleichbedeutend mit dem Beginn eines Krieges."⁷

So richten sich die Spekulationen in Russland darauf, dass die ukrainische Staatsbildung von selbst in sich zusammenbricht. In einem Positionspapier des einflussreichen Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften wurde im Frühsommer 1992 empfohlen, "die Grundelemente der Kooperation und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern aufrecht-

⁶ Pravda, 30. Januar 1992.

⁷ Moskovskie novosti, 4. April 1993.

zuerhalten durch die Kombination einer Politik der Versöhnung, des Drucks und der umfassenden Nutzung internationaler Instrumente, und so abzuwarten, bis sich in Kiew die Periode des Strebens nach Selbstbehauptung überlebt."⁸ Der politische Berater von Präsident Jelzin, Sergej Stankewitsch, erklärte im Februar 1993 in Warschau, die Ukraine und Weissrussland gehörten zur Einflussosphäre Russlands, und Russland sei gegen eine enge aussenpolitische und militärische Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Polen. Der russische Botschafter in Kiew, Leonid Smoljakov, bezeichnete zum gleichen Zeitpunkt die ukrainische Unabhängigkeit als ein "vorübergehendes" Phänomen.⁹ Angesichts so massiver Infragestellungen der staatlichen Selbständigkeit kann es nicht verwundern, dass die Ukraine in der Frage der Atomwaffen eine Kehrtwendung vollzogen hat, und die atomare Abrüstung von zusätzlichen Sicherheitsgarantien abhängig macht. Präsident Krawtschuk hält allerdings nach wie vor an dem Endziel einer atomwaffenfreien Ukraine fest.

Ausser durch die ukrainische staatliche Unabhängigkeit ist das russische imperiale Selbstbewusstsein tief verwundet durch die Tatsache, dass nach dem Ende der UdSSR 25 Mio. Russen ausserhalb der Grenzen der Russischen Föderation leben. Sie waren seit Generationen - auch vor 1917 - ein wichtiger natürlicher Garant für die Stabilität des Imperiums. In sowjetischer Zeit ist die Zahl und die Rolle der Russen als Zement des Imperiums nachdrücklich ausgebaut worden. Jetzt sind Millionen von Russen in den neuen Staaten von einem Tag zum anderen zu einer nationalen Minderheit geworden, während sie doch zuvor als Angehörige der staatstragenden Nation der Sowjetunion bestimmte Sonderrechte genossen. Die Russen ausserhalb Russlands - und nur sie - hatten das Privileg, überall mit Bildungs- und Kultureinrichtungen in ihrer Muttersprache versorgt zu werden. Die Russen ausserhalb Russlands konnten fast alle Berufstätigkeiten und beruflichen Positionen in ihrer Muttersprache ausüben; sie hatten ausserdem fast überall überdurchschnittliche Chancen zum sozialen Aufstieg. Das heisst, sie waren im ganzen nicht nur gegenüber der einheimischen Titularnation, sondern auch gegenüber den Russen in Russland besser gestellt. Jetzt bekommen die Russen in den neuen Staaten nicht selten die Ressentiments jener zu spüren, die jahrzehntelang das Imperium als russisch bestimmte Fremdherrschaft empfunden haben. Die Russen sehen sich manchmal einer tatsächlichen, manchmal einer eingebildeten Diskriminierung ausgesetzt.

Es ist keine Frage, dass der russische Staat das Recht hat, sich für die kulturellen, sozialen und rechtlichen Belange von Millionen Volkszugehörigen in den Nachbarstaaten einzusetzen, von denen voraussichtlich eine beträchtliche Anzahl die russische Staatsbürgerschaft annehmen wird. Die Frage ist jedoch, auf welche Weise Russland die Russen ausserhalb des Landes schützt und mit welchen politischen Zielen dies geschieht. Hierbei sind zwei Faktoren zu bedenken:

1. In mehreren neuen Staaten, vorab in Estland, Lettland, der Ukraine, Moldova und in Kasachstan ist die russische Bevölkerungsgruppe zahlenmässig so

⁸ Vechernii Kyiv, 18. Juni 1992, zitiert nach: R. Solchanyk, Back to the USSR?, in: The Harriman Institute Forum, VI, Nr. 3, November 1992, S. 9.

⁹ Financial Times, 17. März 1993.

gross, dass potentiell mit ihrer Hilfe der jeweilige Staat massiv destabilisiert werden kann.

2. In allen neuen Staaten stehen bislang noch russische Truppenverbände. Nur mit Litauen gibt es eine vertragliche Abmachung, die den endgültigen Rückzug der russischen Truppen bis zum August 1993 vorsieht.

Die neo-imperialen Kräfte fordern die Ausnutzung beider Umstände, um, wie sie es sehen, die russische Minderheit vor Diskriminierungen zu schützen. Die Jelzin-Führung ist massivem Druck ausgesetzt, dem sie sich in manchen Fällen nicht hat entziehen können. So ist seit dem Oktober 1992 der Rückzug der Truppen aus Estland und Lettland mehrfach gestoppt worden, wobei Präsident Jelzin - so auch auf dem Gipfel von Vancouver im April 1993 - dies mit der Verletzung der Rechte der russischen Minderheit begründet hat.

Den neo-imperialen Kräften geht es tatsächlich nicht um den Schutz der russischen Minderheiten, sondern sie sind der Hebel, der angesetzt wird, um Russlands Rolle als "Überstaat" im euro-asiatischen Raum zu begründen und zu legitimieren. Mit ihrer Hilfe soll auf dem Boden der alten UdSSR eine Art neue Konföderation unter russischer Führung errichtet werden. Der stellvertretende Direktor des Europa-Instituts Karaganov bezeichnet die Russen im "nahen Ausland" als eine "mächtige ökonomische und politische Enklave, die Grundlage unseres politischen Einflusses sein wird". Man müsse die russischsprachige Bevölkerung "unter der allgemeinen Losung der Verteidigung der Menschenrechte und der Rechte der nationalen Minderheiten schützen". Dabei müssten einerseits ökonomische Sanktionen und Pressionen eingesetzt werden, andererseits dürfe aber auch Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele Russlands nicht ausgeschlossen werden. "Wir müssen die zügelnde Rolle der Gewalt wiederherstellen." Ziel der russischen Politik sei die "teilweise Reintegration der ehemaligen UdSSR in einem mehr oder weniger konföderativen Rahmen."¹⁰ Diese Forderung, Russland müsse durch ökonomischen und notfalls auch durch militärischen Druck politisches Wohlverhalten bei seinen Nachbarn erzwingen und dazu auch die Interessen der russischen Minderheiten instrumentalisieren, bezeichnet im heutigen politischen Spektrum Russlands eine mittlere, gemässigte Position. Die radikale kommunistische und chauvinistische Opposition spricht, wie einer der Führer der "Front der nationalen Rettung", Sergej Baburin, eine andere Sprache: "Entweder die Ukraine vereinigt sich wieder mit Russland, oder es wird Krieg geben."¹¹

In einem Fall ist es bei der Verteidigung der Interessen der russischen Minderheit bereits zur Anwendung militärischer Gewalt gekommen: In der sogenannten Dnestr-Republik, die sich seit September 1990 von der Republik Moldau abgespalten hat und von sich behauptet, die russische Bevölkerung links des Dnestr zu vertreten, die allerdings lediglich ein Viertel der dortigen Einwohner stellen. Tatsächlich hat sich in Tiraspol ein Regime aus Alt-Kommu-

¹⁰ S.A. Karaganov, Problemy zascity interesov rossijsko orientirovannogo naselenija v "bliznem" zarubez'e, in: Diplomaticeskij vestnik, 15. November 1992, S. 43 f.

¹¹ Izvestija, 26. Mai 1992.

nisten und imperialen Militärs etabliert, die davon träumen, von hier aus den "Aufbau des Kommunismus in einer wiederhergestellten UdSSR" zu beginnen, wie es der Minister für Staatssicherheit der Dnestr-Republik, Oberst Antjufefew formulierte.¹² Der Kommandeur der am Dnestr stationierten 14. russischen Armee, General Lebed, hat auch öffentlich wiederholt erklärt, "wir werden von hier nicht weggehen". Dies steht im klaren Gegensatz zur Zusage Jelzins im Mai 1992, die 14. Armee nach Russland zurückzubeordern. Lebed formulierte seine nur knapp verhüllte Befehlsverweigerung so: "Im Kreml, im Weissen Haus oder sonstwo... können sie beliebige Entscheidungen treffen, aber keinerlei Befehle, keinerlei nachdrückliche Entscheidungen werden helfen...".¹³

Auch in Abchasien hat sich Russland nicht nur politisch, sondern auch militärisch auf der Seite der abchasischen Separatisten und gegen den georgischen Staat engagiert. Dies geschieht im Namen imperialer Ziele. Russland weigert sich, seine Truppen aus Adscharien und Abchasien, beides Landesteile Georgiens, abzuziehen. Der russische Verteidigungsminister Gratschew begründete dies mit den "strategischen Interessen Russlands am Schwarzen Meer": "ein Rückzug der russischen Truppen von dort würde für Russland den Verlust des Schwarzen Meeres bedeuten".¹⁴ Im Mai 1993 erzielten dann allerdings Jelzin und Schewardnadse grundsätzliche Übereinstimmung, dass die russischen Truppen aus Georgien abgezogen werden, wobei zunächst noch kein Zeitplan vereinbart wurde. Im Krieg der Regionen und Clans in Tadschikistan unterstützt Russland politisch und militärisch die altkommunistischen Kräfte gegen islamisch-fundamentalistische Gruppen und Regionen, weil die alten Kräfte Anlehnung an Russland suchen und zu einer engen Zusammenarbeit bereit sind. Sie haben gegenwärtig Duschanbe in der Hand, aber der Bürgerkrieg in Tadschikistan geht weiter.

Imperiale Restauration findet also nicht nur in den Köpfen und in der politischen Rhetorik statt, sie kommt auch aus Geschützrohren, obwohl das militärische Engagement bisher in engen Grenzen geblieben ist. Die Jelzin-Führung hat sich dem Druck der imperialen Kräfte in manchen Fällen gebeugt, in anderen hat sie sich ihm entgegengestellt. Besonders Aussenminister Kosyrew hat seit dem Sommer 1992 wiederholt und eindrücklich vor einem Vorrücken der neo-imperialen Kräfte gewarnt und sie als "Kriegs-Partei" bezeichnet. Die Entwicklung in der unmittelbaren Zukunft wird wesentlich davon abhängen, wer in Russland die Regierungsverantwortung trägt. Solange Jelzin und Kosyrew die Richtung der Politik bestimmen, darf man unterstellen, dass sie die imperial-restaurativen Kräfte in Schranken halten werden. Sollte jedoch die russische Regierung von den sogenannten Zentristen und vielleicht von Kräften bestimmt werden, die noch weiter rechts stehen, muss mit einer massiven Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und seinen Nachbarn bis an den Rand militärischer Verwicklungen gerechnet werden.

¹² FAZ, 5. Mai 1993.

¹³ Izvestija, 26. Februar 1993.

¹⁴ Izvestija, 27. Februar 1993.

Es spricht vieles dafür, dass langfristig eine imperiale Restauration nicht gelingen wird. Da ist erstens die Erfahrung der europäischen Geschichte im 20. Jh.s, die imperiale Bildungen nicht zugelassen hat. Hinzu kommt zum anderen, dass die Revisionisten die Wiederherstellung des Reiches im Namen der russischen Idee, der "allmenschheitlichen Mission Russlands" betreiben. Die Neo-Imperialen beklagen das "Ende der russischen Geschichte". "Der Verzicht Russlands auf den Anspruch nach einem Sonderweg, das Ende der grossen utopischen Idee und der Übergang zu einem Koordinatensystem der 'parlamentarischen Demokratie' westeuropäischen Musters bedeuten nicht das Ende der 'kommunistischen Doktrin', sondern das Ende der Idee des Pluralismus insgesamt und der russischen Idee im besonderen."¹⁵ Die Ultra-Nationalen sind aber die Zerstörer von Imperien und nicht deren Erbauer. Man kann am Ende des 20. Jh.s nicht zugleich für den besonderen Weg Russlands und seine weltmissionarischen Ziele eintreten und das Imperium wiederherstellen. Beide Ziele sind miteinander unvereinbar. Der russische Nationalismus in den Jahrzehnten vor der Revolution von 1917 hat einen wesentlichen Beitrag - selbstverständlich entgegen den eigenen Intentionen - zur Zerstörung des Russischen Reiches geleistet. Er hat die latenten nichtrussischen Nationalbewegungen herausgefordert und stimuliert. Im Zeitalter des Nationalismus zwingt der Nationalismus der staatstragenden Nation die anderen Nationen geradezu zur Selbstverteidigung, und dies ist der Sprengsatz für alle imperialen Staatsbildungen.

Nur wenn es in Russland gelingt, die restaurativen Tendenzen zu überwinden oder zumindest einzudämmen, nur wenn die Russen ihren Anspruch aufgeben, "ein 'universelles Volk' zu sein, und sich damit abfinden, ein einfaches ... Volk zu werden"¹⁶, nur dann wird Russland fähig für eine zukünftige Integration. Eine neue suprastaatliche Integration im euro-asiatischen Raum kann nur auf Gleichberechtigung, Freiwilligkeit und gegenseitigem Vorteil beruhen, die alle Erinnerungen an imperiale Suprematie eines Staates oder eines Volkes hinter sich lässt. Die Vorstellungen von Sonderrollen und historischen Missionen stösst die Partner einer potentiellen Integration ab, statt sie zu motivieren. Erfolgreich wird eine Integration, an der auch Russland teilnimmt, nur dann sein, wenn sie im wesentlichen nicht von Russland, sondern von den anderen Partnern ausgeht. Solange sich Estland, Lettland, die Ukraine und andere Staaten durch Russland in ihrer Unabhängigkeit bedroht fühlen, solange der *de jure*-Anerkennung dieser Unabhängigkeit nicht auch die *de facto*-Anerkennung folgt, stehen die Chancen für Integration schlecht.

¹⁵ M. Berg, Konec ruskoj istorii, in: Moskovskie novosti, 21. Januar 1993, S. V 4.

¹⁶ G. Hosking, Russischer Nationalismus vor 1914 und heute: Die Spannung zwischen imperialem und ethnischem Bewusstsein, in: Die Russen. Ihr Nationalbewusstsein in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. A. Kappeler, Köln 1990, S. 182.

Jürg Martin Gabriel

Die Vereinten Nationen und ihre Friedensmissionen: Neueste Entwicklungen in Theorie und Praxis

Das Ende des kalten Krieges hat eine Aufwertung der Vereinten Nationen gebracht und, in Verbindung damit, eine Intensivierung der friedenserhaltenden Operationen. In kürzester Zeit sind bei solchen Operationen quantitative und qualitative Veränderungen eingetreten. Die Einsätze in Kambodscha, in Somalia und im früheren Jugoslawien sprengen den traditionellen Rahmen. Zweck dieses Aufsatzes ist es, die Neuerungen kurz zu schildern. In einem ersten Kapitel werden die jüngsten Grossoperationen vorgestellt und die damit verbundenen konzeptuellen Entwicklungen erläutert. Als nächster Schritt werden die Probleme aufgelistet, mit denen diese Operationen konfrontiert sind. Das abschliessende Kapitel geht auf die Bedeutung dieses Wandels für die Theorie der internationalen Beziehungen ein.

1. Drei neue Grossoperationen

1992 sind innerhalb weniger Monate drei umfangreiche Operationen eingeleitet worden. Am 21. Februar entschied sich der Sicherheitsrat bezüglich Jugoslawien für die Lancierung von UNPROFOR (United Nations Protection Force), und nur eine Woche danach, am 28. Februar, entstand UNTAC (United Nations Transitional Authority in Cambodia). Zwei Monate später, am 21. April, bewilligte der Sicherheitsrat die Schaffung von UNOSOM (United Nations Operation in Somalia).¹

Die Entstehung dieser Operationen ist kein Zufall - alle drei stehen in Bezug zum Ost-West-Konflikt. Einerseits sind es Erbschaften des kalten Krieges, andererseits hätten im kalten Krieg die Supermächte mit ihrem Veto gerade in diesen Gebieten einen Uno-Einsatz verhindert. Erst der neu gefundene Konsens unter den Vetomächten ermöglichte ein Eingreifen der Uno.

Ausdruck des neuen Konsenses war das Gipfeltreffen der Sicherheitsratsmitglieder am 31. Januar 1992. Die Anwesenheit Bushs und Gorbatschows unterstrich den Willen der ehemaligen Kontrahenten, in Zukunft den Vereinten Nationen bei der Regelung von Konflikten eine wichtigere Rolle einzuräumen. Zudem beauftragten sie den neuen Generalsekretär, Boutros Boutros-Ghali, Vorschläge für die Stärkung der Organisation zu unterbreiten. Der Bericht des Generalsekretärs erschien im darauffolgenden Herbst unter dem Titel *An Agenda for Peace*². Mehr darüber später.

Am 1. Januar 1992, bei Amtsantritt des neuen Generalsekretärs, liefen neun Operationen, einige seit Jahrzehnten; in der Zwischenzeit sind sechs weitere

¹ United Nations Peace-Keeping Operations, Information Notes, 1993, Update no. 1.

² Boutros Boutros-Ghali, *An Agenda for Peace*, United Nations, New York 1992.

dazugekommen, zwei sind in Vorbereitung.³ Insbesondere die drei Grossoperationen unterscheiden sich von den Vorgängern quantitativ und qualitativ; die alten Operationen waren klein und traditionellen Zuschnitts, die neuen sind gross und sprengen die üblichen Grenzen. Die jüngsten Einsätze sind, wie John Mackinlay sagt, Operationen der Zweiten Generation.⁴

UNPROFOR: Die in der Krajina (Kroatien), in Bosnien und Mazedonien stationierten Kräfte umfassen eine zivile und eine militärische Komponente und zählen über 25'000 Mann. In der Krajina beinhaltet das Mandat den Schutz der kroatischen Minderheit sowie das Ziel der Entmilitarisierung (*Vance Plan*). In Bosnien steht der Schutz der Land- und Lufttrouten für die Konvois des Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) im Vordergrund, und in Mazedonien geht es um den präventiven und eher symbolischen Schutz der Grenzen zu Serbien.⁵

UNTAC: Auch die Operation in Kambodscha umfasst zivile und militärische Kräfte und hat, auf dem Höhepunkt des Einsatzes, 22'000 Personen gezählt. Das Mandat ist äusserst ambitiös - es überträgt der Uno die Aufgabe, bis zur Einsetzung einer neuen Regierung eine Übergangsbehörde einzurichten (*Transitional Authority*). Zu ihren zentralen Aufgaben gehören die Sicherung des Waffenstillstandes, die Heimschaffung der Vertriebenen, die Verrichtung verschiedenster Infrastruktur- und Verwaltungsaufgaben, die Organisation von Wahlen und die Übergabe eines funktionierenden Staatswesens an die neue Regierung. Eine ähnliche Aufgabe erfüllte die Uno 1989 in Namibia, obwohl unter weit weniger schwierigen Umständen.⁶

UNOSOM: Im Gegensatz zu Kambodscha ist die Uno-Präsenz in Somalia vorwiegend militärischer Natur. Heute stehen in diesem Land 30'000 Uno-Soldaten im Einsatz, und das Mandat hat verschiedene Phasen durchlaufen. Ursprünglich handelte es sich um reine Friedenserhaltung (*peace-keeping*), wofür etwa 4000 Blauhelme vorgesehen waren (UNOSOM I). Doch mit der Intensivierung des Krieges und dem Ausbruch einer gewaltigen Hungersnot

³ Laufende Operationen: UNTSO (United Nations Truce Supervision Organisation), Israel/Palästina; UNDOF (United Nations Disengagement Observer Force), Golan; UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon), Südlibanon; UNMOGIP (United Nations Military Observer Group in India and Pakistan), Kaschmir; UNFICYP (United Nations Peace-keeping Force in Cyprus); UNIKOM (United Nations Iraq-Kuwait Observation Mission); UNAVEM II (United Nations Angola Verification Mission II); ONUSAL (United Nations Observer Mission in El Salvador); MINURSO (United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara). - Neue Operationen: UNPROFOR, UNTAC, UNOSOM II, ONUMOZ (United Nations Operation in Mozambique), UNOMUR (United Nations Observer Mission Uganda-Rwanda), UNOMIG (United Nations Observer Mission in Georgia). In Vorbereitung sind Missionen in Liberia und in Haiti.

⁴ John Mackinlay and Jarat Chopra, "Second Generation Multinational Operations," in *THE WASHINGTON QUARTERLY*, Summer 1992, S. 113-131.

⁵ *The United Nations and the Situation in the Former Yugoslavia*, Reference Paper, Department of Public Information, New York (25 September 1991 - 30 October 1992).

⁶ *United Nations Transitional Authority in Cambodia*, United Nations Department of Public Information, February 1993.

entglitt der Uno die Lage, und unter der Leitung der Vereinigten Staaten intervenierte im November 1992 eine internationale Streitmacht (Unified Task Force, UNITAF). Im Juni 1993, nach Abzug der meisten amerikanischen Streitkräfte, wurde UNITAF der Uno unterstellt, wobei UNOSOM II entstand. Das Mandat dieser zweiten Operation umfasst nicht mehr die bloße Friedenserhaltung, sondern - was neu ist - auch die Friedenserzwingung (*peace-enforcement*).⁷

Diese Beispiele zeigen, dass die Operationen umfangreicher, zahlreicher und komplexer geworden sind. Gesamthaft sind gegenwärtig fast 100'000 Mann im Feld, und eine Abnahme ist nicht zu erwarten. Zwar ist der Rückzug aus Kambodscha eingeleitet worden, doch ein von der Uno überwachter Frieden in Jugoslawien könnte zusätzliche 50'000 Blauhelme beanspruchen. Zudem hat die Operation in Mosambik einiges Wachstumspotential, und dasselbe gilt für die geplanten Einsätze in Georgien (Abchasien) und Liberia.

Auch werden die Operationen komplexer. Die traditionelle Friedenserhaltung wird des öfteren ergänzt durch die Einrichtung einer Transitional Authority, und in Somalia erleben wir nun erstmals die *Friedenserzwingung*. Um den Charakter dieser neuen Operationen zu verstehen, muss kurz auf die wichtigsten Begriffe eingegangen werden.

2. Die zentralen Begriffe

Die Charta der Vereinten Nationen unterscheidet zwischen diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Massnahmen (*measures*) der Konfliktlösung. Die *diplomatischen* Massnahmen werden in Kapitel VI der Charta erwähnt und umfassen Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich und Schiedsspruch. Sie basieren auf Freiwilligkeit, doch gibt es auch Massnahmen wie den Abbruch diplomatischer Beziehungen oder den Ausschluss aus internationalen Organisationen, welche auf Unfreiwilligkeit beruhen und daher als *Sanktionen* gelten.

Fruchten diplomatische Mittel und Sanktionen nichts, so erlaubt Artikel 41 der Charta das Ergreifen von *Wirtschaftssanktionen*. In früheren Zeiten ging es dabei in erster Linie um die Unterbrechung des Handels, doch heute ist es üblich, nebst Gütern auch den Strom von Geldern, Diensten und Waffen zu unterbinden. Beispiel für ein totales Wirtschaftsembargo waren die 1990 ergriffenen Sanktionen gegen Irak.

Als nächster Schritt in der Eskalationsleiter der Vereinten Nationen sieht Artikel 42 *militärische Sanktionen* vor:

"Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, dass die in Artikel 41 vorgesehenen Massnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen durchführen."

⁷ *The United Nations and the Situation in Somalia*, Reference Paper, 15 December 1992, Department of Public Information, New York.

Die Charta bezeichnet militärische Sanktionen auch als *Zwangsmassnahmen* (*coercive measures*). Von den Gründern der Uno sind sie als das Kernstück der kollektiven Sicherheit betrachtet worden, denn können sich die fünf Vetomächte für eine solche Massnahme entscheiden, so ist die Idee kollektiver Sicherheit mit hoher Wahrscheinlichkeit realisierbar.

Zwangsmassnahmen können deshalb die Anwendung massiver Gewalt umfassen. Darüber bestand 1945 kein Zweifel, denn die Uno ging aus der Kriegskoalition gegen Deutschland und Japan hervor. Zwangsmassnahmen beinhalten auch Parteilichkeit, denn der Sicherheitsrat bezichtigt ein Land der Anwendung illegitimer Gewalt (und verurteilt es als Aggressor), währenddem er für sich selbst den Anspruch erhebt, legitime Gewalt auszuüben. Zwangsmassnahmen beruhen deshalb auf der Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg, auf der Philosophie des *bellum iustum*. Mit diesem Anspruch und im Namen einer höheren internationalen Gewalt erachtet sich der Sicherheitsrat auch als berechtigt, die Souveränität des Aggressors zu verletzen. Der Golfkrieg war ein Beispiel für solche Zwangsmassnahmen.⁸

Im kalten Krieg verhinderte die Spaltung des Sicherheitsrats das Einleiten wirklicher Zwangsmassnahmen. Zwar kam es im Koreakrieg zu einem Eingriff der Vereinten Nationen, doch die Aktion war für die Mitglieder nicht bindend, denn sie beruhte nicht auf einer Entscheidung des Sicherheitsrats, wie es Artikel 42 vorsieht, sondern lediglich auf einer Empfehlung.

Wollte die Uno im kalten Krieg militärisch aktiv werden, so brauchte es eine Neuerung. Diese kam 1956 in der Suezkrise zustande. Erstmals wurden eigentliche Blauhelmkontingente geschaffen und, nach Unterzeichnung eines Waffenstillstands, zwischen den israelischen und ägyptischen Fronten stationiert.

Solche Aktionen wurden in der Folge als *friedenserhaltende Massnahmen* (*peace-keeping*) bezeichnet. Dies sind keine Sanktionen und auch keine Zwangsmassnahmen, denn ihre zentralen Merkmale sind Souveränitätsrespekt, Unparteilichkeit und Gewaltlosigkeit.

In Suez mussten Israel und Ägypten mit der Aktion einverstanden sein und hatten bei der Auswahl von Uno-Truppenkontingenten sogar ein Vetorecht. Den Blauhelmen wurde strikte Unparteilichkeit auferlegt, und ihre Bewaffnung diente lediglich dem Selbstschutz. Friedenserhaltende Massnahmen basieren darum nicht auf Kapitel VII, sondern eher auf Kapitel VI. Konkret sind sie jedoch nirgends in der Charta erwähnt, weshalb der damalige Generalsekretär Hammarskjöld auch von Kapitel VI 1/2 zu reden pflegte. Dies zeigt einmal mehr die Neuartigkeit solcher Massnahmen.

In Somalia ist die Uno einen Schritt weitergegangen und hat sich für die *Friedenserzwingung* entschieden (*peace-enforcement*). Solche Massnahmen liegen zwischen der soeben geschilderten Friedenserhaltung und vollumfänglichen

⁸ Die Intervention im Golfkrieg basiert auf einer Entscheidung des Sicherheitsrates und nicht auf einer Empfehlung wie in Korea. Doch das Kommando der Truppe wurde nicht dem in Art. 47 vorgesehenen Militärstabsausschuss (und somit dem Sicherheitsrat) unterstellt: Es blieb, wie in Korea, bei den Amerikanern.

Zwangsmassnahmen; sie basieren nicht auf Souveränitätsrespekt, Unparteilichkeit und Gewaltlosigkeit. Das Gegenteil trifft zu, weshalb sie rechtlich auf Kapitel VII abgestützt sind. Doch im Unterschied zu wirklichen Zwangsmassnahmen ist der Gebrauch von Gewalt weniger massiv und das Kommando bleibt beim Generalsekretär.

Ein weiteres neues Konzept ist *peace-building*. Darunter versteht man die Handhabung militärischer, administrativer und politischer Nachfolgeprobleme eines Konflikts. Gemäss der *Agenda for Peace* gehören folgende Aktivitäten dazu:

*"disarming the previously warring parties and the restoration of order, the custody and possible destruction of weapons, repatriating refugees, advisory and training support for security personnel, monitoring elections, advancing efforts to protect human rights, reforming or strengthening governmental institutions and promoting formal and informal processes of political participation."*⁹

Die Liste entspricht ziemlich genau dem Mandat, welches die Uno erstmals in Namibia hatte (United Nations Transition Group, UNTAG); heute werden diese Aktivitäten in Kambodscha durchgeführt. Das *peace-building* umfasst deshalb umfangreiche militärische und zivile Komponenten, wobei die zivilen Beamten fast noch wichtiger sind als die Militärs, denn gerade in Kambodscha haben Beamte der Vereinten Nationen die Aufgaben ganzer Regierungsstellen übernommen.

Peace-building ist deshalb an *Transitional Authority* gebunden. Dieses Phänomen ist nicht neu. Bereits der Völkerbund hatte vorübergehend die Verwaltung der Saar übernommen, und die Uno übte 1962-63 ein solches Mandat in West Iran aus, doch waren diese Operationen recht bescheiden. UNTAG und UNTAC dagegen waren Grossoperationen, die vor dem Hintergrund jahrelanger Bürgerkriege und - zumindest in Kambodscha - unter schwierigsten administrativen Bedingungen durchgeführt werden mussten. Doch beide Aktionen waren, entgegen allgemeiner Erwartung, recht erfolgreich.¹⁰

Auch in Somalia könnte es noch zu einer *Transitional Authority* kommen, und in New York spricht man davon, dass möglicherweise für Haiti eine solche Lösung ins Auge gefasst werden muss. Der letzte Fall wird als eigentliches *Staatsversagen* gewertet, und es gibt Experten, die prognostizieren, dass es in naher Zukunft unter den 184 Uno-Mitgliedern einige Länder geben wird, die modernen Problemen wie Übervölkerung, Umweltkatastrophen und Massenepidemien nicht mehr gewachsen sein werden. *Transitional Authority* könnte auch in solchen Fällen nötig werden.¹¹

⁹ Agenda, S. 32.

¹⁰ Jürg Martin Gabriel, "Transitional Authority: Reflections about an Emerging Phenomenon in International Relations," in BEITRÄGE UND BERICHTEN, Institut für Politikwissenschaft HSG, Nr. 201/1993.

¹¹ Gerald B. Helman and Steven R. Ratner, "Saving Failed States," in FOREIGN POLICY, Number 89, Winter 1992-93, S. 3-20.

3. Neue Operationen - neue Probleme

Neue Operationen schaffen neue Möglichkeiten für die internationale Konfliktregelung, doch sie schaffen auch neue Probleme. Die Uno steht darum heute vor schwierigen Fragen, mit denen sie sich in den kommenden Jahren befassen muss. Die Probleme werden am Hauptsitz in New York diskutiert, in den Hauptstädten der Mitgliederländer, aber auch unter Wissenschaftlern und weiteren interessierten Kreisen.

Zu sämtlichen Fragen gibt es Untersuchungen und Berichte, welche von der Uno selber, von Universitätsinstituten, Stiftungen und nicht-gouvernementalen Organisationen (NGOs) erstellt worden sind. Zu erwähnen sind die sehr umfassende Untersuchung von Durch und Blechman (Henry L. Stimson Center, Washington, D.C.)¹², der Bericht über Finanzierungsprobleme von Ogata und Volcker (Ford Foundation, New York)¹³ sowie die Studie über "*Second Generation Multinational Operations*" von Mackinlay und Chopra (Brown University, Providence, RI)¹⁴.

Hier kann nicht auf alle Einzelheiten dieser Berichte eingegangen werden; eine kurze Erwähnung der wichtigsten Punkte muss genügen. Eines der Hauptprobleme ist die oft prekäre *politische Grundlage*, denn friedenssichernde Operationen sind Ausdruck des politischen Willens der wichtigsten Mitgliedstaaten. Ist dieser Wille vorhanden, so kann die Uno erfolgreich agieren, fehlt er jedoch, so bleibt sie schwach. Das politische Hauptorgan ist somit der Sicherheitsrat und nicht das Generalsekretariat. Der Generalsekretär und die ihm unterstellten Beamten und Militärs operieren im Auftrag des Sicherheitsrats und haben wenig Autonomie und Handlungsspielraum. Die Erfolge und Misserfolge der Uno sind darum in erster Linie Ausdruck eines oft fragilen internationalen Konsenses.

UNPROFOR ist ein Beispiel dafür. Jugoslawien liegt im Beziehungsdreieck Europa-Russland-Amerika. Das der Uno auferlegte Mandat widerspiegelte in mancher Hinsicht die Schwierigkeit, unter diesen drei Akteuren einen Konsens herbeizuführen. Der Handlungsspielraum der Vereinten Nationen wurde zeitweise eingeschränkt durch die amerikanischen Präsidentschaftswahlen und durch Jelzins innenpolitische Schwierigkeiten. Aber auch die Mühe der Europäer, untereinander eine gemeinsame Linie zu finden, verursachte Probleme.

In Kambodscha war die politische Konstellation weniger schwierig. Aufgrund des Pariser Vertrages zwischen den Bürgerkriegsparteien kam ein Konsens zustande, der von China, Russland und den USA getragen wurde. Diese

¹² William J. Durch and Barry M. Blechman, *Keeping the Peace: The United Nations in The Emerging World Order*, The Henry L. Stimson Center, Washington, D.C. March 1992, 108 S.

¹³ Shijuro Ogata and Paul Volcker, *Financing an Effective United Nations, A Report of the Independent Advisory Group on U.N. Financing*, The Ford Foundation, February 1993, 34 S.

¹⁴ John Mackinlay and Jarat Chopra, *A Draft Concept of Second Generation Multinational Operations 1993*, Thomas J. Watson Jr. Institute for International Studies, Brown University, Providence RI, 39 S.

Grundlage erwies sich als erstaunlich solide. Selbst Japan konnte für die Operation gewonnen werden, was von zusätzlicher Bedeutung war.

Damit wurde allerdings die Frage aufgeworfen, ob Staaten wie Japan und Deutschland nicht im Sicherheitsrat vertreten sein sollten. Ist es für die Uno und insbesondere für ihre Finanzierung nicht vonnöten, die wichtigsten Wirtschaftsmächte in den inneren Kreis aufzunehmen? Die Frage ist vorläufig nicht entscheidungsreif, denn bei einer Aufstockung der Vetomächte müssten Indien und Brasilien ebenfalls berücksichtigt werden. Und mit neun Vetomächten im Sicherheitsrat müsste die Zahl der nichtständigen Mitglieder ebenfalls erhöht werden, was zwar die Repräsentativität des Gremiums erhöhen würde, seiner Effizienz jedoch schaden könnte. Eine wichtige politische Grundsatzfrage bleibt somit unbeantwortet und könnte in der Zukunft nachteilige Einflüsse auf friedenssichernde Operationen haben.

Auch die *Rechtsgrundlage* solcher Operationen ist nicht geklärt. Die Uno wurde zur Regelung zwischenstaatlicher Konflikte geschaffen und Artikel 2(7) untersagt ausdrücklich jeden Eingriff in die internen Angelegenheiten eines Staates. Die Charta erlaubt darum Sanktionen nur bei zwischenstaatlichen Konflikten, doch immer mehr sind Uno-Interventionen auch innerstaatlicher Natur.

Somalia ist ein gutes Beispiel dafür, geht es hier doch um einen Bürgerkrieg, der kaum internationale Ramifikationen hat. Zudem existieren keine funktionierende Regierung für die rechtliche Absicherung der Intervention und, im Gegensatz zu Kambodscha, auch keine völkerrechtlichen Vertragspartner ausserhalb des Landes. Es ist deshalb erstaunlich, dass der Eingriff nicht auf den Widerstand afrikanischer Staaten gestossen ist und als neo-imperialistisches Unterfangen kritisiert wurde.

Es scheint zumindest in Somalia einen stillschweigenden Konsens darüber zu geben, dass die Charta für UNOSOM eine ausreichende Grundlage bildet. Ob dieser Konsens in anderen Fällen ebenfalls zustande kommen wird, ist höchst fraglich. Die Stimmen mehren sich, wonach die Rechtsgrundlage solcher Operationen zunächst geklärt werden muss. Eine Volldebatte zu diesem Thema in der Generalversammlung wäre jedoch höchst problematisch. Somit bleibt die Frage offen.

Ist das Fundament einer Operation schwankend, so leidet auch das *Mandat*, denn Ziele und Mittel einer Intervention sind in hohem Masse eine Funktion politischer und rechtlicher Grundlagen. Wenn das Ziel unscharf definiert ist und die Mittel schlecht auf das Ziel abgestimmt sind, steht eine Operation auf unsicheren Füßen.

Der Vance Plan für die Krajina mag als Beispiel dienen. Er umfasst drei wesentliche Ziele: Abzug der jugoslawischen Bundesarmee, Entmilitarisierung (Entwaffnung der lokalen serbischen Milizen) und Schutz der kroatischen Minderheit.¹⁵ Der Abzug der Bundesarmee wurde innert Kürze bewerkstelligt, doch die Entmilitarisierung des Gebietes sowie der Schutz der kroatischen

¹⁵ *The United Nations and the Situation in the Former Yugoslavia*, Reference Paper, Department of Public Information, New York (25 September 1991 - 30 October 1992).

Minderheit erwies sich als praktisch unmöglich. Ist das Ziel zu hoch gesteckt oder sind die eingesetzten Mittel zu schwach?

Auch fehlen dem Generalsekretär die nötigen Mittel für *Schnelleinsätze*. Jede Operation wird buchstäblich aus dem Nichts neu auf die Beine gestellt, was bei umfangreichen und komplizierten Einsätzen viel Zeit und Mühe kostet. Auch entstehen dabei unnötig lange Anlaufphasen. Eine gewisse Abhilfe kann dadurch geschaffen werden, dass die ersten Truppen von bereits laufenden Operationen abgezogen werden, doch diese Lösung befriedigt nicht.¹⁶ In seiner *Agenda for Peace* fordert Boutros-Ghali darum die Schaffung von Bereitschaftstruppen (*stand-by forces*), welche kurzfristig disponibel sind, denn in gewissen Situationen ist schnelles Handeln angezeigt. Die Idee wird von gewissen Regierungen diskutiert, doch konkret ist noch nichts geschehen.

Eine weitere Schwäche ist *Command and Control*, d.h. die politisch-militärische Führung von Blauhelmen und Militärbeobachtern. Gemäss Charta ist der Sicherheitsrat (und nicht der Generalsekretär) militärisches Führungsorgan, und für die operative Leitung kann ein Militärstabsausschuss, bestehend aus den Generalstabschefs der fünf Vetomächte, eingesetzt werden. Die Spaltung der Grossmächte im kalten Krieg verhinderte diese Lösung, weshalb beim ersten grösseren Blauhelmeinsatz (Suez 1956, UNEF) die Truppe direkt dem Generalsekretär unterstellt wurde. Dieses Modell gilt bis heute, stösst jedoch auf Grenzen. Es ist undenkbar, dass Operationen vom Ausmass eines Golfkriegs vom Generalsekretariat geleitet werden.

In den jetzt laufenden drei Grossoperationen wird der Generalsekretär durch zwei Personen vertreten: durch einen *Special Representative*, der zugleich die zivile Komponente leitet, und durch einen *Force Commander*, der die Blauhelme und Militärbeobachter führt. Beide sind direkt dem Generalsekretär gegenüber verantwortlich. Die Erfahrungen mit diesem Modell sind nicht schlecht, doch können sie, wie angedeutet, nicht allen zukünftigen Fällen gerecht werden.

Command and Control ist auch mit *Ausbildung* verbunden. Die dem *Special Representative* und dem *Force Commander* unterstellten Kader werden jedesmal neu rekrutiert und zusammengesetzt. Natürlich gibt es am Hauptsitz in New York und in den regelmässig teilnehmenden Ländern Personal mit Felderfahrung, doch dies genügt nicht. In zu vielen Fällen müssen die Kader neu ausgebildet werden, denn bei der Auflösung einer Blauhelmtruppe geht ein guter Teil der erworbenen Fähigkeiten verloren. Um den Know-how-Graben einigermaßen zu überbrücken, ist man in der Zentrale heute daran, ein Handbuch zu erarbeiten, das die militärischen Grundregeln (*Standing Operating Procedures*) sowie die Einsatzdoktrin (*Rules of Engagement*) festhält. Im weitern wird die Gründung eines *UN Military Staff College* gefordert.

Schliesslich ist auch die *Finanzierung* von Operationen problematisch. Gegenwärtig führt die Uno für jede Operation eine separate Rechnung und legt den Mitgliedern, aufgrund eines komplizierten Schlüssels, einmal pro Jahr separate

¹⁶ Boutros Boutros-Ghali, "Empowering the United Nations," in FOREIGN AFFAIRS, Winter 1992/93, vol. 71, no.5, S. 89-102.

Beitragsgesuche vor. Dieses Vorgehen ist schwerfällig und verhindert schnelles Handeln, denn das Generalsekretariat hat auch keine Kompetenz, kurzfristig Kredit aufzunehmen. Natürlich gibt es auch säumige Zahler.¹⁷

Der bereits erwähnte Ogata/Volcker-Bericht enthält verschiedene Verbesserungsvorschläge. Um die Liquidität der Organisation zu erhöhen, soll entweder der Einzugsrhythmus geändert (dreimal jährlich) oder für alle Operationen eine gemeinsame Kasse geführt werden. Zudem wird empfohlen, dass Mitgliedsländer ihre Uno-Finanzverpflichtungen statt über den diplomatischen Haushalt vermehrt über den Verteidigungshaushalt abwickeln. Auch soll die Ausgabenkompetenz des Generalsekretärs erhöht werden, und die Organisation sollte in der Lage sein, kurzfristig Kredite aufzunehmen.

4. Herausforderung für die Theorie

Die Theorie der internationalen Beziehungen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nur ganz am Rande mit den Vereinten Nationen befasst und Fragen der kollektiven Sicherheit und der Friedenssicherung fast vollkommen vernachlässigt. Im kalten Krieg dominierten Themen wie Abschreckung, Rüstungswettläufe, Proliferation, Allianzbildung, Ideologie, Imperialismus und Dependenz.¹⁸

Die wenigen Politikwissenschaftler, die sich trotzdem mit dem Thema auseinandersetzten, zeigten die Probleme und Grenzen kollektiver Sicherheit auf. Das Werk von Inis Claude ist ein Beispiel dafür.¹⁹ Wer damals laut über eine Aufwertung der Vereinten Nationen oder gar über das Ende des kalten Krieges nachgedacht hätte, wäre als weltfremd bezeichnet und als Akademiker nicht ernst genommen worden. Mit solchen Forschungsthemen hätte niemand einen politologischen Lehrstuhl an einer respektablen Universität erhalten. So erstaunt es wenig, dass das Studium der Vereinten Nationen fast nur noch von einigen Völkerrechtlern idealistischer Couleur betrieben wurde.²⁰

Erst in den achtziger Jahren kam neues Interesse für internationale Organisationen auf, doch nun war es die politische Ökonomie, welche sich der Frage annahm. Unter dem Etikett der "Regimetheorie" setzten sich namhafte Autoren mit der Frage auseinander, wie nach dem Niedergang der amerikanischen Wirtschaftshegemonie Organisationen wie das GATT oder die Bretton-Woods-Institutionen sich weiterentwickeln würden. Robert Keohanes "After

¹⁷ Boutros-Ghali, *Empowering*, S. 94-95.

¹⁸ Jürg Martin Gabriel, *Worldviews and Theories of International Relations*, Macmillan, London 1993.

¹⁹ Inis L. Claude, *Swords into Plowshares, The Problems and Progress of International Organization*, Random House, New York 1956; Inis L. Claude, *Power and International Relations*, Random House, New York 1962.

²⁰ Grenville Clark und Louis B. Sohn, *Frieden durch ein neues Weltrecht, die notwendige Umgestaltung der UNO*, A. Metzner Verlag, Frankfurt am Main 1961; Richard A. Falk, *A Study of Future Worlds*, The Free Press, New York 1975.

Hegemony" war während einiger Jahre das einflussreichste Werk in der Theorie der internationalen Beziehungen.²¹

Der Wandel zeigte sich auch bei den Fachzeitschriften. *International Organization*, das führende Journal in diesem Bereich, wurde von Akademikern traditionellen Zuschnitts gegründet und geleitet, doch schrittweise wurde es von politischen Ökonomen übernommen und befasste sich daraufhin, zum Bedauern der Initianten, fast ausschliesslich mit Themen der Regimetheorie.

Für die Theoretiker der internationalen Beziehungen stellt sich heute die Frage, inwiefern Regimetheorie für eine Erfassung der neusten Entwicklungen im Bereich der kollektiven Sicherheit nützlich ist, oder ob Anstrengungen unternommen werden müssen, Theorien jenseits des Regimeansatzes zu entwickeln.

Ein Regime wird umschrieben als "a set of principles, norms, rules and decision-making procedures around which actor expectations converge in a given issue-area."²² Regimes sind Ausdruck regelorientierten Staatsverhaltens und somit nicht mehr als eine dependente Variable. Internationale Organisationen wie das GATT haben aus dieser Optik keine Eigenständigkeit und Autonomie, sie sind lediglich Instrumente der Mitgliederländer, insbesondere eines kleinen Kreises einflussreicher Nationen. Regimetheorie konzentriert sich darum auf Informations-, Lern- und Konfliktlösungsprozesse kleiner Gruppen. Die Theorie zeigt, wie durch Regimes das Eigeninteresse der Mitglieder gefördert werden kann.²³

Dieser Ansatz führt zu verschiedenen Theorien. Die Entstehung, das Funktionieren und der Fortbestand von Regimes wird unterschiedlich interpretiert. Realisten unter den Regimetheoretikern tendieren dazu, den Fortbestand des GATT skeptisch einzuschätzen, denn ohne einen liberalen Hegemon ist regelorientiertes Verhalten unwahrscheinlich. Aus dieser Sicht ist der Zerfall des liberalen Welthandelsregimes und das Aufkommen merkantiler Handelsblöcke durchaus möglich. Idealistisch orientierte Theoretiker verneinen dies. Sie argumentieren, dass das Freihandelsregime von einer Gruppe liberaler Länder (EG, Japan, etc.) auch ohne einen Hegemon getragen werden kann.²⁴

Heute stellt sich die Frage, ob der Regimeansatz weiterhin nützlich ist, ob er eine geeignete Grundlage bildet für Untersuchungen der neuesten Tendenzen im Bereich der kollektiven Sicherheit. Ist die Uno lediglich ein labiles Regelwerk, das nationale Interessen optimiert, oder ist sie eine Organisation mit Autonomie?

²¹ Robert O. Keohane, *After Hegemony, Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton University Press, Princeton NJ 1984.

²² Stephen D. Krasner (ed.), *International Regimes*, Cornell University Press, Ithaca NY 1983, S. 1.

²³ Keohane, *After Hegemony*, S. 65-109.

²⁴ Robert Gilpin, *The Political Economy of International Relations*, Princeton University Press, Princeton NJ 1987; Robert Gilpin, *War and Change in World Politics*, Cambridge University Press, New York 1981; Joseph M. Grieco, *Cooperation among Nations, Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade*, Cornell University Press, Ithaca NY 1990.

Ist sie weiterhin eine dependente Variable der internationalen Politik oder ist sie auf dem Weg, eine independente Grösse zu werden?

Es ist zu erwarten, dass es bei der Beantwortung dieser Frage wiederum zu unterschiedlichen Meinungen kommt. Die Realisten werden die Entwicklung qualitativer Veränderungen verneinen und Phänomene wie Friedenserzwingung oder Transitional Authority als Ausdruck des bestehenden Regelwerks sehen. Die Idealisten werden dem widersprechen und wesentliche Veränderungen in der Natur der internationalen Beziehungen und in der Struktur des internationalen Systems erkennen.

Aus der Sicht der Realisten bleibt internationale Politik "state-centered", weshalb die Uno ein Instrument der Staaten bleibt. Das zeigt sich in der internationalen Machtstruktur. Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor die dominierende Militärmacht, der eigentliche Hegemon. Ohne sie kann kollektive Sicherheit nie wirklich funktionieren, wie der Golfkrieg, die Intervention in Somalia und die Probleme in Jugoslawien deutlich zeigen. Richtet die Uno eine Transitional Authority ein, wie in Kambodscha, so tut sie dies nur vorübergehend. Realisten betonen die Tatsache, dass es das Ziel solcher "authorities" ist, die Souveränität eines Staates wiederherzustellen und damit die dezentrale Struktur des internationalen Systems zu festigen. Tendenzen hin zu einer Hierarchisierung des Systems sind nur vorübergehender Natur. Für die Realisten bleibt die internationale Ordnung anarchisch. Sicherheit muss nach wie vor durch Selbsthilfe gewährleistet werden. An der seit 1648 vorherrschenden "westfälischen Ordnung" hat sich wenig geändert. Kollektive Sicherheit ist ein kurzlebiges Phänomen, es bleibt die Ausnahme und nicht die Regel.²⁵

Idealisten werden dem widersprechen. Sie sehen qualitativ neue Entwicklungen, denn noch nie seit 1648 hat es einen (zumindest stillschweigenden) Konsens gegeben, wonach eine internationale Organisation in die inneren Angelegenheiten eines Staates militärisch eingreifen und zudem staatliche Funktionen übernehmen darf. Noch vor kurzem wäre dies gerade von schwachen Staaten als Neo-Imperialismus verurteilt worden. Das klassische Souveränitätsverständnis ist im Wandel.²⁶ Zudem basieren solche Interventionen ausdrücklich auf westlichen Werten. In Kambodscha und in Somalia greifen die Vereinten Nationen ein, um Menschenrechte, freie Wahlen und Demokratie zu fördern, womit für Idealisten bewiesen wäre, dass ursprünglich westliche Werte immer vermehrt auch universelle Gültigkeit erlangen.

Idealisten betonen auch das Phänomen des Staatsversagens. Etliche der 184 Uno-Mitglieder sind den heutigen demographischen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen nicht gewachsen. Der traditionelle Nationalstaat hat in vielen Fällen ausgedient und muss durch neue Strukturen ersetzt werden,

²⁵ Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, Random House, New York 1979; John J. Mearsheimer, "Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War," in *INTERNATIONAL SECURITY*, Spring 1991, vol. 15, no. 4, S. 5-56.

²⁶ Boutros-Ghali, *Empowering*, S. 98-99.

beispielsweise durch Transitional Authority. Das dezentral-anarchische internationale System erfährt dadurch eine qualitative Veränderung.

5. Schlussfolgerungen

Theoretiker der internationalen Beziehungen werden die neue Entwicklung im Bereich der kollektiven Sicherheit und der internationalen Friedenssicherung unterschiedlich auslegen, und bis die Beweise eindeutig für die eine oder andere Interpretation sprechen, wird noch einige Zeit verstreichen. Doch einiges ist schon heute sicher:

- die friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen befinden sich in einer Entwicklungsphase und gehen neue Wege;
- es sind zumindest teilweise Operationen der 2. Generation, welche sich wesentlich vom traditionellen peace-keeping unterscheiden;
- das Phänomen der Transitional Authority ist in seiner heutigen Form neu;
- das Ende des kalten Krieges hat den Vereinten Nationen neue Möglichkeiten, aber auch neue Probleme geschaffen;
- die Probleme sind erkannt und Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch;
- nach fast 50 Jahren werden die Vereinten Nationen, zumindest in einigen Bereichen, endlich den Absichten ihrer Gründer gerecht.

Thomas Koszinowski

Die politische Entwicklung am Golf

1. Vorbemerkung

Der Persische Golf mit seinen Anrainerstaaten ist Teil der nahöstlichen Region. Aufgrund seiner Lage im Schnittpunkt der drei Kontinente Europa, Asien und Afrika kommt ihm eine grosse strategische Bedeutung zu. Bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes war dieses Gebiet Schauplatz der Rivalität der beiden Grossmächte um die Vormacht im Nahen Osten. Sein eigentliches Gewicht erhält die Region des Golfs durch seine Erdölvorräte, die rund zwei Drittel aller bekannten Erdölvorräte der Welt ausmachen. Für die westlichen Industriestaaten, vor allem aber für die USA, ist dieses Gebiet folglich von allergrösstem Interesse. Eine Unterbrechung der Energiezufuhr würde zu einer schweren Krise der westlichen Industriestaaten führen, wie sich 1973 im Zusammenhang mit dem Ölboykott der arabischen Staaten während des Oktoberkrieges zeigte. Den USA und dem Westen insgesamt ist deshalb an einer politischen Stabilität und an guten Beziehungen zu den Golf-Staaten gelegen. Jede Entwicklung, die ihren Interessen zuwiderläuft, ruft, das hat besonders die jüngste Zeit gelehrt, entsprechende Gegenaktionen hervor.

Bei den Anrainerstaaten des Persischen Golfs handelt es sich zum einen um Iran und zum anderen um arabische Staaten, nämlich den Irak und die seit 1981 im Golfkooperationsrat (GKR) zusammengeschlossenen Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Oman. Alle diese Staaten verfügen über mehr oder weniger grosse Vorräte an Erdöl und Erdgas. Während im Falle des Iran der Ölreichtum auf rund 60 Mio. Einwohner verteilt werden muss, sind es im Irak nur knapp 20 Mio., in Saudi-Arabien 16 Mio. und in den kleinen Ölemiraten höchstens zwei Mio. Einwohner, weshalb diese Staaten über die höchsten Prokopfeinkommen der Welt verfügen. Im Gegensatz zum Iran und Irak sind die Golfscheichtümer militärisch schwach und können sich selbst nicht verteidigen. Die Gesellschaftsstrukturen sind noch halbfeudal und die Herrschaftsformen autokratisch. Aufgrund des Ölreichtums sind sie quasi über Nacht modernisiert worden. Der Irak hingegen ist nicht nur wirtschaftlich weiter entwickelt als die Ölscheichtümer, sondern hat auch modernere politische Strukturen, allerdings kaum im positiven Sinne. Während die Scheiche auf gewisse sich auf Stammestraktionen gründende demokratische Formen, nämlich den "Madschlis" (Audienz), verweisen können, ist der Irak ein nach östlichem Muster organisierter totalitärer Polizeistaat und repräsentiert in gewisser Weise die Tradition der "orientalischen Despotie". Ähnliches gilt für die Herrschaftsform Irans, wo sich die Allmacht des Staates nach dem Sturz des Schahs und der Errichtung einer "islamischen Republik" nach der Revolution Khomeinis 1979 noch verstärkt hat, obwohl es im Iran gewisse Ansätze für einen Meinungspluralismus gibt, was man vom Irak nicht sagen kann.

2. Die Beziehungen zwischen dem Irak und Iran als bestimmender Faktor in der Golfpolitik

Die Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten am Golf haben sich im Laufe der letzten vier Jahrzehnte als Folge von Veränderungen der politisch-gesellschaftlichen Strukturen in einigen Staaten wiederholt gewandelt. Was die Staaten des GKR betrifft, so weisen sie eine hohe Kontinuität in ihrer politischen und ideologischen Ausrichtung auf. Sie haben an ihrem traditionellen, von Islam und Stammestraditionen bestimmten Gesellschaftssystem und an ihrer engen Bindung an den Westen seit ihrer Unabhängigkeit festgehalten. Es war der Irak, der mit der Revolution von 1958 und dem Sturz der Monarchie (und der Ermordung König Faisals) eine radikale Veränderung seines politischen Systems vollzog und, was schwerwiegender war, seine aussenpolitische Orientierung änderte, indem er seine enge Bindung an den Westen (und zugleich seine Mitgliedschaft im Bagdadpakt) aufgab und eine Annäherung an den Osten, nämlich die Sowjetunion, anstrebte. Der Irak folgte damit nur dem Beispiel anderer arabischer Staaten wie Ägypten unter Präsident Nasser, der das Bündnis mit der Sowjetunion suchte, weil nur diese bereit war, moderne Waffen zu liefern, die Nasser für die Aufrüstung seiner Armee gegen Israel brauchte. Der Irak verstärkte mit seiner politischen Kehrtwende das pro-östliche Lager in der nahöstlichen Region. Zu einer engen Zusammenarbeit oder gar zu einer Vereinigung zwischen dem Irak und Ägypten (ähnlich wie zwischen Ägypten und Syrien in der Vereinigten Arabischen Republik 1958-1961) kam es jedoch nicht. Hier wirkte sich die alte Rivalität zwischen den Mächten im Zweistromland und dem Niltal aus.

Der politische Wechsel in Bagdad schreckte vor allem den östlichen Nachbarn Iran auf, der sich durch die verstärkte Präsenz der östlichen Supermacht im Irak bedroht fühlte. Der Iran galt als wichtiger Sperrriegel gegenüber der Sowjetunion und ihrem "Drang zu den warmen Gewässern" am Golf. Seine Lage war äusserst difizil, weil er sich sowohl amerikanischem als auch sowjetischem Druck ausgesetzt sah. Während die USA versuchten, den Iran möglichst auf einem pro-amerikanischen Kurs zu halten und zu stabilisieren, verfolgte die Sowjetunion das entgegengesetzte Ziel und unterstützte die oppositionellen Kräfte im Iran mit dem Ziel, eine radikale Veränderung zu ihren Gunsten herbeizuführen. Durch den politischen Umschwung in Bagdad wurde aus der bisherigen Kooperation zwischen dem Irak und dem Iran (im Rahmen des Bagdadpaktes) ein Gegensatz und eine Rivalität um die Vorherrschaft am Golf. Dieser Gegensatz verschärfte sich, als im Jahre 1968 die Arabische Sozialistische Ba'th-Partei im Irak die Macht übernahm. Mit der Ba'th-Partei wurde eine neue Ära in der Politik des Irak eingeleitet, nicht nur im innenpolitischen Bereich, sondern vor allem in der aussenpolitischen Ausrichtung und der Rolle des Irak in der Region.

Zum besseren Verständnis sollen hier einige Bemerkungen zur Ideologie und Politik der Ba'th-Partei gemacht werden. Die Ba'th-Partei ist die einzige Partei in der arabischen Welt, neben der kommunistischen Partei, die über eine eigene Ideologie und ein politisches Programm verfügt. In den vierziger Jahren als eine panarabistische Partei gegründet, verfolgt sie als wichtigstes Ziel die Vereinigung aller arabischen Länder zu einem Staat, um den Arabern in Anlehnung an

die grosse Vergangenheit in frühislamischer Zeit unter den Kalifen der Omaiaden und Abbasiden wieder zu Macht und Ansehen und dem ihnen nach ihrer Meinung zustehenden Platz in der Völkergemeinschaft zu verhelfen. Zur Überwindung von Unterentwicklung und Rückständigkeit, für die die Kolonialherrschaft der Europäer und der Islam verantwortlich gemacht werden, soll eine neue Ordnung, basierend auf dem "arabischen Sozialismus", geschaffen werden. Entsprechend den Zielen der Ba'th-Ideologie lauten die Schlagworte "Einheit, Freiheit, Sozialismus".

Die im Irak herrschende Ba'th-Partei (in Syrien ist die Ba'th-Partei seit 1963 an der Macht) sieht sich als die Vorhut auf dem Weg zur arabischen Einheit. In erster Linie versteht sich das irakische Ba'th-Regime als Schutzmacht der arabischen Interessen am Golf, insbesondere der kleinen Golfstaaten. Als 1970 die Briten die letzten Emirate in die Unabhängigkeit entliessen, ihre Stützpunkte "östlich von Suez" räumten und ein Machtvakuum hinterliessen, nutzte dies der Schah, um seinen Einfluss auszuweiten. Zwar musste er seinen Anspruch auf Bahrain fallenlassen, aber die Besetzung der zu den VAE gehörenden Inseln Abu Musa sowie den beiden Tunb-Inseln durch den Iran konnten die Araber nicht verhindern. Die Führung in Bagdad sah in diesem Schritt eine Verletzung arabischer Rechte und setzte sich im Rahmen ihrer panarabistischen Politik vehement für die arabische Sache ein. Allerdings blieb es auf irakischer Seite bei blossen Worten, denn Bagdad hatte zu dieser Zeit ernste innenpolitische Probleme, nämlich den Aufstand der Kurden, und konnte aussenpolitisch nicht aktiv werden. Die Kurden lehnten sich gegen die Arabisierungspolitik der Ba'th-Partei auf und forderten für sich Autonomie. Der militärischen Macht Bagdads konnten sie nur widerstehen, weil sie vom Iran massiv unterstützt wurden.

Das Kurdenproblem belastete die Politik der Ba'th-Herrschaft und verhinderte die innenpolitische Stabilisierung und die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Verfolgung der aussenpolitischen Ambitionen. Als nach dem Oktoberkrieg von 1973 mit dem Anstieg der Ölpreise im Zusammenhang mit dem Ölboykott die Deviseneinnahmen plötzlich anstiegen, eröffnete sich die Möglichkeit, die grandiosen Pläne von einer modernen arabischen Gesellschaft und einer vereinigten arabischen Grossmacht zu verwirklichen. Um das Kurdenproblem zu lösen, arrangierte sich Saddam Hussein, seinerzeit stellvertretender Generalsekretär der Ba'th-Partei und wichtigster politischer Kopf, im März 1975 mit dem Schah von Iran. Der Irak erkannte die vom Iran geforderte Grenzziehung am Schatt al-Arab, die Talweglinie, an, während der Iran die Unterstützung für die Kurden einstellte. Daraufhin brach der Kurdenaufstand zusammen, und Saddam Hussein konnte nun seine ganze Kraft auf die Modernisierung der Wirtschaft und den Ausbau der Streitkräfte konzentrieren. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erlebte der Irak, dessen Öleinnahmen auf rund 25 Mrd. Dollar (1979) stiegen, einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung und war im Begriff, zu einer führenden Macht in der Region aufzusteigen.

Der irakisch-iranische Ausgleich war jedoch nicht von Dauer. Während sich der Irak nach dem Ende des Kurdenkrieges stabilisierten konnte, entwickelte sich die Lage im Iran in entgegengesetzter Richtung. In relativ kurzer Zeit gelang es den islamistischen Kräften unter Führung von Ayatollah Khomeini, die Schahherrschaft zum Einsturz zu bringen. Mit der Rückkehr Khomeinis im

Februar 1979 wurde die Revolution vollendet und ein "islamischer Staat" im Iran errichtet. Von Anfang an propagierte die Revolutionsregierung in Teheran den Export der "islamischen Revolution", vor allem in den Irak, dessen säkularistisches Ba'th-Regime als Inkarnation des Bösen galt. Khomeini hatte 15 Jahre im irakischen Exil verbracht und dessen anti-islamischen Charakter aus nächster Nähe kennengelernt. Der Konflikt zwischen beiden Staaten, die beide extremistische, maximalistische Positionen vertraten, schien deshalb unausweichlich.

In Bagdad erkannte man die aus dem Osten drohende Gefahr für die Ba'th-Herrschaft. Diese Gefahr war umso grösser, als die Mehrheit der irakischen Bevölkerung Schiiten sind, also Glaubensbrüder der Perser, weshalb in Teheran die Überzeugung vorherrschte, dass die islamische Revolution bald auf den Irak übergreifen würde. Eine Machtübernahme der islamischen Revolution hätte aber nicht nur die arabische Herrschaft im Irak in Frage gestellt, sondern unübersehbare Folgen für die anliegenden Staaten am Golf und für die nahöstliche Region insgesamt gehabt. Die politische Lage wurde dadurch kompliziert, dass zur gleichen Zeit andere politische Ereignisse die arabischen Führer beschäftigten und von dem Geschehen am Golf ablenkten. Durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel im März 1979 veränderte sich das politische Gleichgewicht zwischen der arabischen Seite und Israel zu Ungunsten der Araber. Mit dem Ausscheren Ägyptens aus der gemeinsamen arabischen (militärischen) Front waren die Araber nun zu schwach, um die arabischen Interessen gegenüber Israel wahren zu können. Dies war für die Ba'thisten als Panarabisten besonders schmerzlich. Deshalb kam es auch vorübergehend zu einer Annäherung zwischen den verfeindeten Ba'th-Brüdern in Damaskus und Bagdad. Beide Staaten verkündeten unter dem Eindruck des arabisch-israelischen Friedensvertrages ihren Willen zur Vereinigung beider Länder, um gemeinsam eine Front gegen Israel zu bilden.

Angesichts der vielfältigen aussenpolitischen Bedrohungen sah Saddam Hussein, der starke Mann in Bagdad, die Zeit für gekommen, die Führung in Staat und Partei selbst zu übernehmen. General Ahmed Hasan al-Bakr, Staatspräsident und Generalsekretär der Ba'th-Partei, trat im Juli 1979 von allen Ämtern aus gesundheitlichen Gründen, wie es hiess, zurück. Seine Funktionen übernahm Saddam Hussein, der zugleich den Oberbefehl über die Streitkräfte übernahm und damit zum unumschränkten Alleinherrscher über den Irak aufstieg. Kurz nach seiner Machtübernahme wurde ein Komplott aufgedeckt und 21 hochrangige Politiker, potentielle Rivalen Saddam Husseins, hingerichtet. Als Drahtzieher wurde eine ausländische Macht genannt, gemeint war Syrien.

Damit war auch das Thema der Vereinigung beider Länder erledigt, an dem Saddam Hussein kein Interesse haben konnte, denn im Falle der Vereinigung hätte der syrische Präsident Asad die Führung für sich beansprucht, was er, Saddam Hussein, nicht akzeptieren konnte. Seitdem sind die Beziehungen zwischen Saddam Hussein und Asad und damit auch zwischen den beiden Staaten Irak und Syrien vergiftet, und eine Versöhnung scheint so gut wie ausgeschlossen.

Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan Ende 1979 sowie der wachsende sowjetische Einfluss am Horn von Afrika, wo die pro-sowjetischen Kräfte

in Äthiopien und im Südjemen an die Macht gelangten, war ein weiterer Faktor, der die politische Entwicklung in der Region und die Haltung Bagdads beeinflusste. Die Ba'th-Führung, die 1972 einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte, sah plötzlich die Gefahr, dass sich eine ähnliche Entwicklung im Irak wiederholen könnte, weshalb man eine aussenpolitische Kehrtwende vornahm und sich von der östlichen Grossmacht distanzierte. Stattdessen suchte Saddam Hussein eine Annäherung an die gemässigten, pro-westlichen arabischen Staaten, vor allem an Saudi-Arabien. Die Veröffentlichung einer arabischen Nationalcharta Anfang 1980 sollte die grundlegende Neuorientierung in der irakischen Aussenpolitik dokumentieren. Der Irak bot sich zugleich auch als ein neuer Partner für den Westen in der Region an. Angesichts der offenen Feindschaft der islamischen Revolutionsregierung in Teheran gegenüber dem Westen, insbesondere den USA, wie sie sich in der Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft manifestierte, konnte Saddam Hussein hoffen, mit seiner neuen Politik auf eine positive Reaktion zu stossen, dies um so mehr, als sich der Irak bereits den Ruf eines zuverlässigen und finanzkräftigen Wirtschaftspartners erworben hatte. Saddam konnte damit rechnen, dass im Falle eines Konfliktes zwischen dem Irak und dem Iran die öffentliche Meinung des Westens und die westlichen Regierungen den Irak unterstützen würden.

Mit dem Einmarsch irakischer Truppen in den Iran am 22. September 1980 ergriff Saddam Hussein die Initiative in dem seit Monaten schwelenden Konflikt zwischen beiden Ländern. Wiederholt war es zu militärischen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet gekommen, dabei hatte es sich jedoch immer nur um begrenzte Aktionen gehandelt. Der Irak erklärte seinen Angriff als eine Präventivmassnahme, um einer möglichen iranischen Aggression zuvorzukommen. Saddam Hussein hoffte angesichts des Zusammenbruchs der iranischen Armee nach der islamischen Revolution, in einem Blitzkrieg den Iran zu besiegen und das Regime Khomeinis zu stürzen. Er rechnete wohl auch damit, dass sich die arabische Bevölkerung in dem südlichen Grenzgebiet (Khuzistan) erheben und die irakischen Truppen als Befreier begrüßen würden. Saddams Rechnung ging jedoch nicht auf. Weder erzielten die Iraker einen schnellen Sieg, noch brach die islamische Herrschaft in Teheran zusammen. Nach zwei Jahren verlustreicher Kämpfe gingen die iranischen Truppen sogar zum Gegenangriff über und trieben die Iraker über die Grenze zurück.

Damit rückte die Gefahr eines iranischen Sieges und einer Ausweitung der islamischen Revolution auf den Irak mit unabsehbaren Folgen für die Region erneut in den Bereich des Möglichen. Um einer solchen Möglichkeit vorzubeugen, wuchs die Bereitschaft des Westens, den Irak militärisch zu unterstützen. Vor allem Frankreich, Grossbritannien und die USA lieferten dem Irak, offen oder geheim, immer mehr Waffen. Saddam Hussein nutzte die günstige Lage, um nicht nur seine Streitkräfte zu modernisieren, sondern zugleich eine leistungsfähige Rüstungsindustrie aufzubauen. Er wusste aus Erfahrung, dass ein Land so lange nicht unabhängig war, wie es auf ausländische Waffenlieferungen angewiesen war. Da der Irak den Krieg aber nicht gewinnen konnte, war Saddam Hussein zur Einstellung der Kämpfe bereit. Nun aber widersetzte sich Khomeini einer Beendigung des Krieges. Er wollte erst einen Frieden schliessen, wenn zuvor Saddam Hussein gestürzt würde. Als der Irak dann im Frühjahr

1988 massenweise Raketen einsetzte, um die iranischen Städte zu terrorisieren, und durch den Einsatz von Giftgas die iranischen Menschenwellen zum Stehen brachte, sah sich Khomeini im August 1988 zum Abschluss eines Waffenstillstandes bereit. Er musste einsehen, dass der Irak nicht zu besiegen war. Saddam Hussein hatte in den letzten Kriegsjahren seine Militärmacht zu einer der grössten in der Welt, mit über einer Million Soldaten, ausgebaut. Zudem verfügte der Irak über eine moderne Luftwaffe und ein umfangreiches Raketenarsenal sowie Massenvernichtungswaffen wie Giftgas. Darüber hinaus war der Irak im Begriff, atomare Waffen zu entwickeln.

3. Irakische Probleme nach dem Sieg über den Iran

Der Golfkrieg änderte das politische Kräfteverhältnis in der Golfregion, ja im gesamten Nahen Osten. Hatte vor dem Krieg der Iran als die führende Militärmacht gegolten, so war nun der Irak zur unbestreitbar stärksten Macht aufgestiegen, der im Nahen Osten allenfalls Israel (aufgrund seiner Atomwaffen) die Stirn bieten konnte. Der achtjährige Krieg war aber keineswegs spurlos am Irak vorübergegangen. Grosse Teile der Wirtschaft waren zerstört, vor allem die Ölförderanlagen, Raffinerien und Verladeeinrichtungen. Ihr Wiederaufbau, der für den Öllexport und damit für die Einnahmen von Devisen dringend erforderlich war, kostete wiederum Geld. Während des Krieges hatte der Irak wegen der Zerstörungen der Ölanlagen keinerlei Einnahmen gehabt. Da der Irak jedoch aufgrund seiner Ölvorräte ein potentiell reiches Land ist, scheuten sich die westlichen Industriestaaten und die benachbarten Ölstaaten nicht, grosszügige Kredite zu gewähren. Nach Ende des Krieges beliefen sich die irakischen Schulden auf 80-100 Mrd. \$. Diese hohen Schulden drohten, die Souveränität des Landes zu gefährden und seinen aussenpolitischen Spielraum einzuengen. Nachdem der Irak den achtjährigen Krieg siegreich, wie er meinte, durchgestanden hatte, war Saddam Hussein nicht gewillt, Forderungen der benachbarten Ölstaaten nach Rückzahlung der Schulden nachzukommen. Er erklärte die Kredite (rund 35 Mrd. \$) kurzerhand für Schulden der benachbarten arabischen Staaten gegenüber dem Irak für seine Verteidigung der arabischen Welt gegen den persischen Feind.

Es ging aber nicht nur um Schulden und ihre Rückzahlung. Nicht minder wichtig war für Saddam Hussein die Erschliessung neuer Gelder, die er für den Wiederaufbau seines Landes, aber auch für die Fortsetzung seiner ehrgeizigen Rüstungspläne dringend brauchte. Er forderte von den arabischen Ölstaaten eine Art "Marshall-Plan" in Milliardenhöhe, nicht als Kredit, sondern unentgeltlich. Saddam Hussein war entschlossen, seine gefestigte Stellung nach dem "Sieg" über den Iran weiter auszubauen, um den Irak zur dominierenden Macht nicht nur über die Golfregion, sondern über den Nahen Osten insgesamt zu machen. Er war anscheinend auch bereit, seine Militärmacht für die Verwirklichung dieser politischen Ziele einzusetzen. Als politisches Instrument zur Durchsetzung seiner Pläne diente der Arabische Kooperationsrat (AKR), der im Februar 1989 in Amman gegründet wurde und dem neben dem Irak Jordanien, Ägypten und der Jemen angehörten. Ohne Frage war der Irak das wichtigste Mitglied des AKR und Saddam Hussein die dominierende Persönlichkeit, gegenüber dem sich der ägyptische Präsident Mubarak kaum durchsetzen

konnte. Saddam verfolgte mit dem AKR verschiedene Ziele. Zum einen sollte Syrien, das nicht in den Rat aufgenommen wurde, in der arabischen Welt isoliert werden, gleichsam als Strafe für die Unterstützung, die Syrien während des Golfkrieges dem Iran gewährt hatte. Zum anderen sollten die arabische Ölstaaten am Golf unter Druck gesetzt werden, um sie den irakischen Forderungen nach Finanzhilfen gefügig zu machen. Die Zugehörigkeit Jordaniens und des Jemen zum AKR liessen darauf schliessen, dass Saddam Hussein in erster Linie auf Saudi-Arabien zielte, das durch Jordanien und Jemen praktisch eingekreist wurde. Es war sicher kein Zufall, dass zu dieser Zeit Gerüchte kursierten, wonach Saddam Hussein eine Neuaufteilung der Arabischen Halbinsel vorgeschlagen habe, wobei Jordanien und Jemen Teile von Saudi-Arabien erhalten sollten. Kuwait sollte selbstverständlich Teil des Irak werden.

Im Frühjahr 1990 kam es zu Spannungen innerhalb des AKR, als Saddam Hussein auf einer Sitzung in Amman den Abzug der US-Flotte aus dem Golf forderte und eine insgesamt anti-amerikanische Haltung erkennen liess. Der ägyptische Präsident Mubarak sah darin einen direkten Angriff auf seine Politik und verliess aus Verärgerung vorzeitig die Konferenz. Anfang April drohte Saddam Hussein, halb Israel mit "binären Waffen" zu vernichten, falls es erneut, wie 1981, irakische Rüstungs- und Nuklearanlagen angreifen sollte. Diese Vorstösse des irakischen Staatschefs waren auch im Zusammenhang mit den Veränderungen in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu sehen. Saddam Hussein sah angesichts des sich abzeichnenden Zusammenbruchs der Sowjetunion die Gefahr, dass die USA nun die Politik im Nahen Osten allein bestimmen würden. Ohne das Gegengewicht der Sowjetunion aber befürchtete er eine Veränderung des bisherigen Gleichgewichts zugunsten Israels und zu Lasten der Araber. Damit würde es zu einer amerikanisch-zionistischen Hegemonie über die Araber kommen, was seinen eigenen Plänen zuwiderlief.

Ein anderes Thema, das Saddam Hussein im Frühjahr 1990 beschäftigte, war der Verfall des Ölpreises und, damit verbunden, der Rückgang der irakischen Öleinnahmen. Dies war ganz offensichtlich eine Folge der Überziehung der Förderquoten durch die benachbarten Ölstaaten Kuwait, die VAE und Saudi-Arabien, was zu einem Überangebot auf dem Weltmarkt und deshalb zu einem Rückgang der Ölpreise führte. Saddam Hussein sah darin eine ganz bewusste Politik dieser Staaten, um dem Irak zu schaden und den irakischen Wiederaufbau zu behindern. Diese Überzeugung gab Saddam den Herrschern Kuwaits und der VAE auch direkt zu verstehen, während er gegenüber Saudi-Arabien vorsichtiger agierte. Er forderte die Herrscher Kuwaits und der VAE zu einer Änderung ihrer Politik auf. Mit jedem Dollar, den der Ölpreis pro Barrel sinke, verliere der Irak jährlich eine Mrd. \$., erklärte Saddam Hussein. Kuwait warf er zudem vor, jahrelang unrechtmässig Öl aus dem zum Irak gehörenden Rumailafeld gepumpt zu haben, weshalb es dem Irak zusätzliche 2,5 Mrd. \$ schulde. Ein anderer wichtiger Aspekt der irakischen Polemik und Propaganda gegenüber Kuwait war die Forderung nach Abtretung der Insel Bubian, um den schmalen Zugang des Irak zum Golf zu verbreitern. Kuwait und den VAE wurde letztlich vorgeworfen, dass sie praktisch einen Krieg gegen den Irak führten. Wenn dieser nicht eingestellt würde, so hiess es, sähe sich der Irak zu entsprechenden Gegenmassnahmen gezwungen.

Die Forderungen und Drohungen des Irak waren so phantastisch und unrealistisch, dass sie von niemandem ernst genommen wurden. Erst der Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait am 2. August 1990 machte den beteiligten Konfliktparteien klar, dass es der irakische Staatschef mit seinen Drohungen ernst meinte. Zum ersten Mal hatte ein arabisches Land ein anderes überfallen. Bemühungen der Arabischen Liga zur Beilegung des Konflikts führten zu keinem Ergebnis. Eine Lösung des Problems mit friedlichen Mitteln schien um so weniger möglich, als der Irak am 8. August Kuwait förmlich annektierte und zu einer irakischen Provinz erklärte. Die vom Irak vorgebrachten Argumente, die die Zugehörigkeit Kuwaits zum Irak beweisen sollten, konnten jedoch nicht von der Tatsache ablenken, dass das Völkerrecht verletzt worden war und der Irak eine Aggression begangen hatte.

Über die Hintergründe, die Saddam Hussein zum Einmarsch in Kuwait, mehr noch aber zur Annexion des Emirates veranlassten, ist viel spekuliert worden, ohne dass seine Beweggründe restlos aufgeklärt worden wären. Eine entscheidende Rolle für Saddams Entschluss zur Annexion Kuwaits dürfte die amerikanische Haltung gespielt haben. Aufgrund der Gespräche mit der amerikanischen Botschafterin April Glaspie (am 25.7.) konnte der irakische Staatschef den Eindruck gewonnen haben, dass die USA im Falle einer irakischen Aktion in Kuwait nicht intervenieren würden. Beide Seiten dürften in gewisser Weise auch das Opfer von Missverständnissen gewesen sein. Während Saddam den Eindruck erweckte, er plane nur begrenzte Aktionen, wurde von amerikanischer Seite nicht deutlich genug vor jeder Art von Gewaltanwendung gewarnt. Auch scheint Saddam Hussein nur unklare Vorstellungen von den politischen Verhältnissen in den USA zu haben, so dass er, nachdem er während des Golfkrieges mit dem Iran lange von den Westmächten bevorzugt behandelt worden war, davon ausging, dass die USA auch in diesem Fall Verständnis für seine Politik zeigen würden. Er konnte sich wohl auch nicht vorstellen, dass die Amerikaner auf seinen Einmarsch in Kuwait tatsächlich mit einem umfassenden Krieg reagieren würden. Schliesslich hatte auch die Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran keinerlei energische Reaktionen von amerikanischer Seite ausgelöst. Als nach dem Einmarsch die Amerikaner anders als erwartet reagierten, dürfte dann von einer gewissen Phase an Trotz Saddams Politik bestimmt haben, um sein Gesicht gegenüber seinen Anhängern zu wahren.

Ein anderes Fehltrüben dürfte sich auf die Einschätzung der Haltung der Sowjetunion beziehen, von der sich Saddam Hussein offensichtlich Unterstützung erhofft hatte. Ihm dürfte namentlich der volle Umfang der amerikanisch-sowjetischen Annäherung nicht klar gewesen sein. Aufklärung von Mitarbeitern war angesichts der Machtverhältnisse im Irak, wo Kritik an den Entscheidungen des Staatschefs als Staatsverbrechen geahndet wird, nicht zu erwarten. Das Scheitern der Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts lag aber auch an den USA. Diese konnten die Aggression des Irak nicht hinnehmen, wenn sie die Glaubwürdigkeit ihrer Rolle als Supermacht nicht aufs Spiel setzen wollten. Die Aggression Saddams musste rückgängig und der Schuldige bestraft werden, um keinen Präzedenzfall zu schaffen und potentielle Nachahmer abzuschrecken. Zudem konnten die USA die Annexion Kuwaits auch

deshalb nicht dulden, weil Saddam Hussein, dessen gewalttätiger und unberechenbarer Charakter durch den Überfall auf Kuwait vollends offenbar geworden war, durch den zusätzlichen Besitz der kuwaitischen Ölfelder ein entscheidendes Mitspracherecht bei der Bestimmung der Ölpreise in der OPEC erhalten hätte. Während aber Saudi-Arabien eine massvolle Politik bei der Ölpreisgestaltung ausübte, hätte der irakische Staatschef mit Sicherheit eine Hochpreispolitik zum Schaden der westlichen Industriestaaten verfolgt.

Saddam Husseins entscheidender Fehler war, dass er für sich eine Hegemonialrolle unabhängig von den USA beanspruchte. Während des irakisch-iranischen Krieges hatten die USA den Irak nicht nur unterstützt, um die offen anti-amerikanische Herrschaft Khomeinis einzudämmen, sondern wohl auch in der Absicht, Saddam Hussein zu einem Verbündeten ihrer Politik zu gewinnen, der im Rahmen einer gewissen Unabhängigkeit ihre Interessen wahrnehmen sollte. Saddam hingegen verfolgte das Ziel, seine Position mit Hilfe der USA so weit zu stärken, um eine von den USA unabhängige Politik in der Region auszuüben. Diese Politik richtete sich nicht nur auf die Beherrschung der Golfregion, sondern offensichtlich des gesamten ostarabischen Raumes. Mit einer solchen Politik glaubte Saddam die arabische Bevölkerung für sich gewinnen zu können. Letztlich liefen seine Ziele darauf hinaus, seine Macht im arabisch-israelischen Konflikt einzusetzen. Mit einer solchen Politik konnte er, wie vor ihm andere arabische Politiker auch, am ehesten die Gunst der arabischen Massen gewinnen. Saddams Rede von Anfang April 1990, in der er Israel die Vernichtung androhte, lässt jedenfalls darauf schließen, dass der Kampf gegen Israel ein zentrales Anliegen seiner Politik war und ist. Die offene Drohung gegen Israel kann als ein weiterer schwerer Fehler Saddams und wichtiger Schritt auf dem Wege zur Konfrontation gewertet werden. Diese Drohung wog um so schwerer, als immer deutlicher wurde, dass der Irak bei der Entwicklung von Nuklearwaffen weit fortgeschritten war. Dies dürfte die USA in ihrer Überzeugung bestärkt haben, dass der Irak zu einer Gefahr für Israel und für die Stabilität in der Nahostregion insgesamt werden könnte und daher seine Macht beschnitten werden musste. Hierzu bot der Konflikt um Kuwait eine willkommene Gelegenheit.

4. Die irakische Politik während des Golfkrieges

Die Weigerung Saddams, seine Truppen bis Ablauf der von den USA gesetzten Frist am 15. Januar 1991 abzuziehen, führte am 17.1. zum Beginn der alliierten, d.h. im wesentlichen amerikanischen Luftoffensive gegen den Irak, die sechs Wochen dauerte und neben wichtigen Militär- und Rüstungsanlagen auch zivile Objekte der Industrie und der Infrastruktur zum Ziel hatte. Ganz offensichtlich handelte es sich hierbei auch um eine Strafaktion, wenngleich es in erster Linie darum ging, die militärische Kraft des Irak als Vorbereitung der Bodenoffensive möglichst weitgehend zu eliminieren. Saddams Missachtung des UNO-Ultimatums dürfte teils die Folge einer falschen Einschätzung der amerikanischen Entschlossenheit zum Handeln gewesen sein, teils aber wohl auch von der vagen Hoffnung bestimmt worden sein, dass es vielleicht nicht ganz so schlimm werden würde. Die Politik Saddams dürfte vielleicht auch auf dem Kalkül beruht haben, dass ein direkter Angriff der USA

sowie Grossbritanniens und Frankreichs, der früheren Kolonialmächte in der Region, seine Behauptung von einer amerikanisch-zionistischen Verschwörung, nicht nur gegen den Irak, sondern gegen die Araber und den Islam insgesamt, bestätigte. Gemäss der irakischen Propaganda ging es längst nicht mehr um Kuwait, sondern darum, den Irak am Aufstieg zu einer modernen Industrienation zu hindern. Kuwait sei nur der Vorwand gewesen, um das irakische Nuklearpotential, das zu einer Gefahr für Israel werde, zu zerstören. Diese Argumente fanden bei vielen, wenn nicht den meisten Arabern Zustimmung. Der Irak wollte die öffentliche Meinung in der arabischen und islamischen Welt für sich gewinnen mit dem Ziel, die pro-amerikanischen Regierungen in Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien zu destabilisieren, um sie zu einer Revision ihrer Politik zu zwingen. Dazu kam es zwar nicht. Aber es gelang dem irakischen Staatschef, sowohl bei den linken Intellektuellen als auch bei den rechten islamistischen Kräften Sympathien zu gewinnen. In vielen arabischen Ländern kam es zu gewaltigen Sympathiekundgebungen für den Irak und Saddam Hussein. In Ägypten und Syrien unterbanden die Sicherheitskräfte jegliche öffentliche Demonstrationen für den Irak. Aber auch hier gab es Sympathien für den Irak. Der ägyptische Präsident Mubarak wurde als Agent der USA denunziert, der durch seine schnelle Zustimmung zur Entsendung von Truppen nach Saudi-Arabien den USA erst den Vorwand zum Eingreifen gegeben habe.

Während des Krieges demonstrierte Saddam Hussein eine weitere Hinwendung zum Islam, eine Entwicklung, die schon während des Krieges mit dem Iran eingesetzt hatte. Dies stand in deutlichem Gegensatz zu der von der Ba'ath-Ideologie propagierten laizistischen Gesellschaftsordnung. Saddam hatte nach dem durchschlagenden Erfolg der Revolution Khomeinis erkannt, dass der Islam ein wirksames Instrument zur Motivierung und Mobilisierung der Massen war. Angesichts der in der gesamten arabischen und islamischen Welt um sich greifenden Islamisierungswelle, die durch die islamische Revolution Khomeinis einen gewaltigen Impuls erhalten hatte, konnte sich Saddam Hussein in seiner schwierigen Lage eine anti-islamische Politik ohnehin nicht mehr leisten. Der schon einige Tage nach der Invasion in Kuwait ausgerufene *Jihad* (heiliger Krieg) gegen den Westen wurde von den islamistischen Kräften begeistert aufgenommen und sicherte Saddam weitere Sympathien. Obwohl Saddam Hussein jahrelang eine anti-islamische Politik geführt und Anfang der achtziger Jahre den führenden schiitischen Gelehrten, Muhammad Baqir al-Hakim, hatte hinrichten lassen, folgten viele Fundamentalisten nun seinem Aufruf zu einer islamischen Volkskonferenz in Bagdad, wo vom jordanischen Fundamentalistenführer, Scheich Tamimi, sogar der Vorschlag gemacht wurde, Saddam Hussein zum Kalifen auszurufen. Allgemein war man bereit, Saddam seine anti-islamische Politik in der Vergangenheit zu vergeben, wenn er sich jetzt für die islamische Sache engagierte. Die Haltung Saddams zum Islam machte einmal mehr deutlich, dass er ideologisch kaum festgelegt war, sondern dass es ihm allein um den Machterhalt ging.

Auch nach Ende des Krieges setzte Saddam Hussein seine halsstarrige und unbeugsame Politik fort. So war er nicht bereit, im Interesse der irakischen Bevölkerung die Uno-Sanktionen zu akzeptieren, um dadurch den Boykott möglichst schnell zu beenden. Vielmehr nahm er eine allgemeine Verschlechterung der Lebensverhältnisse und einen Niedergang der Wirtschaft in Kauf, weil dies in den Rahmen seiner Verschwörungstheorie passte. Der Öffentlichkeit sollte weiterhin suggeriert werden, dass der Irak Opfer einer amerikanisch-zionistischen Verschwörung sei, der es zu widerstehen gelte. In gewisser Weise sollte mit dieser Propaganda auch jeder Ansatz einer aufkommenden Kritik an der politischen Führung verhindert werden. Während die Haltung des Irak als die allein richtige und den Interessen der Araber dienende Politik hingestellt wurde, wurden die Führer der anderen arabischen Staaten, die auf seiten der anti-irakischen Koalition standen, wie der ägyptische Präsident Mubarak, zu Verrätern an der arabischen Sache erklärt.

Obwohl die irakische Armee eine vernichtende Niederlage erlitten hatte und keine Bedrohung mehr für die benachbarten Staaten darstellte, war sie noch stark genug, um die nach Ende des Krieges ausbrechenden Aufstände der Schiiten im Süden und der Kurden im Norden niederzuwerfen. In diesem Zusammenhang tauchte die Frage auf, warum die USA den Krieg nicht dazu genutzt hatten, um die Herrschaft Saddam Husseins und der Ba'ih-Partei zu beenden. Hier liessen sich die USA von übergeordneten Interessen leiten. Saddam Hussein sollte zwar geschwächt werden, aber man wollte ein Auseinanderfallen des Irak, vor allem aber die Entstehung eines unabhängigen kurdischen Staates im Norden oder eines vom Iran abhängigen schiitischen Staates im Süden, verhindern. Da nur Saddam Hussein in der Lage war, das drohende Chaos im Irak aufzuhalten, musste man ihn dulden.

Die politische Entwicklung nach der Niederlage des Irak

Der Golfkrieg und das Ausscheiden des Irak aus dem nahöstlichen Kräftespiel hat zu einer grundlegenden Veränderung in der nahöstlichen Szene geführt. Der Irak ist als Akteur ausgeschieden. Um die Ausfüllung des entstandenen Machtvakuumms bemühten sich die arabischen Mächte, die führend an der Anti-Irak-Koalition beteiligt waren, nämlich Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien. Bereits im März 1991 hatten sich die Aussenminister Ägyptens und Syriens sowie der Staaten des GKR mit Saudi-Arabien an der Spitze auf eine Politik der Sicherung des Friedens in der Region geeinigt, die in der sogenannten Damaskus-Deklaration niedergelegt wurde. Ägypten und Syrien, die während des Golfkrieges grössere Truppenkontingente an die irakische Front entsandt hatten, sollten nun den Kern einer interarabischen Streitmacht bilden. Im Gegenzug sollten die Ölstaaten den beiden Ländern grosszügige Finanzhilfe leisten, womit ein weiterer Propagandavorwurf des Irak, dass nämlich die reichen Ölstaaten ihr Geld im Ausland anlegten, anstatt den ärmeren arabischen Staaten zur Verfügung zu stellen, entkräftet werden sollte. Das neu entstandene Machtdreieck Kairo-Damaskus-Riad hat bis jetzt kaum die ihm zugedachte Funktion ausgeübt. Zum einen fürchten die Golfstaaten von einer Stationierung ägyptischer und syrischer Truppen eine Beeinträchtigung ihrer Souveränität (die Anwesenheit syrischer Truppen im Libanon ist ein

abschreckendes Beispiel), zum anderen trauen sie ihnen für den Ernstfall keine entscheidende Hilfe zu, sondern verlassen sich lieber auf die Amerikaner, die schliesslich die Iraker aus Kuwait vertrieben haben, nicht jedoch die Ägypter oder Syrer.

Während der Irak aufgrund des Wirtschaftsembargos an einer Wiedererstar-
kung effektiv gehindert wird und deshalb zur Zeit keine Rolle in der regionalen
Politik spielt, sind die arabischen Staaten nicht in der Lage, das Machtvakuum
zu füllen. Hingegen hat der Iran begonnen, seinen Einfluss in der Golfregion
wieder geltend zu machen, wie die Aktionen auf der Insel Abu Musa zeigen, wo
der Iran den Verkehr der arabischen Bewohner behindert und die Insel, die
vertragsgemäss mit den VAE gemeinsam verwaltet wird, quasi annektiert hat.
Auch das Aufrüstungsprogramm, vor allem der Kauf von drei russischen U-
Booten, hat bei den Golfanrainern Ängste geweckt. Als gravierender und
gefährlicher wird jedoch die iranische Unterstützung für die islamistischen
Bewegungen gewertet, nicht nur am Golf, sondern in der gesamten arabischen
Welt. Der ägyptische Präsident Mubarak hat dem Iran wiederholt vorgeworfen,
die islamistische Opposition in seinem Land zu unterstützen, mit dem Ziel, die
bestehende Ordnung zu stürzen und ein islamistisches Regime nach iranischem
Vorbild zu errichten. Solche Vorwürfe werden dem Iran auch von Algerien und
Tunesien gemacht. Als ein enger Verbündeter des Iran gilt der Sudan, wo sich
eine grosse Zahl von Ausbildungslagern für Islamisten befinden soll. Der Sudan
gilt als Drehscheibe für die "islamistische Internationale", die vom Iran und vom
sudanesischen Islamistenführer Hasan al-Turabi gesteuert werden soll.

Angesichts der vom Iran ausgehenden Bedrohung wird in den betroffenen
Staaten, vor allem in Ägypten, auf das Dilemma verwiesen, dass nämlich nach
der Eliminierung des Irak als militärische Macht und als politischer Faktor der
Iran ungehindert expandieren kann und sich anschickt, seine "islamische Revo-
lution" in die benachbarten arabischen Staaten zu exportieren. Als einziger
Ausweg aus dieser Notlage wird bereits eine Revision der Politik gegenüber dem
Irak gefordert. Ägypten hat als ersten Schritt in diese Richtung seine Botschaft
in Bagdad wieder eröffnet, um, wie es offiziell heisst, die zahlreichen ägypti-
schen Gastarbeiter im Irak betreuen zu können. In Bahrain, Katar und den VAE
neigt man ebenfalls zu einem Einlenken gegenüber Bagdad. In Kuwait
allerdings ist man so lange nicht zu Verhandlungen mit dem Irak bereit, wie
Saddam Hussein an der Macht ist.

Die offensichtlichen Bemühungen Ägyptens um eine Beendigung der iraki-
schen Isolierung könnten sich allerdings als überflüssig erweisen, seit in aller-
jüngster Zeit Anzeichen für eine Annäherung zwischen dem Irak und dem Iran
zu beobachten sind. Die Entlassung von 200 irakischen Kriegsgefangenen durch
den Iran (von insgesamt 20'000) im April wird als Geste des guten Willens sei-
tens des Iran gegenüber dem Irak gewertet. Zu Beginn des Jahres erklärte der
irakische Religionsminister (Auqaf) anlässlich seines Aufenthaltes in Teheran,
wo er an einer internationalen Konferenz teilnahm, dass beide Länder eine
bessere Zusammenarbeit anstrebten. Sehr gut scheinen die wirtschaftlichen
Beziehungen zwischen beiden Ländern zu laufen. Es ist allgemein bekannt, dass
der Iran die Uno-Boykottmassnahmen unterläuft und den Irak mit wichtigen
Gütern versorgt. Dieser positiven Entwicklung stehen bisher jedoch die

Aktivitäten der iranischen Oppositionsbewegung Mudschahedin-e Khalq entgegen, die von irakischem Boden aus Sabotageaktionen im Iran ausführen. In allerletzter Zeit haben iranische Kampfflugzeuge diese Lager innerhalb des Irak bombardiert, was die gegenseitigen Beziehungen offenbar belastet. Diese militärischen Aktionen beweisen, dass sich der Iran zur Zeit als die stärkste Macht in der Golfregion fühlt, die ungestraft militärische Aktionen im Irak durchführen kann.

Eine Annäherung zwischen dem Irak und dem Iran würde, wenn sie zustande käme und sich zu einer engen Kooperation entwickelte, zu einer völlig neuen Lage in der Region führen. Da es die offizielle Politik der jetzigen US-Regierung ist, beide Staaten, den Irak und den Iran, vom Zugang zu moderner Technologie und zu modernen Waffen fern und somit militärisch schwach zu halten, könnten sich beide Staaten im gegenseitigen Interesse zu einer engen Zusammenarbeit gezwungen sehen. Die ideologischen Gegensätze dürften hierbei kein Hindernis sein, da Saddam Hussein die laizistische Ba'th-Ideologie längst aufgegeben hat und inzwischen sein Heil im Islam sucht. Beide Staaten verfolgen eine anti-amerikanische, ja anti-westliche Politik und wollen von jedem fremden Einfluss frei sein. Unter Khomeini galt die Losung "weder Ost noch West". Saddam Husseins oberstes Ziel war immer die Schaffung einer unabhängigen arabischen Macht. Der Unterschied zwischen beiden liegt darin, dass der Iran seine Politik auf den Islam gründet, während Saddam Hussein sich auf den arabischen Nationalismus stützt. Nach dem tiefen Bruch, der als Folge des irakischen Überfalls in der arabischen Welt entstanden ist und der die Ideologie des arabischen Nationalismus weiter diskreditiert hat, bleibt der Islam als die eigentliche Grundlage für eine eigenständige, vom Westen unabhängige Politik. Durch den Zusammenbruch des Kommunismus und der Sowjetunion hat der Sozialismus endgültig seinen Anspruch, eine Alternative zur Religion des Islam zu sein, aufgeben müssen. Unter dem Schock der erneuten Niederlage der Araber gelten die Prinzipien der westlichen Zivilisation als fraglicher denn je. Auf der Suche nach einer eigenen Identität will man sich allein auf eigene Traditionen verlassen. Diese eigenen Traditionen sind vom Islam nicht zu trennen. Dies ist die Botschaft des Iran, und mit dieser Botschaft versuchen auch die arabischen Islamisten Einfluss in der arabischen Welt zu gewinnen, wie es scheint, mit wachsendem Erfolg.

Zwar stützt sich der Iran in seiner ideologischen Offensive auf den Islam. Letztlich geht es aber um uralte Traditionen. Bereits zur Zeit der Griechen war der Iran der Gegenspieler Europas. Später, in römischer Zeit, waren es die Parther, ebenfalls Perser. Heute geht vom Iran eine Bewegung aus, die unter dem Zeichen der Religion des Islam wiederum die Eigenständigkeit des Orients gegenüber dem Okzident sucht. In diesem Punkt dürften die irakischen Ba'thisten mit den iranischen Islamisten uneingeschränkt übereinstimmen. Eine Zusammenarbeit auf dieser Grundlage liegt durchaus im Bereich des Möglichen. Wenn sie zustande käme, würde sie beiden Staaten Vorteile bringen, der Idee des islamistischen Islam aber neue Impulse geben und sie zu einer echten Alternative für die Völker des Orients gegenüber dem Okzident machen. Für die Staaten, die eine enge Zusammenarbeit mit dem Westen verfolgen, wie Saudi-Arabien und die übrigen Golfscheichtümer, aber auch Ägypten, bedeutet dies

eine Gefahr, die sie bereits deutlich spüren. Ob der fundamentalistische Islam, den der Iran propagiert und der in vielen Teilen der arabischen und islamischen Welt Anhänger findet, für die Völker des Orients tatsächlich eine Alternative darstellt und ihre Probleme lösen kann, wird die Zukunft weisen. Die Frage ist allerdings, ob sich die Staaten des islamischen Orients auf die Dauer dem Sog der westlichen bzw. amerikanischen Zivilisation werden entziehen können. Es ist schwer vorstellbar, dass sie auf die Dauer eine Politik der Konfrontation mit den USA werden durchhalten können.

Literatur:

Heikal, Mohamed: Illusions of triumph: An Arab view of the Gulf War. London: Harper Collins, 1992, 350 S.

Hiro, Dilip: Desert Shield to Desert Storm: The second Gulf War. London: Harper Collins, 1992, 591 S.

Hübscher, Jürgen: Der Irak-Kuwait Krieg. Chronologie einer programmierten Katastrophe. Pfungstadt: Edition Ergon, 1992, 389 S.

Karsh, Efraim (Hg.): The Iran-Iraq war: impact and implications. Basingstoke: Macmillan, 1989, 303 S.

List, Harald: Der Golfkrieg auf dem deutschen Büchermarkt (Besprechung von 16 Titeln), in: Orient Nr. 3/1992, S. 511-526.

Nye, Joseph (Hg.): After the storm: Lessons from the Gulf War. Queenstown, Md.: Aspen Inst./Madison Books, 1992, 415 S.

Otto, Ingeborg/Schmidt-Dumont, Marianne: Der Golfkrieg. Eine Auswahlbibliographie. Hamburg: Dokumentationsdienst Vorderer Orient, Reihe A, Nr. 20, 1992, 240 S.

Weiler, Heinrich: Der Konflikt am Persischen Golf aus völkerrechtlicher Sicht. Vereinte Nationen versus Irak. Mit eingehender Dokumentation. Frankfurt/M.: R.G. Fischer, 1992, 274 S.

Wolf, Wolfgang: Der Golfkrieg. Eine erste militärpolitische und militärische Auswertung. Bonn: Bernard & Graefe Verlag, 1992, 132 S.

Urs Schöttli

Die Lage auf dem indischen Subkontinent

1. Der Subkontinent nach dem Ende des Supermacht-Duopols

Viele Teile der sogenannten dritten Welt wurden durch heisse Kriege heimgesucht, die letztlich den kalten Krieg zum Auslöser hatten. Für den indischen Subkontinent gilt diese Prämisse allerdings nur bedingt, denn der indisch-chinesische Grenzkonflikt war ein klassischer bilateraler Krieg um beidseitig in Frage gestellte Grenzen, und die indisch-pakistanischen Kriege sowie die anhaltenden Spannungen zwischen Delhi und Islamabad waren und sind das Resultat einer tief verwurzelten beidseitigen Feindschaft und einer von vornherein problematischen Teilung des Subkontinents nach religiösen Kriterien.

Die Dimensionen der indisch-pakistanischen Kriege und Spannungen wurden - im Gegensatz zum indisch-chinesischen Kriegsgang - durch ein von den beiden Supermächten angeheiztes Wettrüsten gewaltig ausgeweitet, die Amerikaner auf der Seite Pakistans, die Sowjetunion auf der Seite Indiens - mit allen Konsequenzen in den Bereichen der Waffenbeschaffung, der Waffenproduktion und der Wirtschaftshilfe. Weder Pakistan noch Indien waren indessen Klientenstaaten, wie es sie in anderen Krisenzonen der dritten Welt gab. Wichtiger als die direkte, offenkundige Waffen- und Wirtschaftshilfe war in den subkontinentalen Konflikten und Krisen die indirekte Einflussnahme der beiden Supermächte, beispielsweise durch die USA im Falle des indisch-chinesischen Grenzkriegs, durch die UdSSR bei der Sezession Bangladeschs oder durch die USA in den indisch-pakistanischen Krisensommern 1989 und 1990.

Die heutige Situation stellt sich wie folgt dar:

Delhi und Moskau: Bereits unter Gorbatschow hatte ein schrittweises Disengagement der UdSSR gegenüber Indien eingesetzt, indem Moskau insbesondere bei den subkontinentalen Rivalitäten nicht mehr bereit war, einen aussen- und sicherheitspolitischen Blankoscheck zu unterzeichnen. Beschleunigt hat dieses Disengagement natürlich der Zerfall der UdSSR mit seinen Folgen für die wirtschaftliche wie militärische Zusammenarbeit mit Indien. Offenkundig ist, dass aus der Sicht Delhis Russland heute nicht mehr das so lange als fest gegeben hingegenommene Gegengewicht zu den USA auf dem Subkontinent bilden kann. Seit den ersten Schritten der Perestroika war dabei unverkennbar, dass vielen indischen Sicherheitspolitikern - durchaus nicht nur solchen mit offen prosowjetischem Standpunkt - die Anpassung an die neuen Umstände grösste (teilweise auch psychologische) Schwierigkeiten bereitet.

Delhi und Washington: Bereits unter Rajiv Gandhi hatte ein Prozess der schrittweisen Normalisierung eingesetzt. Überraschenderweise fand Indira Gandhis Sohn und Nachfolger bei Reagan gutes Gehör und gar Zuneigung. Von geopolitischer Relevanz war indessen, dass Reagan Indien erstmals eine "Polizistenfunktion" in der Region Südasien zubilligte. Dies zeigte sich bei den indischen Interventionen in Sri Lanka und den Malediven, die - trotz

Remonstrationen seitens Islamabad - von Washington akzeptiert wurden. Schliesslich wuchs während der Bush-Administration das amerikanische Interesse an dem sich öffnenden indischen Markt.

Islamabad und Washington: Seit dem Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht aus Afghanistan, aber auch seit der Verdichtung der Vermutungen über die islamische Bombe in Islamabads Keller ist eine deutliche Zurückstufung der amerikanisch-pakistanischen Beziehungen festzustellen. Besondere Aufmerksamkeit wird in Washington - im allgemeinen Kontext der islamischen Welt - der Wahrung der Menschenrechte und dem Islamisierungsprozess in Pakistan gewidmet, woraus sich insbesondere mit der Administration Clinton (Benazir Bhutto geniesst unter den Demokraten hohes Ansehen) etliche Friktionspunkte eröffnen. Dennoch wird es Washington nicht zum Bruch mit Islamabad kommen lassen; dazu ist Pakistan insbesondere auch mit Rücksicht auf den Persischen Golf von allzu grosser geopolitischer Bedeutung. Es ist daher höchst fraglich, dass Washington, wie dies von Delhi derzeit angestrebt wird, aufgrund der Ereignisse im indischen Teil Kaschmirs, aber auch wegen auf pakistanische Logistik verweisenden Terroranschlägen in Indien Pakistan zum Terroristenstaat erklären wird. Aus Islamabads Sicht könnten die Beziehungen zu Washington derzeit sicher erheblich besser sein. Pakistans Misstrauen gegen die Vereinigten Staaten wächst, wobei nicht vergessen werden darf, dass es stets einen unter Pakistans Massen populären Anti-Amerikanismus gegeben hat.

Islamabad und Moskau: Mit dem Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan kann ein neues Kapitel in den russisch-pakistanischen Beziehungen aufgeschlagen werden. Noch unter Gorbatschow wurde ein Prozess der vorsichtigen Annäherung eingeleitet, wobei dieser aber nicht nur unter den derzeit auf beiden Seiten sehr beschränkten aussenpolitischen Optionen, sondern auch unter der wechselseitig begrenzten Utilität Moskaus und Islamabads zu sehen ist.

2. Staatliche Kohäsion und Zentrifugalkräfte auf dem Subkontinent

Wo befinden sich die wichtigsten Brennpunkte, und welches sind die Perspektiven dieser Konflikte?

Kaschmir

Kaschmir hat für die Indische Union eine geostrategische und - als einziger Gliedstaat mit einer muslimischen Mehrheit - auch eine politische Bedeutung, die eine Sezession nie zulassen wird. Kaschmir ist gleichermassen ein Problem für Pakistan. Im Grunde genommen dürfte bei einer vollständig freien Meinungsbefragung die Unabhängigkeit von ganz Kaschmir als populärste Option herauskommen, was weder Delhi noch Islamabad gelegen kommen kann. Der Konflikt wird weiterschwelen, möglicherweise an Intensität gar noch zunehmen. Eine politische Lösung ist nicht in Sicht, weshalb auch Kaschmir weiterhin ein subkontinentaler Kriegsgrund bleibt.

Pandschab

Trotz logistischer Hilfe aus Pakistan war der Pandschab stets ein innerindischer Konflikt, nicht zuletzt weil die Sikhs keine Glaubensbrüder in Pakistan haben. Es handelt sich zudem um ein politisches Problem, das seine Wurzeln auch in Winkelzügen und - fehlgeschlagenen - Manipulationen der Kongresspartei mit extremistischen Sikhs hat. Letztlich ist es ein Terrorismus-, kein Unabhängigkeitsproblem. Der Aktionsradius der Terroristen scheint derzeit rückläufig zu sein. Eine politische Lösung scheint heute näher zu liegen als je seit dem verhängnisvollen Sturm der indischen Armee auf den Goldenen Tempel in Amritsar. Die Terroristen besitzen allerdings nach wie vor ein hohes Potential an disruptiven Aktionen, nicht zuletzt auch wegen der gewaltigen Mittel, die ihnen aus dem Drogengeschäft zufließen.

Sindh

Im Falle des Sindh handelt sich um ein ethnisches und politisches Problem, ersteres wegen der Rivalität mit der pandschabischen Mehrheit in Pakistan, aber auch wegen der Konflikte mit den Mohajars (aus Indien Zugewanderte, insbesondere in Karachi und Haiderabad), letzteres wegen der Rivalität zwischen der "Pakistan People's Party" und der Islamischen Allianz. Letztlich ist es ein staatsinterner Konflikt, der auch für die Grundsatzfrage der Beziehungen zwischen Islamabad und den Provinzen von Bedeutung ist. Die Perspektiven sind unklar und hängen zu einem grossen Teil auch vom Verhalten Benazir Bhuttos ab. In jedem Fall sind die Probleme im Sindh kein bilateraler indisch-pakistanischer Kriegsgrund.

Ayodhya

Ayodhya steht symbolisch für eine Reihe akuter bzw. potentieller Konflikte zwischen Hindus und Muslimen in Indien, es handelt sich also um keinen geographisch genau lokalisierbaren Konflikt. Hier gibt es keine ausgeprägten Sezessionsforderungen, es kann sie wegen der spezifischen geographischen und demographischen Charakteristika auch gar nicht geben. Es handelt sich vielmehr um einen sozialen Konflikt mit religiösen Vorzeichen. Seine Perspektiven sind undeutlich, handelt es sich doch um mehrheitlich spontane Gewaltausbrüche, die abhängig sind von lokalen Gegebenheiten, von politischen Rahmenbedingungen und von wirtschaftlichen Entwicklungen, aber auch vom Klima. Mehr und mehr sind scheinbar religiöse Konflagrationen auch Stellvertreterkriege beispielsweise von Verbrecherbanden.

Die langfristige Tendenz könnte, insbesondere wegen des islamischen Integrität und einer chauvinistischen Reaktion der Hindus, steigend sein. Allerdings dürfte daraus kein Kriegsgrund zwischen Indien und Pakistan erwachsen. Die jüngste Geschichte des Subkontinents hat wiederholt die Problematik einer ausschliesslich auf religiösen Kriterien beruhenden Solidarität bewiesen (beispielsweise die Sezession Ost-Pakistans).

Terai

Die südnepalesische Grenzregion Terai befindet sich heute nicht in den Schlagzeilen, weist aber stets ein Sezessionspotential auf. Durch die Einführung des Parteienpluralismus wurde der Konflikt entspannt. Spannungen können

auch als Folge von grösseren Bevölkerungsbewegungen über die "grüne" indonepalesische Grenze neu erstehen.

Assam - Nordosten

Im Raum Assam handelt es sich um klassische Zivilisationskonflikte, hervorgerufen durch ethnische und religiöse Spannungen und verstärkt durch Migrationsprobleme (Zuwanderung aus den überfüllten gangetischen Ebenen). Obschon sich starke secessionistische Strömungen inklusive Guerillabewegungen finden lassen, stellen diese Konflikte keine eigentliche Bedrohung für die Einheit der Indischen Union dar. Es sind endemische Konflikte. Selbst mit einem Grossaufgebot an Sicherheitskräften wird sich - unter anderem wegen des Terrains - nie eine vollständige Befriedung realisieren lassen.

Bangladesch

Bangladesch hat Grenzkonflikte mit Burma aus ethnisch-religiösen und mit Indien vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen, namentlich um die Nutzung von grenzüberschreitenden Flusssystemen. Es sind keine bilateralen Kriege zu erwarten, jedoch besteht wegen der Bevölkerungsbewegungen ein grosses Destabilisierungspotential. In dieser Region könnte sich in absehbarer Zukunft der erste ökologisch und demographisch induzierte Zivilisationskollaps der Moderne ereignen.

Sri Lanka - Eelam - Tamil Nadu

Der Konflikt in Sri Lanka nimmt mehr und mehr die Dimensionen des Nordirland-Problems an. Die Separatisten und ihre Terrororganisationen sind zu schwach, um einen entscheidenden Sieg gegen die Sicherheitskräfte der Regierung in Colombo zu erzielen. Letztere wiederum können wegen des Rückhalts der Sezessionisten unter der tamilischen Bevölkerung diese nicht entscheidend schlagen. Wie sich dies auf Dauer auf die Sicherheitslage in Tamil Nadu auswirken wird, ist ungewiss. Über die Meerenge von Palk hinweg gibt es stets ein Potential extremistischer Gewalttäter, wie die Ermordung Rajiv Gandhis gezeigt hat. Breiter abgestützte Sezessionskräfte, wie sie zur Zeit des Sprachenstreits bestanden hatten, können auf absehbare Zeit hinaus indessen ausgeschlossen werden.

Fazit zur Sicherheitslage auf dem Subkontinent: *Stabilität in der Instabilität*. Scheinbar paradoxerweise ist es die Vielfalt an Ethnien, Religionen, Sprachen und Kulturen, aber auch an Konflikten, welche die Einheit wahren hilft. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in Europa sollte die von den subkontinentalen Regierungen, insbesondere von Delhi, betriebene Politik des "Durchwurstelns", der unsauberen Kompromisse heute besseres Verständnis finden. Hinzu kommt, dass es keine auswärtige Macht gibt, die ein Interesse an einer erneuten Aufteilung des Subkontinents haben kann. Man bedenke allein die Dimensionen der Flüchtlingsbewegungen, die dadurch ausgelöst würden.

3. Regionale Kooperation und bilaterale Konflikte

Es existiert eine Organisation der regionalen Zusammenarbeit in Südasiens, die *South Asian Association of Regional Cooperation* (SAARC). Diese besitzt seit einigen Jahren gar ein permanentes Sekretariat in Kathmandu. Bis jetzt ist

allerdings recht wenig erreicht worden. Die SAARC lässt sich bei weitem nicht mit ASEAN, nicht einmal mit den weniger entwickelten Regionalorganisationen wie dem Gulf Cooperation Council oder Mercosur vergleichen.

Woran liegt dies? Eine Haupterklärung findet sich in den Grössenverhältnissen zwischen den südasiatischen Staaten. Indien fürchtet eine gemeinsame Fronde seiner um vieles kleineren Nachbarn, mit denen es zu Wasser oder zu Land gemeinsame Grenzen hat, die jedoch unter sich nicht angrenzen.

Objektiv gibt es eine Reihe von sachlichen Gründen, die eine beschleunigte regionale Integration als wünschenswert erscheinen lassen: die Umwelt, die Bevölkerungsentwicklung, die Bekämpfung der Drogenkriminalität sowie der Austausch von Erfahrungen in den Bereichen der Gesundheits-, Landwirtschafts- und Wirtschaftspolitik. Besonders dringlich erscheint die regionale Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten um das GATT. Süd-asien steht bei einer wachsenden Regionalisierung des internationalen Handels vor der Gefahr, zwischen alle Stühle zu fallen.

Zu den bilateralen Konflikten:

Die Beziehungen zwischen Indien und Nepal sowie Indien und Bangladesch werden im Status sich von Zeit zu Zeit intensivierender bzw. mildernder Spannungen verbleiben. Zwischen Indien und China besteht weiterhin ein Patt, auch wenn auf diplomatischer Ebene einige bescheidene Klimaverbesserungen eingetreten sind. Eine beiderseits akzeptable Lösung der Grenzfrage liegt weiterhin in weiter Ferne. Aus Delhis Sicht wirken sich die Entwicklungen in Tibet - derzeit in einer neuen Phase der internen Instabilität -, der innere Zusammenhalt Chinas und die Pekinger Beziehungen zu den islamischen Staaten, insbesondere zu Pakistan (Waffentechnologie) entscheidend auf die Evolution der indisch-chinesischen Beziehungen aus.

Die indisch-pakistanischen Beziehungen werden massgeblich durch "die Bombe im Keller" bestimmt. Beide Länder sind Atomstaaten, und ein Beitritt zum Nonproliferationsvertrag (NPT) ist vorderhand nicht absehbar, für Islamabad nicht wegen der atomaren Kapazitäten Indiens, für Delhi nicht, weil China im exklusiven Klub der Atommächte aufgenommen ist. Eine offene Frage ist auch, was aus den Nachfolgestaaten der UdSSR an atomarer Technologie und Know-how auf den Subkontinent fliesst. Indien hat in der Raketentechnologie in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. Ebenso offen ist, welchen Einfluss die heutige US-Administration auf einen nuklearen Rüstungswettbewerb auf dem Subkontinent ausüben kann. Indikationen bestehen, dass Washington bei der Prävention einer Nuklearisierung von Waffengängen einwirken kann. Für die künftige Entwicklung ist die Frage entscheidend, ob der Kernwaffenbesitz zu effizienterer Konfliktbewältigung und Konfliktverhinderung zwischen Indien und Pakistan führen wird. Ansätze zur Vermutung, dass dem so sein könnte, gibt es, beispielsweise beim offensichtlichen Containment bei den Krisenpunkten Kaschmir und Pandschab.

Der grosse unbekannte Faktor ist die potentielle Radikalisierung politischer Kräfte - Islamisten in Pakistan, Hindu-Fanatiker in Indien. Solche Radikalisierungen können dazu führen, in alter Manier von internen Problemen durch die

Mobilisierung eines aggressiven Nationalismus abzulenken. Beruhigend wirkt der Professionalismus der Streitkräfte auf beiden Seiten.

Fazit: Ein indisch-pakistanischer Krieg ist ohne nukleares Element kaum mehr denkbar. Dieses Faktum könnte, wie während des kalten Kriegs zwischen Moskau und Washington, zwischen Islamabad und Delhi kriegsabschreckend wirken.

4. Neue geopolitische Dimensionen

Das Ende des kalten Kriegs hat Folgen für den Subkontinent, die weit über die Reduktion des direkten Konfrontationspotentials der UdSSR und der USA hinausgehen. Unter diesen Folgen sind drei neue geopolitische Faktoren von vorrangiger Bedeutung für Südasiens: Japan, der Islam und die ASEAN.

In den achtziger Jahren haben sich die Wirtschaftsbeziehungen Japans zum Subkontinent, insbesondere zu Indien und Pakistan, gewaltig intensiviert. Als Schulbeispiele können der Automobilsektor und die Kommunikationstechnologie dienen. Die Aussenhandels- und Entwicklungspolitik bildet für Japan eine weitgehende Einheit. Daraus ergeben sich auch Folgen für die Aussen- und Sicherheitspolitik. Indien ist für Japan wegen seines Flottenausbaus von Interesse. Nach den USA dürfte Indien heute im Indischen Ozean die stärkste Marinepräsenz haben, was für Japan, dessen Handelsströme von und nach Europa beziehungsweise dem Mittleren Osten (Ölversorgung!) durch den Indischen Ozean verlaufen, von grosser Bedeutung ist. Andererseits ist Indien, dessen Wirtschaft sich auf einen Modernisierungskurs begeben hat, an japanischer Technologie interessiert. All diese Faktoren haben in jüngster Zeit zu einer Intensivierung auch der aussenpolitischen Beziehungen zwischen Delhi und Tokyo geführt.

Indien hat seit kurzem volle diplomatische Beziehungen mit Israel, behält aber in seiner Mittelostpolitik nach wie vor eine klar pro-arabische, pro-palästinensische Position. Mit berechtigtem Argwohn sieht Delhi den sich ausbreitenden islamischen Integritismus. Dahinter steht das Wirken von durch ausländische Kräfte unterstützten islamischen Organisationen, aber auch von Terrorgruppen, die aus islamischen Kreisen Unterstützung erhalten und deren Aktivismus durch hochgeputzte Emotionen zwischen Muslimen und Hindus "legitimiert" wird. Mit dem Bedeutungsverlust der Blockfreien Bewegung und seit dem Golfkrieg haben Indiens Beziehungen zur arabischen Welt an Bedeutung eingebüsst. Trotz konsequent einseitiger Palästinapolitik hat Delhi von den Arabern wenig erhalten. Bei der Eindämmung des von islamischen Integritisten getragenen internationalen Terrors gibt es eine gewisse Interessengemeinschaft zwischen Indien und Europa.

Südasiens und Südostasien haben eine problematische geographische Affinität. Noch unter Präsident Jayewardene hatte Sri Lanka Interesse an einer Assoziation mit der ASEAN angemeldet, war damit aber auf keine Gegenliebe gestossen. Andererseits beobachtet insbesondere Indonesien die starke Marinepräsenz Indiens im Indischen Ozean mit Argwohn. Seit kurzem haben sich die Beziehungen Indiens zu einzelnen ASEAN-Staaten, insbesondere zu Thailand, zu intensivieren begonnen. Dies liegt im gegenseitigen Interesse, auf Seiten

Indiens aus handelspolitischen, auf Seiten einiger ASEAN-Mitglieder aus sicherheitspolitischen Erwägungen. Mit Sorge wird der steile Aufstieg Chinas zur Supermacht gesehen. Zumindest auf dem Meer ist Indien derzeit die einzige asiatische Macht, die chinesischen Expansionsgelüsten Paroli bieten könnte.

Fazit: Das Ende des kalten Krieges hat ein, wenn auch problematisches Sicherheitsnetz in Südasiens beseitigt. Ein neues ist (noch) nicht in Sicht. Südasiens muss im Bereich der regionalen Kooperation aufholen, um aussen- und vor allem handelspolitisch nicht weiter marginalisiert zu werden, als es dies wegen seiner eigentümlichen geographischen Lage ohnehin schon ist.

Bassam Tibi

Die neue globale Nord-Süd-Konfrontation beim Streit um die Universalität der Menschenrechte und die Partikularitäten der Kulturen, dargestellt am Beispiel der Schwierigkeiten des Islam mit dem westlichen Konzept der Menschenrechte

1. Vorspann

Eine der Grundideen einer nationalstaatlichen Weltordnung besteht in der Voraussetzung, dass zwischen den beteiligten Staaten ein Konsens bezüglich Normen und Werten sowie Prozeduren für den Umgang miteinander besteht. Eine solche Voraussetzung bildete auch den Ausgangspunkt der Universellen Deklaration der Menschenrechte von 1948. *Weltfrieden* zwischen den Staaten und die universelle Geltung der *Menschenrechte* sind die beiden Grundgedanken der Vereinten Nationen. Selbst in den Tagen des kalten Krieges, insbesondere nach der Gründung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), wurde zumindest formal anerkannt, dass es universelle Werte gebe und dass diese vor allem für die Bereiche Weltfrieden und Menschenrechte gälten. Selbst kommunistische Staaten liessen diesen Konsens - wenn auch nur formal - zu. Nach dem Ende des kalten Krieges herrschte die Illusion vor, dass ein Zeitalter des Friedens und der Menschenrechte eintreten würde. Stattdessen leben wir heute aber in einer der kritischsten historischen Epochen der neueren Geschichte, nämlich in einem Zeitalter des globalen Fundamentalismus und des ethnischen Nationalismus. Religiöser Fundamentalismus bedeutet De-Säkularisierung der Politik und Einführung eines religiös gefärbten neuen Totalitarismus. Ethnischer Nationalismus bedeutet die Auflösung der auf Bürgerschaft basierenden Nation zugunsten des Erstarkens ethnisch-religiöser Wir-Gruppen. Beide neuen Strömungen sind trennende Kräfte in einer strukturell einheitlichen Welt. Der Krieg auf dem Balkan veranschaulicht exemplarisch die neuen Tendenzen in der Weltpolitik; der Westen zeigt sich ohnmächtig in seiner Reaktion auf diese neuen Herausforderungen. Ich will diese Veränderungen in der Weltpolitik am Beispiel der Menschenrechte anlässlich des aktuellen Ereignisses der Wiener Weltkonferenz diskutieren.

Die Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien vom 14.-25. Juni 1993 ist eine globale Illustration für den Konsensverlust in der internationalen Politik. Während in früheren Phasen asiatische und afrikanische Diktaturen defensiv die Normen der Menschenrechte anerkannten und stets bemüht waren, ihre Verletzungen dieser universellen Rechte mit allerlei zynischen Ausflüchten zu verleugnen, gehen sie heute zum Angriff über und stellen die Menschenrechte als einen kulturellen Imperialismus des Westens dar. Was sich aus einer gesinnungsethischen linken Position als ein Nord-Süd-Konflikt zwischen Armen und Reichen präsentieren liesse, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein globaler Kampf zwischen der kulturellen Moderne in ihrer Manifestation als Säkularität, Demokratie und Menschenrechte und den vormodernen aussereuropäischen Kulturen, die ethnische und religiöse Gesichtspunkte gegen die Universalität der Menschenrechte geltend machen wollen. In der linken gesinnungsethischen

Publizistik ist eine dem Vorwurf des Antikommunismus vergleichbare neue Waffe entwickelt worden, die gegen jene, die den Westen verteidigen, eingesetzt wird. Der Vorwurf des Antikommunismus ist nun ein stumpfes Schwert. Die neue Waffe heisst Euro-Rassismus. Die europäischen Kritiker der Folter und Misshandlung der Menschen, d.h. der Menschenrechtsverletzungen in ausserwestlichen Staaten, erscheinen nun als Euro-Rassisten, weil sie es wagen, die vormodernen Kulturen zu kritisieren. In bezug auf den Islam ist der Begriff vom "Feindbild Islam" als Ersatz für das "Feindbild Kommunismus" geprägt worden.

Die westliche Zivilisation scheint sich im Niedergang zu befinden, da man ihre Werte und Normen, wie z.B. Demokratie und Universalität der Menschenrechte, im Westen nicht mehr ungestraft verteidigen darf. Das verstärkt den Übergang der vormodernen Kulturen von Defensiv-Kulturen zu einer offensiven Position. Westliche Konfliktexperten im Bereich der internationalen Politik beschränken ihre Analysen zumeist auf sicherheitspolitische oder weltwirtschaftliche Fragestellungen. Diejenigen aber, die sich mit der Schaffung kulturübergreifender Grundlagen der Menschenrechte befassen, sind sich der Tatsache bewusst, dass das heutige internationale System Menschen der unterschiedlichsten kulturellen Prägungen miteinander konfrontiert und somit Konfliktpotentiale schafft. Sie anerkennen damit die Notwendigkeit kultureller Analysen in den internationalen Beziehungen. Nach dem Ende des kalten Krieges und in unserem Zeitalter des globalen Fundamentalismus und des ethnischen Nationalismus können wir internationale Politik nicht mehr ohne Rückgriff auf eine solche kulturelle Analyse begreifen. Die Menschenrechtsproblematik als ein globaler Konfliktstoff bietet eine Illustration für meine Aussage. Wenngleich eine Einheitlichkeit von Menschenrechtsstandards auf der internationalen Ebene unabdingbar ist, vollzieht sich die Umsetzung dieser Rechte in einer Vielzahl verschiedener kultureller Kontexte, die berücksichtigt werden müssen. Es fragt sich, wie islamische Identität und ein vollherziges Bekenntnis zu den internationalen Menschenrechtsstandards harmonisiert werden können, damit die Wechselwirkung der kulturellen Eigenschaften des Islams mit der Globalisierung der Menschenrechtsstandards in der heutigen Welt konfliktfrei gewährleistet werden kann. Als Muslim bin ich mir des europäischen Ursprungs des modernen Konzepts individueller Menschenrechte bewusst und weiss um den Konflikt zwischen der Forderung nach einer Umsetzung der islamischen Schari'a und den universell akzeptierten Menschenrechtsstandards. Unter Hinweis auf die "kulturelle Interdependenz" in unserer Welt betrachtet der islamische aufgeklärte Jurist An-Na'im die Durchsetzung der Menschenrechte in der islamischen Welt als ein "legitimes Anliegen der gesamten Menschheit" und damit nicht als Aufgabe ausschliesslich der Muslime selbst, die die westliche Entrüstung über Menschenrechtsverletzungen in islamischen Ländern als eine Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten zurückweisen. Selbstverständlich können nur Muslime die so notwendige historische Aufgabe erfüllen, die An-Na'im als "drastische Reform des islamischen Rechts" bezeichnet. Aber: Menschenrechtsverletzungen in der islamischen Welt müssen international behandelt und verurteilt werden, denn "die Menschheit kann sich ihrer Verantwortung für das Schicksal der Menschen in anderen Teilen der Welt nicht länger entziehen", schreibt An-Na'im. Den Schwerpunkt dieses Vortrages bildet die globale Dimension der Menschenrechte vor dem Hintergrund ihrer

Unvereinbarkeit mit der islamischen Schari'a in einer historischen Periode, in der islamische Fundamentalisten die Anwendung eben jenes Schari'a-Rechts fordern, das in Konflikt zum internationalen Recht steht. Die beiden fundamentalistischen Regimes in der islamischen Welt, Iran und Sudan, weisen mit Vehemenz die universelle Gültigkeit der Menschenrechte zurück.

2. Universalisierung der Menschenrechte versus lokale Kulturen

Die Welt unserer Gegenwart ist von einer umfassenden und fortschreitenden strukturellen Globalisierung gekennzeichnet. Diese Globalisierung bezieht jedoch die kulturelle Sphäre nicht mit ein, denn die Globalisierung von Strukturen korrespondiert nicht mit einer entsprechenden normativen Standardisierung. Eine solche Standardisierung in Form eines gemeinsamen rechtlichen Rahmens als Wert-Norm-Konsens ist aber, wie einleitend gesagt, die benötigte stabile rechtliche Voraussetzung für eine Weltordnung, die das Leben unter den Bedingungen der Globalisierung erst erträglich macht. Rechtssysteme basieren bekanntlich auf kulturellen Normen und Werten. In einer Situation, die durch die Gleichzeitigkeit der Prozesse, die ich in meinen beiden Büchern über den Fundamentalismus als "strukturelle Globalisierung" und "kulturelle Fragmentation" gekennzeichnet habe, besteht eine dringende Notwendigkeit nach global geteilten rechtlichen Rahmen auf kulturübergreifender Grundlage. Die Frage ist, wie dieses Ziel angesichts der bestehenden kulturellen Unterschiede - der Tatsache also, dass der Weltgesellschaft nicht auch eine Weltkultur entspricht - verwirklicht werden kann. Vor allem im Bereich der Menschenrechte wird es immer dringlicher, sich mit diesem fortdauernden Problem eingehend zu befassen. Dabei muss über die wohlbekannten bloss rhetorischen Verurteilungen von Menschenrechtsverletzungen in ausserwestlichen Gesellschaften hinausgegangen werden und die Substanz jener kulturellen Muster - einschliesslich des Islam selbst - angesprochen werden, die solche Rechtsverletzungen begünstigen.

Wir können die Tatsache nicht übersehen, dass der Begriff der Menschenrechte westlichen Ursprungs ist und der kulturellen Moderne entspringt. Dennoch sind seine ethischen und rechtlichen Ansprüche aber universell, weil sie sich auf die Menschheit beziehen. Daraus ergibt sich die Frage, ob und inwieweit ein solches Konzept rechtlich auf kulturübergreifenden Fundamenten aufgebaut werden kann. Ein grundlegendes Problem bildet das Faktum, dass nicht-westliche Kulturen dem Westen angesichts seiner Prosperität und Überlegenheit feindselig gegenüberstehen und Ansprüche auf Authentizität geltend machen, um sich vom Westen abzugrenzen. Tatsächlich wird heute keine Diskussion über Menschenrechtsbelange in der dritten Welt geführt, in der nicht diese Fragestellung die Debatte bestimmt. Diese immer wieder vorgebrachte Frage bezieht sich auf den in den einleitenden Bemerkungen angesprochenen komplexen Problembereich; sie wird dann besonders heikel, wenn im folgenden auf ein Beispiel, nämlich auf die wohl bedeutendste ausserwestliche Kultur zurückgegriffen wird: den Islam und seine rechtlichen Konzepte und Rahmenbedingungen.

Neben einer Minderheit unter den Muslimen, die die Menschenrechte in ihrem gesamten Umfang akzeptieren, ist die Mehrheit der Muslime in zwei Lager gespalten - in jene, die das Konzept der Menschenrechte offen als westli-

chen, dem Islam fremden Begriff ablehnen, und jene, die sich bemühen, ein spezifisch islamisches Menschenrechtskonzept innerhalb eines ideologischen Rahmens zu schaffen, der auf eine Rechtsreform im Islam verzichtet. Anders als einige westliche Autoren, die sich jede Kritik am zeitgenössischen Islam aus Furcht vor dem Vorwurf der Überheblichkeit gegenüber anderen Kulturen, vor dem sogenannten "Euro-Rassismus" versagen, muss der ehrliche Experte trotz seiner Sympathie für einen aufgeklärten Islam anerkennen, dass die islamischen Versuche, ein islamisches Menschenrechtskonzept zu schaffen, meistens darauf hinzielen, Disparitäten zwischen dem islamischen Rechtssystem und den internationalen Menschenrechten festzustellen. Die Feststellung dieser Disparitäten läuft auf die Ablehnung der Menschenrechte hinaus. Der Unterschied zwischen jenen Muslimen, die die Normen der Menschenrechte als westlich ablehnen, und jenen, die den Versuch unternehmen, ein spezifisch islamisches, d.h. nur für Muslime gültiges Konzept von Menschenrechten zu etablieren, ist nicht der Unterschied zwischen einer menschenrechtsfeindlichen und einer sich den Menschenrechten verpflichtenden Partei. In unserer globalen Gesellschaft kann man nicht länger ohne Schaden universal anerkannte Werte wie die Menschenrechte zurückweisen. In ihrem Buch über Islam und Menschenrechte zeigt die auf den Islam spezialisierte Menschenrechtsexpertin Ann E. Mayer, dass diese islamischen "Autoren davor zurückscheuen, offen zu sagen, dass die folgenden islamischen Kriterien Abweichungen von den Normen des internationalen Rechts bedeuten". Wie in anderen nicht-westlichen Kulturen, die zum einen mit den universellen Werten und Normen der kulturellen Moderne, zum anderen mit der globalen politischen und ökonomischen Dominanz des Westens konfrontiert sind, ist auch im zeitgenössischen Islam eine anti-westliche Einstellung kaum zu übersehen. In diesem Kontext habe ich den Begriff der "Defensivkultur" im Hinblick auf den Islam geprägt. Politisch bleiben solche vormodernen Kulturen wegen der fehlenden Kapabilitäten schwach und somit defensiv-kulturell. Wie aber auf der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte sowie bei ihrer dreiwöchigen Vorbereitungsphase zu beobachten war, gehen Dritte-Welt-Kulturen in ihrer Ablehnung der westlichen Werte - auch im Bereich der Menschenrechte - zur Offensive über, so dass sich eine merkwürdige islamisch-hinduitisch-buddhistische Front gegen den Westen bildet.

Um zu einem angemessenen Verständnis dieses umfassenden Trends in den Gesellschaften der dritten Welt - einschliesslich der islamischen - zu gelangen, muss der Kulturbegriff beider involvierten Wissenschaftsdisziplinen verdeutlicht werden: Internationales Recht und Internationale Beziehungen. Denn Menschenrechtskonzepte sind ebenso rechtliche wie kulturelle Konzepte. Die Verbindung internationaler Beziehungen und des Anspruchs auf eine universale Gültigkeit von internationalen Menschenrechtsstandards basiert auf den Prinzipien einer kosmopolitischen Rechtlichkeit, "die zumeist in Form der Idee international geschützter Menschenrechte ausgedrückt worden ist. Die Idee der Menschenrechte folgt direkt aus dem Ideal einer universalen menschlichen Gemeinschaft", schreibt der amerikanische Völkerrechtler Terry Nardin. Auf Basis dieser Erkenntnis wird das Konzept der Kultur - überwindet man die rigiden, legalistischen Konzeptionen des Völkerrechts ebenso wie die nahezu ausschliessliche Beschäftigung mit polit-ökonomischen und sicherheitspolitischen Fragen in der Disziplin Internationale Beziehungen - zu einer zentralen

Kategorie für die Untersuchung der bereits angesprochenen Gleichzeitigkeit von struktureller Globalisierung und kultureller Fragmentation in unserer modernen Welt. Der Auseinandersetzung um universelle, mit der Globalisierung korrespondierende Ansprüche rechtlicher Normen und Werte liegt ein Prozess zugrunde, den der Oxford-Gelehrte für Internationale Beziehungen, Hedley Bull, in einem klassisch gewordenen Aufsatz als "Die Revolte gegen den Westen" beschrieben hat. Diese Revolte richtet sich nicht nur gegen die Unterprivilegierung aussereuropäischer Kulturen - was berechtigt wäre -, sondern auch gegen die Universalisierung europäischer Normen wie die der individuellen Menschenrechte. Wer heute unter diesen Bedingungen zur kulturellen Moderne steht, dem bleibt nur die Alternative, die Normen und Werte des Westens zu verteidigen oder den Vormarsch vormoderner Kulturen mitsamt ihren Ansprüchen tatenlos hinzunehmen.

Auch jenseits der Menschenrechtsfragen lässt sich gleichwohl die politische und kulturelle Macht der kulturell bedingten Ablehnung westlicher kultureller Dominanz erkennen. Darüber hinaus kann die Zurückweisung westlicher Werte und Rechtsnormen nicht nur auf die Ablehnung der politischen Vorherrschaft des Westens zurückgeführt werden; sie resultiert zugleich aus den substantiellen Unterschieden zwischen modernen industriellen Kulturen und den vormodernen Werten und Normen nicht-westlicher Gesellschaften, seien sie islamisch, hinduistisch oder buddhistisch.

Diese Unterschiede werden später, im Zuge einer Untersuchung einiger Ansätze zur Erklärung der muslimischen Feindseligkeit gegenüber den Menschenrechten, genauer analysiert werden. An diesem Punkt ist es wichtig, aus den Beobachtungen Schlüsse darauf zu ziehen, was von den Muslimen gefordert würde, wenn sie die geltenden internationalen Menschenrechtsstandards aufnehmen würden. Auf diese Frage zielt auch die Bemühung des bereits zitierten islamischen Juristen An-Na'ims ab, der den Menschenrechten verbunden ist. Neben einer dringlichen Rechtsreform sind die Muslime grundsätzlich gefordert, zwischen der Dominanz des Westens und der Universalität internationaler Menschenrechtsstandards zu unterscheiden. Es ist durchaus möglich, den ersten Aspekt zu kritisieren, den zweiten aber zu akzeptieren. Menschenrechtsstandards sind in universellen rechtlichen Normen und ethischen Werten begründet, die nicht mit politischer Macht verwechselt werden sollten. Diese Aussage verliert selbst angesichts der wohlbekannten Doppelmoral westlicher Regierungen und ihres oft extrem selektiven Einsatzes der Menschenrechte in der Aussenpolitik nicht an Gültigkeit.

Die islamische Aneignung der Menschenrechte erfordert eine Reform *am Islam*:

Neben dieser Unterscheidung sind von den Muslimen kulturell-religiöse Reformen im Islam - verstanden nicht als Glaube, sondern als kulturelles und rechtliches System - gefordert. Der Islam ist ein spezifisches kulturelles System, in dem das Kollektiv, nicht das Individuum im Mittelpunkt des Weltbildes steht. Das Konzept der Menschenrechte aber ist, wie Ann Mayer zurecht betont, "individualistisch" in dem Sinne, "dass es generell Ansprüche eines Teils gegen das Ganze formuliert". "Teil" meint hier das Individuum, das in einer

Gesellschaft von Bürgern lebt, das "Ganze" ist der Staat. Im Islam, in dem das Individuum stets als Bestandteil eines Kollektivs begriffen wird, gibt es eine solche Konzeption nicht. Darüber hinaus begründen Rechte Ansprüche und unterscheiden sich von Pflichten. Im Islam haben die Muslime als Gläubige Pflichten (fara'id) gegenüber der Gemeinschaft (umma), nicht aber individuelle Rechte. Menschenrechte als individuelle Rechte im Islam zu etablieren bedeutet damit, das Konzept von Rechten einzuführen und eine Entwicklung weg vom Konzept der Pflichten einzuleiten. Um dies zu erreichen, bedarf es einer Auflösung des Kollektivs im Rahmen einer tiefgreifenden religiös-kulturellen Reform. Auch die anderen vormodernen Kulturen in Asien und Afrika gehen - wie der Islam - von einem in einem Kollektiv verankerten Menschenbild aus. Auf der Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien wurde von den Angehörigen vormoderner Kulturen das Kollektiv gegen das Individuum mobilisiert. Konsequenz bedeutet das: die Negation der Menschenrechte.

Nur eine Etablierung einer wirklichen Menschenrechtstradition im Islam kann dieses kulturelle System mit internationalen Menschenrechten als einem universalen Rahmen in Einklang bringen. Die von führenden islamischen Autoritäten (wie z.B. al-Ghazali), Institutionen (al-Azhar) und Bewegungen (wie dem in London ansässigen Islamischen Rat, der für die "Universal Islamic Declaration of Human Rights" verantwortlich zeichnet) unternommenen Anstrengungen werden als der gegenwärtige islamische Beitrag zu einer Etablierung von Menschenrechtsnormen im Islam gewertet. Die Ergebnisse einer Analyse dieser Versuche sind jedoch ebenso niederschmetternd wie desillusionierend. Die von diesen selbsternannten und vorgeblichen Vertretern spezifisch islamischer Menschenrechtskonzepte angestrebten Islamisierungsprogramme verletzen faktisch die internationalen Menschenrechtsstandards eher, als dass sie ihnen zur Geltung in islamischen Gesellschaften verhelfen. In der bereits zitierten Untersuchung dieser Bestrebungen durch Ann E. Mayer kommt diese Juristin und Islam-Expertin zu dem Schluss, dass "die islamischen Konzeptionen keinerlei Schutz für das bieten, was das Völkerrecht als fundamentale Rechte betrachtet". Hinzu komme, so Mayer, dass die muslimischen Autoritäten "keinen Begriff davon haben, was das Anliegen der Menschenrechte ist". Diese Schlussfolgerung wird durch eine substantielle Analyse der grundlegenden islamischen Menschenrechtsdokumente bestätigt. In diesem Bereich zeigt sich der Konflikt zwischen internationalen Menschenrechtsstandards und dem, was als islamische Menschenrechtskonzeption angesehen wird. Dieser Konflikt lässt sich nicht etwa durch Beschneidung der Menschenrechte, sondern nur durch die einleitend geforderte Reform am Islam entschärfen. Eines dieser Konfliktfelder betrifft die Einschränkungen des Individuums. Islamische Autoren betrachten die Beziehung zwischen Individuum und Staat nicht als ein Spannungsverhältnis. Sie begreifen das Individuum weiterhin als Bestandteil eines organischen Kollektivs; somit verleugnen sie jede individuelle Freiheit. Die Diskriminierung von Frauen und Nicht-Muslimen entweder als Ungläubige oder Schutzbefohlene sowie die Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Frauen sind mit den allgemeinen internationalen Menschenrechtsstandards in höchstem Masse unvereinbar. Darüber hinaus verweisen die Islamisierungsprogramme religiöse Minderheiten auf einen Status zweiter Klasse. Die islamischen Menschenrechtskonzeptionen weichen der Frage nach dem Schutz der Religions-

freiheit aus und berufen sich hierbei auf die Tradition mittelalterlicher islamischer Toleranz; sie zeigen einen generellen Mangel an Sympathie für die Idee der Religionsfreiheit bei gleichzeitiger Gewährung der Gleichstellung von Muslimen und Nicht-Muslimen.

Kurzum, man kann nicht sicher sein, ob die islamischen Rechtskonzeptionen universale Menschenrechte meinen oder ob sie Rechte von Muslimen im Sinne von Pflichten der Gläubigen ansprechen. Sie zeigen sich den Menschenrechten gegenüber ambivalent und werden apologetisch, wenn sie entgegen jeder historischen Evidenz polemisch beanspruchen, dass der Islam die Menschenrechte zuerst und lange vor dem Westen verkündet habe.

3. Islamische Massstäbe und westliche Menschenrechtsmassstäbe

Nachdem ich das allgemeine Hauptanliegen und die Struktur meiner Argumentation deutlich gemacht habe, möchte ich mich nun etwas spezifischeren Fragen zuwenden. Die erste Frage lautet: Ist es gerechtfertigt, das nicht-westliche kulturelle System des Islam an Standards zu messen, die, wie im Falle der internationalen Menschenrechte, ihren Ursprung in der westlichen Kultur haben? Wenn die Prämisse zutrifft, dass internationale Menschenrechtsstandards im Islam etabliert werden sollten, dann würde sich diese Frage auf die Bedingungsfaktoren und Hindernisse beziehen, die einer Anwendung im Wege stehen. Es ist zur Gewohnheit geworden, Menschenrechtsverletzungen als eine Eigenschaft repressiver Regime - also als primär politisch bedingt - zu betrachten. Kulturelle Faktoren werden entweder übersehen oder ihnen wird in der Analyse nicht die ihnen zukommende Bedeutung beigemessen. Geht man davon aus, dass Demokratie eine politische Kultur ist, die sich im Westen entfaltetete, so ist es zutreffend festzustellen, dass sich diese Kultur - trotz der strukturellen Globalisierung - bis heute nicht universalisiert hat. In der Welt des Islam, vor allem in ihrem arabischen Zentrum, gibt es auch nach dem Golfkrieg keine Demokratisierung. Demokratie wird als westliches Kulturgut verworfen. Das Denken in ausschliesslich westlichen Begriffen trägt dazu bei, gegensätzliche kulturelle Standards in nicht-westlichen Gesellschaften zu übersehen, in denen demokratische Rechte nicht anerkannt werden.

Schliesslich muss die Frage gestellt werden: Was sollte getan werden, damit Muslime sich - auf ihre Weise - zu den Menschenrechten bekennen? Die Akzeptanz der Menschenrechte kann wohl nicht von aussen auferlegt werden. In einem Beitrag zu einer komparativen Studie habe ich vorgeschlagen, tiefer über diese Fragestellung nachzudenken. Im folgenden möchte ich in dieser Richtung darüber nachdenken, wie die gestellten Fragen anzugehen sind, und die Auswege diskutieren, die gegen die Schwierigkeiten des Islam mit internationalen Menschenrechtsstandards im zeitgenössischen internationalen System empfohlen werden sollten.

4. Lokale Kulturen versus globale Zivilisation

Angesichts der gegenwärtigen Globalisierung und des Andauerns jenes globalisierten Prozesses, für den *Norbert Elias* den Begriff "Prozess der Zivilisation" als Titel seines Hauptwerkes geprägt hat, stellt sich die Frage, ob lokale vor-moderne Kulturen als Inseln in unserer Welt betrachtet werden können, die

isoliert von ihrer globalen techno-wissenschaftlichen Umwelt bestehen. Trotz des unterschiedlichen Charakters der vielen lokalen vormodernen Kulturen muss es eine Vergleichsgrundlage geben, die generelle Schlussfolgerungen mit Gültigkeit für die gesamte Menschheit erlaubt. Die Notwendigkeit von generell akzeptierten Normen, Werten und Verfahrensweisen für die Lösung zwischenstaatlicher Konflikte unterstreicht die Dringlichkeit einer Überwindung lokalkulturell spezifischer Bezugssysteme. Gerade auf dem Gebiet der Menschenrechte ist die Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung akzeptabler Standards von Recht und Moralität als Grundlage globaler Zivilisation nicht abzustreiten. Anthropologen und Regionalspezialisten, die sich vor allem auf die kulturellen Spezifika ihres Untersuchungsgegenstandes konzentrieren, scheinen bisher kein angemessenes Verständnis für die hier angesprochene Fragestellung entwickelt zu haben.

Insbesondere in der Nahost-Forschung ist der Orientalismus, der zunächst gerechtfertigte Gründe zu haben schien, zu einem obskuren Konzept geworden. Durch die Brille dieses Konzepts gesehen, ist keine Kritik - sei es an den im Nahen Osten herrschenden despotischen Regimes oder an der vormodernen islamischen Weltsicht - möglich, ohne dem Vorwurf der Orientalismuskritik ausgesetzt zu werden. Das Feld der Menschenrechte bildet hier keine Ausnahme. Diejenigen, die als Vertreter oder Anhänger des Orientalismus gelten, vertreten die Auffassung, dass der "Orient" sich grundsätzlich vom Westen unterscheidet. Ann Mayer macht jedoch deutlich, dass auch die Kritik des Orientalismus im wesentlichen mit demselben Schema arbeitet, in dem sie nämlich die "in der Quintessenz orientalische Position" akzeptiere, "dass die im Westen für das Verstehen von Gesellschaften und Kulturen angewandten Konzepte und Kategorien im Nahen Osten irrelevant und nicht anwendbar sind". Auch die im Nahen Osten lebenden Menschen lehnen solche kritischen Vergleiche ab und meinen in ihnen "finstere politische Zielsetzungen" zu erkennen. Meiner Auffassung nach ist es angemessen und gerechtfertigt, beiden Parteien ebenso wie der kulturanthropologischen Schule des Kulturrelativismus ihre Versäumnisse vorzuhalten. Mit anderen Worten: Vergleiche auf universaler Grundlage, wie im Falle der internationalen Menschenrechte, sind akzeptabel und zulässig. Die strukturelle Globalisierung in den internationalen Beziehungen untermauert Vergleiche dieser Art. Das Denkverbot in bezug auf vormoderne Kulturen, das heute unter dem modischen Begriff des Euro-Rassismus auferlegt wird, ist besorgniserregend. Die Ablehnung der Beschneidung der Frauen im Sudan z.B. als euro-rassistische Einstellung und nicht als Anprangerung der Verletzung der Menschenrechte zu charakterisieren, ist eine Erscheinung des beklagten Denkverbots.

Angesichts meines Arguments muss gerechterweise auf eine Feinheit in der Analyse der islamischen Kultur hingewiesen werden: Die Annahme, dass es tatsächlich einen monolithischen islamischen kulturellen Standard gibt, ist nicht zutreffend. Ein Überstrapazieren dieser für sich genommen richtigen Beobachtung führt aber dahin, die Gemeinsamkeiten unter den Muslimen zu übersehen, die sie trotz ihrer kulturellen Unterschiede vereinigen. Ich meine, dass Wissenschaftler, die ausschliesslich die Unterschiedlichkeit des Islams betonen, nicht erkennen, dass Muslime - sei es im Nahen Osten, in Südasien oder in Schwarzafrika - eine gemeinsame vormoderne Weltsicht teilen. Ohne eine Einbeziehung

dieser Weltsicht sind die Hindernisse, die der Einführung des westlichen Menschenrechtskonzepts in nicht-westliche, als islamisch zu bezeichnende Gesellschaften im Wege stehen, nicht zu verstehen. Wir können die Betonung der Pflichten und die Ablehnung des Begriffs unantastbarer Rechte nicht nur undemokratischen Regimes zuschreiben, die totalitäre Islamisierungsprogramme durchführen. Es trifft zwar zu, dass diese Regimes sich des Konzepts der Pflichten (*fara'id*) bedienen; erfunden haben sie es jedoch nicht. Es handelt sich hier vielmehr um ein islamisches Konzept, das ebenso alt ist wie der Islam selbst und das in der islamischen Weltsicht, wie sie von der überwiegenden Mehrheit der Muslime geteilt wird, einen festen Platz hat.

Diese vormoderne Weltsicht ist kosmologisch und steht im Widerspruch zu der westlichen Vorstellung vom Menschen als Individuum, wie wir sie in den universell anerkannten Menschenrechtskonzeptionen finden. Eine Ablehnung dieser Betrachtungsweise macht es den Muslimen schwer, die mit den individuellen Menschenrechten verbundenen Normen und Werte zu akzeptieren. Wie aber könnte eine Kultur, die das Individuum als Teil eines als organisch empfundenen Kollektivs begreift, individuelle Rechte zulassen - ohne sich zugleich einem radikalen Wandel ihrer Weltsicht auszusetzen? Erlegt man sich ein Denkverbot auf und spricht diese Frage nicht offen an, so kann dieser Problembereich nicht angemessen erörtert werden. Einfach auf repressive Regimes und ihre Islamisierungsprogramme zu verweisen und auf eine Analyse des gesamten involvierten kulturellen Systems zu verzichten, trägt nicht zur Klärung der angesprochenen Probleme bei. Im wesentlichen ist es die im kulturellen System des Islam vorherrschende kosmologische vormoderne Weltsicht, die verändert werden muss. Es handelt sich nicht um ein Problem der Relativität lokaler Kulturen. Es handelt sich vielmehr um ein Problem der vorherrschenden vormoderne Werte und ihrer Einstufung des Menschen, in der das Kollektiv, nicht das Individuum, die Pflichten und nicht die Rechte den höchsten Rang einnehmen. Das ist der Kern des Konflikts zwischen lokalen vormodernen Kulturen und der globalen techno-wissenschaftlichen Zivilisation im Bereich der Menschenrechte.

Im Kontext der aufgezeigten strukturellen Globalisierung und kulturellen Fragmentation sollte eine Diskussion über den Islam und den kulturell begründeten Widerstand gegen Menschenrechte den Rahmen für eine Etablierung kulturübergreifender Grundlagen der Menschenrechte auf rechtlich und politisch universeller Basis bilden. Ändern die Muslime ihre vormoderne Weltsicht und die sich daraus ergebenden kulturellen Verhaltensmuster nicht, wird der Konflikt zwischen islamischen lokal-kulturellen Menschenrechtskonzeptionen und universalen global-zivilisatorischen Menschenrechtsstandards fort dauern. Die jüngst entwickelten islamischen Menschenrechtskonzeptionen tragen eher zu einer Vernebelung als zu einer Klarstellung des Konflikts bei. Diese Ansätze verdecken die Unvereinbarkeit von individual und kollektiv zentrierten Ansätzen in den westlichen und islamischen Menschenrechtskonzeptionen, und sie verwischen die Grenzen zwischen Rechten und Pflichten. Die vorherrschende islamische Sicht der Welt bildet den entscheidenden kulturellen Unterbau für die Schwierigkeiten des Islam mit dem modernen Konzept der Menschenrechte. Solange sie fortbesteht, dauert der Konflikt zwischen Islam und Menschenrechten an. Der Pakt zwischen islamischen Herrschern und anderen nicht-islami-

schen Diktatoren der dritten Welt gegen die universelle Anerkennung der individuellen Menschenrechte auf der Weltkonferenz in Wien im Juni 1993 war kein Dienst an der Versöhnung des Islam mit der Moderne, sondern ein Beitrag zur Verewigung der Finsternis orientalischer Despotie.

Kurt R. Spillmann

Eine andere Konfliktdimension im Nahen und Mittleren Osten: Wasser!¹

In unserer Reihe "Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte" geht uns bekanntlich der Stoff nie aus! Es ist also nicht aus Mangel an politischen Konflikten, dass wir heute von einer "anderen" Konfliktdimension sprechen. Vielmehr ergreife ich heute selber das Wort, um Ihnen etwas Einblick zu geben in ein Teilgebiet eines Forschungsprojektes, das wir an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Friedensstiftung Bern seit zwei Jahren bearbeiten und das sich mit Konflikten der Zukunft befasst, nämlich Konflikten, bei denen Umweltfaktoren eine massgebende Rolle spielen. Deshalb heisst das Forschungsprogramm ENCOP - abgekürzt für "Environment and Conflicts Project".

Seit sich auch die Medien in vermehrtem Masse mit Umweltproblemen und ihren Folgen für die Menschen befassen, ist es kein Verstoß mehr gegen etablierte Definitionen, wenn ich hier sage, dass jede moderne Konfliktanalyse und Sicherheitspolitik über den engeren Kreis von politischen und militärischen Faktoren hinausblicken muss, die traditionellerweise als Parameter der Sicherheit eines Staates galten. Die Verletzlichkeit moderner Staaten und Gesellschaften ist heute grösser, vielfältiger, komplexer geworden. Armeen sind nur noch gegen gewisse - allerdings noch immer die verheerendsten - Bedrohungsformen die geeignete Abwehr. Andere, neuere Gefahren erfordern andere Gegenmassnahmen. Migrationsbewegungen beispielsweise, oder internationaler Terrorismus, oder wirtschaftliche Erpressung, oder eben ökologische Beschädigungen müssen anders bekämpft werden als bewaffnete Invasionsverbände.

Zu den ganz neuen und qualitativ ganz anderen Bedrohungsformen gehören die ökologischen. Sie laufen in einem anderen - meist langsameren - Rhythmus ab als die politischen Bedrohungen. Sie bauen sich oft - nicht immer - über Jahre, Jahrzehnte oder noch langsamer auf (z.B. die Luftverschmutzung, die Versalzung der Böden, die Zerstörung der Ozonschicht u.a.m.). Sie können aber auch über Nacht zerstörend wirken, in Form von Erdbeben, Sturmfluten, Vulkanausbrüchen etc.

Das Wirken der Natur beeinflusst uns Menschen. Aber da wir Menschen umgekehrt in zunehmendem Masse die Natur beeinflussen, Veränderungen und Schäden provozieren, entstehen aus solchen Wechselwirkungen soziale und politische Umwälzungen, die fast gezwungenermassen von Konflikten begleitet werden. Davon möchte ich im folgenden berichten, und zwar am Beispiel der Wasserverteilungsprobleme im Nahen und Mittleren Osten. Als biologische Grundlage allen Lebens ist Wasser sowohl wichtigstes ökologisches Medium als auch eine zentrale wirtschaftliche Ressource. Die Verknappung von

¹ Ich danke meinem Mitarbeiter Stephan Libiszewski für die Durchsicht des Manuskripts und seine wertvollen Anregungen.

Süsswasserressourcen bildet die häufigste Schnittstelle, an der sich ökologische Probleme in soziale und ökonomische Krisen übersetzen und damit zu einem Konfliktpotential werden.

Zunächst müssen wir eine Tatsache festhalten, die allem Leben auf diesem Planeten zugrunde liegt: Alles Leben drängt nach Erhaltung seiner selbst in den Nachkommen. Und Nachkommen werden in allen Lebensformen - Pflanzen, Tieren, Menschen - mehr erzeugt, als dies für den Ersatz des Elternpaares notwendig wäre. Darwin hat aus dieser Urtatsache richtig abgeleitet, dass unter allen Lebensformen ein permanenter Verdrängungswettbewerb stattfindet, ein Wettbewerb, den die Gattung Mensch mit grossem Abstand (für diese Epoche der Erdgeschichte) für sich entschieden hat. Dank unserer Lernfähigkeit haben wir eine Flexibilität in der Anpassung an widrige äussere Lebensumstände und eine Erfolgsquote im Wettbewerb mit Konkurrenten (z.B. aus der Tierwelt) erreicht, die beispiellos ist.

Nun wird uns aber dieser Erfolg auch zum Problem. Denn wir haben den ganzen Planeten erobert, jedenfalls dessen Landoberfläche, haben alle unbesetzten Räume besetzt, uns auch in unwirtliche Regionen ausgedehnt. Und nun wendet sich die Konkurrenz in verschärfter Masse gegen uns selbst, d.h. der Verdrängungswettbewerb richtet sich nicht mehr gegen fremde Arten - die sind de facto schon besiegt -, sondern gegen andere Gruppen und Individuen der eigenen Art.

Die Geschichte der letzten 10'000 Jahre ist die Geschichte dieses Wettbewerbs. Das Wasser hat dabei von Anbeginn eine entscheidende Rolle gespielt. Alle Hochkulturen haben sich entlang grosser Wasserläufe wie dem Nil, Euphrat und Tigris, Indus, Brahmaputra, Yangtse und Huangho gebildet. Der Historiker Karl A. Wittfogel ist sogar der Meinung, dass der "stimulierende Widerspruch, der entsteht, wenn ein trocknes Gebiet andere Wasserreserven hat als den an Ort und Stelle fallenden Regen", für die Entstehung von Hochkulturen konstitutiv gewesen sei.² Die Notwendigkeit, grossangelegte Bewässerungssysteme aufzubauen und zu unterhalten, verlangte nach der Herausbildung von Technik, nach bürokratischer Organisation und damit so etwas wie einem zentralistischen Staat. Wittfogel beschreibt dies detailliert am Beispiel der frühen Hochkulturen im Nahen und Mittleren Osten. Zu den staatlichen Aufgaben in Zusammenhang mit der Verteilung von Wasser gehörte von Anfang an auch die Verteidigung gegen Konkurrenten. Sobald Wasser knapp wurde, verschärfte sich der Wettbewerb. Damit haben wir das Grundmodell von Umweltkonflikten, das wir hier unserer Betrachtung des aktuellen Konfliktpotentials zugrunde legen wollen.

Drei Typen von Umweltveränderungen können generell zu einer Ressourcenverknappung führen. Dabei hat die Art der Veränderung einen Einfluss auf Form und Verlauf der Konflikte:

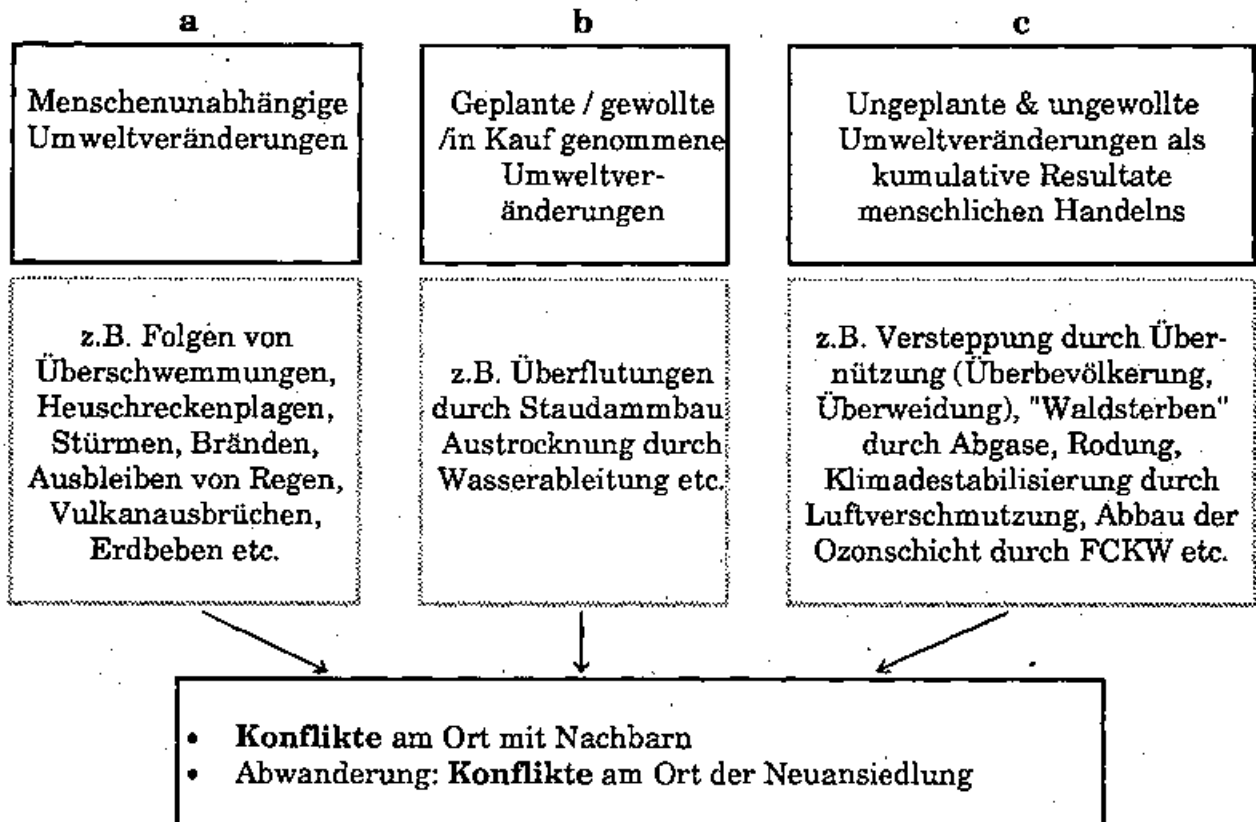
a) Naturkatastrophen und andere, vom Menschen unabhängige Umweltveränderungen wie Erdbeben, Vulkanausbrüche, Überschwemmungen und Trocken-

² Wittfogel, Karl A., *Oriental Despotism: Cooperative Study of Total Power*, New Haven 1957.

zeiten können die Ressourcensituation einer Region stark beeinträchtigen und damit Verteilungskämpfe schüren. Sie haben aber etwas Schicksalhafteres. Da es keine Verursacher der kritischen Situation gibt, spielen sich die Konflikte nicht zwischen Verursachern und Opfern, sondern zwischen verschiedenen Gruppen von Betroffenen ab.

- b) Anthropogene Umweltveränderungen, die aus einer klar definierbaren und ersichtlichen staatlichen - oder staatlich tolerierten - Handlung resultieren und bewusst in Kauf genommen werden (z.B. die Überflutung eines Tales durch den Bau eines Staudammes, die Verwüstung einer Gegend durch ein Tagebauprojekt oder die Umleitung eines Flusses) können grenzüberschreitende Auswirkungen haben. Dann ist eine Konfliktsituation zwischen klar bestimm- baren Akteuren gegeben. Die Umweltschädigung kann von dem als "Opfer" betroffenen Akteur als eine Verletzung seiner traditionellen Lebensrechte verstanden und entsprechend beantwortet werden.
- c) Gravierende Umweltveränderungen können aus den kumulativen Effekten individueller Handlungen resultieren, die dem Einzelnen für seine persönlichen Zwecke sinnvoll, ja lebensnotwendig erscheinen, insgesamt jedoch negative Effekte zeitigen (z.B. Überbevölkerung, Brandrodung von Regenwäldern durch Kleinbauern, Überweidung, CO₂-Ausstoss durch Fahrzeuge und Heizungen). Die Kausalitäten und Wirkungsweisen dieses Typs von Umweltveränderungen sind vermittelt und komplex. Entsprechend sind hier die Konfliktsituationen uneinheitlich und zum Teil diffuser als bei Schädigungen, die aus einer klar definierbaren staatlichen Handlung resultieren.

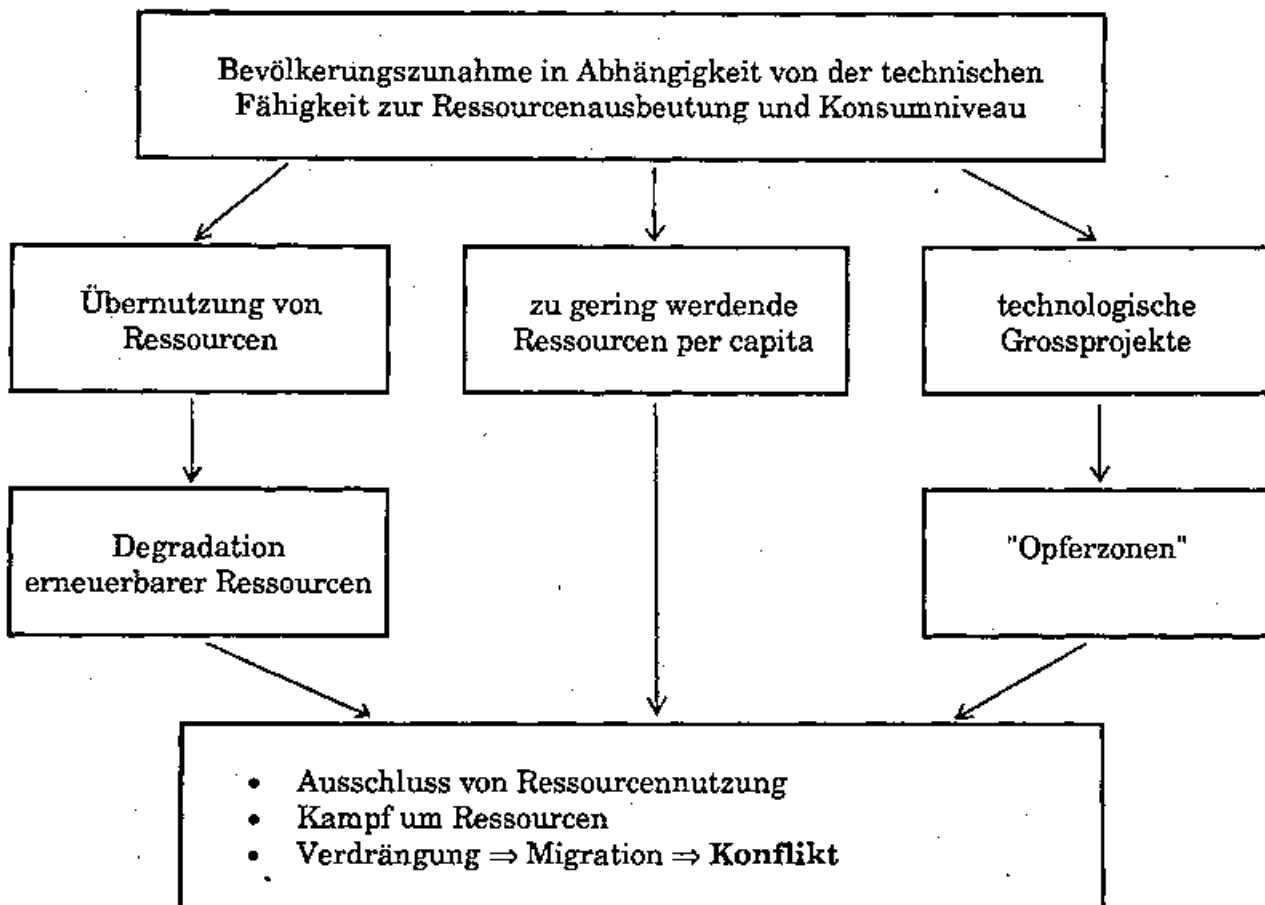
Umwelt und Konflikte



Wasserverteilungskonflikte entzünden sich in der Regel an konkreten Projekten wie Staudämmen und Umleitungen, die die Nutzung grenzüberschreitender Flüsse und Seen zum Zwecke der Stromgewinnung und der künstlichen Bewässerung in der Landwirtschaft zum Ziel haben. Auch Wasserverschmutzung kann eine Konfliktursache sein. Über 200 Flussbecken auf der Welt werden von zwei oder mehr Staaten geteilt. Zwischen ihnen besteht eine Konkurrenzsituation, aber eine sehr asymmetrische. Der Wasserfluss - oder sein Ausbleiben - überträgt die Folgen der wirtschaftlichen Aktivitäten von Oberanrainern auf die Unteranrainer, dasselbe passiert aber nicht umgekehrt. Konflikte um die Verteilung von Flusswasser stellen sich als Nullsummenspiele dar, bei denen der Oberanrainer immer am längeren Hebel sitzt.

Zusätzlich kann die Wettbewerbssituation durch globale Umweltveränderungen (wie z.B. durch die Klimadestabilisierung) verschärft werden. Der gewichtigere Faktor ist aber die Bevölkerungsvermehrung. Das Worldwatch Institute in Washington, das jährlich einen Bericht über die Lage der Welt herausgibt, hat ausgerechnet, dass weltweit die verfügbare Wassermenge pro Kopf heute um ein Drittel geringer ist als 1970. Dies aufgrund der 1,8 Milliarden Menschen, die seitdem den Planeten zusätzlich bevölkern.³

Demographie, Ökologie und Sicherheitspolitik



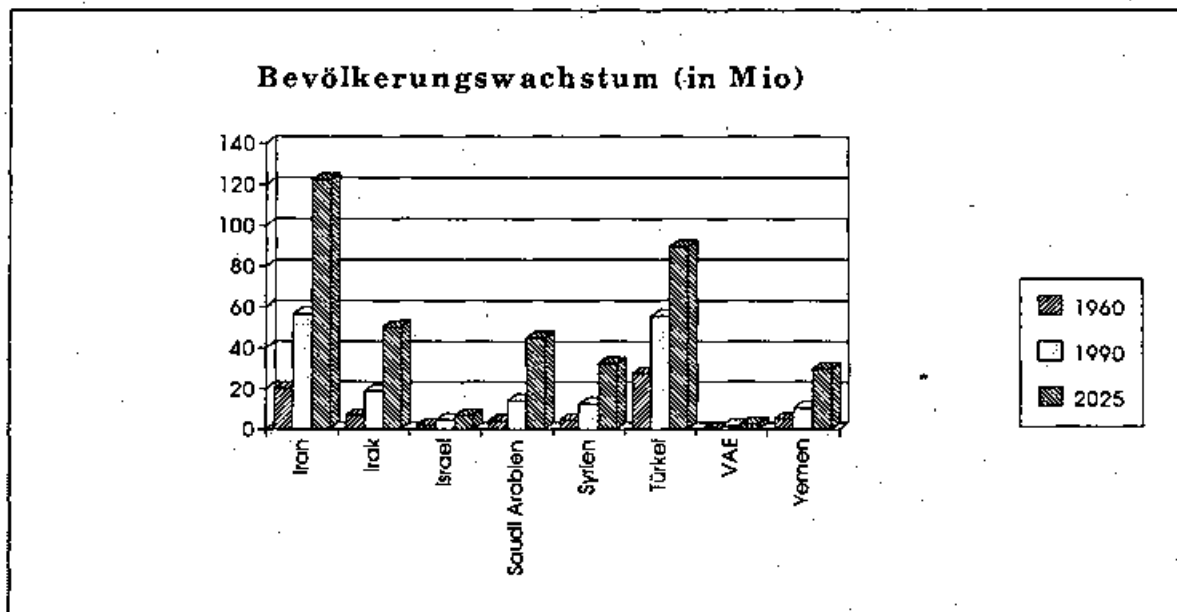
³ Brown, Lester R. u.a., State of the World 1993, London (Eathscan Publications) 1993, S. 22f.; Deutsche Ausgabe im Fischer-Verlag.

Demographische und ökologische Faktoren wirken sehr eng auf die ökonomische und politische Stabilität jeder Gesellschaft zurück. Verknappung und Übernutzung von natürlichen Ressourcen können ebenso zu Konflikten führen wie durch ökologische Schäden ausgelöste Migrationsbewegungen.

Der Nahe Osten: die Wasserkonflikt-Region Nr. 1

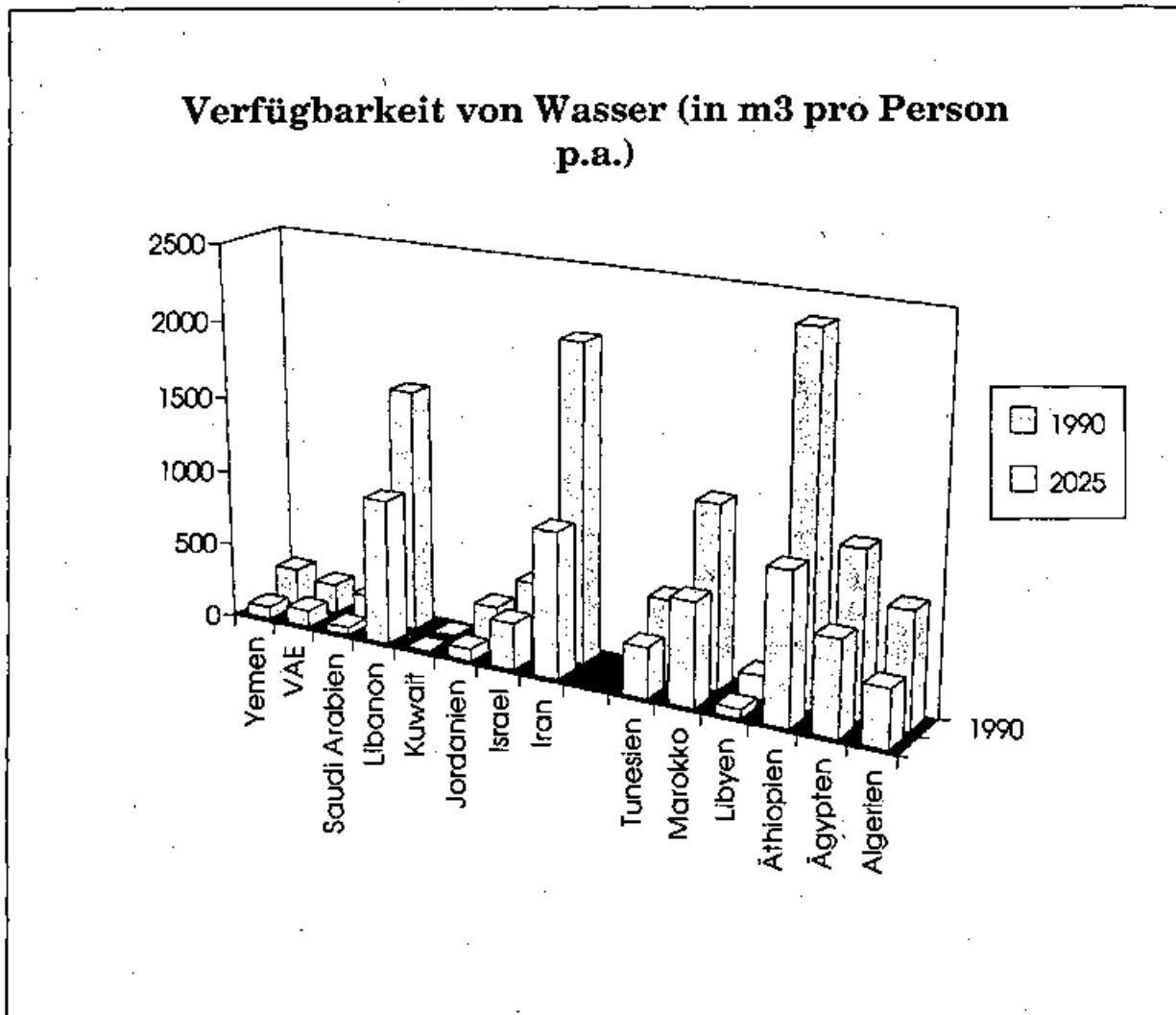
Besonders zu leiden haben natürlich diejenigen Regionen, die von Natur aus nur über geringe Mengen Wasser verfügen. In den Worten Sandra Postels vom bereits erwähnten Worldwatch Institute ist der Nahe Osten die Region "mit der höchsten Konzentration an Wasserknappheit der Welt".⁴ Zugleich ist der Nahe Osten in politischer Hinsicht eine der spannungsgeladesten Regionen überhaupt. Konflikte um die Verteilung knapper Wasserressourcen vermengen sich hier mit territorialen Streitigkeiten, mit Minderheitenkonflikten und traditionellen Machtrivalitäten.

Vergleicht man die Rate des Bevölkerungswachstums (Diagramm 1) mit der Verfügbarkeit von Wasser (Diagramm 2) in den Staaten des Nahen Ostens und nimmt man zur Kenntnis, dass Hydrologen 1000 m³ Wasser pro Kopf und Jahr als den Mindestbedarf eines mässig industrialisierten Staates bezeichnen, dann erkennt man, dass hier Verteilungskonflikte vorprogrammiert sind. "By the year 2000, water - not oil - will be the dominant resource issue of the Middle East." Mit dieser Feststellung begann eine 1987 veröffentlichte Studie des Washingtoner "Center for Strategic and International Studies" über "U.S. Foreign Policy on Water Resources in the Middle East".⁵ Dieser Satz mag in seiner Absolutheit übertrieben klingen. Er wird jedoch im Kern von vielen Experten für zutreffend gehalten.



⁴ ebenda, S. 24

⁵ Starr, Joyce R./ Stoll, Daniel C., U.S. Foreign Policy on Water Resources in the Middle East, Washington D.C. 1987, S. 5.



Zahlen nach World Resources 1990/91, S. 225 (Diagramm 1) und Gleick, Peter H., Water and Conflicts, 1992, S. 17.

In vielen Staaten des Nahen Ostens liegt die verfügbare Wassermenge pro Kopf unter dem Minimalbedarf von 1000 m³. An vielen Orten wird bereits mehr Wasser verbraucht, als sich jährlich durch den Wasserkreislauf regeneriert. In den Ölstaaten am Persischen Golf ist die Deckung dieses Bedarfes durch die Entsalzung von Meerwasser möglich. Diese ist allerdings immer noch sehr energieintensiv und teuer und deshalb nur für die reichen Ölscheichtümer erschwinglich.

In Libyen und Saudi-Arabien werden hingegen in grossem Stil sogenannte "fossile" Wasserressourcen ausgebeutet. Dies sind Süßwasserreserven, die sich im Laufe der Jahrtausende in tiefen Erdschichten angesammelt haben und sich nicht oder nur sehr langsam erneuern. Eine riesige Wasserreserve dieser Art liegt unter Nordafrika. Derartige Reserven müssen sich früher oder später erschöpfen.

In Israel und Jordanien werden die normalen Grundwasservorkommen (die in normalen Jahren durch Niederschläge aufgefüllt werden) über ihre jährliche Regenerationsrate hinaus genutzt, was vielerorts zur Folge hat, dass der Grundwasserspiegel sinkt oder in Küstennähe Meerwasser in die Grundwasserschichten eindringt und diese ungeniessbar macht.

Zu dieser Mangellage kommt erschwerend hinzu, dass sowohl die grossen Flüsse als auch die verschiedenen Grundwasservorkommen der Region von mehreren Staaten geteilt werden müssen. Somit sind viele dieser Länder in hohem Masse von Wasserressourcen abhängig, über die sie nicht allein verfügen können. Das gilt in besonderem Masse für Ägypten, Syrien, den Sudan und Irak. Israel ist stark von Wasserressourcen abhängig, die auf umstrittenen Territorien entspringen. Während es zwischen den Anrainern vieler Flussbecken in anderen Teilen der Welt Regime gibt, welche die Wasserverteilung und das gemeinsame Management regeln, ist ein solches im Nahen Osten nur im Falle des Nils vorhanden. Es ist fraglich, ob in Regionen mit akuter Wassernot Regime und rechtliche Regelungen stark genug sein können, um Verteilungskonflikte um das existentiell grundlegende Gut "Wasser" unter Kontrolle halten zu können.

Wasserkonflikte im Nil-Becken

Der Nil ist mit seinen 6'671 km Länge der längste Fluss der Welt. Er führt im langjährigen Mittel pro Jahr 83,8 Milliarden m³ Wasser (Messung bei Assuan), was etwas mehr ist als die Abflussmenge des Rheins. Seine beiden Seitenarme, der Weisse und der Blaue Nil, entspringen in Zentralafrika bzw. im äthiopischen Hochland. Der Strom durchfliesst insgesamt acht Staaten, bevor er Ägypten erreicht und sich schliesslich ins Mittelmeer ergiesst.

Ägypten, der unterste Anrainer, ist das extremste Beispiel eines Landes, das von einem einzigen Fluss lebt. Das Niltal bildet eine langgezogene Oase in einer Landschaft, die ansonsten aus reiner Wüste besteht. 95 % der ägyptischen Bevölkerung, die jedes Jahr um eine Million Menschen wächst, lebt an seinen Ufern, d.h. auf nur vier Prozent des Staatsgebietes. Die Versorgung des Landes mit Wasser für die Landwirtschaft und die privaten Haushalte hängt zu 97 % vom Nil ab, und 27 % der Elektrizitätsproduktion stammen von den Turbinen am Assuan-Stausee. Es ist verständlich, dass Ägypten schon seit längerem einen ausreichenden Zufluss an Nil-Wasser als eine Frage des nationalen Sicherheitsinteresses betrachtet.

Die Trockenperiode der achtziger Jahre verursachte Hungersnöte im Sudan, in Äthiopien und im Horn von Afrika und liess die Abflussmenge des Nils zurückgehen. Der Wasserspiegel des Assuan-Stausees sank von Jahr zu Jahr. Das führte zu Spannungen zwischen den Anrainern. Ägypten beschuldigte die Oberanrainer, sich hinsichtlich des Problems der Wasserknappheit nicht genügend kooperativ zu zeigen. Insbesondere an die Adresse Äthiopiens, von wo der besonders wasserreiche Blaue Nil sowie ein weiterer wichtiger Zufluss, der Atbara, stammen, richteten ägyptische Politiker mehrere Male offene Kriegsdrohungen, und zwar immer dann, wenn Berichte bekannt wurden, Äthiopien plane den Bau von Stauanlagen und den Ausbau seiner künstlich bewässerten Landwirtschaftsflächen. Ägypten berief sich auf seine "historischen Rechte", die es nötigenfalls mit Waffengewalt verteidigen wollte.

Der Nil ist das einzige Flussbecken im Nahen Osten, wo zwischen den Anrainerstaaten internationale Verträge zur Nutzung des Flusswassers bestehen. Diese haben bisher sicherlich dazu beigetragen, Eskalationen zu verhindern. Sie sind aber nicht unumstritten. Mit Äthiopien besteht ein Abkommen aus dem Jahr 1902, welches das Land dazu verpflichtet, am Blauen

Nil und am Atbara keinerlei Stauanlagen zu bauen. Dieses Abkommen wurde aber während der Kolonialzeit abgeschlossen, weshalb Äthiopien es als null und nichtig betrachtet. Dass das Land am oberen Lauf des Nils bisher trotzdem keine nennenswerten Wasserprojekte realisiert hat, hängt mit dem Bürgerkrieg zusammen, der die Entwicklung seit Mitte der siebziger Jahre blockierte.

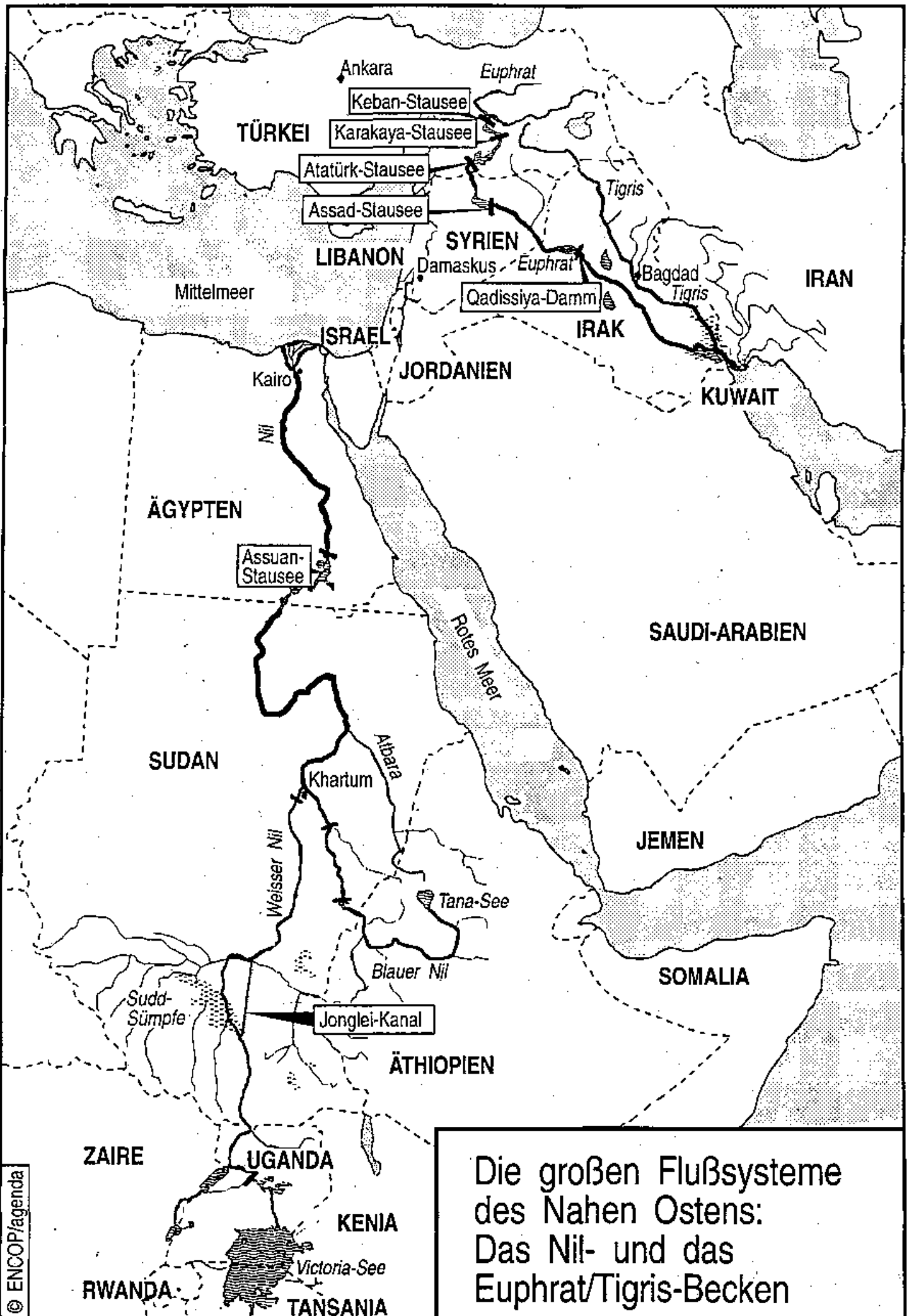
Zwischen Ägypten und dem Sudan besteht hingegen ein Vertrag aus dem Jahre 1959, also aus der Zeit nach der Unabhängigkeit beider Staaten. Das Abkommen wird von beiden Seiten anerkannt und sieht eine Aufteilung des Nilwassers nach einem festen Schlüssel vor: Ägypten stehen 55,5 Milliarden m³ Nilwasser zu, dem Sudan 18,5.⁶ Der Vertrag bildet sicherlich ein Muster für die kooperative Lösung von Streitigkeiten um die Wasserverteilung auch in anderen Flussbecken. Er bildet jedoch auch hier keine absolute Garantie gegen zukünftige Konflikte. Sollten längere Dürreperioden wiederkehren und mit dem Bevölkerungswachstum der Wasserbedarf bei allen Anrainern weiterhin rasch anwachsen, so wird auch diese rechtliche Regelung den Wettbewerb nicht bändigen können.

Ein weiterer Konflikt im Zusammenhang mit der Verteilung von Wasserressourcen bahnt sich zwischen Ägypten und Libyen an. Im Sandstein unter der nubischen Wüste lagern riesige fossile Grundwasservorkommen, die sich vor 40'000 Jahren angesammelt haben und nicht erneuert werden. Die Vorräte sind grenzüberschreitend auf Libyen, Ägypten und den Tschad verteilt, und sie werden auf 50'000 Milliarden m³ geschätzt. Zur Zeit wird das Grundwasser hauptsächlich von Libyen ausgebeutet. Gaddafis "Great Manmade River" wird nach der Vollendung aller fünf Stufen jährlich 1,9 Milliarden m³ Wasser in den Norden des Landes pumpen, um die übernutzten Grundwasservorräte zu ersetzen und neue Landwirtschaftsprojekte zu bewässern. Die Ägypter befürchten, dass dadurch Oasen im Westen ihres Landes austrocknen könnten. Sie beanspruchen überdies einen Teil dieser kostbaren Wasservorräte und sehen es mit Argwohn, dass ihr ungeliebter Nachbar einseitig die gemeinsamen Ressourcen plündert.

Der Streit um die Ströme Mesopotamiens

Das Euphrat-Tigris-Becken ist das zweite grosse Flusssystem des Nahen Ostens, punkto Wassermenge nur wenig kleiner als der Nil. Das Wasser dieser Zone muss von vier Staaten geteilt werden. Die Türkei und in geringerem Masse der Iran sind dabei die Oberanrainer, auf deren Territorien sich die Quellen befinden. Syrien und der Irak liegen hingegen am Unterlauf der beiden Flüsse. Sie besitzen ein sehr trockenes Klima und sind dementsprechend in hohem Masse, nämlich zu 79 respektive 66 Prozent, von dem aus dem Ausland zufließenden Wasser abhängig.

⁶ Beschorner, Natasha, Water and Instability in the Middle East, Adelphi Paper No. 273, Winter 1992/93, S. 47.



Die großen Flußsysteme des Nahen Ostens: Das Nil- und das Euphrat/Tigris-Becken

Alle Anrainer haben grosse Pläne für die intensivere Nutzung der beiden Flüsse, zu Bewässerungszwecken wie für die Stromerzeugung, und beobachten einander mit Misstrauen. Die Türkei hat dabei die grössten Projekte. Sie realisiert im wenig entwickelten und wenig besiedelten Südosten Anatoliens eine Folge grosser Bewässerungsprojekte und Dammbauten. Planungshorizont des Riesenprojektes ist das Jahr 2030. Wichtigstes Einzelbauwerk ist der im Juli 1992 eingeweihte Atatürk-Staudamm.

Die Türkei versteht sich dabei als "Besitzerin" der Quellen, mit deren Wasser sie nach eigenem Belieben umgehen könne. Sie beruft sich auf das Prinzip der absoluten territorialen Souveränität und vertritt damit eine Position, die in der völkerrechtlichen Diskussion als "Harmon-Doktrin" bekannt ist - benannt nach einem amerikanischen Unterhändler, der um die Jahrhundertwende in einem Wasserstreit mit Mexiko diese Position vertrat.

Wenn alle 22 unter dem Obertitel Südost-Anatolien-Projekt (Güneydogu Anadolu Projesi, GAP) zusammengefassten Staudämme und dazu gehörenden Bewässerungsprojekte realisiert würden, hätte dies eine substantielle Verminderung der Abflussmenge von Euphrat und Tigris zur Folge. Experten schätzen, dass die nach Syrien und in den Irak fliessende Wassermenge mehr als halbiert werden könnte. Dies kollidiert mit den Entwicklungsprojekten der beiden Unteranrainer. Die Auffüllung der schon bestehenden Staustufen hat bereits zu Engpässen geführt. Um den Atatürk-Stausee zu füllen, reduzierte die Türkei anfangs 1990 den Durchlauf des Euphrats massiv, was heftige Proteste von Syrien und Irak zur Folge hatte. Die Macht des Oberanrainers zeigte sich nochmals während des Zweiten Golfkriegs im Februar 1991, als die Türkei "aus technischen Gründen" die Wassermenge des Euphrat auf 300 m³/sec. reduzierte.

Natürlich bestreiten die Unteranrainer, Syrien und der Irak, das "souveräne" Recht der Türkei, nach eigenem Gutdünken mit dem Wasser der beiden grenzüberschreitenden Flüsse umgehen zu können. Wie Ägypten berufen sie sich auf ihre "historischen Rechte" und auf das Prinzip der "territorialen Integrität", das durch unilaterale Wasserabzweigungen verletzt werde. Syrien und der Irak fordern einen Mindestabfluss von 700 m³/sec. gegenüber den 950 m³/sec., die vor dem Beginn des GAP abflossen, und den 500 m³/sec., die von der Türkei angeboten werden.

In einem Völkerrechts-Handbuch⁷ erfahren wir zur Frage der Verfügungsgewalt über internationale Flüsse folgendes: "Allgemein anerkannt ist, dass ein Staat nicht das Recht hat, einen internationalen Fluss ohne Rücksicht auf die Nutzungsinteressen der anderen Anlieger zu nutzen; ein solches Recht folgt nicht aus seiner Souveränität über seinen Gewässeranteil. Die Beschränkung des souveränen Nutzungsrechtes liegt z.B. dem Schiedsspruch im französisch-spanischen Streit um die Wasser des Lac Lanoux vom 16.11.1957 (International Law Report 1957, 101) zugrunde, der dem Unterlieger allerdings auch kein Veto-Recht gegen die Massnahmen des Oberlieggers einräumt. Am angemessensten erscheint eine Regelung, die das ganze Einzugsgebiet eines internationalen

⁷ Ignaz Seidl-Hohenvelden, Lexikon des Rechts, Völkerrecht, 2. Aufl. 1992, S. 92.

Flusses berücksichtigt und jedem Staat des Flusssystemes einen angemessenen und gerechten Anteil an der Nutzung des Wassers zuerteilt. Das ist in den von der International Law Association 1966 angenommenen Helsinki-Rules (International Law Association Report 1966, 484) ausgesprochen."

1991 hat die International Law Commission in 32 Artikeln das "Recht über die nicht die Schifffahrt betreffende Nutzung von Internationalen Wasserläufen" kodifiziert und provisorisch angenommen⁸. Darin enthalten sind folgende allgemeine Prinzipien:

- Die Gleichmässigkeit der Nutzungsanteile (Equitable Utilization);
- die Verpflichtung, anderen Fluss-Anrainern keinen Schaden zuzufügen;
- die Verpflichtung, regelmässig hydrologische und andere relevante Daten auszutauschen.

Die Prinzipien der "Equitable Utilization" und der Berücksichtigung der Interessen aller Anrainerstaaten eines ganzen Flusssystemes werden in vielen anderen Flussbecken bereits praktiziert. Es existieren weltweit über 100 Verträge, welche die Rechte von Oberlieger-Nationen zugunsten der Unterlieger beschränken. "Equitable" heisst allerdings nicht "gleich" bzw. "gleiche Anteile", sondern bedeutet, dass bei der Bemessung eine ganze Reihe von Faktoren, wie Bevölkerungszahl, geographische Bedingungen, Verfügbarkeit alternativer Wasserressourcen usw. berücksichtigt werden.

Dass diese Regeln aber vorderhand nur Postulate und nicht einklagbares Recht sind, macht die Problematik der Nutzung von Wasserläufen immer wieder zu einem explosiven Thema. Verträge können nur dann und nur dort zustande kommen, wo die beteiligten Staaten selber einen Vorteil darin sehen, auf einen Teil ihrer Souveränität bzw. Integrität zu verzichten, und wo ein Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien besteht. Selbst in Europa existieren nur für Rhein und Donau grosse, rechtskräftige Vertragswerke, die beide in ihren Ursprüngen über 150 Jahre zurückgehen.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und ihren südlichen Nachbarn sind jedoch auch aus weiteren Gründen gespannt. Zwischen der Türkei und Syrien besteht erstens ein territorialer Konflikt um die Provinz Hatay (Sandschak). Diese Provinz war 1939 von der damaligen Kolonialmacht Frankreich an die Türkei abgetreten worden - als Gegenleistung für eine neutrale Haltung der Türkei im Zweiten Weltkrieg. Syrien betrachtet diese Abtretung als ungültig und fordert die "verlorene Provinz" zurück. Dieser territoriale Konflikt ist mit einem zweiten Konflikt zwischen beiden Ländern um die Wasser des Orontes verbunden - diesmal unter umgekehrten Vorzeichen. Beim Orontes befindet sich Syrien in der Position des Oberanrainers, der das Monopol über die Nutzung für sich beansprucht, die Türkei in der des Unteraanrainers. Nun fliesst aber der Orontes von Syrien aus gerade in jene türkische Provinz Hatay, die zwischen beiden Ländern umstritten ist.

⁸ Gleick, Peter: Water and Conflict, 1992, S. 21.

Ein weiterer Konfliktpunkt betrifft die Kurden, die bekanntlich die Grenzgebiete zwischen dem Südosten der Türkei, dem Nordosten Syriens und dem Norden des Iraks bewohnen. Syrien wird von der Türkei vorgeworfen, es gewähre den Kämpfern der kommunistischen kurdischen Arbeiterpartei PKK Unterschlupf, um die Türkei zu destabilisieren. Damit sind das Wasser, Grenzfragen und der Kurdenkonflikt in ein komplexes Konfliktbündel eingebunden, das durch zwei Umstände praktisch unlösbar erscheint:

- 1.) alle drei Staaten - die Türkei, Syrien und Irak - rivalisieren miteinander um die regionale Vormacht- bzw. Führungsrolle, und
- 2.) in allen drei Staaten wachsen die Bevölkerung und damit die Wasserbedürfnisse dramatisch an.

Die Türkei verfügt zwar über reichliche Wasserressourcen; sie nutzt aber von den 185 Milliarden m³ verfügbaren Wassers bisher nur einen kleinen Teil. Seine Bevölkerung, insbesondere in den städtischen Agglomerationen, wächst aber rasant (um 43 % zwischen 1985 und 1990!), und mit ihr die benötigten Wassermengen. Das Land will zudem die Tourismuszentren entlang der Mittelmeerküsten sowie die Landwirtschaft im bisher unterentwickelten Südosten ausbauen. Sie beharrt deshalb auf dem Recht, die "eigenen" Wasserressourcen auszubeuten.

Als Ausweg aus dem Konflikt hatte der verstorbene türkische Präsident Turgut Özal ein gigantisches Alternativ-Projekt vorgeschlagen, mit dem die Nachbarn mit Wasser aus den bisher kaum genutzten Flüssen Seyhan und Ceyhan erhalten hätten. Durch zwei Leitungen, die er sinnigerweise "Friedenspipelines" nannte, sollte auf kommerzieller Basis einerseits Wasser nach Syrien, Jordanien und Israel geführt werden, andererseits in die Ölstaaten am Golf.

Doch der von Özal für November 1991 einberufene "Wasser-Gipfel" in Ankara scheiterte an der Weigerung der meisten arabischen Staaten, daran teilzunehmen. Die Vorstellung, für das Wasser, das die Türkei aus Euphrat und Tigris zurückbehält, bezahlen zu müssen und durch die Pipeline in eine noch stärkere Abhängigkeit vom türkischen Wassermonopol zu geraten, vermochte in der Region niemanden zu begeistern. Die arabischen Staaten, allen voran Syrien, weigerten sich zudem, über ein Projekt zu diskutieren, das dem Erzfeind Israel Wasser liefern soll, bevor ein Friedensschluss vorliegt. Ein solcher kommt für Syrien nur in Frage, wenn Israel die Golan-Höhen an Syrien zurückgibt. Auf der anderen Seite gibt es auch in Israel Bedenken gegen eine Wasserpipeline, die syrisches Territorium zu durchqueren hätte und Israel vom Wohlwollen dieses Transitstaates abhängig machen würde.

Damit kommen wir zum dritten Flusssystem, dem von den involvierten Wassermengen her am wenigsten bedeutenden, aber politisch brisantesten, dem Jordan-Becken.

Die Wasserkonflikte im Jordan-Becken

Das Jordan-Becken ist in bezug auf Wasser der Inbegriff einer Knappheitszone mit ständig sich verschärfenden Problemen aufgrund von Überbevölkerung,

politischen Spannungen, ungleicher Wasserverteilung und schlechtem Management sowie ungenügenden finanziellen Mitteln.

Das Jordan-Becken ist das kleinste der hier aufgezeichneten Flussysteme. Es umfasst 18'300 km² (knapp weniger als die halbe Fläche der Schweiz) und hat eine Gesamtabflussmenge von jährlich durchschnittlich ca. 1,3 Milliarden m³, wenn man alle Zuflüsse mitrechnet. Damit ist seine Wasserführung ca. 65mal geringer als diejenige des Nils. Der Obere Jordan, bevor er in den Tiberias-See fliesst und dann vom Yarmuk, dem wichtigsten seiner Zuflüsse, erreicht wird, besitzt eine Wasserführung von sogar nur 0,55-0,6 Milliarden m³. Während bei den bisherigen Strömen die Masseinheit Milliarden Kubikmeter benutzt wurde, kann im Jordan-Becken sinnvollerweise nur noch von Millionen die Rede sein.

Auf Zürcher Verhältnisse übertragen muss man sich vor Augen halten, dass der Obere Jordan, ein Fluss von wenigen Metern Breite, eher mit dem kleineren unserer "Hausflüsse" zu vergleichen ist als mit dem grösseren: er führt dreimal mehr Wasser als die Sihl, aber fünf mal weniger als die Limmat bei ihrem Ausgang aus dem Zürichsee. Umso schwerer vorstellbar ist es für uns Schweizer, dass der Obere Jordan buchstäblich die Lebensader Israels bildet, eines Landes, das bezüglich Bevölkerungszahl nur wenig kleiner ist als das unsere.

Neben Israel umfasst das Jordan-Becken auch Südwestsyrien, Teile Jordaniens, den Südlibanon sowie die von Israel besetzten Territorien der West Bank und des Gaza-Streifens. Diese Region - insbesondere Jordanien und die besetzten Gebiete - leidet unter dem grössten Wassermangel des Mittleren Ostens. Entsprechend politisch brisant sind die Verteilungsfragen im Kontext der ohnehin verfeindeten Anrainer des Jordan-Beckens. Kein Wunder, dass die Wasserfrage auch einen wichtigen Bestandteil des Friedensprozesses bildet, der vor zwei Jahren in Madrid begonnen hat und bis heute anhält.

Die Spannungen und Konflikte um die vorhandenen knappen Wassermengen haben folgenden Hintergrund: Israel hat alles andere als natürliche Grenzen. Die Bestandesaufnahme des Schweizer Hydrologen Max Bourcart im Auftrag von Theodor Herzl - um die Jahrhundertwende - hatten ergeben, dass eine von der Wasserversorgung her sichere Grenzziehung eines künftigen Staates Israel im Norden den Litani (im Libanon), alle Quellgebiete des Jordans inklusive Zuflüsse Hasbani und Banias (in Syrien) sowie die Golan-Höhen und alle östlich des Jordan gelegenen Einzugsgebiete dieses Flusses inklusive Yarmuk umfassen müsste, sowie natürlich die West Bank mitsamt ihren reichen Grundwasservorkommen. Aber die Geschichte verlief anders. Israel blieb nach seiner Staatsgründung von zwei der drei Quellen des Jordans, dem Banias und dem Hasbani, die zusammen etwa die Hälfte des Wassers des Oberen Jordans speisen, abgeschnitten. Nur der Dan, der dritte Quellfluss, entsprang auf israelischem Territorium. Sowohl die Grenzziehungen des Palästina-Mandates nach Ende des Ersten Weltkriegs als auch diejenigen des Uno-Teilungsplanes von 1947 orientierten sich an politischen Gesichtspunkten und liessen die weit ausgreifenden Forderungen der Zionistischen Bewegung nach gesicherten Grundlagen der Wasserversorgung unberücksichtigt. Im ersten israelisch-arabischen Krieg von 1948/49 versuchte Israel die Quellgebiete des Jordans zu erobern, was aber nicht gelang.

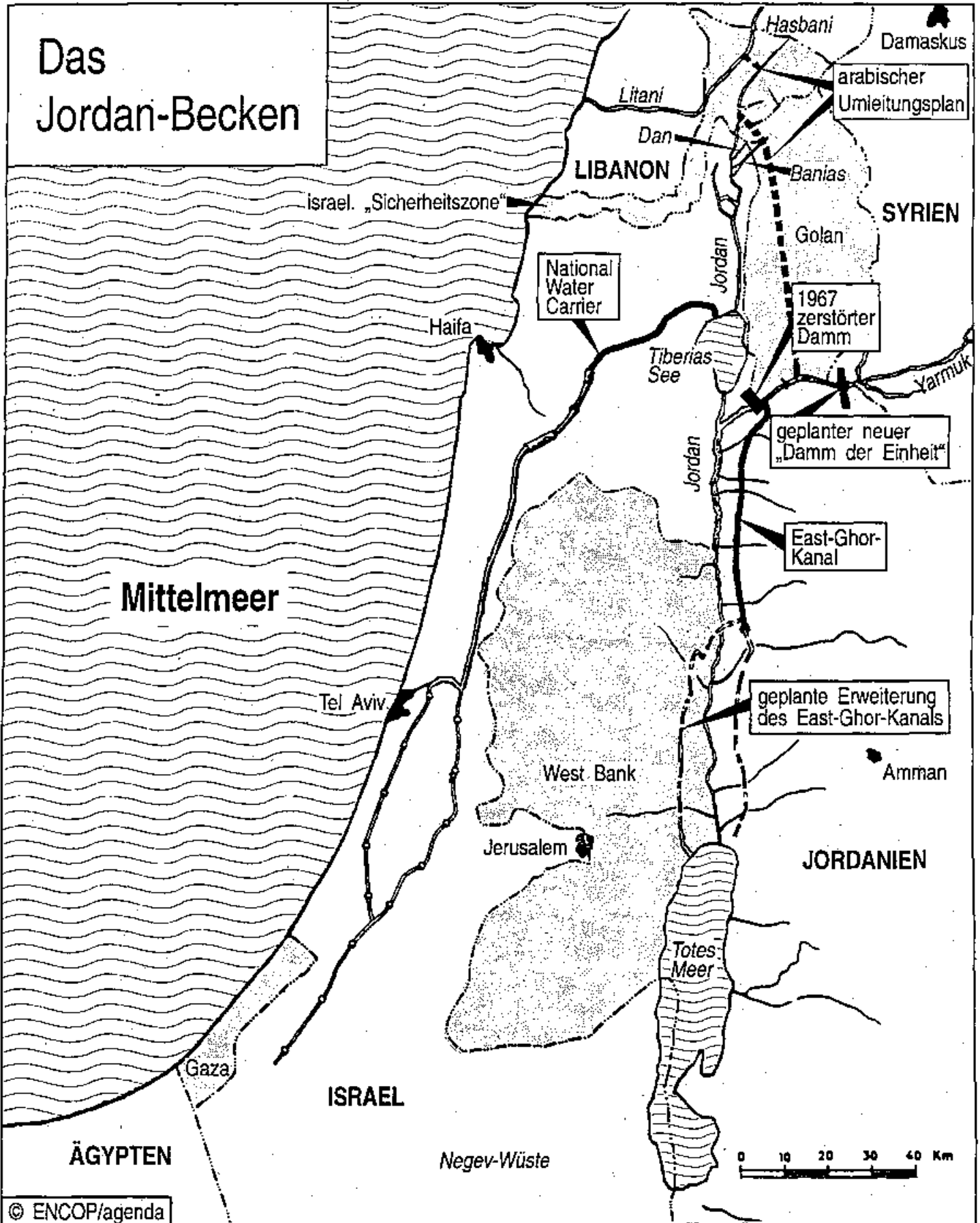
In den frühen fünfziger Jahren wollte die amerikanische Administration den latenten Konflikt um die Wasserverteilung einer Entspannung näherbringen. 1953 schickte Präsident Eisenhower den Experten Eric Johnston in die Region mit dem Auftrag, zwischen den Anrainern ein Abkommen über die Nutzung und Verteilung des Jordan-Wassers zu vermitteln. Johnston schlug eine Quotenlösung vor, doch sein Plan wurde nie in die Realität umgesetzt. Die arabischen Regierungen weigerten sich, mit der Unterzeichnung des Plans indirekt das Existenzrecht Israels anzuerkennen.

Da ein gemeinsames Wassermanagement der verfeindeten Nachbarn nicht möglich war, entwickelten die verschiedenen Jordan-Anrainerstaaten ihre Wassernutzungskonzepte einseitig. Israel begann mit dem Bau einer grossen Wasserleitung, des National Water Carriers, die 1964 vollendet wurde. Damit werden jährlich ca. 500 Millionen m³ Wasser aus dem Tiberias-See, dem einzigen natürlichen Süsswasserreservoir des Landes, über die Küste bis in die Negev-Wüste geführt. Da der Tiberias-See mehr als 200 m unter dem Meeresspiegel liegt, muss das Wasser zunächst unter hohem Energieaufwand hochgepumpt werden. Anschliessend wird es in grossen Rohrleitungen und zum Teil in offenen Kanälen abgeleitet. Bis heute werden mit dieser Leitung die Küstenstädte, darunter Tel Aviv, und die Landwirtschaftsprojekte im trockenen Süden des Landes mit Wasser versorgt. Jordanien baute hingegen den East-Ghor-Kanal, mit dem es Teile des Yarmukwassers ins östliche Jordantal führte.

Ein offener Konflikt um das Wasser brach 1964 aus. Die arabische Liga antwortete auf die Vollendung des National Water Carriers mit dem Plan, im Norden Banias und Hasbani, die beiden Quellflüsse des Jordans ausserhalb des israelischen Territoriums, durch einen Kanal über die Golan-Höhen in den Yarmuk umzuleiten. Das Wasser dieses Flusses hätte wiederum in Jordanien, kurz vor Erreichen der israelischen Grenze, durch einen Damm aufgestaut und in den bereits existierenden East-Ghor-Kanal geführt, dieser zudem ausgebaut und erweitert werden sollen. Die Streitigkeiten um diese Projekte eskalierten in den folgenden Jahren und waren integraler Teil der militärischen Scharmützel, die dem Sechs-Tage-Krieg vorausgingen. Die damalige israelische Aussenministerin Golda Meir bezeichnete die Pläne der arabischen Liga als "Angriffe auf Israels Existenzgrundlage". Israelische Flugzeuge bombardierten wiederholt die Baustellen des Projektes, während zu den ersten Angriffszielen der ebenfalls 1964 gegründeten PLO die israelischen Pumpwerke am Tiberias-See gehörten.

Im Sechs-Tage-Krieg spielte schliesslich das Wasser eine wichtige Rolle bei der Festlegung der Kriegsziele Israels. Während der letzten Kriegsstunden zerstörten israelische Soldaten den Damm am Yarmuk und beschädigten den East-Ghor-Kanal. Israel eroberte auch die Golan-Höhen, und zwar nicht nur aus militärstrategischen Gründen, sondern auch wegen der zahlreichen Bäche, die sich von dort in den Jordan ergiessen, sowie zwecks Kontrolle über die Jordanquellen und über weitere Teile des Unterlaufes des Jarmuk.

Das Jordan-Becken



Die Wasserverteilung im Jordan-Becken

Oberer Jordan

Land	Johnston-Plan 1955	heutige Verteilung ¹
Libanon	42 Mio. m ³	0
Syrien	35 Mio. m ³	0
Israel	375 Mio. m ³ bzw. Rest	550 - 600 Mio. m ³
Jordanien	100 Mio. m ³	praktisch 0

Yarmuk

Land	Johnston-Plan 1955	heutige Verteilung ²
Syrien	90 Mio. m ³	160 - 170 Mio m ³ (Ziel: 200)
Jordanien	377 Mio. m ³ bzw. Rest	100 - 130 Mio. m ³
Israel	25 Mio. m ³	70 - 100 Mio m ³

¹ nach übereinstimmenden Angaben israelischer, arabischer und internationaler Autoren.

² Angaben variieren von Autor zu Autor. Die Spannbreite gibt die minimalen und maximalen Werte an.

Israel nutzt heute das gesamte Wasser des Oberen Jordans und einen grösseren Anteil am Yarmuk, als ihm im Johnston-Plan zugesprochen worden war. Die arabischen Nachbarn werfen dies Israel vor und verlangen eine Umverteilung der regionalen Wasserressourcen. Israel argumentiert, dass die arabischen Staaten den Johnston-Plan damals abgelehnt hätten, und weist darauf hin, dass die territorialen Realitäten sich seitdem verändert hätten: Durch die Kontrolle über die Golan-Höhen und das Westjordanland besitze Israel heute grössere Teile der Ufer beider Flüsse. Entsprechend seien auch seine Anrainerrechte auf das Wasser gestiegen.

Spannungen bestehen aber auch zwischen den beiden arabischen "Bruderstaaten" Syrien und Jordanien. Syrien hat seit den siebziger Jahren am Oberlauf des Jarmuks und seinen Zuflüssen eine ganze Reihe von Dämmen gebaut. Es entnimmt heute dem Fluss ebenfalls einen höheren Anteil, als im Johnston-Plan vorgesehen war, und es plant, diese Nutzung in den nächsten Jahren noch weiter auszubauen. Dies schädigt Jordanien ebenso wie Israel.

Seit Israels Libanon-Feldzug 1982 ist ein weiterer Fluss der Region zum potentiellen Streitgegenstand geworden: der Litani. Die sogenannte "Sicherheitszone", die seitdem von Israel kontrolliert wird, umfasst Teile des Unterlaufes dieses Flusses. Die libanesische Regierung hat Israel wiederholt beschuldigt, eine Umleitung des Litani nach Israel zu planen bzw. mit

entsprechenden Bauarbeiten begonnen zu haben. Diese Vorwürfe konnten aber nie nachgewiesen werden und gelten als unwahrscheinlich.

Die Grundwasservorkommen der West Bank und die Palästina-Frage

Von grosser wasserwirtschaftlicher Bedeutung ist auch das Westjordanland, das Israel ebenfalls 1967 besetzte, und das heute neben dem Gaza-Streifen dasjenige Gebiet ist, das die Palästinenser für die Gründung eines eigenen Staates beanspruchen. In dieser vorwiegend gebirgigen Region haben nämlich relativ reiche Grundwasservorkommen ihren Ursprung. Ihr erneuerbares Potential wird auf 600-700 Millionen m³ geschätzt, eine Wassermenge, die sogar leicht höher liegt als die Wasserführung des Oberen Jordans. Auch hier muss man von einem grenzüberschreitenden fließenden Gewässer sprechen, dessen Problematik sich mit derjenigen internationaler Flüsse vergleichen lässt. Die Grundwasserschicht wird zu über 90 % durch Niederschläge über dem Westjordanland gespeist, der wichtigste Teil davon neigt sich aber im Westen dem israelischen Kernland zu und konnte schon vor 1967 von Israel mitbenutzt werden.

Der Konfliktpunkt liegt nun in der Tatsache, dass die israelischen Siedler im Westjordanland durch tiefere Pumpen weit mehr Wasser fördern als die ansässigen Palästinenser, denen die Errichtung von tiefen Brunnen verboten worden ist. 115'000 israelische Siedler verbrauchen heute halb soviel Wasser wie 1'000'000 palästinensische Nachbarn, d.h. pro Kopf rund viermal mehr.

Tatsächlich hat Israel seit 1967 den Wasserverbrauch der Palästinenser mit administrativen Massnahmen praktisch eingefroren, während die palästinensische Bevölkerung von 600'000 auf über eine Million gestiegen ist. Neben Rationierungen in den privaten Haushalten bedeutet dies für die Palästinenser, dass ihnen kaum Wasser zu Bewässerungszwecken zur Verfügung steht. (Palästinensische Landwirtschaftsbetriebe können nur vier Prozent ihrer Fläche bewässern gegenüber 60 % bei den Siedlern und fast 50 % in Israel.)

Die Rolle des Wassers im gegenwärtigen Friedensprozess

Das Wasser war sicherlich nicht der einzige und auch nicht der wichtigste Grund für die israelische Besetzung der Golan-Höhen und des Westjordanlandes sowie später des Südlibanons. Diese Gebiete wurden besetzt, weil von ihnen militärische und terroristische Angriffe gegen Israel ausgegangen waren oder unmittelbar auszugehen drohten. Durch deren Eroberung sollte das Land verteidigbare Grenzen erhalten. Das Wasser ist aber im Laufe der Zeit und im Zuge der sich verschärfenden Knappheit zu einem der Hauptgründe geworden, weshalb Israel jetzt zögert, sich aus diesen Gebieten wieder zurückzuziehen.

Darin liegt die Bedeutung des Wassers bei den gegenwärtigen Nahostverhandlungen. In territorialer und politischer Hinsicht geht es bei diesen Verhandlungen darum, die Folgen des Sechs-Tage-Krieges von 1967 und des Libanonfeldzuges von 1982 zu verarbeiten. Die Golan-Höhen, das Westjordanland und in eingeschränkterem Masse der Südlibanon sind Gebiete von zentraler hydrologischer Bedeutung. Das anvisierte Ziel einer Lösung nach der Formel "Land gegen Frieden" würde für Israel den Verlust der physischen Kontrolle

über Wasserressourcen bedeuten, die heute zum festen Bestandteil der nationalen Versorgung gehören. Der Jordan deckt über ein Drittel und das Grundwasser, das seinen Ursprung im Westjordanland hat, mindestens ein Viertel des israelischen Wasserverbrauchs. Letztere Quelle ist überdies von besonderer Bedeutung, weil sie Wasser von hoher Qualität liefert, das hauptsächlich zur Trinkwasserversorgung verwendet wird. "Israel würde von Existenzängsten geplagt, wenn es ohne Kompensation die Kontrolle über die Wasserressourcen der besetzten Gebiete aufgeben müsste", konstatierte Professor Shuval von der Hebrew University in Jerusalem auf einer israelisch-palästinensischen Expertenkonferenz zum Thema "Wasser im Nahen Osten", die meine Forschungsstelle im Dezember 1992 in der ETH organisiert hat.

Die jetzige israelische Regierung unter Ministerpräsident Rabin hat zwar die Bereitschaft zu territorialen Abtretungen bekundet. Sie meint damit aber territoriale Kompromisse, nicht einen vollständigen Rückzug aus den 1967 eroberten Gebieten. Von offizieller Seite gibt es keinerlei Angaben über Einzelheiten hinsichtlich der angestrebten Grenzziehungen. In Studien des renommierten Jaffee Center for Strategic Studies an der Universität Tel Aviv betrachten aber israelische Strategen das Wasser stets als einen von drei Punkten - neben militärischen Überlegungen und den jüdischen Siedlungen -, die bei diesen neuen Grenzziehungen zu berücksichtigen seien. Israel sollte nach Auffassung von Experten dieses Institutes gegenüber Syrien Gebietskorrekturen verlangen, die den nördlichen Teil der Golan-Höhen, wo sich die Jordan-Quellen befinden, Israel zuschlagen würden; und auf dem Westjordanland eine Grenzverschiebung um einige Kilometer im Westen verlangen, wodurch wichtige Brunnengebiete Teil des israelischen Staatsgebietes würden.⁹

Gebietskorrekturen werden aber von syrischer und palästinensischer Seite strikte abgelehnt. Syrien verlangt die Rückgabe des ganzen Golans als unabdingbare Voraussetzung für einen Friedensvertrag. Und die PLO betrachtet es bereits als eine grosse Konzession ihrerseits, ihre territorialen Ansprüche auf die 1967 besetzten Gebiete einschliesslich Ostjerusalems zu beschränken, sprich: auf die Forderung nach Rückgabe ganz Palästinas verzichtet zu haben. Die PLO wird einem Verzicht ausgerechnet auf die fruchtbarsten und wasserreichsten Gebiete kaum zustimmen können. Es ist zudem fraglich, ob ein autonomes palästinensisches Gebilde ohne minimal gesicherte Wasserversorgung überhaupt lebensfähig wäre.

Der Nahostkonflikt lässt sich sicherlich nicht auf einen Streit um Wasser reduzieren. Dies zu behaupten, hiesse die historischen und politischen Dimensionen des Konfliktes verkennen und eine sehr komplexe Problematik arg vereinfachen. Seitdem aber in der Region der Wasserverbrauch die Grenzen der verfügbaren Ressourcen erreicht hat und keine Spielräume für eine weitere

⁹ Siehe Cohen, Saul: The Geopolitics of Israel's Border Question, JCSS Study No. 7, Jerusalem/Boulder (Colorado) 1986, insbes. S. 53ff.; sowie eine Studie desselben Institutes von Yehoshua Schwartz und Aharon Zohar aus dem Jahre 1991, dessen mutmassliche Ergebnisse in einem Artikel von Zeev Schiff in der Tageszeitung Ha'aretz vom 8.10.1993 vorgestellt wurden. Die Studie selbst, die von der damaligen Regierung in Auftrag gegeben worden ist, ist geheim.

Zunahme mehr bestehen, besitzt die Wasserfrage durchaus eine eigenständige Bedeutung. Denn selbst wenn über die territorialen und politischen Streitpunkte eine Einigung erzielt werden könnte, blieben im Jordan-Becken die Wasserkrise und die Konkurrenz um die geteilten Ressourcen bestehen. Letztere würde dann möglicherweise erst recht voll ausbrechen.

Eine Lösung der Wasserfrage ist deshalb keine hinreichende, sie ist aber gewiss eine notwendige Bedingung für eine definitive Friedensregelung in dieser Region. Zwischen Israel und Jordanien gibt es sogar heute schon so etwas wie einen genuinen Wasserkonflikt um den Jordan und den Yarmuk. Denn seitdem 1988 König Hussein formell auf seine Ansprüche auf das Westjordanland zugunsten eines palästinensischen Staates verzichtet hat, bestehen zwischen beiden Ländern keine wesentlichen territorialen Streitigkeiten mehr. Der ansonsten eher vorsichtige König erklärte denn auch im besonders trockenen Sommer 1990, als am Yarmuk ein Streit über die Quoten ausbrach, dass "das Wasser der einzige Grund sei, der Jordanien in einen Krieg gegen Israel führen könne", wenn die Rechte seines Landes weiterhin missachtet würden.

Wasser als mögliches Vehikel von regionaler Kooperation?

Regionale ökologische Probleme stehen stets in einem Spannungsverhältnis. Sie sind einerseits in Gefahr, in Konfrontation und Krieg umzuschlagen. Sie können aber auch die Verständigung zwischen den betroffenen Parteien fördern und zu einem Vehikel der Zusammenarbeit werden, wenn sich die Einsicht durchsetzt, dass den Problemen nur gemeinsam beizukommen ist.

Konflikte um Flüsse entzünden sich zwar in der Regel an klar definierbaren staatlichen Handlungen, die für einen anderen Staat negative Folgen haben. Solche Betroffenheiten lassen sich leicht als nationales Interesse definieren, zu dessen Verteidigung Staaten oft bereit sind, bis hin zu den äussersten Mitteln zu greifen. Oberanrainerstaaten haben darüber hinaus kein direktes Eigeninteresse, Regelungen zuzustimmen, die die volle Verfügungsgewalt auf die sich auf ihrem Territorium befindlichen Wasserressourcen einschränken. Denn sie sind von den aus ihren Aktivitäten entstehenden Schäden kaum selber betroffen.

Wasserprobleme und -konflikte stellen sich aber nicht nur als ein solches Null-Summen-Spiel dar. Eine effizientere Nutzung der vorhandenen und die Erschliessung neuer Wasserressourcen sind Felder, auf denen auch eine Zusammenarbeit zugunsten aller möglich ist. Und eine solche Kooperation auf praktischen Feldern kann sogar helfen, andere, tiefere Gegensätze politischer Natur zu entschärfen. Zu diesem Zweck sind im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses neben den bilateralen Hauptverhandlungen in Washington fünf multilaterale Arbeitsgruppen, darunter eine zum Thema Wasser, eingerichtet worden. Sie haben die Aufgabe, Lösungen für regionale Probleme zu erörtern und damit die praktischen Vorteile einer Friedensregelung aufzuzeigen.

Israel ist Pionier bei der Entwicklung wassersparender Bewässerungstechniken. Die Tropfbewässerung verbraucht bis zu dreimal weniger Wasser als traditionelle Verfahren. Israel ist ebenfalls Vorreiter bei der Wiederaufbereitung von kommunalen und industriellen Abwässern zu landwirtschaftlichen Zwecken. Israel könnte diese Techniken in die arabischen Staaten exportieren und diesen

so zu grossen Einsparungen verhelfen. Denn mit einem Anteil am Wasserverbrauch von bis zu 90 % ist die Landwirtschaft im Nahen Osten der allergrösste Wasserverbraucher und -verschwender. Bis heute ist aber ein Austausch von Technologien aufgrund der politischen Gegensätze und des arabischen Handelsboykotts gegen Israel so gut wie unmöglich.

Auch bei der Entwicklung wirtschaftlicher und ökologisch verträglicher Methoden der Meeressalzung, in die viele Experten grosse Hoffnungen setzen, liessen sich Mehrfachinvestitionen vermeiden und vorhandenes Know-How miteinander verknüpfen, wenn nicht jede Seite im Alleingang agieren müsste. Israel plant schon seit längerem, durch einen Kanal Meerwasser vom Mittelmeer oder vom Roten Meer ins Tote Meer zu leiten. Das Gefälle - das Tote Meer liegt ca. 400 Meter unter dem Meeresspiegel - soll zur Stromproduktion genutzt werden, und mit diesem Strom könnte wiederum ein Teil des Meerwassers entsalzt werden. Ein solches Projekt kann jedoch sinnvollerweise nur in Zusammenarbeit mit den Palästinensern oder mit Jordanien verwirklicht werden. Denn der Kanal müsste entweder das Westjordanland überqueren oder entlang der israelisch-jordanischen Grenze verlaufen.

Der Libanon wiederum ist das einzige Land, das einen Überschuss an Wasserressourcen besitzt. Im Rahmen eines regionalen Wasserregimes könnte das Land Teile dieses Wassers auf kommerzieller Basis seinem südlichen Nachbarn verkaufen, zum Vorteil beider Seiten. Voraussetzung dafür wäre freilich, dass dies freiwillig geschähe. Eine libanesische Regierung, die ein solches Geschäft einginge, darf nicht dem Verdacht ausgesetzt werden, dies geschähe aufgrund einer israelischen Erpressung.

Im Rahmen einer noch breiteren regionalen Zusammenarbeit könnte vielleicht sogar eine redimensionierte Version von Präsident Özals Idee einer "Friedenspipeline", welche türkisches Wasser in die Region führen würde, wieder an Aktualität gewinnen. Angesichts der verschärften Knappheitsbedingungen im Jordan-Becken würde die Vergrösserung des zu verteilenden Kuchens durch die Zuführung zusätzlichen Wassers das erfolgreiche Zustandekommen von Regimen zur gerechten Verteilung der vorhandenen Ressourcen sicherlich erleichtern.

Im Falle einer Autonomieregelung in den besetzten Gebieten und der eventuellen späteren Gründung eines palästinensischen Staates wird es schliesslich zwischen Israel und den Palästinensern notgedrungen eine enge Abstimmung bei der Nutzung und Überwachung der gemeinsamen Grundwasservorkommen geben müssen. Diese wird sicherlich Reibungsflächen schaffen, sie kann aber auch zu einem Feld der Zusammenarbeit und Vertrauensbildung werden.

Die Wasserkonflikte und der traditionelle Nahostkonflikt können nur zusammen gelöst werden im Sinne eines Prozesses, in dem Fortschritte in den politischen Kernfragen erste Ansätze von funktionaler Kooperation in praktischen Feldern möglich machen. Diese Kooperation muss wiederum die Vertrauensbasis stärken, die für weitere politische Fortschritte nötig ist. Nur ein solches schrittweises und mehrschichtiges Vorgehen kann zu Lösungen für Streitpunkte führen, die, wie die Jerusalem-Frage, das Problem der palästinensischen Flüchtlinge oder die Frage nach der Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, heute schier unlösbar erscheinen.

Der erste Schritt in diesem Prozess muss freilich von der politischen Seite ausgehen. Denn Pläne einer technischen Zusammenarbeit kollidierten bisher stets mit der Tatsache, dass die Parteien sich gegenseitig nicht anerkannten. Funktionale Kooperation setzt nicht innige Liebe zwischen den Beteiligten voraus. Sie setzt aber voraus, dass diese sich gegenseitig respektieren, und dass sie als formell gleichberechtigte Partner miteinander in Beziehung treten können. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, dass auch hier dem rasanten Bevölkerungswachstum Einhalt geboten wird. Denn andernfalls würden selbst erfolgreiche Wasserprojekte lediglich zur Sisyphus-Arbeit.

Erwin Schurtenberger

China zwischen Stete und Wandel¹

Im Februar 1992 rief Deng Xiaoping seinen Landsleuten auf einer Reise in den Süden Chinas zu, "reich zu werden sei glorreich", und gab damit die "Jagd aufs Geld" dem chinesischen Volk wieder frei. Ideologisch war diese Wende schon im Dezember 1978 von der Parteispitze vorbereitet worden, konnte sich aber erst in den letzten drei Jahren eigentlich entfalten. Am heutigen Kampf um Reichtum, Status und Macht nimmt fast jedermann irgendwie teil, nicht alle mit Erfolg. In der Perzeption auch vieler westlicher Geschäftsleute ist China in der Folge wieder zu einem "Markt unbegrenzter Möglichkeiten" geworden. Besucher fühlen sich im Eindruck bestätigt, alles habe sich in China geändert: von der Nahrung (reichlicher und vielfältiger), Kleidung (farbenfroh und von besserer Qualität), Wohnung (grössere Räume und komfortablere Innenausrüstung), der Unterhaltung (alle Arten elektronischer Nirvanas), über den Transport (massive Motorisierung), Telekommunikation (tragbare Telephone und Satellitenfernsehen) bis hin zur begrenzten Tolerierung persönlicher Meinungsäusserungen.

Die materiellen Lebensbedingungen wurden zweifelsohne nachhaltig verbessert, insbesondere entlang der "Goldküste" von Shanghai bis Guangdong, wo das produzierte, wenn auch nicht verteilte Pro-Kopf-Einkommen rund zwanzigmal grösser ist als jenes in weniger entwickelten Gebieten wie Guizhou, Gansu oder Ningxia. Vieles hat sich also wirklich verändert. Dennoch kann nicht übersehen werden, dass sich vieles auch in China nicht von einem Tag auf den anderen ändern lässt.

1. Vieles verändert sich rasch und deutlich

Modernisierung als Herausforderung heute angenommen: Bis 1911 hatte Chinas politische Elite die Modernisierung offen abgelehnt. Unter den Nationalisten waren ernsthafte Anstrengungen unternommen worden, China zu modernisieren, wurden aber vom Krieg gegen Japan und Bürgerkriegswirren abgeblockt. Nach 1949 wollten die neuen Machthaber während kurzer Zeit das Land nach sowjetischem Vorbild modernisieren, entschieden sich aber nach einem kurzen Versuch für einen eigenen Weg, und spätestens seit Ende 1978 wird bei diesem Bestreben massiv westliche Technologie eingesetzt. Die chinesische Führung zeigt sich dabei bereit, die meisten Folgen der Modernisierung wie Industrialisierung, Verstädterung, schriftlich festgehaltene Rechtsordnung, wirtschaftliche *pressure groups* u.a.m. irgendwie anzunehmen. Was die Verstädterung betrifft, so wohnen heute 47 % der chinesischen Bevölkerung in Städten, sofern wir Agglomerationen mit Bevölkerungen von mehr als 50'000 Menschen als Städte annehmen. Eindrücklich ist das Entstehen von Grossstädten, gibt es doch heute deren neun mit mehr als 3 Mio. Einwohnern (Shanghai hat gar 13 Mio., Beijing 11 Mio., Tianjin 8 Mio.). 99 Städte haben

¹ Der Vortrag stützt sich insbesondere im zweiten Teil auf das Essay "Ostasiens Dynamik: Härte und/ohne Geborgenheit" von H.J. Roth und E. Schurtenberger ab, das Ende 1993, Anfang 1994 erscheinen dürfte.

Bevölkerungen von je 1 bis 3 Mio., 155 Städte von • bis 1 Mio., 303 von 100'000 bis 500'000 sowie 2074 von 50'000 bis 100'000 Einwohnern.

Langsam entstehende Leistungsgesellschaft: In zahlreichen Staatsbetrieben fließt der Lohn zwar nach wie vor ohne Leistungsbezug. Die sogenannte "eiserne Ration", die an Angehörige staatlicher Betriebe abgegeben wird, wie auch immer ihre Leistung ist, wird heute aber nicht mehr so grosszügig angesetzt wie früher. Im genossenschaftlichen und privaten Sektor hat der Wettbewerb stark zugenommen. Die meisten Kleinbetriebe können nur dank hartem Wettbewerb gegen andere Kleinbetriebe überleben. Reich zu werden ist für sie nur mit harter Knochenarbeit möglich. Auch in genossenschaftlichen Betrieben herrschen heute Leistungsgrundsätze. Der Wettbewerb zwischen privaten und genossenschaftlichen sowie der Einfluss von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung wirkt sich langsam auch auf staatliche Betriebe aus. Im Zusammenhang mit der sich bildenden milden Leistungsgesellschaft entsteht im übrigen eine funktionale Verwaltung. Diese fällt zunehmend Sachentscheide und richtet sich nicht mehr nur nach personenbezogenen oder ideologischen Erwägungen aus. Der über vierzigjährige Streit zwischen technischen und ideologischen Experten entwickelt sich zu Gunsten der ersteren, wohl aus der Überlegung heraus, dass auch autoritäre Regimes letzten Endes nach ihrem wirtschaftlichen Fortschritt gemessen werden.

Konstituierung tolerierter wirtschaftlicher pressure groups: Zahlreiche chinesische Grossfirmen (z.B. *Jianlibao*) haben begonnen, sich wie Klans zu organisieren und zu verhalten. Sie setzen Maximierung von Profit an oberste Stelle, betreiben harten Kampf gegen ihre Konkurrenz, entlohnen nach strikten Leistungsprinzipien, minimalisieren ihre Abgaben an den Staat, bauen eigentliche Imperien auf und verteidigen ihre eigenen Interessen mit allen verfügbaren Mitteln. Ähnliches Verhalten scheint bei Chinas expandierenden Wachstumszentren zu geschehen: in den Südprowinzen Guangdong-Fujian, in Shanghai und dem "Drachenschwanz" entlang des Yangtse, in Beijing-Tianjin, in der Mandschurei sowie in den Provinzen Shandong und Sichuan, die jede ihre eigenen Wirtschaftspolitiken entwickeln. Der Chinamarkt war übrigens auch in früheren Jahren nie ein integrierter Markt, war immer aus mehreren Regionalmärkten zusammengesetzt, die mehr oder weniger auf sich selbst konzentriert waren. Eine Integration der verschiedenen Regionen oder Wachstumszentren in einen einzigen Markt scheint kurzfristig kaum möglich zu sein, denn lokale Behörden werden noch lange versuchen, mittels administrativer Massnahmen ihre eigenen, lokalen Märkte zu schützen.

Wachsender Einfluss des Kunden: Eine der langfristig tiefgreifendsten Veränderungen dürfte die verstärkte Bedeutung sein, die dem chinesischen Kunden seit geraumer Zeit beigemessen wird. Im kaiserlichen China und auch in den ersten dreissig Jahren der Volksrepublik hatten immer Verwaltungsbeamte den Konsumenten vorgeschrieben, womit sie zufrieden zu sein hatten. Seit geraumer Zeit richtet sich eine zunehmende Zahl von Betrieben auf die Wünsche der Kunden ein. Als Folge dieser Entwicklung werden heute von den privaten und genossenschaftlichen Betrieben ausschliesslich, von den staatlichen Betrieben teilweise nach den Wünschen des Käufers Güter hergestellt, beziehungsweise Dienstleistungen angeboten. Ideologisch war diese Entwick-

lung im Dezember 1978 von Deng Xiaoping eingeleitet worden, als die wirtschaftliche Erstarkung für dringender erklärt wurde als die Verwirklichung gesellschaftspolitischer Ziele. Die darauf folgende schrittweise Schaffung effektiver Auswahlmöglichkeiten für die chinesische Bevölkerung dürfte von geradezu zivilisatorischer Bedeutung sein und auf seine Weise zur Stabilität des Landes beitragen. Die wachsende Bedeutung des Kunden ist insbesondere im Konsumgüterbereich unübersehbar. Die Masse von Chinas potentiellen Konsumenten ist eindrucklich, nämlich theoretisch 1,2 Milliarden, von denen annähernd 600 Millionen in den Städten wohnen. In wachsendem Masse qualitäts- und preisbewusst, beeinflussen sie das Marktgeschehen nachweislich und stellen kaufkraftmässig auch für nicht lebensnotwendige Güter eine zunehmend interessante Kundschaft dar. Mehr als 16 Mio. verfügen heutzutage über eine Kaufkraft von jährlich 1'300 US \$ pro Kopf, rund 4 Mio. über 5'000 US \$ und rund 0,4 Mio. über 10'000 US \$ oder mehr (bei offiziellen Wechselkursen).

Lockerung von Informationskontrollmechanismen: Die umfassende Staatssicherheitsschutz-Gesetzgebung aus den fünfziger Jahren ist zwar noch nicht ausser Kraft gesetzt worden, aber die Kontrolle des Staates über den Zugang zu Informationen (insbesondere zu Nachrichten aus dem Ausland) wurde etwas gelockert. Das Streben der Sicherheitsorgane nach Geld trägt das seine zu dieser Lockerung bei: So wurden beispielsweise allein im Jahr 1992 annähernd 40'000 Parabolantennen an chinesische Privatpersonen "illegal" verkauft und diesen damit die Möglichkeit gegeben, die Programme von Star TV und/oder CNN unbehindert zu empfangen. Der Überwachungsapparat wurde mit anderen Worten zwar nicht aufgelöst, ist aber durch den auch sie erfassenden "Geldrausch" flexibler geworden. Ohne eine Lockerung des von der Gesetzgebung her weit gesteckten Bereichs des Staatssicherheitsschutzes wären viele Unterfangen ausländischer Firmen in China nicht möglich gewesen. Ein gelockerter Zugang zu chinesischen und ausländischen Informationen war eine Voraussetzung für rascheres Wirtschaftswachstum. Und der freie Zugang zu Kommunikationsmitteln war wesentlich für die Steigerung von Chinas internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Wirtschaftliche Erstarkung: Die Wirtschaftserfolge Japans und später der ostasiatischen NICs hatten der chinesischen Führung in den letzten Jahrzehnten in eindrucklicher Weise gezeigt, dass die Schaffung einer modernen Wirtschaft keineswegs ein Privileg westlicher Länder ist, sondern sich auch in Ostasien verwirklichen lässt. China unternahm in den letzten 15 Jahren ebenfalls entsprechende Anstrengungen, die bemerkenswerte Erfolge zeitigten. Je nach der gewählten Berechnungsmethode stand Chinas BSP 1992 mit 390 Mrd. US \$ weltweit an zehnter Stelle (offizieller US \$-RMB-Wechselkurs und chinesische Statistiken) oder mit 2400 Mrd. US \$ an dritter Stelle hinter den USA und Japan (Berechnung nach Kaufkraftvergleich, World Bank Development Report 1992). Die Grundlage für eine weitere Erstarkung ist solide. Trotz zyklischer Phasen der Abkühlung wird das Wachstum Chinas noch längere Zeit höher ausfallen als jenes der Länder im industrialisierten Westen (real 9-12 % in normalen Jahren, real 3-5 % in Phasen der Konsolidierung). Angesichts dieser Erstarkung kann es nicht überraschen, dass Chinas Exporte in den letzten

Jahren stark zugenommen haben. Viele chinesischen Produkte haben den Test internationaler Märkte bestanden.

Wachsendes Selbstbewusstsein: Die immense Grösse des Landes und der Bevölkerung einerseits und die gewaltige Absorptionsfähigkeit des Reiches der Mitte andererseits haben den Chinesen im Laufe ihrer langen Geschichte eine Art Gelassenheit gebracht, irgendwie alle Bedrohungen, woher sie auch kommen sollten, zu überleben. Auch Minderheitsvölker, die im Laufe der Geschichte Chinas Herzland besetzten (Mongolen, Mandschus, Tibeter), übernahmen schliesslich chinesische Lebensweise und liessen sich weitgehend assimilieren. Der zweite japanisch-chinesische Krieg, der 1937 nach dem Zwischenfall auf der Marco-Polo-Brücke offen ausgebrochen war, brachte eine Änderung. Das Vordringen der Japaner und die Unmöglichkeit, diesen die chinesische Lebensweise beizubringen, führte den "Söhnen des Himmels" in bisher kaum erlebter Weise vor, dass sie riskierten, zu eigentlichen Sklaven zu werden. Diese Erkenntnis riss viele Chinesen aus ihrer zivilisatorischen Überheblichkeit heraus. Ein nationales Bewusstsein entwickelte sich in den folgenden Jahren, insbesondere nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahre 1949. Der Entwicklungserfolg und die Zunahme des politischen Gewichts Ostasiens hat auch China in seinem Selbstbewusstsein weiter gestärkt. Dies äussert sich heute in einem neuen Selbstverständnis, das überall zu spüren ist, sowie in einer immer deutlicheren Vertretung eigener Interessen in weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gremien.

Die bevorstehende Reintegration von Hongkong und Macao bestärkt die Führung in ihrem Bewusstsein, dass das Reich der Mitte Geschichte nicht mehr zu erdulden hat (die Rückgabe ist für die Beijinger Führung das letzte Kapitel der Entkolonialisierung Chinas), sondern auf dem Weg ist, selber wieder Geschichte zu machen. Die Trendwende im Lebensstil von einem bisher eher westlich geprägten in einen mehr chinesisch geprägten Lebensstil spiegelt diese Entwicklung wider. Die faktische Annäherung zwischen Taiwan und dem Festland ist ein anderes Zeichen chinesischer Erstarkung. Ebenso die Attraktion, welche die Volksrepublik auf die grosse Mehrheit der Überseechinesen weltweit ausübt. Der Handel zwischen Taiwan und dem Festland dürfte 1993 voraussichtlich die 10 Mrd.-US \$-Grenze überschreiten. Die wirtschaftliche Vernetzung im südchinesischen Raum ist schon heute eine unübersehbare Realität. Eine noch dichtere Vernetzung und ein hohes Wachstum werden selbst dann zu erwarten sein, wenn sich die Wirtschaft in anderen Regionen wieder etwas langsamer entwickeln sollte. Diese wirtschaftliche Annäherung findet in erster Linie aus dem Streben nach höherem materiellen Wohlstand heraus statt, wohl aber auch aus gesamtchinesischen Erwägungen. So ist es bemerkenswert, dass taiwan- und festlandchinesische Aussenpolitik bei der Verteidigung chinesischer Territorialansprüche (im südchinesischen Meer) identisch sein können.

Festigung chinesischer Interessen ausserhalb der nationalen Grenzen: Während China jahrhundertlang die Aktivitäten seiner "Landesfamilie" nach innen gerichtet hatte und an der Aussenwelt wenig Interesse zeigte, begann es in den letzten Jahren, sich für die gesamte Welt zu interessieren. China ist eine

Grossmacht mit globalen Interessen, und wünscht als solche verstanden zu werden.

Wirtschaftliche Interessen: Wettbewerbsorientierte Gesellschaften leiten, wenn im Binnenmarkt der Markt einmal grosso modo "aufgeteilt" ist, ihre Dynamik nach aussen. China will vorerst einmal seine Wirtschaft weiter stärken und seine Aussenwirtschaftbeziehungen intensivieren. Dabei sollen ein möglichst ungehinderter Zugang zu kaufkraftstarken Märkten sowie wichtigen Rohstoffen gesichert werden. Dies ist nicht zuletzt für Erdöl wichtig. Noch vor Ende des Jahrhunderts wird China ein bedeutender Nettoimporteur von Erdöl werden. Da ausser China in bald auch Indien diesen Energieträger für seine beschleunigte Industrialisierung in grösserem Ausmass benötigen wird und da die bisherigen Grossimporteure in West und Ost ihre Öleinfuhren kaum wesentlich reduzieren können, dürfte das Werben um Erdöllieferungen weltweit zunehmen. Die wirtschaftliche Sicherheit Ostasiens steht dabei ebenso auf dem Spiel wie jene des industrialisierten Westens.

Chinas Diaspora spielt bei der Verbreitung chinesischer Wirtschaftsziele eine wichtige Rolle. Einerseits bringt sie der Volksrepublik wichtige Investitionen, andererseits ist sie Chinas Interessen im Ausland förderlich. Chinesische Familien stellen weltweit eine bedeutende Wirtschaftsmacht dar, mit besonderer Gewichtung in Südostasien, wo der Grossteil der über 30 Millionen Überseechinesen (ohne Berücksichtigung Taiwans, Hongkongs und Macaos) lebt.

Eine Reihe von Grossfirmen hat begonnen, Marktanteile in ausgewählten kaufkraftstarken Märkten Amerikas und Europas, aber auch in Südkorea und Südostasien anzuvisieren. Der Erwerb ausländischer Unternehmen gehört ebenso zur Strategie chinesischer Aussenwirtschaft wie der Kauf von Bergwerken oder die Gründung eigener Firmen. Schrittweise werden Marktpositionen aufgebaut und bald werden auch mittlere und kleinere Unternehmen den grossen folgen. Im Visier stehen dabei die kaufkraftstarken Märkte des industrialisierten Westens, Südamerikas, der GUS-Staaten und des Mittleren Ostens. Chinas Aussenhandel mit Ostasien wird inskünftig weiterhin rascher wachsen als der Welthandel allgemein. Eine Rückkehr in das GATT und eine Konsolidierung des Welthandelssystems ist nichtsdestoweniger eine grosse Priorität. An einer regionalen zwischenstaatlichen Integration in Ostasien dürfte China hingegen auf absehbare Zeit weniger Interesse haben. Mit seiner zunehmenden, im Vergleich zu Japan und Südkorea aber immer noch schwächeren Wettbewerbsfähigkeit hätte China in einem solchen Verband schlechtere Aussichten auf wirtschaftlichen Erfolg als in einer losen Zusammenarbeit, wie dies heute für Ostasien der Fall ist.

Politische Interessen: Wenn schon eine wirtschaftliche Integration Ostasiens zu früh erscheint, so ist kurzfristig erst recht nicht mit einer regionalen zwischenstaatlichen Integration auf politischer Ebene zu rechnen. Dennoch sind bilaterale Annäherungen durchaus möglich, solange die Souveränität der einzelnen Länder nicht massgeblich eingeengt wird. Lösungen oder gar Allianzen zeichnen sich vorläufig keine ab, zu unterschiedlich sind die Interessen in den verschiedenen Bereichen. Und der Dialog von Herz zu Herz

hat noch kaum begonnen. Die Vergangenheit ist zwar begraben, aber noch nicht verdaut worden. Spannungsherde bleiben in Chinas Nachbarländern oder -regionen weiter bestehen. Die weitere Annäherung zwischen Taiwan und der Volksrepublik kann möglicherweise vorübergehend Störungen erfahren. Auf der koreanischen Halbinsel ist eine langsame Integration am naheliegendsten, aber ein Versuch zur Gewaltanwendung ist nicht ganz auszuschliessen. "Heisse Punkte" bleiben in der Südchinesischen See bestehen (Sicherung von Erdölvorhaben). Schliesslich verhindern unterschiedliche Perzeptionen äusserer Bedrohungen das Entstehen einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Für Thailand beispielsweise ist China ein Beschützer, eine Meinung, die nicht alle anderen ASEAN-Länder teilen dürften. Die chinesische Führung konzentriert also ihre Anstrengungen vorerst auf Südostasien. In globaler Hinsicht beginnt China sein Interesse am Bau einer Neuen Weltordnung nachhaltig zu äussern. Eine solche Ordnung soll seinen Interessen besser Rechnung tragen als bei den heutigen ordnungspolitischen Verhältnissen. Auf Macht basierende Hierarchie dürfte diese Ordnung prägen. Freie Marktwirtschaft, freie Wahlen, pluralistische Demokratie u.a.m. sind dabei keine Hauptanliegen. China als regionale Grossmacht mit globalen Aspirationen kann im übrigen heute an keiner Region der Welt mehr desinteressiert sein, obwohl es seine Anstrengungen vorerst auf Südostasien konzentriert.

2. Anderes verändert sich nur langsam und gering

Zahlreiche und homogene Bevölkerung: Die Grösse der chinesischen Bevölkerung war zu fast allen Zeiten im Vergleich zu Europa eindrucklich. Sie ist es freilich heute mehr denn je. Diese Zahl stieg von 583 Mio. 1953 auf 1'172 Mio. 1991 an, was 23 % der gesamten Weltbevölkerung entspricht (Uno-Experten schätzten sogar 1'195 Mio.). Für das Jahr 2000 geben die chinesischen Behörden 1'290 Mio. als Zielvorgabe an, während die Uno-Experten 1'350 Mio. erwarten. Die natürliche Zuwachsrates ging in den letzten drei Jahren nach chinesischen Angaben auf 1,3 % pro Jahr zurück, was eine Bevölkerungszunahme von rund 15 Mio. Menschen pro Jahr bedeutet. 610 Mio. Menschen waren 1991 unter 20 Jahre alt und 125 Mio. über 65. Diese Bevölkerung ist ethnisch gesehen homogen (über 90% oder 1'090 Mio. sind Han-Chinesen), rund 90 Mio. verteilen sich auf 55 Minoritäten (am zahlenmässig bedeutendsten sind Turkvölker, Thai, Mandschus, Mongolen, Tibeter und Koreaner). Diese 90 Millionen entsprechen zwar einem Anteil von über 7 % der chinesischen Gesamtbevölkerung, sie bewohnen aber rund 64 % des gesamten Territoriums der Volksrepublik China. Gesamthaft ist aber Chinas Bevölkerung im sogenannten Kernland recht homogen. Wie einschneidend Invasionen und vorübergehende Machtübernahmen durch fremde Völker auch gewesen sind, das immense Volk der Han-Chinesen hatte die Eindringlinge immer assimiliert und sie mehr oder weniger "sinisiert".

Bevölkerungsdichte: Fast 1 Milliarde von Chinas Bevölkerung wohnt auf nur 35% des chinesischen Territoriums oder 3,5 Mio. km². In den reichen Küstengebieten Chinas dürfte die Dichte bei rund 2'000 Einwohnern pro km² liegen. In elf Provinzen Chinas beträgt die Dichte über 320 Einwohner pro km² und in den Städten Beijing, Tianjin, Shanghai und Kanton rund 2'000 Einwohner pro km². Alle diese Zahlen sind im Vergleich zu statistischen Werten

in Europa und Nordamerika hoch. Eine derartige demographische Dichte und solche Grössenverhältnisse haben zwar einen schwer messbaren, aber dennoch unverkennbaren Einfluss auf China. Die enorme Dichte liess eine Massengesellschaft entstehen, mit der die europäischen Gesellschaften wenig gemeinsam haben. Im Rahmen landwirtschaftlicher Intensivkulturen wurde das Individuum schon zu Urzeiten in die soziale Umgebung eingebettet. Individuelle Rechte, soweit solche anerkannt wurden, waren stets jenen des Kollektivs unterzuordnen. Solche Dichten rufen dem Individuum und seiner Familie die Grenzen der Selbstentfaltung auch heute dauernd in Erinnerung. Der Einzelne wird über die Dichte gezwungen, sich immer in Beziehung zur Gemeinschaft zu sehen, die ihn und seine Familie umgibt. Während der Zusammenhang zwischen hoher Dichte und beschränktem individuellem Entfaltungsraum den meisten westlichen Beobachtern klar wird, die sich ins Menschenmeer asiatischer Grossstädte begeben, übersehen andererseits viele das starke Gefühl des Schutzes und der Geborgenheit, das dem Individuum in dieser Massengesellschaft von Seiten seiner Gruppe zukommt. Chinesen kennen nicht nur die Härte der Beschränkung des individuellen Freiraums durch das Kollektiv. Härte geht Hand in Hand mit einer Geborgenheit im Kollektiv, die für sie eine positive Seite darstellt und ohne die sie sich der Gesellschaft ausgeliefert fühlen würden.

Ob sich der Trend zur Verstädterung verlangsamt oder beschleunigt, die zuvor erwähnten Grössenordnungen werden schliesslich Riesensummen an Investitionen verschlingen, um den Millionen von Menschen in Tausenden von Grossstädten Wasser, Transport, Energie, Arbeitsplätze u.a.m. zu sichern. Die bereits bestehenden Flaschenhälse auf diesen Gebieten werden sich infolge beschleunigter Entwicklung eher verschärfen als lockern.

Denk- und Verhaltensmuster sind nicht mit rigorosen Naturgesetzen zu vergleichen, denen jeder Mensch in gleicher und verbindlicher Weise unterworfen ist. Dennoch geben sie vorherrschende Tendenzen wieder. Was die *Denkmuster* anbelangt, so kann behauptet werden, dass der Chinese *tendenziell* anders als westliche Menschen denkt, vor allem, was das weniger ausgeprägte Abstützen auf abstrakte Begriffe sowie die Fähigkeit betrifft, Gegensätzliches zusammenzusehen.

Weniger Interesse an abstrakten Begriffen: Der Chinese hat in seiner Geistesgeschichte keine Objekt-Subjekt-Trennung durchgemacht, wie dies der westliche Mensch nach dem Vollzug des Schismas zwischen Materie und Geist in der griechischen Kultur erlebte. Er ist am Aufbau einer von der konkreten Umgebung getrennten, abstrakten Welt wenig interessiert. Für eine Gedankenwelt, in der alles in bester Ordnung ist, wie z.B. im Römischen Recht, hat er wenig Interesse. Aus dieser Sicht ist es für viele Chinesen weniger leicht, abstrakt formulierte Gesetze oder Grundsätze, wie diese im westlichen Umfeld oft formuliert werden, so verbindlich zu sehen, dass nach diesen Begriffen die Wirklichkeit zu gestalten wäre, dass abstrakte Begriffe wegweisender sein sollten als die konkrete Praxis. Chinesen haben in ihrer langen Geistesgeschichte nie einen Trend entwickelt, der westlicher Objekt-Subjekt-Trennung entspricht; sie kennen kein Schisma zwischen Materie und Geist (Haas). Trotz zunehmender Bedeutung schriftlicher Gesetzgebung wird diese Veran-

lagung noch lange auf das tägliche Verhalten von Behörden und Einzelpersonen in China Einfluss haben und die Vertragstreue beeinflussen.

Das *Empfinden von Widersprüchen als zusammengehörend* ist eine andere vorherrschende Tendenz. Bereits im chinesischen Wort für Widerspruch, *mao-dun*, ist das gegenseitig voneinander Abhängige enthalten, *mao* (ein *Speer*, der nach der Allegorie jeden Schild durchstösst) und *dun* (ein *Schild*, der von keinem Speer durchdrungen werden kann). Konkret in Opposition stehende Objekte (Speer und Schild) werden so in einen einzigen Begriff zusammengefasst. Aus diesem Denkmuster heraus wird denn oft versucht, Zielsetzungen, die sich nach westlichem Verständnis widersprechen müssten, gleichzeitig zusammen zu verwirklichen: zum Beispiel Planwirtschaft und Marktwirtschaft oder Modernisierung und Erhaltung der machtpolitischen Strukturen. Da solche Widersprüche immer wieder Spannungen schaffen, sind Konflikte geradezu unvermeidlich. Bekanntestes Beispiel dürfte Deng Xiaopings Direktive für Chinas Modernisierungspolitik sein. Diese lautet, China habe "ein zentrales Anliegen" (*wirtschaftliche Erstarbung*) und "zwei Hauptpunkte" zu erfüllen (einerseits die sogenannten vier Grundsätze, nämlich *Marxismus-Leninismus-Mao Zedong-Ideen, die Kommunistische Partei als führende Kraft, Diktatur des Proletariats* und *sozialistische Eigentumsverhältnisse*, und andererseits *Weiterführung der Reform(en) und Festhalten an der Politik der Öffnung nach aussen*). China dürfte deshalb noch lange die Hoffnung hegen, Markt und Planung liessen sich miteinander versöhnen, seien gleichzeitig in die Praxis umsetzbar.

Erfassen der Wirklichkeit als dauernde Veränderung: Westliches und östliches Denken versuchen mit unterschiedlichem Ansatz, die sich wandelnde Realität zu begreifen: Während der westliche Mensch durch Abstraktion zu einer genauen Analyse eines Moments zu kommen sucht, um darauf eine Projektion der Entwicklung in die Zukunft vorzunehmen oder diese zu gestalten, versucht der östliche Mensch, den Fluss der Dinge selbst zu erfassen. Der westliche Mensch misst also der begrifflichen Abstraktion des Moments mehr Bedeutung zu als der sich verändernden Wirklichkeit, die er mit seinem Instrumentarium weniger gut zu erfassen weiss. Beim Chinesen liegt dagegen das vorherrschende Interesse darin, die *Veränderung als solche* zu verstehen. Nimmt er Abstraktionen vor, dann passt er diese oft, unter Umständen gar laufend, den sich fortlaufend weiterentwickelnden Gegebenheiten an.

Verhaltensmuster: Wenn sich diese überhaupt ändern, dann nur langsam. Der "Schatten des Konfuzius" wird sich nicht so rasch über China auflösen. Die Anerkennung hierarchischer Ordnungen, die Bildung von Clans oder Gruppen, die sich nach aussen abschotten, die Bedeutung des Alters, die Vorherrschaft von Gruppeninteressen vor individuellen Interessen u.a.m. werden China noch lange prägen.

Die *Bildung von Gruppen (Clans)* dürfte von grösster Bedeutung sein: Je nachdem, ob es um das Verhalten unter den Mitgliedern einer betroffenen Gruppe oder das Verhalten gegenüber Menschen ausserhalb des Clans geht, sind die Muster verschieden. Rücksicht und ein Minimum an Geborgenheit

gelten nur für jene "drinnen", nicht für jene "draussen". In einer Gruppe zu sein, ist deshalb oft fast gleichzusetzen mit sozialer Existenz. Zu einer Gruppe zu gehören, dürfte die zentralste Frage menschlichen Zusammenseins in China sein. Wer zu keiner Gruppe gehört, der ist nicht zu beneiden. Die Arbeitseinheit (*danwei*) hat dabei eine besondere Bedeutung. Nach 1949 eingeführt, wohl mit dem Ziel, die alten-"feudalen" Familienstrukturen aufzulösen, sind die *danwei* heute oft sehr auf Vorteile für ihre eigene Gruppe ausgerichtet und kennen kaum Solidarität gegenüber jenen, die nicht zu ihrem eigenen Kreis gehören.

Die Vorherrschaft der Gruppe oder des Kollektivs: Die Vorrechte des Kollektivs und jene des Individuums befinden sich in China in einem anderen Mischverhältnis als in einer westlichen Gesellschaft. Das Primat der Gruppe, letztlich auch des nationalen Kollektivs, setzt den Rahmen bei der Ausübung individueller Rechte. Das Ausbrechen aus dem sozialen Umfeld ist gleichbedeutend mit dem Status des "Ausgestossenen". Oft kommt ein solcher Schritt einer Selbstaufgabe gleich. Das Individuum hat deshalb seinen Selbstfindungsprozess innerhalb jenes kollektiven Raums zu durchlaufen, den ihm die Gesellschaft bietet. Im Westen ist der leichteste Weg zur Selbstfindung meistens derjenige des Heraustretens aus der Gesellschaft und der späteren Wiedereingliederung in dieselbe, wenn der eigene Weg gefunden wurde. In China ist ein solcher Selbstfindungsprozess in der Regel ausgeschlossen, die Gesellschaft nimmt nur in den seltensten Fällen jemanden wieder auf, der aus ihr ausgetreten ist. Die Ablehnung der gesellschaftlichen Verpflichtungen, die ein solcher Schritt bedingt, wird von der Gesellschaft im Gegenzug streng geahndet und selten verziehen.

Die soziale Konvention, das heisst die Art, wie sich der Chinese im Alltag zu verhalten hat, widerspiegelt Chinas uralte Traditionen: Respekt vor der Hierarchie, Respekt vor dem Alter, Hochachtung vor den Beamten, Erfüllung der Pflicht u.a.m. gelten heute ebenso wie früher. Allgemein verbindliche Verhaltensregeln für die Mitmenschen ergeben sich aus diesen Traditionen nicht. Die einschlägigen Regeln haben in erster Linie das Verhalten der Chinesen im persönlichen Bezugskreis zum Inhalt, innerhalb der Gruppe, des Clans, und nicht unter Menschen allgemein. Was nicht zum Clan gehört, was sich ausserhalb des Clans befindet, verdient wenig Beachtung. Der Raum für Entfaltung von Gruppenegoismus ist unter diesen Umständen gross. Die Herrschaft der Gruppe über den Einzelnen bleibt in einem solchen Umfeld geradezu natürlich verankert und ist auch heute noch vorherrschend, obwohl eine wachsende, wenn auch kleine Zahl von einzelnen Menschen heute aus der Konvention ausbricht.

Sozialstaat sui generis: Der Einzelne hat sich mit seinem Platz in der Arbeitseinheit zufriedenzugeben und in der Familie seinen letzten Hort zu finden. Im umfassenderen gesellschaftlichen Rahmen wird der Einzelne, vor allem der Schwache, nur sekundär geschützt. Die Familie musste ihm früher nicht nur die physische, sondern auch die psychische Gesundheit sichern. Die Schaffung eines Wohlfahrtsstaates im westlichen Sinne hatte sich damit lange weniger aufgedrängt, stimuliert andererseits notgedrungen Sparsamkeit beim Einzelnen und in der Familie. Mit der Industrialisierung, der Ein-Kind-

Politik u.a.m. sieht sich China heute nun aber gezwungen, schrittweise ein minimales soziales Auffangnetz aufzubauen. Ausserdem dürfte eine Steigerung der Produktivität in der Industrie den Aufbau eines umfassenden Sozialversicherungswesens erfordern. Nur mit einem effektiven sozialen Auffangnetz wird sich das viel zu zahlreiche Personal entsprechend abbauen lassen. In Anbetracht der bereits grossen Arbeitslosigkeit wird der Arbeitsmarkt die zu entlassenden Arbeitnehmer nämlich nicht absorbieren können. Dies wird Riesensummen verschlingen und den Staatshaushalt nachhaltig belasten.

3. Ordnungspolitische Erneuerungen und die "Last der Kultur"

Politische und wirtschaftliche Ordnungen können in keinem Land vom zivilisatorischen Kontext getrennt werden. Sie sind sozusagen "Fassaden einer Zivilisation" (Marshall). Dies trifft für China in besonderem Masse zu. Wann immer neue "Ideen" nach China eindringen, so wurden diese vom zivilisatorischen Gesamtgut Chinas assimiliert, umgeformt, China zu Nutzen gemacht. Dies war bei allen grossen Religionen der Fall, die vom Westen her in das Reich der Mitte eindrangen (Buddhismus, Christentum, Islam). Dies traf auch für den Sozialismus totalitärer Prägung zu, der, aus der Sowjetunion kommend, bald chinesischen Verhältnissen angepasst wurde. Dies ist heute auch für die Marktwirtschaft der Fall.

3.1 Politische Ordnung

Aus einem solchen Verständnis heraus kann Demokratie mit Gewaltentrennung nicht völlig isoliert vom westlichen zivilisatorischen Kontext, in dem diese entstanden ist, betrachtet werden. Trotz Einführung westlicher Organisationsformen im chinesischen Staatswesen (Legislative, Exekutive, Judikative) oder in der Kommunistischen Partei (z.B. *demokratischer Zentralismus* nach Lenin) sind alte Verhaltensmuster auch nach 1949 nicht verschwunden. Insbesondere altverwurzeltes Clandanken ist im neuen China nicht ausgestorben, womit nicht unbedingt eine Wertung verbunden ist.

Im alten China ging es der politischen Elite in erster Linie darum, die etablierte Ordnung zu bewahren. Diese ordnungserhaltende Funktion erfüllte sie lange recht erfolgreich, indem sie laufend den sich bildenden Reichtum zwischen den Provinzen und unter der Bevölkerung allgemein unverteilt, und indem sie bei der Machtausübung keine Kontrolle durch aussenstehende Kräfte zuließ. Es gelang ihr, das Entstehen von institutionalisierten wirtschaftlichen Interessengruppen wirksam zu verhindern. Eine Opposition konnte sich weder von Seiten der Wirtschaft noch der Religion oder den Hofadeligen her bilden. In der Folge blieb die traditionelle Gesellschaftsstruktur über rund 3000 Jahre in der Essenz unverändert: oben die "Herrschenden", unten die "Beherrschten". Dazwischen klaffte stets ein machtpolitisches Vakuum. Es gab nie oder nur kurzfristig und vorübergehend organisierte Interessengruppen, denen es gelang, aktiv an der Gestaltung der Staatsgeschäfte mitzuwirken. Vor allem wenn die Handelsleute auf Grund ihres periodisch auflaufenden Reichtums begannen, an der Macht über den Staat Interesse zu zeigen, gerieten sie in Konflikt mit der politischen Elite. "Reichsfreie" Handelsstädte wie in Europa wurden in der Folge nie zugelassen, es gab auch keinen Raum für unabhängige Berufsstände oder

unabhängige Banken. Das Machtmonopol der politischen Elite wurde deshalb in China nie von Wirtschaftskräften ausbalanciert. Es konnte sich keine Trennung zwischen Staats- und Wirtschaftsmacht entwickeln. 1949 hat die Kommunistische Partei diese Nachfolge angetreten. Auch sie war heute als Nachfolgerin früherer politischer Eliten nicht bereit, durch Duldung von organisierten Gruppierungen, die ausserhalb ihrer eigenen Partei bzw. der Volksfront stehen würden, ihre Macht in Frage stellen zu lassen. Innerhalb der Partei gibt es allerdings oft rege Opposition, indem sich Gruppierungen um Führerfiguren bilden, die miteinander um Einfluss kämpfen. Ausserdem finden in der Volksfront heutzutage Diskussionen statt, die über den Rahmen einfacher Meinungsäusserung hinausgehen. Da jedes Regime, ob mit pluralistisch-liberalem oder mit totalitärem Ein-Parteien-Ordnungssystem, möglichst lange an der Macht bleiben will, ist Chinas politische Elite auch heutzutage an der Erhaltung seiner Macht interessiert und verteidigt diese.

3.2 Wirtschaftsordnung

Der Einfluss chinesischer Denk- und Verhaltensmuster konnte auch auf die Wirtschaft nicht ausbleiben. Zu erwähnen sind besonders das Streben, gleichzeitig marktwirtschaftliche und planwirtschaftliche Ziele zu verwirklichen, die dauernde Anpassung der Wirtschaftspolitik an sich ändernde Verhältnisse, der gruppengetriebene Wettbewerb in der Wirtschaft, die stark kollektive Verankerung von Eigentum und das Entstehen hierarchischer Ordnungen in der Wirtschaft.

Die "spannungsgeladene Heirat zwischen Plan und Markt" wird noch lange anhalten. Die politische Elite Chinas stellt den nach westlichem Erachten unüberbrückbaren Widerspruch zwischen "exklusiver Kontrolle über alles, was wichtig ist" und "Marktwirtschaft" in Abrede. Und die breite Mehrheit der Chinesen dürfte es für durchaus möglich halten, staatliche Lenkung und Markt miteinander zu versöhnen. Die Führungsspitze ist gar überzeugt, dass sich "Kontrolle durch das Kollektiv" und "Markt" gegenseitig geradezu ergänzen. Je nach wirtschaftlicher Konjunktur sollen auch inskünftig mehr marktwirtschaftliche oder mehr planwirtschaftliche Erwägungen im Vordergrund stehen. Dem Denken in sich ergänzenden Gegensätzen verpflichtet, werden die Reformen auf den verschiedensten Gebieten weiter geführt: in der Preisgestaltung, wo heute die Verkaufspreise bei über 90 % der Produkte/Leistungen die Herstellungskosten (plus Profit) widerspiegeln, in der Unternehmensführung, wo die Kontrolle durch die Partei Erneuerungen erfahren hat, im Sozialwesen, wo ein minimales Auffangnetz aufgezo-gen werden soll, im Steuerwesen, wo ein wirksames System landesweit durchzusetzen ist. Dies schliesst freilich nicht aus, dass je nach Bedarf der Staat (seien es Lokal- oder Zentralbehörden) auch inskünftig gezielte Lenkungsfunktionen übernehmen und unter Umständen einschneidende Korrekturmassnahmen ergreifen wird. Aus dieser Sicht bleibt staatliche Intervention ein systemimmanentes Instrument. Schwächere Wirtschaftsakteure sind solchen Aktionen freilich stärker ausgesetzt als stärkere bzw. als solche ohne entsprechende Machtposition.

Zyklische Entwicklung: Die Entwicklung wird wohl weiter zyklisch bleiben. Ein Zyklus beginnt stets mit einer Phase wirtschaftlicher Expansion, die zu

Überhitzung mit oft zweistelliger Inflation führt, was vorübergehende Korrekturmassnahmen seitens des Staates erfordert, die im graduellen Verschwinden der Überhitzungssymptome endet und den Beginn eines weiteren Zyklus erlaubt. Chinas Wirtschaftsentwicklung der letzten 15 Jahre zeigt entsprechende Zyklen. Aber auch die Entwicklung der Volksrepublik in früheren Jahren weist eine gewisse Wellenbewegung auf. Diese Zyklik ist nicht nur als Folge parteiinterner Machtkämpfe anzusehen. Sie ist auch auf das oben erwähnte Denken und Verhalten zurückzuführen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft anfangs der fünfziger Jahre, der "Grosse Sprung nach vorn" und die Kulturrevolution sind vor diesem doppelten Hintergrund zu verstehen. Diese Rückschläge in der Entwicklung der Volksrepublik siedeln sich nicht nur auf einem konkreten, macht- und wirtschaftspolitischen Szenarium an, sondern sind von Denk- und Verhaltensmustern mitgeprägt.

"Rollende" Planung: Oft als ideologisch und theorieorientiert kritisiert, war Chinas Wirtschaftspolitik seit den fünfziger Jahren versuchsfreudig. Fünfjahrespläne erfüllten mehr die Funktion einer Standortbestimmung (wo steht man?) und einer Absichtserklärung (wohin will man?) als die eines Instruments, mit dem die Wirtschaft während des jeweiligen Zeitraumes zu lenken gewesen wäre. Einige Monate nach Veröffentlichung des Planes wurde die Wirtschaftspolitik bereits wieder den sich geänderten Umständen angepasst. Insbesondere wenn sich negative Auswirkungen in grösserem Ausmasse zeigten, wurden ziemlich rasch entsprechende Korrekturen eingeführt. Dieses Vorgehen traf ungeachtet der Gruppierung zu, die für die Exzesse verantwortlich war. Chinas Entwicklungspolitik kann deshalb als flexibel bezeichnet werden und, vom Ergebnis und der Grösse des Landes her gesehen, auch als recht erfolgreich. Mit dem grösseren Gewicht, das Markterwägungen gegeben werden soll, könnten Pläne inskünftig noch weniger an lenkender Funktion erfüllen.

Umverteilung von "Reichtum": Jede Zentralregierung Chinas, die langfristig soziale Ruhe fördern will, wird sich um ein einigermaßen ausgeglichenes regionales Wirtschaftswachstum bemühen. Die Stratifizierung der städtischen Bevölkerung ist für sich allein bereits eine Entwicklung, die soziale Spannungen auslösen kann und ein ausgleichendes Eingreifen des Staates nötig macht. Kommen grössere Unterschiede in der regionalen Entwicklung hinzu, so wächst das Risiko, dass sich eigentliche Migrationen von ärmeren in wohlhabendere Gegenden in Bewegung setzen. Ohne einen realitätsbezogenen Finanzausgleich würden nicht nur die Aufgewecktesten in Chinas Zentralwestgebieten, sondern unkontrollierbare Menschenmassen in Richtung der "goldenen" Küstengebiete abwandern. Neben der massiven Mehrbelastung der städtischen Infrastruktur würde dadurch auch die Stratifizierung in den Städten selbst weiter zunehmen. Würde beispielsweise der Finanzausgleich zwischen reichen Provinzen und armen ganz zusammenbrechen, so könnten sich Migrationen in Grössenordnungen von bis zu 150 Millionen Menschen in Bewegung setzen und damit ein Phänomen auslösen, das sich ohne Gewaltanwendung kaum mehr unter Kontrolle bringen liesse.

Verständnis für kollektives Eigentum: In China war Eigentum ursprünglich Kollektiveigentum, das vom Patriarchen des Familienclans verwaltet wurde. Das wirtschaftliche Wohlergehen des gesamten Clans und jedes einzelnen

Mitglieds hing vom Erfolg dieser Verwaltung ab. Neben den gesellschaftlichen Aspekten des konfuzianischen Patriarchats waren es schliesslich auch diese wirtschaftlichen Hintergründe, welche die Macht des jeweiligen Familienoberhauptes untermauerten. Wenn man nicht gut zu ihm stand, ging man bei der Verteilung der Erträge wesentlich schlechter aus, als wenn man in der Gunst des Patriarchen stand. Die kommunistische Idee des gemeinsamen Besitzes war somit in China nicht fremd und fand insofern auch Anklang, als nun jedermann, und nicht nur die Grossgrundbesitzerfamilien, nominal in den Genuss des Besitzes kam. Im sozialistischen Besitzsystem wurde deshalb die Unterscheidung in Besitz des ganzen Volkes und Kollektivbesitz der arbeitenden Massen gemacht, was dem Staatsbesitz und dem Kollektivbesitz (Volkskommunen) entsprach. Ein Privatbesitzsystem hatte es vor und nach der kommunistischen Machtübernahme nur in sehr beschränktem Mass gegeben. Die modernen Entwicklungen der chinesischen Wirtschaft bauen auch heute noch auf diesem Muster auf. Privatbesitz hat ebenfalls zugenommen und erfüllt eine wichtige motivierende Funktion. Dennoch wird prozentual voraussichtlich ein eher bescheidener Anteil des heutigen industriellen Staatseigentums im westlichen Sinne privatisiert werden. Nutzrechte werden möglicherweise eine wichtigere Rolle spielen als die formalrechtliche Privatisierung des Eigentums als solche. Das meiste könnte beispielsweise grundsätzlich dem Kollektiv erhalten bleiben, aber in langjährigen Verträgen zur Nutzung an Privatpersonen, einschliesslich Ausländer, abgetreten werden.

4. Schlussbemerkungen

China ist ein Land, das seine Bevölkerung aus völlig eigenen Mitteln mit mehr als dem Lebensnotwendigen ernähren, kleiden und behausen kann. Sein beginnender materieller Wohlstand wird zweifelsohne weiter zunehmen und, sofern die Verteilung adäquat bleibt, auch inskünftig stabilitätserhaltenden Einfluss ausüben. Aber auch seine Wachstumsprobleme werden zunehmen (insbesondere die Engpässe in Energie und Transport). Die Quadratur des Kreises wird auch China nicht gelingen. Die chinesische Führung kann nicht gleichzeitig rasches Wirtschaftswachstum, tiefe Inflation, ausgeglichenen Staatshaushalt, Vollbeschäftigung und anderes mehr verwirklichen. Weiterer wirtschaftlicher Fortschritt wird die politische Elite zudem vor schwierige ordnungspolitische Aufgaben stellen und die bestehenden Machtstrukturen herausfordern. Dennoch wird die weitere Entwicklung nicht notgedrungen die exklusive Macht der Machthaber beenden. Solange sich der Lebensstandard des Durchschnittschinesen verbessert und dabei keine Schicht arg vernachlässigt wird, solange die dynamischsten Menschen die Möglichkeit haben, reich zu werden, solange die regimeerhaltenden Massnahmen nicht wesentlich verschärft werden und solange die sozialen Werte nicht völlig zerfallen, solange dürfte sich die politische Ordnung den veränderten Umständen langsam, ohne gravierende Störungen oder gar Umwälzungen anpassen können, *mutatis mutandis* wie dies im wirtschaftlichen Bereich geschah und anhält. Nicht auszuschliessen ist freilich, dass Gruppeninteressen inskünftig eine noch grössere Rolle spielen werden als bisher. Dennoch wird China auch in der politischen Ordnung sein eigenes Modell weiterentwickeln wollen und müssen, denn der Westen kann von den schiereren Grössenverhältnissen her nicht kopiert werden. Die immensen Grös-

senordnungen und die "Last der Kultur" werden somit noch lange ihren Einfluss geltend machen. Das Gewicht Chinas in der Welt wird nichtsdestoweniger auf den verschiedensten Bereichen zunehmend zu spüren sein, nicht zuletzt auf gewissen Rohstoffmärkten (inklusive Erdöl). Das "Reich der Mitte" ist ein wichtiger Mitspieler in der Weltwirtschaft geworden, der erst daran ist, seine Muskeln zu entwickeln. Obwohl seine Einflussmöglichkeiten noch ziemlich beschränkt sind, ist China heute schon eine Grossmacht, die niemand übersehen kann. Schon rein hinsichtlich der steigenden Produktionskapazitäten seiner Industrie und deren wachsendem Hunger nach Rohstoffen wird das "Land der Mitte" nicht wieder von der Weltbühne treten wollen.

Aus China und Ostasien allgemein wird in der Folge über die ganze Welt ein zwar freundschaftlicher, aber rauherer Wind wehen als in der Vergangenheit. Wirtschaftlicher Wettbewerb wird, neben Japan und Korea, inskünftig auch von China härter nach aussen getragen werden als bisher. Westlicher Wohlstand wird sich nicht mehr durch Vereinbarungen irgendwelcher Art erhalten oder gar mehren lassen, sondern nur durch reaktivierte, effektive Leistungen. Missverständnisse zwischen Ostasien und der restlichen Welt sind unvermeidlich, solche zwischen China und seinen Nachbarländern wahrscheinlich. Mit vermehrten Anstrengungen von Regierungen, Firmen und Einzelmenschen - sowohl in Europa als in Nordamerika und Ostasien - sollten diese unter Kontrolle gehalten werden können.

Die Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Jürg Martin Gabriel: Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen. Hauptarbeitsgebiete: Theorien von Krieg und Frieden, Neutralität und Schweizer Aussenpolitik, Sicherheitspolitik, Wirtschaftssanktionen und Friedenserhaltende Operationen. Publikationen: (u.a.): *The American Conception of Neutrality After 1941*, London/New York 1988; *Worldviews and Theories of International Relations*, London/New York 1993.

Prof. Dr. Carsten Goehrke: Dekan der Philosophischen Fakultät I und Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich. Präsident des Schweizerischen Sozialarchivs. Hauptarbeitsgebiete: Russland, die Ukraine, Weissrussland und das Baltikum vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Jüngste Publikation: *Frühzeit des Ostslawentums*, Darmstadt 1992.

Dr. Uwe Halbach: Mitarbeiter des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (BIOst), Köln. Veröffentlichungen zum russischen Mittelalter, zu Zentralasien und dem Kaukasus, zur Nationalitätenfrage in der Sowjetunion und zum Islam in der GUS. Jüngste Publikation: *Das sowjetische Vielvölkerimperium, Nationale Frage und Nationalitätenpolitik*, Mannheim 1992.

Dr. Christian Kind: Ehemaliger Leiter der Auslandredaktion der Neuen Zürcher Zeitung. Auslandkorrespondent der Neuen Zeitung in Österreich (1960-1964), Indien (1964-1965), England (1965-1970), Deutschland (1971-1976).

Dr. Thomas Koszinowski: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Orient-Institut. 1981-1984 Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Wissenschaftskooperation mit der Ain-Shams-Universität in Kairo. Hauptarbeitsgebiet: Die politische Entwicklung im ostarabischen Raum, insbesondere der Staaten Ägypten, Syrien, Irak, Saudi-Arabien und Jemen. Publikationen (u.a.): *Zur politischen und wirtschaftlichen Situation des Jemen*, Hamburg 1980; *Saudi-Arabien: Ölmacht und Entwicklungsland*, Hamburg 1983.

Prof. Dr. Lothar Rühl: Staatssekretär a.D., Generalsekretär des *Forum für Deutschland*. Internationaler Korrespondent für "Die Welt". Professor am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität Köln. Publikationen: *Machtpolitik und Friedensstrategie*, 1974; *Russlands Weg zur Weltmacht*, 1981; *Mittelstreckenwaffen in Europa*, 1987; *Zeitenwende in Europa*, 1990; *Aufstieg und Niedergang des Russischen Reiches*, 1992.

Dr. Urs Schöttli: Geschäftsführer der euro-russischen Kommission "Das grosse Europa". Ehemaliger Südasiakorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, Mit-

herausgeber der Zeitschrift "Indo Asia". Publikationen: Indien - eine alte Zivilisation an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Zürich 1987; 5mal Pakistan, München 1991.

Dr. Erwin Schurtenberger: Seit 1988 Schweizer Botschafter in Beijing, zuvor in Prag, Bangkok, Tokio und Bagdad stationiert. Experte für internationale Beziehungen. Publikation: Aufbruch zu einer Reise nach innen, 1993.

Prof. Dr. Gerhard Simon: Abteilungsleiter und Wissenschaftlicher Direktor, Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln. Professor für osteuropäische Geschichte, Universität Köln. Hauptarbeitsgebiete: Nationalismus und Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion; Zeitgeschichte der Sowjetunion. Publikationen (u.a.): Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993; Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien: Identität, Politik, Widerstand, (hg. zusammen mit A. Kappeler und G. Brunner), Köln 1989; Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, 1986; Neue Wege in der Sowjetunion-Forschung, 1980.

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann: Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse und Vorsteher der Abteilung für Militärwissenschaften der ETH Zürich. Zahlreiche Forschungsaufenthalte in den USA. Publikationen (u.a.): Der Weltraum seit 1945, Basel 1988; Aggressive USA? Amerikanische Sicherheitspolitik 1945-85, Stuttgart 1985; Amerikas Ideologie des Friedens, Bern, Frankfurt am Main, New York 1984.

Prof. Dr. Jörg Stadelbauer: Professor für Geographie und Landeskunde am Institut für Kulturgeographie der Universität Freiburg i. Br. Hauptarbeitsgebiete: Die regionale, Wirtschafts- und Siedlungsgeographie der UdSSR und ihrer Folgestaaten, inklusive demographische und ethnodemographische Probleme. Jüngste Publikation: Kolchozmärkte in der Sowjetunion, Mainz 1991.

Prof. Dr. Bassam Tibi: Professor und Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen, Georg-August-Universität, Göttingen. Research Associate am Center of International Affairs, Harvard University. Mitglied des Fundamentalism Project der American Academy of Arts and Sciences. Publikationen (u.a.): Die Krise des modernen Islam, Frankfurt 1991; Konfliktregion Naher Osten, München 1991; Vom Gottesreich zum Nationalstaat, Frankfurt 1991; Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie, Frankfurt 1992; Die fundamentalistische Herausforderung: Der Islam und die Weltpolitik, München 1992.



Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann: Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987)
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 - Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 - Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: Extended Deterrence - Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: Der Weg zum Weiterleben - Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler: Vers une nouvelle politique de sécurité (1989)
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner: Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann: Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: Die Strategie der "Flexible Response" und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)
- Nr. 18 Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Sicherheit 1991 - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie - Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy (1991)
- Nr. 20 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte I - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1991 (1991)

(Fortsetzung nächste Seite)

- Nr. 21 Stephan Kux: *Decline and Recemergence of Soviet Federalism* (1991)
- Nr. 22 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): *Europäische Integration und Schweizerische Sicherheitspolitik - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 25./26. Oktober 1991* (1992)
- Nr. 23 Anton Bcblcr: *The Yugoslav Crisis and the "Yugoslav People's Army"* (1992)
- Nr. 24 Sabina Ann Fischer: *Namibia Becomes Independent - The U.S. contribution to regional peace* (1992)
- Nr. 25 Dominique Wisler: *La violence politique en Suisse et les mouvements sociaux: 1969-1990* (1992)
- Nr. 26 Mauro Mantovani: *Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa* (1992)
- Nr. 27 Kurt R. Spillmann (Hg.): *Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1992* (1992)
- Nr. 28 Kurt R. Spillmann und Mauro Mantovani (Hg.): *Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 26. Oktober 1992* (1993)
- Nr. 29 Günther Bächler: *Bosnien-Herzegowina - Friedliche Streitbeilegung zwischen Realität und konkreter Utopie* (1993).
- Nr. 30 Ilja Kremer: *Die Sowjetunion und Russland nach 1985: Von der Oktoberrevolution zur Oktoberkrise* (1993)

Die Hefte können zu einem Preis zwischen SFr. 10.- und 20.- (je nach Umfang) bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK, ETH-Zentrum, CH-8092 Zürich, Tel. 01 / 632 40 25, Fax: 01 / 363 91 96 bezogen werden.